

Willy Klages

**Die Geheimorganisationen
des globalen
NWO-Terrorimperiums**

**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen**

NWO-Sonderheft Nr. 126



2.000 Jahre Gewaltherrschaft der Antichristen

NWO-Sonderheft Nr. 126

Terror der Antichristen vom 13.05.2021-12.07.2021

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen vom 13.05.2021-12.07.2021	2-97
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	98

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen vom 13.05.2021-12.07.2021

Das ist's, was dereinst sein wird, an jenem Ende ohne Ende. Denn welch anderes Ende gäbe es für uns, als heim zu gelangen zu dem Reich, das kein Ende hat. <i>Aurelius Augustinus (354-430, italienischer Kirchenlehrer und Philosoph)</i>

2021

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 20/21" berichtete am 14. Mai 2021 (x1.387/...):

>> Mißtrauen ist angebracht

Regierungshandeln in Corona-Zeiten: Wenn "Verschwörungstheorien" plötzlich wahr werden

Michael Paulwitz

An der Börse und in der Politik ist Vertrauen die wichtigste Währung. Auch in dieser Hinsicht ist die Bundesregierung nach über einem Jahr Corona-Politik so gut wie bankrott. Das Frühjahr brachte einen regelrechten Kurssturz. Die Zustimmungsraten sind seither im Keller, wie Statista ermittelte: Aktuell hat gerade mal jeder zehnte Deutsche noch "viel" oder "sehr viel" Vertrauen, vierzig Prozent trauen der Corona-Politik der Bundesregierung wenig bis gar nicht mehr.

Zuzuschreiben hat die Regierung Merkel das grassierende Mißtrauen vor allem sich selbst, ihrer erratischen Politik und desaströsen Kommunikation. Das monatelange Hin und Her um die Beschaffung von Impfstoffen und die Organisation von Impfangeboten hat dem regierungsamtlichen Corona-Chaos die Krone aufgesetzt. Mehr noch als die Organisationsmängel, die mit der willkürlichen Delegation der Impfstoff-Bestellungen an die offenkundig unfähige EU-Kommission ihren Anfang nahmen, haben gebrochene Versprechen und irreführende Beschwichtigungen das Vertrauen der Bürger erschüttert.

Vielen dürfte noch in den Ohren klingen, wie treuherzig Bundesgesundheitsminister Jens Spahn und weitere Regierungsmitglieder Ende Dezember 2020 eine mögliche bevorzugte Behandlung bereits geimpfter Personen weit von sich wiesen. Der Taschenspielertrick, die Rückkehr zu den verfassungsmäßigen Grundrechten für einen Teil der Bevölkerung als "Sonderrechte" zu deklarieren, brachte damals schon einen falschen Zungenschlag in die Debatte. Inzwischen sind bescheidene Ausnahmen für Geimpfte von den generellen Grundrechtseinschränkungen auf dem Verordnungsweg zu geltendem Recht geworden.

Schon als vor gut einem Jahr erste Stimmen davor warnten, mit der Zulassung von Impfstof-

fen drohe eine "Impfpflicht durch die Hintertür", weil Personen ohne Immunitätsausweis der Zutritt zu bestimmten Veranstaltungen und Lokalitäten verwehrt werden könnte, dementierte Spahn das als "Kampagne", öffentlich-rechtliche "Faktenchecker" leisteten fleißig Schützenhilfe und denunzierten derartige Befürchtungen als "Verschwörungstheorie".

Alles schon vergessen? Statt über ein nationales Gesetz kommt der Impfausweis jetzt als digitale "europäische" Lösung. Medien und Politik preisen ihn als Schlüssel für die Rückkehr grenzüberschreitender Urlaubsreisen; diskutiert wird nur noch, wie der "digitale Impfpaß" zu realisieren sei und ob er überhaupt noch rechtzeitig zu den Sommerferien komme.

Vor diesem Hintergrund ist es kein Wunder, daß Bürger hellhörig werden, wenn erst die Kanzlerin von "schwierigen" Situationen an Grundschulen mit ungeimpften Kindern im nächsten Schuljahr orakelt und wenig später der Deutsche Ärztetag das "Recht auf Bildung" und "gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe" an die allgemeine Impfung von Kindern knüpfen will. Der Zug zum faktischen Impfzwang für Kinder scheint auch für die Kleinsten längst zu rollen, obwohl für sie die Risiken am wenigsten untersucht sind, aber die Gefahr schwerer Covid-Krankheitsverläufe minimal ist.

Impfpaß und Impfpflicht als Ergebnis kollektiver Nötigung sind nicht die einzigen "Verschwörungstheorien", die unversehens wahr geworden sind. Ein krasser Fall stand ganz am Anfang: Am 14. März 2020 warnte das Bundesgesundheitsministerium vor der Verbreitung von "Fake News", wonach "bald massive weitere Einschränkungen des öffentlichen Lebens" geplant seien. Zwei Tage später kamen die ersten Schließungen, und Spahn mußte zugeben, man habe schon länger vorgehabt, solche Maßnahmen zu ergreifen, man sei bloß nicht sicher gewesen, wann. Warum dann nicht von Anfang an ehrlich kommunizieren?

Wenig souverän wirkte auch, wie die Bundesregierung der globalen Begeisterung von Weltgesundheitsorganisation und Regierungen für das allgemeine Maskentragen hinterhereilte: Zu Anfang erklärte das Robert-Koch-Institut Masken für jedermann für wirkungslos - da hatte man auch noch nichts bevorratet. Dann empfahl man Selbstgebasteltes, verhängte Maskenpflichten, gegen alle Ansteckungswahrscheinlichkeiten auch im Freien, bis zum Tragezwang für die zwischenzeitlich reichlich beschafften FFP2-Masken - stets in der Pose der allwissenden Obrigkeit, die genau weiß, was für die Untertanen gerade richtig ist, und dafür stets die passenden "Experten" zur Hand hat.

Das permanente Regierungshandeln im Gegensatz zum eben noch Angekündigten läuft auf eine Disziplinierungsübung hinaus, die den Widerspruch der Bürger im Sperrfeuer widerstehender Anordnungen resignieren läßt. Debattiert und begründet wird ja nicht. Ob "Lockdowns" tatsächlich helfen, wird behauptet, aber nicht evaluiert.

Man würde "mit dem Wissen von heute" Friseure oder Einzelhandel nicht mehr schließen, hatte Gesundheitsminister Spahn noch im September letzten Jahres eingeräumt. Vier Wochen später kam erst der "Wellenbrecher-Lockdown", dann verkündete die Kanzlerin "vier harte Monate" und noch einmal vier, und wenn es nach dem Zusperr-Fanatiker Markus Söder geht, ist auch Ende Juni noch nicht Schluß.

Die Methode ist stets die gleiche: Freiheitsentzug und Grundrechtseinschränkungen werden den Bürgern mit Versprechungen auf kurze Dauer und absehbares Ende schmackhaft gemacht und unter Anrufung der "Wissenschaft" als höhere Instanz ein ums andere Mal verlängert und verschärft. Nach fünfzehn Monaten, in denen sich alles um das Thema "Pandemie" drehte, ist freilich das ständig behauptete Überraschtsein durch übergeordnete Notwendigkeiten reichlich unglaublich. Soll Dauerpanik die Bürger in einer neuen Normalität des Ausnahmezustands festhalten?

Wenn Sachsens Ministerpräsident Kretschmer den Gedanken an einen "Klima-Lockdown" nach dem "Corona-Lockdown" als "falsch" zurückweist, ist Mißtrauen angebracht: Es wäre nicht das erste Dementi, das im nachhinein zur Bestätigung wird.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/18739" berichtete am 14. Mai 2021 (x1.251/...): >>Etikettenschwindel Agenda 2030 - Wie die UNO die Welt in den Abgrund reißt

Mit der Agenda 2030 ist die UNO entschlossen, die Menschheit von der Tyrannei der Armut und der Not zu befreien und unseren Planeten zu heilen. Doch ist dies wirklich so? Nimmt man deren Ziele genauer unter die Lupe, ergibt sich daraus ein ganz anderes Bild.

Die Agenda 21 ist ein Aktionsprogramm der UNO, das bereits 1992 auf der Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro von 182 Staaten verabschiedet wurde. Es beinhaltet konkrete entwicklungs- und umweltpolitische Handlungsempfehlungen für das 21. Jahrhundert. Mit der im Jahr 2015 von der UNO verabschiedeten Agenda 2030 wurden dann die Ziele der Agenda 21, entsprechend den weltweit gewachsenen Herausforderungen, weiterentwickelt und gelten nun gleichermaßen für alle Länder.

Offizielles Ziel der 17 Kernpunkte der Agenda 2030 ist, einer Verschlechterung der Situation in den Ländern entgegenzuwirken und die Welt unter der Prämisse der Nachhaltigkeit zu verbessern.

In der Resolution der UN-Generalversammlung aus dem Jahr 2015 ist zu lesen: "Wir sind entschlossen, die Menschheit von der Tyrannei der Armut und der Not zu befreien und unseren Planeten zu heilen und zu schützen. Wir sind entschlossen, die kühnen und transformativen Schritte zu unternehmen, die dringend notwendig sind, um die Welt auf den Pfad der Nachhaltigkeit und der Widerstandsfähigkeit zu bringen. Wir versprechen, auf dieser gemeinsamen Reise, die wir heute antreten, niemanden zurückzulassen."

Untersucht man politische Programme jedoch genauer, stellt sich heraus, daß durchgängig ganz andere Ziele verfolgt werden, als die, welche der Bevölkerung vordergründig vor Augen gemalt werden.

Unter diesem Aspekt der Täuschung hat Kla.TV 12 der 17 Kernpunkte der Agenda 2030 genau unter die Lupe genommen und so "übersetzt", daß Zuschauer auf der ganzen Welt vergleichen können, was die positiv formulierten Ziele in der Praxis tatsächlich bedeuten:

Ziel 1: Armut in all ihren Formen überall beenden.

Statt dessen läßt sich beobachten, daß ganze Bevölkerungen von staatlichen Subventionen abhängig gemacht werden, was darin mündet, daß die Gesellschaft schleichend in ein sozialistisches System geleitet wird. Durch den Internationalen Währungsfonds, IWF, geraten Nationen in Schuldenfallen, aus denen sie nie wieder herauskommen.

Ziel 2: Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine verbesserte Ernährung erreichen sowie eine nachhaltige Landwirtschaft fördern.

Zu beobachten ist jedoch, daß die natürliche, kleinbäuerliche Landwirtschaft zerstört wird, während gleichzeitig multinationale Konzerne durch eine industrielle Landwirtschaft sowie durch Gentechnik und Agrochemie immer mehr die weltweite Nahrungsmittelproduktion kontrollieren.

Ziel 3: Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern.

Zu beobachten ist allerdings, daß flächendeckend die Impfpflicht eingeführt wird, Naturheilverfahren unterdrückt bzw. verfolgt werden. Dadurch werden die Menschen immer mehr von der Pharmaindustrie beherrscht, deren Produkte die Bevölkerung nachweislich kränker machen, ja sogar reduzieren.

Ziel 4: Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle fördern.

Statt dessen muß festgestellt werden, daß insbesondere durch die Agenda 21 und 2030 das Bildungsniveau weltweit sinkt. Mithilfe von Bildungsstandards und einer Erziehung hin zu einem "gemeinsamen Kern", auf englisch Common Core Education, wird die Bevölkerung

von Kindesbeinen an manipuliert, so daß die Menschen unkritisch werden, alles akzeptieren und als Folge passiv verharren.

Ziel 5: Durch Geschlechtergleichstellung alle Frauen und Mädchen zur Chancengleichheit und Selbstbestimmung befähigen.

Statt dessen muß festgestellt werden, daß die natürlichen, traditionellen Familien- und Lebensformen aufgelöst, Frauen als billige Arbeitskräfte herangezogen und die Kinder vom Staat erzogen werden.

Auch nähern wir uns seit Jahrzehnten dem Ziel einer geschlechtslosen Gesellschaft. Während der Feminismus vorangetrieben wird, werden alle männlichen Eigenschaften hingegen unterdrückt.

Durch die Förderung der Transgender-Ideologie ist die Anzahl der Geschlechtsumwandlungen bei Jugendlichen drastisch angestiegen, wodurch letztlich auch die Fortpflanzung vom Staat gesteuert werden kann.

Ziel 6: Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten

Festgestellt werden muß hingegen, daß 90 % des Wassers weltweit von der durch multinationale Konzerne beherrschten Rohstoffindustrie verbraucht und gleichzeitig die Privatisierung der Wasserversorgung weltweit stark vorangetrieben wird. Heute beherrschen eine Reihe multinationaler Konzerne die globalen Wassermärkte, die Wasser so immer mehr zum Luxusgut machen und gleichzeitig jegliche Autarkie und Unabhängigkeit der Bevölkerung verhindern.

Ziel 7: Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und zeitgemäßer Energie für alle sichern.

Fakt ist jedoch, daß z.B. in Deutschland durch den Ausbau der erneuerbaren Energien die Strompreise massiv in die Höhe getrieben und vor allem die Verbraucher dafür zur Kasse gebeten werden.

Ziel 8: Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern.

Zu beobachten ist jedoch, daß durch die Globalisierung internationale Konzerne immer mehr die Arbeitsbedingungen diktieren, die Menschen rücksichtslos ausbeuten und gleichzeitig kleinere Unternehmen im großen Umfang übernehmen oder zerstören. So übernahmen z.B. allein die fünf größten Internetkonzerne in den vergangenen zehn Jahren 436 Firmen im Wert von 131 Milliarden US-Dollar. Dies hat zur Folge, daß Schlußendlich nur noch eine Handvoll Konzerne bestehen bleiben.

Ziel 9: Eine widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, breitenwirksame und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen.

Festgestellt werden muß hingegen, daß in zahlreichen Ländern eine Deindustrialisierung stattfindet, wodurch z.T. die Arbeitslosigkeit signifikant ansteigt. Gleichzeitig wurden viele Länder durch "Förder-Kredite" in eine staatliche Überschuldung, sprich Schuldenfalle, gelockt. Die Folge sind der Ausverkauf der heimischen Ressourcen, Infrastrukturen und Arbeitskräfte.

Ziel 10: Ungleichheit zwischen Ländern verringern.

Der Ökonom Valentin Lang untersuchte in einer Studie die Folgen der Globalisierung in 147 Staaten zwischen 1970 bis 2014 und kam zu folgendem ernüchternden Ergebnis: Die Einkommensunterschiede zwischen den Ländern verringern sich zwar, doch klaffen die Einkommensunterschiede innerhalb der Bevölkerung immer stärker auseinander.

Während die Einkommen der Besserverdienenden Oberschicht anstiegen, ist die einfache Bevölkerung der große Verlierer. Sie werden durch internationale Konzerne, die die Hauptprofiteure der Globalisierung sind, vielfach in Armut, Hunger und Perspektivlosigkeit gestürzt. Diese Konzerne beuten die Länder und ihre Bevölkerung rücksichtslos aus, wodurch es statt der versprochenen Verringerung zu einer Vergrößerung der Ungleichheit kommt.

Ziel 11: Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten.

Doch statt dessen wird im Namen der Sicherheit eine Totalüberwachung der Bevölkerung vorangetrieben. So setzen z.B. immer mehr Länder Gesichtserkennungstechnologie zur Überwachung ein. Auf öffentlichen Plätzen von Städten werden die Gesichter von Menschen automatisch gescannt und von einem Algorithmus verarbeitet. Zudem sollen strenge Waffengesetze für mehr Sicherheit sorgen. Tatsächlich entwarenen Waffenverbote aber keinen einzigen Kriminellen, sondern vielmehr rechtstreuere Bürger, wodurch Volksaufstände verhindert werden und einzig die Sicherheit der Oligarchen gewährleistet wird.

Ziel 12: Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen

Statt dessen werden mit der Erhebung von Strafsteuern die Menschen gezwungen, bewährte Technologien aufzugeben. Z.B. werden aufgrund der CO2-Steuer auf den Verbrauch von fossilen Brennstoffen in Deutschland neue Kohlekraftwerke demontiert und in anderen Ländern weiterbetrieben. Ähnlich verhält es sich bei Dieselfahrzeugen.

Zudem wird ein Sozial-Kredit-System nach dem Vorbild Chinas im Namen des "Great Reset" sowohl in Deutschland als auch in allen anderen Ländern der Welt Schritt für Schritt vorbereitet. Folge ist: Wer sich nicht regierungskonform verhält, kann so in seinen Freiheiten und Grundrechten bis hin zu seiner Existenzsicherung, sprich Kauf von Nahrungsmitteln, massiv beschnitten werden.

Mal so weit die Untersuchung der vorgeblichen Verbesserungen.

Fazit: Vergleicht man nun die vielen angestrebten und schön formulierten Ziele mit den tatsächlichen Entwicklungen, stellt man fest, daß es sich um einen - wie man so schön sagt - Etikettenschwindel handelt.

Interessanterweise wird für die Agenda 2030 das gleiche Symbol verwendet wie für den vom WEF geplanten "Great Reset". Von einer selbsternannten Elite aber, wie dem World Economic Forum, ist keine Verbesserung dieser Weltlage zu erwarten. Ganz im Gegenteil, deren Neue Weltordnung ist im Klartext nichts anderes als eine Selbstbereicherung weniger Finanzoligarchen auf Kosten der Allgemeinheit. Deshalb braucht es schlichtweg eine neue, gesamtbewußte Weltführung, die aus dem Volk heranreifen muß. Jede ersehnte Verbesserung der Weltlage ist daher die gemeinsame Aufgabe einer gut informierten Bevölkerung, die zudem bereit sein muß, Eigenverantwortung zu übernehmen.

Mit der Agenda 2030 ist die UNO entschlossen, die Menschheit von der Tyrannei der Armut und der Not zu befreien und unseren Planeten zu heilen. Doch ist dies wirklich so? Nimmt man deren Ziele genauer unter die Lupe, ergibt sich daraus ein ganz anderes Bild. ...<<

Die deutsche Autorin und ehemalige Fernsehmoderatorin Eva Herman berichtete am 15. Mai 2021 (x1.302/...): >>Afrika: Todesfälle hochrangiger Politiker in Zeiten von Corona

Eine fast kriminologische Beleuchtung von *Ine Stolz*

Auf dem afrikanischen Kontinent ist die epidemiologische Lage der weltweit ausgerufenen Corona-Pandemie bis dato weitgehend unbekannt. Eine seltene Ausnahme bildet Südafrika mit 1,5 Millionen positiv getesteten Corona-Fällen und mehr als 150.000 Toten innerhalb eines Jahres. Weniger aussagekräftig erscheinen sechs Covid-Tote in Burundi, 21 in Tansania oder rund 2.000 in Nigeria, einem Land mit mehr als zweihundert Millionen Einwohnern.

Im Vergleich zu den oben genannten Zahlen sind im gleichen Zeitraum mehr als ein Dutzend hochrangige afrikanische Staatsmänner an Covid-19 verstorben, so heißt es. Unter ihnen sind der frühere burundische Präsident Pierre Nkurunziza (55 Jahre), der Premierminister aus Swasiland Ambrose Dlamini (52), Hamed Bakayoko (56), Premierminister der Elfenbeinküste, der tansanische Präsident John Magufuli (61) sowie der Präsidentschaftskandidat von Kongo-Brazzaville Guy-Brice Parfait Kolélas (60).

Die detaillierte Bestandsaufnahme zum Tod dieser fünf exemplarisch ausgewählten afrikanischen Staatsmänner versucht - fast kriminologisch - die genauen Umstände sowie vielschichtigen Zusammenhänge ihres Ablebens zu beleuchten.

Diese Analyse soll verdeutlichen, daß all diese Männer neben "mit oder an" Corona durchaus auch "durch oder wegen" ihrer Einstellung zu Corona oder aus innen- oder außenpolitischen Beweggründen oder vielleicht doch einfach schlicht an einer chronischen Krankheit gestorben sein könnten. Der Text gibt jedem die Möglichkeit, verschiedene Perspektiven einzunehmen und sich selbst eine Meinung zu bilden, was hier im Einzelfall tatsächlich geschehen sein könnte.

Pierre Nkurunziza - Wikipedia

I. Pierre Nkurunziza (55), Präsident von Burundi, 18.12.1964 - 08.06.2020

Wie die Regierung des zentralafrikanischen Landes am 8. Juni 2020 via Twitter in großer Trauer bekannt gab, verstarb der noch amtierende Präsident Pierre Nkurunziza im Alter von 55 Jahren völlig unerwartet an Herzversagen. Offiziell sollte er nach dem Wahlsieg des ehemaligen Generals Evariste Ndayishimiye in Kürze seinen Platz räumen. Ndayishimiye hatte sich als Präsidentschaftskandidat der Nationalen Hutu Partei "The National Council for the Defense of Democracy-Forces for the Defense of Democracy" ... vor einem Monat gegen Nkurunziza durchgesetzt.

Wie so oft in Afrika wurde offiziell am Wahlausgang gezweifelt. Der neu gewählte Präsident übernimmt von seinem Vorgänger ein tief gespaltenes Land. Seit der Unabhängigkeit von Belgien im Jahr 1962 hat Burundi nach wie vor mit ethnischen Konflikten zwischen Hutu und Tutsi, städtischer wie ländlicher Armut, einer hohen Arbeits- und Perspektivlosigkeit der jungen Bevölkerungsschichten sowie einer extrem schwachen Wirtschaft zu kämpfen. Die Probleme teilt sich das Land allerdings mit den meisten ehemaligen Kolonien auf dem afrikanischen Kontinent.

Die fünfzehnjährige Amtszeit des nun verstorbenen Autokraten war durch die stetig wachsende Unterdrückung seiner Kritiker - Oppositionelle wie Medien im Land - geprägt. Sein Nachfolger Ndayishimiye profitiert insofern von seinem Tod, als die Rolle Nkurunzizas nach dem Machtwechsel keineswegs klar war und seine Einflußnahme in die Regierungsgeschäfte auf der Hand lag.

Das Leben Nkurunzizas

Nkurunziza wurde 1964 in eine wohlhabende Familie hineingeboren. Sein Vater gehörte der größten Ethnie der Hutu an, seine Mutter war Tutsi. 1972 wurde der Vater in einem Massaker getötet, das 100.000 Hutu und 10.000 Tutsi das Leben kostete. Burundi erlebte ab 1993 einen zwölfjährigen Bürgerkrieg zwischen Hutu Rebellen und dem von Tutsi dominierten Militär - insgesamt mehr als 300.000 Tote - der durch den ethnischen Konflikt im Nachbarland Ruanda - Genozid von 1994 - verursacht wurde.

1995 trat Nkurunziza den Hutu Rebellen "The Forces for the Defence of Democracy" (FDD) bei, aus denen später die CNDD-FDD Partei hervorging. 1998 wurde der Rebell in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Nach dem Friedensvertrag von 2003 bekam Nkurunziza allerdings Immunität und wurde Minister in der Übergangsregierung. 2005 wurde die CNDD-FDD stärkste Partei und Nkurunziza im Alter von vierzig Jahren Präsident von Burundi.

Nach einer religiösen Offenbarung, in Folge der er als evangelikaler Christ wiedergeboren wurde, war Nkurunziza davon überzeugt, daß Gott dieses Präsidentenamt für ihn vorgesehen hatte. Seine erste Amtszeit führte tatsächlich zu einer gewissen Stabilität in einem der ärmsten Länder der Welt, das bis heute von den Folgen des langjährigen Bürgerkrieges, notorischer Unterernährung, Malaria und HIV-Aids gekennzeichnet ist.

2010 wurde Nkurunziza auf Grund seiner Errungenschaften mit 91 % der Wählerstimmen wiedergewählt. Jetzt wurde sein Führungsstil zunehmend autoritärer. Als er trotz Protesten

seitens der Opposition sowie der Ablehnung durch die Vereinigten Staaten von Amerika, die Europäische Union - allen voran die ehemalige Kolonialmacht Belgien - 2015 zum dritten Mal wiedergewählt wurde, kam es zu blutigen Auseinandersetzungen im Land. Hunderte starben, tausende flüchteten ins Ausland. Der Sieg zog weitreichende Sanktionen der Geberländer nach sich.

Als Reaktion auf die Untersuchungen des Internationalen Strafgerichtshofes (IGH) zu mannigfaltigen Menschenrechtsverletzungen - _ Mord, Folter und Vergewaltigung - zog Burundi 2017 als erstes Land der Welt seine Mitgliedschaft im IGH zurück. Ziel der Aktion war, eine größere Souveränität vom Westen zu erlangen.

Die Vorwürfe aus Den Haag wurden seitens der Regierung vehement abgestritten und als Reaktion darauf internationale Hilfsorganisationen im Land massiv unter Druck gesetzt. 2019 schloß Nkurunziza das Büro des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen (UNHRC) in Burundi, was zu weiteren Sanktionen führte. Mit seinem Tod enden die Ermittlungen, obwohl viele Opfer des Regimes weiterhin Gerechtigkeit fordern.

Spekulationen über das vorzeitige Ableben Nkurunzizas

Vor den letzten Wahlen hatte die Regierung Nkurunziza zwischen 540.000 und 750.000 Euro, eine lebenslange Rente, sechs Autos und eine Luxusvilla geboten, wenn er am 20. August 2020 zurücktritt. Außerdem sollte ihm der Ehrentitel "Supreme Guide of Patriotism" verliehen werden. Im Vergleich hierzu ist laut Angaben der Vereinten Nationen die humanitäre als auch wirtschaftliche Situation des Landes bis heute kritisch: 330.000 Flüchtlinge befinden sich nach wie vor in Flüchtlingslagern im Ausland. 2021 werden geschätzte 2,3 Millionen Menschen in Burundi auf humanitäre Hilfe angewiesen sein.

Nach seinem unerwarteten Tod am 8. August 2020 gab es diverse Spekulationen, vor allem die Variante, Nkurunziza könnte an Komplikationen, ausgelöst durch eine Corona-Infektion gestorben sein. Seine Frau war zehn Tage zuvor positiv diagnostiziert worden, ebenso der Gesundheitsminister von Burundi. Beide wurden nach Kenia ausgeflogen. Drei Leibwächter, die die Präsidentengattin begleiteten, seien ebenfalls Corona-positiv gewesen. Bezüglich all dieser Corona-Infektionen, gab es nie eine offizielle Bestätigung seitens der Regierung.

Laut Aussagen der BBC hatte Nkurunziza die Tragweite der Pandemie im Land heruntergespielt und Präsidentschaftswahlen inmitten der Corona Pandemie abgehalten. Der Direktor sowie drei Experten der Weltgesundheitsorganisation (WHO) wurden des Landes verwiesen, weil sie den Umgang der Regierung mit der Pandemie kritisierten. Es seien keinerlei politischen Maßnahmen erlassen worden, um die Ausbreitung des Virus zu stoppen. Burundi hat bis zum Tod von Nkurunziza keinerlei Corona-Maßnahmen umgesetzt.

Ambrose Dlamini - Wikipedia

II. Ambrose Dlamini (52), Premierminister von Swasiland, verstorben am 13.12.2020

Die Regierung des letzten afrikanischen Königreiches Eswatini - bis 2018 Swasiland - gab am 14. Dezember bekannt, daß der 52-jährige Premierminister Ambrose Mandvulo Dlamini in einem Krankenhaus in Südafrika verstorben sei, nachdem er einen Monat zuvor positiv auf Covid-19 getestet worden war. Der Premierminister wurde gegen die Symptome behandelt, eine Todesursache wurde nicht genannt. Der südafrikanische Präsident Cyril Ramaphosa drückte dem Königreich seine tiefe Trauer aus. Dieser vorzeitige Tod zeige in tragischer Weise den willkürlichen Schaden, den Covid-19 mitten unter ihnen hervorrufe, so der südafrikanische Präsident pandemiekonform.

Der für Afrika flächenmäßig kleine Binnenstaat, umgeben vom großen Nachbarn Südafrika, ist eine der letzten Monarchien weltweit. König Msati III, der 1986 den Thron von seinem Vater erbt, regiert per Dekret über circa 1,3 Millionen Einwohner. Die meisten davon leben traditionell von Subsistenzwirtschaft (Bedarfwirtschaft). Laut Weltbankdaten lebten 2017 fast 40 Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze. Laut UNICEF hat das Land die

höchste Aids Rate weltweit. Unzählige Einwohner sind dem HIV-Virus bereits zum Opfer gefallen, Tausende wurden zu Waisen. Laut Schätzung leben heute über 200,000 mit dem HIV-Virus infizierte im Land.

Schwierige Regierungsverhältnisse in Swasiland

Der König geht mit harter Hand gegen seine Kritiker vor und alle Medien befinden sich unter staatlicher Kontrolle. Öffentliche Gelder werden für Paläste und Limousinen verschwendet. Auf Grund der Zustände arbeiten mehr und mehr junge Menschen aus Eswatini in Südafrika. In Folge des politischen Niedergangs wurden Proteste immer lauter. 2007 demonstrierten Tausende für demokratische Reformen in der Hauptstadt Manzini.

1907 wurde Swasiland zum Territorium des britischen Hochkommissariats. 1921 bestieg König Sobhuza den Thron. 1964 trat die erste Verfassung in Kraft und die Imbokodvo National Movement (INM) Partei wurde gegründet. 1968 kam die formelle Unabhängigkeit. 1973 setzte der König die Verfassung außer Kraft und verbot alle politischen Parteien.

Im Oktober 2018 wurde Mandvulo Ambrose Dlamini - ehemaliger Bankdirektor und späterer Leiter der größten Mobilfunkgesellschaft MTM - vom König zum Premierminister ernannt. Seine Befugnisse waren allerdings extrem limitiert, da der König nach wie vor alle Entscheidungen trifft.

Dlamini wurde am 16. November 2020 positiv auf Covid-19 getestet, zeigte aber keinerlei Symptome und fühlte sich wohl, würde aber trotzdem zunächst von zu Hause arbeiten, so hieß es. Anfang Dezember erklärte der stellvertretende Premierminister, man habe Dlamini nach Südafrika in ein Krankenhaus geflogen, um seine Genesung zu beschleunigen. Er sei stabil und hätte gut auf die Behandlung reagiert. Dann war er tot. Ende 2020 hatte das Land mehr als 6.700 Corona Infektionen und 127 Todesfälle zu verzeichnen.

Hamed Bakayoko - Wikipedia

III. Hamed Bakayoko (56), Premierminister der Elfenbeinküste, verstarb am 10.03.2021

Der Präsident der Elfenbeinküste Alassane Ouattara verkündete in tiefer Trauer, daß der 56jährige Premierminister Hamed Bakayoko am 10. März 2021 in der Universitätsklinik von Freiburg seinem Krebsleiden erlegen sei.

Er hatte gute Chancen der nächste Präsident der Elfenbeinküste zu werden. "HamBak", wie ihn die Ivorer nannten, war ein treuer Verbündeter des 79jährigen Präsidenten, der ihn erst im Juli 2020, nach dem plötzlichen Tod seines 61jährigen Vorgängers Amadou Gon Coulibaly, zum Premierminister ernannt hatte. Es hätte keinerlei Bezug zu Corona gegeben wurde verlautbart. Der Vizepräsident Daniel Kablan Duncan trat kurz darauf zurück.

Bakayoko wurde 1965 als Sohn eines gutsituierten Beamten geboren. Seine Mutter verstarb früh. Nach dem Abitur studierte er zwei Jahre Medizin und brach dann ab. In den frühen Neunzigern brachte er die Zeitung "Le Patriote" heraus. Zu diesem Zeitpunkt avancierte er zum Protegé der First Lady Dominique Ouattara. 1993 wechselte er zum Ableger des französischen Radiosenders "Nostalgie" - einer der beliebtesten Sender des Landes - bis er 2000 Direktor von "Radio African" wurde.

Im Bürgerkrieg, der 2002 begann, stach Bakayoko als Friedensstifter hervor. Von 2003 bis 2010 war er Minister für neue Technologien und Telekommunikation. Nach den Präsidentschaftswahlen brach erneut Bürgerkrieg aus, da der damalige Präsident Laurent Gbagbo den Wahlausgang nicht akzeptierte. 2011 wurde Bakayoko von Gbagbos Nachfolger Ouattara zum Innenminister ernannt. Nachdem es 2017 zur Meuterei des Militärs kam, gab Bakayoko sein Amt mit dem Ziel auf, die Armee zu reformieren.

2018 wurde er zum charismatischen Bürgermeister des ärmsten Viertels von Abidjan und entwickelte sich zu einem der mächtigsten Männer im Regime. Issaka Sangare, Sprecher der Opposition beschrieb ihn als Schlüsselfigur bei der Wiedergutmachung nach dem Bürgerkrieg.

Ein Freund: Schock über Bakayokos Gesundheitszustand

Marwane Ben Yahmed, Direktor eines Schwesternmagazins von "Jeune Afrique", war seit zwanzig Jahren ein guter Freund von Bakayoko und rekapitulierte seine letzten Wochen. Die Familien hatten Weihnachten und Neujahr zusammen verbracht. Bakayoko war zuvor zweimal Corona positiv getestet worden und litt außerdem an Malaria, was in Afrika nicht ungewöhnlich ist und leider oft tödlich verläuft.

Er hatte ein sehr stressiges Jahr hinter sich und war schon damals nicht in Bestform. Im Januar wurde sein Zustand sukzessive schlechter. Vor dem anstehenden Wahlmarathon nahm er noch die Gelegenheit wahr und ließ sich in Paris untersuchen. Damals wurde keine Krankheit bei ihm festgestellt.

Yahmed besuchte ihn am 29. Januar 2021 und war schockiert über den Gesundheitszustand seines Freundes. Er hatte stark an Gewicht verloren und war sehr schwach. Sein Freund vermutete, er könne an einem Burnout leiden oder Nachwirkungen der Corona Infektion oder ein anderer tropischer Virus, alles war möglich. Bakayoko erzählte ihm, daß er es seltsam fand, daß sein persönlicher Assistent zum gleichen Zeitpunkt erkrankte wie er. Er hatte immer dasselbe gegessen. Yahmed fragte ihn, ob er denke, er sei vergiftet worden, was er jedoch verneinte. Aber das Gerücht hielt sich in Abidjan. Die Freunde verabschiedeten sich. Bakayoko war zuversichtlich, er müsse sich nur ausruhen. Sie sahen sich nicht wieder.

Am 18. Februar wurde Bakayoko wieder nach Paris geflogen. Sein Zustand hatte sich weiter verschlimmert. Nur ein kleiner Kreis, darunter seine Frau, der Präsident Ouattara sowie der französische Präsident Emmanuel Macron, waren über seinen Gesundheitszustand informiert, während sich Besorgnis im Land breit machte. Jetzt wurde bekannt, er habe Leberkrebs im Endstadium und sei austherapiert.

Seine Frau wollte nicht aufgeben und ihn in die Türkei verlegen lassen. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan stellte ein Flugzeug zur Verfügung, das Paris am 5. März noch immer nicht verlassen hatte. Statt dessen bestätigten nun auch die türkischen Ärzte, eine Operation sei nicht mehr möglich. Am 6. März wurde Bakayoko nach Freiburg geflogen, wo er verstarb.

Yahmed erinnert sich an ein Gespräch, daß er im Dezember mit seinem Freund führte: "Weißt du", sagte er, während er einem Kräutertee trank "wir müssen wirklich das Beste aus jedem Moment machen, als wäre es unser letzter. Konzentriere dich auf das Wichtigste. Wir sind beide Glückspilze, wir haben alles, um glücklich zu sein aber wir hören nicht damit auf, zu wenig darüber nachzudenken.

Wir verschwenden unsere Zeit mit Trivialem, sogenannten Verpflichtungen, Gezänke, Neid, nehmen Dinge für wichtig, die keinerlei Wichtigkeit haben. Doch alles, was es braucht, ist nur ein Atemzug, eine Krankheit, ein Unfall oder eine andere Tragödie und alles ist vorbei." Vielleicht wußte er damals schon von seiner Krankheit.

Covid 19 und die Elfenbeinküste

Seit Januar 2021 stiegen die Fälle an Covid-19 Infektionen in der Elfenbeinküste stetig an. Der bekannteste Fall sei Bakayoko gewesen, so heißt es. Laut Experten seien die steigenden Zahlen durch Wahlkampagnen im ganzen Land verursacht worden. Hygienemaßnahmen wie Masken oder Abstand seien nicht respektiert worden. Die Menschen tanzten und sangen in den Straßen. Die Veranstalter sagten, sie hätten kein Geld, um 10.000 Masken zu kaufen.

Am 10. März gab es 2.856 Infizierte, davon 1.167 in Behandlung, während das Gesundheitssystem überhaupt nicht darauf vorbereitet war aber trotzdem behauptete, alles unter Kontrolle zu haben. Laut Statistik lägen die geheilten Fälle bei 95 %, hospitalisierte bei 4 % und die Todesrate bei 1 %.

Am 26. Februar 2021 hatte das Land 504.000 Astra-Zeneca Impfdosen von der Covid-19 Vaccines Global Access (COVAX) Initiative der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und

den Impfstoff-Allianzen Global Alliance for Vaccines and Immunizations (GAVI) und Coalition for Epidemic Preparedness Innovations (CEPI) erhalten.

Die Bill & Melinda Gates Foundation stellte circa 150 Millionen Euro, die Europäische Investitionsbank GAVI Darlehen von 400 Millionen Euro und die Europäische Union (EU) 100 Millionen Euro bereit. Neben Ghana mit 600.000 Impfdosen wurden diese beiden Länder als erste in Afrika von COVAX beliefert.

Am 4. September 2020 hatte der französische Präsident Macron den ivoirischen Präsidenten Ouattara zum Essen in den Elysée Palast geladen. Da Präsidentschaftswahlen bevorstanden, tat Macron seine Bedenken bezüglich der umstrittenen dritten Amtszeit Ouattaras kund, die zu gesellschaftspolitischen Spannungen im Land führen könnte. Macron schlug vor, die Wahlen zu verschieben, um einen Dialog mit seinen Gegnern zu ermöglichen und einen Nachfolger zu finden.

Das lehnte der ivoirische Präsident jedoch entschieden ab, er hätte keine andere Wahl, als selbst zu kandidieren, nachdem der Vorgänger von Coulibaly im Juli verstorben sei. Ouattara wurde laut einer unabhängigen Wahlkommission am 3. November mit 94,27 % für eine dritte Amtszeit wiedergewählt. Die Opposition hatte die Wahlen boykottiert, weil sie gegen diese dritte Amtszeit des Präsidenten war.

John Magufuli - Wikipedia

IV. John Magufuli (61), Präsident von Tansania, verstarb am 17.03.2021

Der 61jährige tansanische Präsident Dr. John Pombe Joseph Magufuli starb am 17.03.2021 an Herzversagen. Die Nachricht wurde mit einer Mischung aus Schock und Zweifel in der Bevölkerung aufgenommen. Wochenlang war über den Gesundheitszustand des Präsidenten spekuliert worden, nachdem im Februar bereits der Vizepräsident von Sansibar Seif Sharif Hamad an Corona gestorben war.

Am 27. Februar war Magufuli zum letzten Mal öffentlich in Erscheinung getreten. Die amtierende Vizepräsidentin Samia Suluhu Hassan verlautbarte nach seinem Tod, er hätte seit über 10 Jahren an einer Herzkrankheit gelitten, während die Opposition beharrlich bei der Virustheorie blieb, allerdings ohne offizielle Bestätigung.

Kenias Präsident Uhuru Kenyatta sagte, er hätte einen Freund und visionären Verbündeten verloren und der frühere nigerianische Präsident Goodluck Jonathan nannte ihn einen Patrioten, der sein Land liebte. Der Oppositionsführer Tundi Lissu hingegen behauptete, er hätte das Land durch das Leugnen der Pandemie auf eine Katastrophe zugesteuert.

Weltweite Gerüchte über Magufulis Gesundheit

Auch Benjamin Mkapa - ehemaliger Präsident Tansanias von 1995 bis 2005 - war am 26. Juli 2020 mit 81 Jahren verstorben. Laut seiner Familie litt er an Malaria und starb daraufhin an einem Herzinfarkt. Seitens Regierung wurde keine Todesursache genannt. Auch hier gab es sofort Gerüchte, er sei an Corona gestorben. Kurz vor seinem Tod hatte Magufuli noch einmal gesagt, Tansania sei Corona frei und die Touristen könnten wiederkommen.

Laut Verfassung wurde Vizepräsidentin Hassan als erste weibliche Präsidentin Tansanias eingeschworen, um die fünf Jahres Amtszeit, die Ende Oktober 2020 begann, fortzusetzen. Ein drastischer Kurswechsel ist bereits eingeleitet und alle nicht beachteten Beschränkungen und Verbote bezüglich des Umgangs mit Corona unter Magufuli umgesetzt. Hassan betonte, der Umgang mit Covid-19 in Tansania sei unangemessen gewesen. Eine Covid-Task Force würde umgehend gegründet. Die neue Präsidentin ist Mitglied des Young Global Leadership des Weltwirtschaftsforums (WEF).

Magufuli wird für seinen kontroversen Umgang mit der Pandemie im Gedächtnis bleiben. Er war der bekannteste "Corona-Leugner" Afrikas. Von Anfang an hatte er die Darstellung einer globalen Pandemie angezweifelt. Kaum einer wird vergessen, als er, selbst promovierter Chemiker, Proben von Papaya, Wachtel, Ziege und Schmieröl mit dem PCR Test auf Corona

testen ließ und positive Ergebnisse bekam. Er warnte bereits früh vor falsch positiven Testergebnissen. Darüber hinaus prangerte Magufuli die gefährlichen Corona-Impfstoffe als Teil einer westlichen Verschwörung, um sich weiterhin an den Rohstoffen Afrikas bereichern zu können, öffentlich an.

Er spielte die Pandemie herunter und zog so den Ärger der WHO auf sich, als er sein Volk dazu aufrief, lieber zu Gott zu beten und zu lokalen Kräuterextrakten zu greifen, die bekanntermaßen vor Atemwegserkrankungen schützen. Der WHO Direktor-General Tedros Adhanom Ghebreyesus sagte, eine Anzahl tansanischer Reisender seien im Ausland positiv auf Corona getestet worden. Tansania solle die geforderten Maßnahmen umsetzen, die Corona-Daten offenlegen und sich auf Impfungen Ende Januar vorbereiten, so die Instruktionen seitens der WHO.

Magufuli trug selbst nie eine Maske. Jeder der wollte, konnte es tun, solle sie aber selbst nähen und nicht die aus dem Ausland gelieferten tragen. Ab Mai 2020 übermittelte das Land keine Daten mehr über die Corona Situation. Tansania hätte die Pandemie durch ein drei Tage andauerndes nationales Gebet ausgerottet. Davor waren 509 Personen positiv getestet worden und 29 gestorben. Tansania hat 60 Millionen Einwohner. Zum gleichen Zeitpunkt meldeten Kenia 16.000 und der Kongo 8.000 positive Corona Fälle.

Wurde Magufuli vergiftet?

In Tansania wurde, im Gegensatz zu den Nachbarländern, kein Lockdown umgesetzt. Erst nachdem einige Regierungsbeamte an einer Lungenentzündung verstorben waren, räumte Magufuli ein, daß das Virus noch unter ihnen sei. Viele Kritiker werfen ihm vor, daß sein unverhältnismäßiges Handeln viele Todesopfer unter der Bevölkerung gefordert haben könnte. Die amerikanische Botschaft berichtete seit Januar 2021 von einem signifikanten Anstieg an Menschen, die an Atemwegsproblemen starben.

Am 16. Mai behauptete der in Belgien im Exil lebende Oppositionsführer Tundu Lissu - auf ihn gab es 2017 ein Attentat - durch Geheimdienstquellen zu wissen, daß Magufuli schwer an Corona erkrankt sei und verlangte Aufklärung bezüglich der dreiwöchigen Abwesenheit des Präsidenten. Die Regierung wies die Behauptungen als Gerüchte zurück. In diesem Zusammenhang sei es zu einigen Verhaftungen gekommen.

Laut Lissu sei der Präsident nach einem Schlaganfall halbseitig gelähmt. Aus anderen Quellen hieß es, Magufuli sei in Kenia oder Indien hospitalisiert. Kenia habe dies bestätigt. Seitens der tansanischen Regierung wurde derweil verlautbart, er sei gesund und arbeite. Das Volk solle nicht auf Gerüchte von außen hören.

Magufuli wurde am 29. Oktober 1959 am Ufer des Viktoriasees geboren und wuchs in ländlichen Verhältnissen auf. Er betonte immer, am eigenen Leib erfahren zu haben, was Armut bedeute. Die Schule wurde zu seinem Ausweg. 2005 erlangte er den Dokortitel in Chemie an der Universität von Dar es Salaam.

Nach einiger Zeit als Lehrer und Chemiker, wechselte er für die regierende Chama Cha Mapinduzi (CCM) Partei in die Politik. Sie ist seit der Unabhängigkeit von Großbritannien im Jahr 1962 stärkste Partei Tansanias. 2010 gewann Magufuli zunehmend an Popularität, als er zum zweiten Mal Minister für Arbeit und Transportwesen wurde. Seine teilweise grobe Art brachte ihm beim Volk den Spitznamen "Bulldozer" ein.

Magufulis Wirtschaftspolitik zum Wohl des eigenen Landes

2015 kandidierte Magufuli für das Präsidentenamt und gewann an seinem 56. Geburtstag mit 58 Prozent der Stimmen. Er sagte nach seinem Sieg, daß Wahlen in vielen Ländern Quelle von Konflikten seien aber Tansania hätte den Test bestanden und die Demokratie sei gereift. Magufuli vertrat von Anfang an im Amt eine Art nationalistische Wirtschaftspolitik. Er kontrollierte persönlich, ob Staatsbeamte pünktlich zur Arbeit erschienen und reduzierte ihre Spesen. Nicht wenige Beamte wurden wegen Korruption entlassen.

Die Kostensenkung in der Regierung und das Vorantreiben diverser Infrastrukturmaßnahmen wie Straßen, Bahn und Luftverkehr sowie Strom und Wasser in ländlichen Gebieten und freie Schulbildung brachten ihm viel Respekt bei der Bevölkerung ein. Zusätzlich verlangte Magufuli millionenschwere Steuerbeträge von verschiedenen ausländischen Bergbauunternehmen, um dem ungebremsen Raubbau an einheimischen Bodenschätzen entgegenzuwirken.

Neue Lizenzen zum Bau von Goldraffinerien vergab er Mitte 2019 an chinesische Unternehmen, natürlich zum Unmut des Westens. Im gleichen Atemzug stoppte er allerdings ein milliardenschweres Hafenprojekt, das für China sehr wichtig war. Magufuli wollte diesbezüglich mehr Mitspracherecht für Tansania. In Zukunft sollte China den Westen allerdings als Investitionspartner ablösen.

Aufgrund all dieser Errungenschaften war Magufuli in seiner ersten Amtszeit im eigenen Land aber auch in den Nachbarländern hoch angesehen. Allerdings zeigte er eine starke Intoleranz gegenüber Andersdenkenden. So stoppte er die live Übertragungen von Regierungsdebatten, in denen die Opposition die Regierung kritisierte. Am 28. Oktober 2020 wurde er für eine zweite Amtszeit wiedergewählt.

Die Opposition sprach von Wahlbetrug. Amnesty International berichtete, die Regierung hätte vor den Wahlen mit Hilfe neuer Gesetze die freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit stark eingeschränkt und lokalen Medien untersagt, internationale Inhalte ohne Erlaubnis zu drucken. Online Aktivismus wurde unter Strafe gestellt. Oppositionelle seien ohne triftigen Grund verhaftet worden. Andererseits wurde das Land unter Magufuli eine der am schnellst wachsenden Volkswirtschaften der Welt und die Weltbank stufte das Land 2020 bereits fünf Jahre früher als geplant als Land mit mittleren Einkommen ein.

Magufuli sagte in einem Video, das nach seinem Tod aufgetauchte, daß man sich eines Tages nicht an die schlechten Dinge aber an seine guten Taten erinnern wird, da er sein ganzes Leben in den Dienst für ein besseres Leben der Armen in Tansania gestellt hat. Laut BBC sagten viele Analysten, daß letztlich aber sein Umgang mit Corona sein Erbe definieren würde. Am 1. April 2021 wurde eine neue Corona-Mutante aus Tansania entdeckt. Laut transafrikanischer Seuchenschutzbehörde CDC weist die Variante ganze 40 Variationen auf und sei sehr besorgniserregend.

V. Guy-Brice Parfait Kolélas, Präsidentschaftskandidat der Opposition im Kongo, starb am 22.03.2021

Der stärkste Konkurrent des seit 36 Jahren amtierenden Präsidenten Sassou-Nguesso, Oppositionskandidat Guy-Brice Parfait Kolélas, starb am Wahltag an einer Corona-Infektion kurz nach der Landung eines Krankentransportflugzeuges, daß ihn nach Frankreich zur Weiterbehandlung bringen sollte.

Er war 61 Jahre alt und litt an Diabetes, was ihn zu einem Risikopatienten machte. Einen Tag zuvor verpaßte Kolélas die letzte Wahlkundgebung, da er sich nicht gut fühlte. Er dachte, er hätte Malaria und wurde in ein lokales Krankenhaus gebracht, von wo es später hieß, man habe eine Covid-Infektion festgestellt. Die französische Staatsanwaltschaft kündigte eine Untersuchung der Todesursache an.

Ein Pariser Gericht bestätigte nach der Autopsie eine Corona-Infektion als Todesursache und entkräftete damit jegliche Vergiftungsvorwürfe. Die Lunge Kolélas sei schwer geschädigt gewesen, er sei an einer diffusen Pneumonie verstorben. Trotzdem wurde weiterhin vielfach behauptet, er sei mit Polonium vergiftet worden und bereits tot gewesen, als er das Land verließ. Noch vom Sterbebett aus wandte sich Kolélas an seine Landsleute mit den Worten, er würde gerade um sein Leben kämpfen, rief sie aber dazu auf, aufzustehen und weiter für eine Veränderung im Land zu stimmen, dann wäre auch sein Kampf nicht um sonst gewesen. Kolélas hätte ein leichtes sorgloses Leben als Minister haben können, entschied sich aber für den un-

ermüdlichen Kampf für Demokratie. Kolélas Partei, die Union der Demokratischen Humanisten (UDH-Yuki), gab an, sie hätte die Wahl gewonnen.

Tatsächlich gewann der neue alte Präsident mit 88,57 Prozent, so die Zahlen der Wahlkommission. UDH-Yuki kam auf 64 Prozent und 31 Prozent für den Präsidenten. Beim Verfassungsgericht wurde Klage eingereicht.

Welche politische Rolle spielte Guy-Brice Parfait Kolelas

Nach dem Tod seines Vaters Bernard Kolélas 2010, folgte ihm sein Sohn als Interimspräsident des Congolese Movement for Democracy and Integral Development (CMDID). Bei den Präsidentschaftswahlen 2016 belegte er den zweiten Platz. In seinen letzten Tagen hatte Kolélas den Präsidenten besonders stark kritisiert und den Kongo als Polizeistaat bezeichnet. Amtsinhaber bleibt nun weiterhin Sassou-Nguesso. Es gab einige Einwände wegen fehlender Transparenz. Die größte Oppositionspartei Pan-African Union for Social Democracy (UPADS), boykottierte die Wahlen, da sie eine Spaltung der Nation befürchtete.

Der Kongo hat 2,5 Millionen Einwohner, der Großteil lebt in Armut, obwohl das Land sehr reich an Rohstoffen ist. Kongo-Brazzaville hat offiziell mehr als 9.000 Corona positive Fälle und 130 Todesfälle gemeldet.

In seiner diesjährigen Antrittsrede nahm der wiedergewählte Nguesso Bezug zum UN-Klimagipfel im November 2021. Er sprach vom Kongobecken als der Lunge Afrikas, durch die die ganze Welt atmet. Der Kongo habe hinsichtlich Umweltschutz und Biodiversität eine herausragende Rolle. Das "Schwarze Afrika" würde zum "Grünen Afrika", so der Präsident im allgegenwärtigen Klimatenor.

Post Mortem

Eine neue uns wohl bekannte südafrikanische Mutante war 2020 aufgetaucht und wurde in Botswana, Ghana, Kenia, auf den Komoren, Sambia, Mosambik und Tansania nachgewiesen und hat laut WHO zu Rekordinfektionszahlen geführt. Die Anzahl an Tests in Afrika seien im Vergleich zu anderen Regionen der Welt immer noch viel zu gering, was die Ausbreitung des Virus stark verschleierte. Südafrika habe bisher die meisten, Nigeria nur relativ wenige Tests pro Kopf durchgeführt. In einigen Ländern seien zu wenig oder gar keine Daten zu Tests verfügbar.

Laut WHO und den Afrikanischen Zentren für die Kontrolle von Krankheiten Africa Centres for Disease Control (CDC) können die afrikanischen Länder den AstraZeneca-Impfstoff trotz Bedenken hinsichtlich seiner Sicherheit weiterhin problemlos verwenden. Tschad und Simbabwe haben den Impfstoff allerdings abgelehnt. Auch in Südafrika seien Impfungen mit dem Wirkstoff ausgesetzt worden, da er nicht gegen die südafrikanische Mutante zu wirken scheint. Die Lieferung von Covid-Impfstoffen durch das COVAX-Programm nach Afrika startete im Februar 2021.

Insgesamt 36 Länder hätten sich angemeldet, um Impfstoff zu erhalten. COVAX will 600 Millionen Dosen nach Afrika liefern, um etwa 20 Prozent der Bevölkerung zu impfen. Allerdings reiche der Impfstoff nicht aus, das medizinische Personal sowie die Risikogruppen zu impfen. Ruanda habe seine erste Lieferung bereits ausgeschöpft. Ghana sei kurz davor und Botswana hätte aufgrund von Engpässen die Impfung ausgesetzt.

Neben den Lieferungen durch das COVAX-Programm, stammt etwa die Hälfte der in Afrika zur Verfügung stehenden Impfstoffe von Spenden aus China, Rußland, Indien und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE). Aktuelle Untersuchungen der Weltbank (WB) und des Internationalen Währungsfonds (IWF) haben errechnet, daß Afrika etwa 12 Milliarden Euro für Impfstoffe und Impfung ausgeben müßte, um die Ausbreitung des Virus aufzuhalten.

Die WHO warnt eindringlich, daß diese Krise nicht überwunden werden kann, wenn nicht alle Länder ihre Bevölkerung immunisieren können. COVAX soll bis Ende 2021 zwei Milliarden

Dosen in "die armen Länder" liefern. Wenn es keine Flughäfen gibt, soll der Impfstoff per Kühlwagen transportiert werden.

In Nigeria wurden traditionelle Führer, die Zivilgesellschaft sowie die Medien dazu aufgerufen, die Nachricht überall zu verbreiten, daß diese Impfung notwendig ist. Nigeria hat die ersten vier Millionen Dosen von Astra-Zeneca vom Serum Institut aus Indien erhalten, COVAX will 200 Millionen liefern. Nigeria hofft, in den nächsten zwei Jahren 70 Prozent der über zweihundert Millionen Einwohner impfen zu können.

Zur Autorin: Ine Stolz studierte Biogeographie - angewandte Ökologie an der Universität des Saarlandes, Agrarwissenschaften, spezialisiert auf die Tropen und Subtropen in Göttingen und promovierte in Ökotoxikologie (Wirkung von Pflanzenschutzmitteln in der Umwelt) an der Universität Basel. Über einen Zeitraum von 25 Jahren war sie als Wissenschaftlerin, Projektleiterin und Beraterin in einem Dutzend Länder in Afrika südlich der Sahara tätig. 2016 hat sie sich aus der "Entwicklungshilfe" verabschiedet und das Buch Alte Seele Afrika veröffentlicht. ...<<

Die AfD-Fraktion des Deutschen Bundestages stellte am 19. Mai 2021 folgenden Antrag - Synthetische Kraftstoffe als CO2-frei einstufen - Weg für einen freien Kraftstoffmarkt öffnen. Drucksache 19/29777 (x1.044/...): >>Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die von der Bundesregierung verfolgte "Energiewende" und "Klimaschutzpolitik" hat in den letzten 20 Jahren immense Geldmengen gekostet, Notstandsrisiken erhöht, aber keinen Nutzen erbracht.
2. Auch nach 20 Jahren Förderung ist die Stromerzeugung aus Wind, Sonne und Biomasse im Vergleich zur Stromerzeugung aus Kohle, Erdgas, Erdöl oder nuklearer Energie nicht wettbewerbsfähig.
3. Ineffiziente Energieumwandlung bleibt ineffizient auch wenn man weitere Prozesse der Energieumwandlung ergänzt; die physikalischen Gesetze lassen sich nicht umgehen.
4. Die Speicherung von Umgebungsenergien aus Wind, Sonne und Biomasse (z.B. Mais) in Form von chemischer Energie ("E-Fuels") ist nicht nur ineffizient und teuer, sondern auch mit erheblichen Eingriffen in Naturräume (trockeneres und wärmeres Regionalklima durch Wind-Industrieanlagen, Insektensterben, Vogelschlag und Monokulturen) verbunden beziehungsweise steht in Konkurrenz zur Nahrungsproduktion. Die Wohlstandsvernichtung und Naturzerstörung durch diese "erneuerbare Energien" wird auf diese Weise noch potenziert.
5. Synthetische Kraftstoffe ("SynFuels") im Sinne dieses Antrags sind Kraftstoffe, die durch Nutzung von Wind, Photovoltaik, Biomasse oder Kernenergie hergestellt werden und Kraftstoffe aus Erdöl und Erdgas ersetzen könnten.
6. Der mögliche Ersatz von Kraftstoffen aus Erdöl und Erdgas durch synthetische Kraftstoffe ist kein Selbstzweck, sondern dient der langfristigen, strategischen Verfügbarkeit und muß sich an wettbewerbsfähigen Kosten orientieren.
7. Die großtechnische Produktion von synthetischen Kraftstoffen als denkbaren Ersatz für Kraftstoffe aus Erdöl oder Erdgas setzt eine kostengünstige, verlässliche und in großen Mengen verfügbare Hochtemperatur-Energiequelle voraus.
8. Auch eine umfassende Umstellung der Mobilität auf Elektrofahrzeuge würde eine kostengünstige, verlässliche und in großen Mengen verfügbare Stromversorgung erfordern, zusätzlich noch milliarden schwere Investitionen in Ladeinfrastruktur und Stromversorgung.
9. Mit einer kostengünstigen Hochtemperatur-Quelle können aus verschiedensten Ausgangsstoffen (Abfall, Luft, Wasser) unterschiedlichste Betriebs- und Kraftstoffe (Ammoniak, Benzin, Diesel, Kerosin, Raketentreibstoff) hergestellt werden.
10. Es gibt keinen nennenswerten technischen Grund, die Herstellung und Nutzung synthetischer Kraftstoffe zu verbieten oder zu beschränken und in gesetzlichen Vorschriften (u.a.

TEHG, BEHG, BImSchV, Treibhausgasminderungsquote und EU-Regelungen) zu benachteiligen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Zehnte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über die Beschaffenheit und die Auszeichnung der Qualitäten von Kraft- und Brennstoffen - 10. BImSchV) mit Stand vom 13. Dezember 2019 zu novellieren, einen Absatz zu ergänzen und zuzulassen, daß synthetische Kraftstoffe gewerbsmäßig oder im Rahmen wirtschaftlicher Unternehmungen gegenüber dem Letztverbraucher in den Verkehr gebracht werden, soweit ihre wesentlichen Eigenschaften (z.B. Cetanzahl, Dichte, Flammpunkt, Viskosität) den Anforderungen der DIN EN 228 (Benzin) oder der DIN EN 590 (Diesel) genügen oder als Kraftstoff nach der DIN EN 15940 zugelassen sind,
2. in den entsprechenden Gesetzen und Verordnungen, den Regelungen des Treibhausgasemissionshandels, Brennstoffemissionshandels, der Treibhausgasminderungsquote, den Flottenemissionsvorgaben für Fahrzeughersteller sowie auf europäischer Ebene darauf hinzuwirken, synthetische Kraftstoffe als CO₂-frei bzw. CO₂-neutral einzustufen,
3. die Herstellung synthetischer Kraftstoffe durch Nutzung der Kernenergie, insbesondere mit Hilfe von Flüssigbrennstoff-Hochtemperatur-Reaktoren, als geeignete Strategie zur langfristigen, strategischen Verfügbarkeit anzuerkennen und dieser Strategie Priorität einzuräumen.

Berlin, den 14. Mai 2021

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung

Die Politik der Europäischen Union und der Bundesrepublik verfolgt seit Jahren das Ziel den Verbrennungsmotor durch Elektrofahrzeuge zu ersetzen. So schreibt das Bundeswirtschaftsministerium: "Die Zukunft der Mobilität ist elektrisch. Elektromobilität ist ein wichtiges Element einer klimagerechten Energie- und Verkehrspolitik. Im Rahmen des "Nationalen Entwicklungsplans Elektromobilität" erwartet die Bundesregierung, Deutschland bis 2022 als Leitmarkt mit mindestens einer Million Elektrofahrzeugen zu etablieren."

So sicher sich die politischen Akteure in Brüssel und Berlin auch sind, so unsicher sieht die Realität aus. Welche Antriebstechnologie sich auf mittel- bis langfristig durchsetzen wird, steht noch lange nicht fest. Neben Diesel, Benzin, Wasserstoff bzw. Strom ist großen Teilen der Öffentlichkeit noch immer nicht bekannt, daß es noch eine andere CO₂-freie Antriebsart gibt: synthetische Kraftstoffe.

Synthetische Kraftstoffe haben entscheidende Vorteile: einerseits kann die bisherige Tankstelleninfrastruktur genutzt werden, andererseits würde der bisherige Bestand an Verbrennungsmotoren noch auf Jahre auf unseren Straßen fahren können. Denn sobald synthetische Kraftstoffe innerhalb der Normen für Diesel und Benzin in den Markt gebracht werden, können sie auch von konventionellen Verbrennungsmotoren als Kraftstoff eingesetzt werden. Mobilität mit Elektrofahrzeugen hingegen bedeutet einen radikalen Bruch und erfordert milliarden-schwere Investitionen in Ladeinfrastruktur und Stromversorgung.

Eine umweltfeindliche, nicht nachhaltige massenweise Entwertung völlig intakter Fahrzeuge geschieht nebenher infolge Verteuerungen und Nutzungseinschränkungen durch irrationale Grenzwertverschärfungen für Verbrennungsmotoren. Zusätzlich benötigt Elektromobilität in der geplanten Form horrend Subventionen. Somit wird individuelle Mobilität ein Luxusgut für hohe Einkommen und für den Durchschnittsverdiener eine finanzielle Herausforderung.

Die bisherige Haltung der Europäischen Union und der Bundesregierung zu synthetischen Kraftstoffen ist ablehnend. Zwar sieht die Bundesregierung prinzipiell in den Bereichen Luft- und Seeverkehr den Einsatz von synthetischen Kraftstoffen als sinnvoll an, räumt jedoch bei anderen Verkehrsträgern der Elektrifizierung den Vorrang ein. Zum jetzigen Zeitpunkt ist lediglich die Beimischung von synthetischen Kraftstoffen erlaubt. Obwohl im Personenverkehr

der motorisierte Individualverkehr mit knapp 80 Prozent noch auf Jahre überwiegen wird, gibt es keine politische Bereitschaft, auf synthetische Kraftstoffe umzusteigen, oder zumindest eine Chancengleichheit mit Elektromobilität zu gewährleisten.

Oftmals wird das Argument angeführt, daß die Herstellung von synthetischen Kraftstoffen nicht wirtschaftlich wäre. Gleichzeitig hofft man bei Elektromobilität auf technologische Fortschritte bei der (Zwischen-)Speicherung von Strom, Innovationen bei Ladeprozessen von Batterien und allgemein auf Fortschritte in der Batterieforschung. Technologie- und Skaleneffekte sind bereits von der Regierung eingepreist und werden nicht weiter hinterfragt. Das Prinzip Hoffnung reicht der Bundesregierung, um sich einseitig auf die Elektromobilität zu konzentrieren. Bei synthetischen Kraftstoffen geht man genau umgekehrt vor. Es wird mit zweierlei Maß gemessen.

Inwiefern das Kostenargument in Zukunft eine Rolle spielen wird, ist heute noch nicht abzusehen. Je nachdem woher die Energie zur Produktion bezogen würde, könnten synthetische Kraftstoffe noch günstiger werden - solche aus Kernkraftwerken würde zu weiteren Kostenreduzierungen führen, bei Nutzung nuklearer Prozeßwärme wäre sogar Marktparität mit Mineralölprodukten denkbar. Die großtechnische Produktion von synthetischen Kraftstoffen als Ersatz für Kraftstoffe aus Erdöl oder Erdgas setzt eine kostengünstige, verlässliche und in großen Mengen verfügbare Hochtemperatur-Energiequelle, eine umfassende Umstellung der Mobilität auf Elektrofahrzeuge zusätzlich noch milliardenschwere Investitionen in Ladeinfrastruktur und Stromversorgung voraus.

Zudem ist die Speicherung von Energie in synthetischen Kraftstoffen deutlich energie- und ressourceneffizienter als die Speicherung in Akkumulatoren (Batterien). Daher sind die Argumente, die derzeit gegen synthetische Kraftstoffe sprechen, nicht nachvollziehbar und im direkten Vergleich mit der Elektromobilität inkonsistent. Jedoch kann sich unsere Industrie die Ignoranz der Bundesregierung bei synthetischen Kraftstoffen nicht weiter leisten, denn speziell im Schwerverkehr wird sich keine wirtschaftlich auch nur einigermaßen durchführbare Alternative zum Verbrennungsmotor mittel- bis langfristig durchsetzen können.

Gerade der auf Langstrecken ausgelegte Schwerverkehr wäre mit der aktuellen Generation an Batterien nicht mehr überlebensfähig und würde entlang der gesamten Lieferkette massive Preissteigerungen nach sich ziehen. Speziell eine Exportnation wie Deutschland ist enorm auf günstige Kosten bezüglich Transporte und Transaktionen in unsere europäischen Nachbarländer angewiesen. Ohne die rechtliche Anerkennung von synthetischen Kraftstoffen als Rein-kraftstoff wird es für Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren technisch äußerst schwierig, die geplanten Grenzwerte einzuhalten, denn die politische Drehschraube wird immer enger gezogen.

Hintergrund: Verstärkt werden die einseitigen Maßnahmen der Bundesregierung durch die Verteuerung von Verbrennungsmotoren seitens der Europäischen Union. So sinken jährlich die erlaubten CO₂-Flottenemissionswerte der PKW. Im Zuge des sogenannten "European Green Deal" dürften weitere Verschärfungen für CO₂-Flottenemissionswerte im Sommer 2021 verabschiedet werden, die Automobilherstellern de facto die gewinnbringende Herstellung von Verbrennern verunmöglicht.

Daneben werden Kraftstoffanbieter verpflichtet, die CO₂-Emissionen bei Benzinern und Dieselfahrzeugen schrittweise um 22 Prozent bis 2030 zu senken. Mit der neuen Treibhausgas-minderungsquote (THG-Quote) soll der Anteil sogenannter "erneuerbarer Energien" bis 2030 auf 28 Prozent erhöht werden. Damit folgt die Regierung einer europäischen Richtlinie zur Förderung der Nutzung von Energie aus diesen volatilen Quellen (RED-II). Gleichzeitig wird der direkte Einsatz von elektrischer Energie in Elektroautos mit einer dreifachen Anrechnung innerhalb der Treibhausgasminderungsquote gefördert.

Technisch gibt es keine Beschränkung für die Verfügbarkeit von kostengünstiger Energie; öl-

und kohlebasierte Brennstoffe werden auch bei steigendem Energieverbrauch noch viele Jahrzehnte zur Verfügung stehen, Nuklearbrennstoffe sind nach menschlichen Maßstäben unbegrenzt verfügbar. Einschränkungen für die Verfügbarkeit kostengünstiger Energie sind ausschließlich durch menschliches Unverständnis begründet.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 21/21" berichtete am 21. Mai 2021 (x1.387/...):

>>**Stabiles Netz war gestern**

Klimaneutral in 25 Jahren: Warum die Energiewende Stromversorgung und Wohlstand gefährdet

Hans-Günter Appel

Mit dem Abschalten der letzten Kernkraftwerke im nächsten Jahr ist in Deutschland eine sichere Stromversorgung nicht mehr gewährleistet. Doch schon jetzt gibt es kritische Situationen dicht vor einem Netzzusammenbruch. So am 8. Januar dieses Jahres. Das Netz konnte stabil gehalten werden, weil genügend regelbarer Kraftwerkstrom vorhanden war. Mehr ständig schwankender Wind- und Solarstrom hätte zu einem Blackout geführt.

Die Bundesnetzagentur hat nach diesem Ereignis das Großkraftwerk Heyden bei Petershagen an der Weser wieder reaktiviert, das eine Woche zuvor nach dem Kohleausstiegsgesetz stillgelegt wurde.

Deutschland marschiert mit der Energiewende in eine Versorgungslücke, vor der Regierung und Politik die Augen verschließen. Unsere Emissionen sollen bis zum Jahr 2030 planmäßig um 65 Prozent gesenkt werden gegenüber dem Niveau von 1990, und totale "Treibhausgas-Neutralität" soll bereits in gut 25 Jahren erreicht sein. Ideologie und Glauben haben offensichtlich technisches und wirtschaftliches Denken abgelöst.

Unsere Nachbarländer im europäischen Verbundnetz werden bei wachsendem Strommangel nicht liefern können, weil sie selbst ihre Kraftwerke reduzieren. Umgekehrt haben wir bei Starkwind und Sonne schon heute zu viel Strom, der unter Zuzahlung entsorgt werden muß. Immer öfter werden daher Wind- und Solaranlagen vom Netz genommen, um Überschuß zu vermeiden. Die Betreiber der Anlagen freilich stört das nicht. Sie erhalten eine Ausfallentschädigung für den nicht benötigten und nicht gelieferten Strom. 2019 wurden rund 700 Millionen Euro ausgezahlt.

Die Energiewende im Namen der Klimaretterei, die nun sogar höchstrichterlich eingefordert wird und nicht mehr hinterfragt werden soll, gefährdet die deutsche Energieversorgung. Die Stromerzeugung mit Biogas und Wasserkraft kann nicht mehr nennenswert erhöht werden, weil dafür Flächen und Wasser fehlen. So wird als Lösung nur der Strom aus Wind und Sonne propagiert.

Über den derzeitigen Strombedarf hinaus sollen in Zukunft auch Pkws und Lastwagen elektrisch angetrieben werden. Weiter soll "grüner" Wasserstoff, elektrolytisch mit Sonnen- und Windstrom erzeugt, als Energiespeicher dienen und für die chemische Industrie Erdöl als Grundstoff ablösen. Im Labormaßstab ist dies zwar alles möglich. Praktisch jedoch gibt es unüberwindbare technische und wirtschaftliche Grenzen.

Die Flächen in Deutschland reichen nicht aus, um den Strom aus Wind und Sonne für alle genannten Anwendungen zu erzeugen. Zudem schwankt die Leistung dieses Stroms mit dem Wetter. Bei Dunkelflaute gibt es keinen Strom, und notwendige große Stromspeicher sind bisher nicht in Sicht. Der schwankende Wind- und Solarstrom kann kein stabiles Netz aufbauen.

Dafür ist eine Grundlast von mindestens 45 Prozent aus Kraftwerken mit schweren rotierenden Generatoren erforderlich, die die Netzfrequenz stabil halten und die Leistung auf Bedarf regeln. Geringere Grundlasten führen zum Blackout. Wir können also auf Kraftwerke nicht verzichten. Damit sind die jüngst verschärften Klimaziele der Bundesregierung utopisch.

Die komplette Umstellung auf elektrisch angetriebene Pkws erforderte 20 neue Großkraftwer-

ke oder 15.000 riesige Windgeneratoren der Drei-Megawatt-Klasse. Darüber hinaus müßten die Zuleitungen zu den Hausanschlüssen verstärkt werden. Das Aufladen mit einem 11-Kilowatt-Anschluß dauert länger als die mögliche Fahrzeit mit dem Auto. Es gibt Schnellladestationen, die jedoch die Betriebsdauer der teuren Batterie stark reduzieren. Unter Einschluß der Batteriekosten ist der Energieaufwand deutlich höher als für einen Diesel oder Benzin. Das ist bedauerlich, denn der Elektromotor ist ein komfortabler Antrieb.

Nach Angaben der chemischen Industrie können mit Wasserstoff fast alle chemischen Produkte aufgebaut werden. Für die Synthesen ist jedoch viel Energie erforderlich. Verfahren können wirtschaftlich werden bei Strompreisen um einen Cent pro Kilowattstunde. Das ist mit Wind- und Solarstrom nicht zu erreichen. Die Kosten von "grünem" Wasserstoff steigen mit jeder Umwandlung, weil Energie dabei verlorengeht - ein unwirtschaftliches Unterfangen.

Die Corona-Krise hat einen Vorgriff auf die weiter steigenden Kosten der Energiewende gebracht. Durch das Lahmlegen von Handel und Gewerbe sank der Strombedarf deutlich. Der "Öko-Strom" mußte jedoch nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) weiter ins Netz eingespeist werden. Die Kraftwerke wurden gedrosselt. Der Anteil des hochvergüteten "Öko-Stroms" stieg deutlich und damit auch die EEG-Umlage, die den Strompreis um zehn Prozent verteuerte.

Wenn die Energiewende weitergeht - und alle Prognosen für den Ausgang der Bundestagswahl lassen nur den Schluß zu, daß sie noch forciert wird -, steigen die Stromkosten überproportional, weil Deutschland immer mehr teuren Überschußstrom erzeugt und mehr Regelleistung erforderlich ist.

Es wird immer wieder geunkelt, die hohen deutschen Strompreise würden zum Abwandern der Industrie führen. Die Abwanderung läuft jedoch schon seit Jahren. Wer in Deutschland bleibt, dem wird es so gehen wie der Papierfabrik Zanders in Bergisch-Gladbach, die zum 1. Mai ihren Betrieb einstellte, weil die neue Brennstoffsteuer nicht aufgebracht werden konnte. Keine Partei und keine Gewerkschaft haben in diesem Fall gegen die Energiewendepolitik protestiert, die ja Ursache der Firmenaufgabe ist. Die Energiewende kostet uns als EEG-Umlage jedes Jahr mehr als 25 Milliarden Euro. Dieses Geld stünde für die Begleichung der Aufwendungen der Corona-Krise zur Verfügung, wenn jede finanzielle Stützung von Flackerstrom beendet wird.

Prof. Dr.-Ing. Hans-Günter Appel ist Sprecher des NAEB e.V. Stromverbraucherschutz. <<
Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/18808" berichtete am 21. Mai 2021 (x1.251/...): >>**Annalena Baerbock - die Kanzlerkandidatin der Eliten**

Als Annalena Baerbock gemeinsam mit Robert Habeck an die Spitze der Grünen gewählt wurde, war sie die große Unbekannte und Habeck die Nummer eins. ... Am 19. April 2021 wurde Annalena Baerbock von den Grünen zur Kanzlerkandidatin nominiert. Baerbock ist mit 40 Jahren die jüngste Kanzlerkandidatin, die es je gab und ganz offensichtlich auch ein Liebling der Medien.

Statt nüchtern und objektiv über Baerbocks Stärken und Schwächen, ihre Haltung und ihre Kompetenz zu sprechen, wurde sie vielfach zur Heilsbringerin erklärt. "Die Überlegene" schreibt "die Zeit". "Die Frau für alle Fälle" prangt es auf dem "Spiegel-Cover" und auch auf dem "Stern-Titel" heißt es: "Endlich anders". Als Baerbock 2018 gemeinsam mit Robert Habeck an die Spitze der Grünen gewählt wurde, war sie die große Unbekannte und Habeck die Nummer eins.

Wie ist es zu erklären, daß Frau Baerbock in so kurzer Zeit bis zur Kanzlerkandidatin der Grünen aufsteigen konnte und von den Medien derart unterstützt wird, obwohl sie keinerlei Regierungserfahrung hat?

Geht man dieser Frage nach, so ist auffallend, daß Baerbock im Gegensatz zu Habeck tief in transatlantische Netzwerke und Denkfabriken eingebunden ist.

Annalena Baerbock ist z.B. Mitglied beim "German Marshall Fund", kurz GMF, einer einflußreichen amerikanischen Denkfabrik mit Sitz in Washington D.C. Initiiert wurde der GMF 1970 von Guido Goldman, einem Mann mit engen Verbindungen zu David Rockefeller und anderen Wallstreet-Bankern. Offizielles Ziel des GMF ist, die Beziehung zwischen Europäern und US-Amerikanern zu vertiefen und Führungskräfte in diesem Sinne zu fördern.

Laut dem Wirtschaftsjournalisten William Engdahl, der sich seit mehr als 30 Jahren mit Geopolitik befaßt, ist jedoch sein tatsächliches Ziel, die Welt an die globalistische Agenda der Finanzelite anzupassen. Demnach war der GMF in viele Regimewechsel-Operationen verstrickt, wie zum Beispiel in der Ukraine. So wurden Politiker installiert, die das Land dann im Sinne dieser Finanzoligarchen regierten und es z.B. zur Plünderung für multinationale Konzerne öffneten.

Interessanterweise ist Frau Baerbock seit dem Jahr 2020 auch Mitglied im Forum der "Young Global Leaders" des World Economic Forum (WEF). Dieser will aktuell unter dem Deckmantel der Nachhaltigkeit mit der Agenda 2030 und dem "Great Reset" eine neue Weltordnung im Sinne der Finanzoligarchen durchsetzen. Die Mitglieder der "Young Global Leaders" bilden dabei den Elite-Nachwuchs des WEF, in den die vielversprechendsten Führungskräfte unter 40 Jahren aufgenommen werden.

Sie durchlaufen ein fünfjähriges Trainingsprogramm und werden gleichzeitig mit den Mächtigen dieser Welt vernetzt. Die Folge ist, daß diese "Young Global Leaders" dann sofort steile Karrieren hinlegen. Beispiele hierfür sind Angela Merkel, Bundesgesundheitsminister Jens Spahn sowie Emmanuel Macron. Letzterer gründete eine neue Partei, bekam das nötige Geld für seinen Wahlkampf und wurde aus dem Stand Präsident von Frankreich.

Daß Annalena Baerbock von den Leitmedien, deren Chefredakteure bezeichnenderweise ebenfalls Mitglieder in solch transatlantischen Denkfabriken sind, schon jetzt ins Kanzleramt gelobt wird, kann deshalb nur eines bedeuten: Baerbock ist die auserwählte Wunschkanzlerin der selbsternannten Weltenlenker.

Dementsprechend stimmen auch die politischen Ziele von Baerbock mit den Plänen dieser globalistischen Elite überein:

- Mit Verbot und Zwang soll die Umweltpolitik bzw. auch die Agenda 2030 durchgesetzt werden.
- Jeder Mensch soll ein Recht auf Asyl bekommen.
- Die Forderung von "Robusten Militäreinsätzen" und gesteigerten Verteidigungsausgaben; was nichts anderes bedeutet, als Kriegeinsätze und eine Konfrontationspolitik gegenüber Rußland und China
- Einführung des digitalen Euro im Wahlprogramm der Grünen.

Muß man aus all diesen Tatsachen nicht folgern, daß es Annalena Baerbock und den Grünen in erster Linie nicht mehr um die Umwelt oder ein gerechteres Leben geht?

Offensichtlich sind sie längst schon Teil der Globalisten-Netzwerke geworden. Diese wiederum unterwandern und mißbrauchen die Demokratie, indem sie ganz gezielt Politiker an die Macht fördern, die sich für ihre Ziele instrumentalisieren lassen. Darin dürfte auch die Ursache liegen, daß die Schere zwischen Arm und Reich immer mehr auseinander geht, denn die Hauptlasten all der schön angekündigten Reformen hat die normale Bevölkerung zu tragen.

Doch das muß nicht so bleiben! Sobald eine aufgeklärte Bevölkerung diese Unterwanderung durchschaut hat, können sich derartige Machenschaften nicht länger halten. Denn es ist an der Zeit, daß nur noch solche Politiker an der Spitze stehen, die nicht fremden Herren dienen, sondern allein dem Wohle des Volkes.<<

Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebesen erschien am 24. Mai 2021 folgender Bericht über die Umerziehung der Deutschen (x1.014/...): >>**HISStory: Friedenssehnsucht, Totalitarismus und Gewerkschaften**

Der Buchautor und Publizist Hermann Ploppa erläutert in HISStory kurz und sachlich historische Daten und Jahrestage von herausragenden geschichtlichen Ereignissen.

Der Zweite Weltkrieg ist jetzt über siebenzig Jahre vorbei. Das ist schon so lange her, daß wir heute gar nicht mehr wissen, auf welchen verschlungenen Wegen wir zu unserem Status Quo gekommen sind.

Nach dem radikalen Einschnitt durch die Corona-Krise drohen jetzt obendrein noch mehr geschichtliche Wegmarken und Gewißheiten in Vergessenheit zu geraten. Wissen wir überhaupt noch, wie unsere Vorfahren nach dem Zweiten Weltkrieg drauf waren?

Und sind jene Meinungen und Positionen, die wir heute für ewig in Stein gemeißelt ansehen, schon immer da gewesen? Oder mußten wir nicht überhaupt erst zu Menschen der westlichen Welt gemacht werden?

Ich behaupte: um so zu werden wie wir heute sind, mußten unsere Vorfahren ganz erheblich umgepolt und umprogrammiert werden. Wie das funktionierte, das schauen wir uns in der heutigen Folge von History einmal genauer an:

Die Menschen in Deutschland sind nach dem Zweiten Weltkrieg in ihrer überwältigenden Mehrheit für den Frieden und wollen sich aus dem Händel der Großmächte heraushalten. Das ist wahr. Was muß man denn tun, um eine solche Mauer der Kriegsunwilligkeit zu knacken? Ganz einfach. Man muß den Menschen einhämmern, die Sowjetunion sei ganz genau so schlimm wie der Hitler-Faschismus. Auch "der Russe" wird nicht locker lassen, bis er die ganze Welt versklavt hat, gerade so wie Hitler es wollte. Die zutiefst künstliche und herbei gequälte "Theorie", die so einen kontrafaktischen Unsinn verbreitet, wird prompt von bestellten Auftragsideologen am Reißbrett entwickelt.

Das neue Ideologieprodukt heißt: Totalitarismus.

Nazideutschland und Sowjetkommunismus sind demzufolge ein und dasselbe: beide Systeme werden von allmächtigen Parteien gesteuert. Beide lassen den Menschen keinen privaten Raum mehr zum Nachdenken. Beide stecken alles, was nicht konform geht, in Zwangslager: Auschwitz hier, Gulag dort. Über beiden Toren steht: "Arbeit macht frei". Es wird nur noch die eine alleinseligmachende Weltsicht geduldet.

Wir wollen gar nicht leugnen, daß es frappierende Ähnlichkeiten zwischen Nazismus und Stalinismus gibt - zumindest auf den ersten Blick.

Seriöse Wissenschaftler unterscheiden jedoch immer zwischen Wesen und Erscheinung. Die Sowjetunion war nämlich hervorgegangen aus dem zaristischen Rußland, in dem zu einem hohen Prozentsatz ehemals leibeigene Bauern lebten und Industrie noch nicht einmal in den Kinderschuhen steckte. Ein städtisches Bürgertum sowie Ansätze von Mittelstand waren nur in Ansätzen erkennbar. Diese Bauerngesellschaft war dann von den Bolschewiken mit brutaler Gewalt industrialisiert worden. Demgegenüber war Deutschland bereits eine ausgefaltete bürgerliche Gesellschaft, die durch die Nazidiktatur zur Kriegsgesellschaft gewaltsam umprogrammiert wurde. Das sind ganz bedeutende Unterschiede.

Es ging ja auch gar nicht darum, das Wesen von Diktaturen und Despotien zu verstehen. Es ging nur darum, das Grauen über die Nazi-Untaten begrifflich zu verkoppeln mit den Greueln des Stalinismus und dabei en passant die Botschaft auszusenden: der Krieg gegen die Sowjetunion ist moralisch genauso gerechtfertigt wie der Krieg gegen Hitler!

Die Neu-Definition der Sowjetunion vom Alliierten Partner im Zweiten Weltkrieg zum vernichtungswürdigen Monster erinnert fatal an die Aktivitäten des Wahrheitsministeriums in George Orwells dystopischen Roman "1984". Die Wahrheitsbeamten in Washington und London mußten vergessen machen, daß zum Beispiel die Zeitschrift Newsweek im Jahre 1943

Stalin und seinen Termitenstaat in einem Extraheft in höchsten Tönen gelobt und gepriesen hatte. Aus "Uncle Joe" (also: Josef Stalin) mußte jetzt der Satan persönlich gemacht werden. Scheinheilig mußte man erzählen, man wolle die Russen (die anderen Völker der Sowjetunion blieben unerwähnt) ja doch nur aus ihrer Knechtschaft befreien. Während man in Wirklichkeit einen bislang in der Menschheitsgeschichte nie dagewesenen nuklearen Holocaust gegen die Menschen in der Sowjetunion bis ins kleinste Detail bereits vorbereitet hatte.

Um die vorherrschende Anti-Kriegsstimmung in Deutschland zu zermürben bedurfte es also einer Reihe von Maßnahmen. Zunächst einmal war es notwendig, den Menschen im zertrümmerten Deutschland einzubleuen, sie seien persönlich schuld am Naziterror.

Hier kam die Politologin Hannah Arendt zum Einsatz. Hannah Arendt stammte aus Königsberg, studierte bei Martin Heidegger und dann bei Karl Jaspers. 1933 mußte sie als jüdische Mitbürgerin in die USA emigrieren, wo Arendt eine akademische Karriere machte und sich nach dem Zweiten Weltkrieg unter anderem als führende Theoretikerin des Totalitarismus einen Namen machte. In Deutschland wurde in erster Linie ihre Lesart der Totalitarismus-Theorie verbreitet. Arendt geht davon aus, daß totalitäre Systeme ein Ergebnis der neuen Massengesellschaften sind.

Die Massen, oder der "Pöbel" verlangen geradezu nach Diktatur. Auch die Deutschen hätten nach Hitler verlangt und hätten den Münchner Schlägerkönig in einer demokratischen Wahl 1933 zu ihrem Führer gewählt. Wir wissen aufgrund von harten Fakten, daß das nicht stimmt. Aber diese auf elitärer Überheblichkeit fußende Auffassung sollte sich in den Medien nach dem Krieg durchsetzen und wurde und wird heute mehr denn je den Menschen draußen im Lande eingetrichtert.

Nach diesem Narrativ haben "die Deutschen" also ihre Misere: den Verlust von Heimatregionen, die immense Anzahl von Toten, Verstümmelten und Traumatisierten, die kulturelle Entwurzelung, einzig und allein ihrer rätselhaften teutonischen Neigung zu autoritären Systemen und ihrem eingeborenen Rassismus zu verdanken. Die Deutschen verdienen kein Mitgefühl. Sie sind kollektive Täter. Sie müssen als Kollektiv bestraft werden.

Aus dieser alttestamentarischen Konstruktion ergibt sich im Kreuzzug gegen den Totalitarismus ein klarer Handlungsauftrag: die Deutschen können ihre kollektive Schuld wenigstens ein bißchen wieder abschwächen, wenn sie diesmal auf der Seite der Guten gegen die andere Spielart des Totalitarismus, den Sowjetkommunismus, kämpfen. Dieses ideologische Konstrukt beherrscht den Diskurs in Westdeutschland bis zum Zusammenbruch des Sowjetkommunismus im Jahre 1989.

Aber, wie Hannah Arendt schon 1950 verärgert festgestellt hat: die Deutschen wollen nicht mehr kämpfen. Sie wollen sich aus allem Gerangel heraushalten und in Ruhe ihr Land wieder aufbauen.

Über das Ausmaß und die Menge von Kundgebungen, Demonstrationen, Seminare, Kirchentage und Kongresse, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit stattgefunden haben, und in denen nichts anderes als ein überwältigender Wunsch nach Frieden zum Ausdruck kommt, finden wir bemerkenswerter Weise nichts in den gängigen Sachbüchern oder Lehrmitteln für Schulen. Wir mußten uns mühsam durch Jahrgänge verstaubter Tageszeitungen jener Jahre durchwühlen, um das ganze Ausmaß der pazifistischen Bekundungen in Deutschland nach dem Krieg zusammenzustellen.

Es besteht kein politisches Interesse an der Erforschung und Dokumentierung des deutschen Pazifismus. Es gibt allerdings eine löbliche Ausnahme: der Multimillionär Jan Philip Reemtsma hat den Historiker großzügig unterstützt, damit dieser seine gigantische Protestchronik der Jahre 1949 bis 1959 erstellen konnte.

Und von daher wissen wir, daß in Berlin am zehnten Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs, am 1. September 1949, über hunderttausend Menschen auf die Straße gingen und

konsequenterweise die Gründung der NATO als großes Risiko für den Weltfrieden erkannten. Bereits am 5. Mai 1949 wird das westdeutsche Komitee der Friedenskämpfer gegründet, und schnell bilden sich 600 Ortsgruppen.

Besonders gut aufgestellt ist der antifaschistische Widerstand, auch und gerade in Westdeutschland. Die Menschen sind außer sich über die nicht zu übersehende Kumpanei zwischen westdeutscher Justiz, die personell in hohem Maße mit der Nazi-Justiz identisch ist, und Alt- und Neonazis. Der Regisseur des antisemitischen Hassschinkens "Jud Süß", Veit Harlan, wird in mehreren Instanzen vom Vorwurf der Volksverhetzung freigesprochen. Während die Fans Harlan auf ihren Schultern aus dem Gerichtssaal tragen, kocht die Empörung über diese skandalösen Urteile immer höher.

Als die Süddeutsche Zeitung einen antisemitischen Leserbrief veröffentlicht, kommt es am 10. August 1949 zu regelrechten Straßenschlachten zwischen 3.000 empörten Bürgern und der Polizei in München, wobei auch ein Polizeiauto in Flammen aufgeht. Als der einschlägig bekannte Nazi-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Hedler im schleswig-holsteinischen Neumünster am 15. Februar 1950 von der Anklage der Volksverhetzung freigesprochen wird, kommt es dort zu Massenprotesten und spontanen Streiks. Als in Augsburg - wieder einmal - zwei sadistische Nazischergen von sympathisierenden Richtern freigesprochen werden, gehen spontan über 12.000 Menschen aus Protest auf die Straße.

Nur ein kleiner Auszug aus Kraushaars Protestchronik. Die Friedensfreunde und Antifaschisten sind eine sehr heterogene Gruppe. Da gibt es die Weltbürgerbewegung, angeführt vom Amerikaner Garry Davis, der seinen US-Paß verbrannt hat und der sich nun für eine nationen-überwindende Weltregierung einsetzt. Da gibt es den neutralistischen Nauheimer Kreis unter Leitung von Ulrich Noack, der für eine unvoreingenommene Kontaktaufnahme mit der Sowjetunion eintritt und sich dabei explizit auf den Vertrag von Rapallo bezieht.

Prompt wird eine Tagung des Nauheimer Kreises in Aschaffenburg am 2. April 1949 von der amerikanischen Besatzungsmacht untersagt. Da gibt es die Überlebenden der Bekennenden Kirche mit Martin Niemöller an der Spitze. Niemöller handelt sich mächtig Ärger ein als er sagt, er würde lieber unter dem Joch des Bolschewismus leben als atomar ausgelöscht werden. Eine buntscheckige und kaum vernetzte Mehrheit.

Dann sind da noch die Arbeiter und Angestellten. Auch sie müssen auf Linie gebracht werden. Hatten sich doch nach dem Zweiten Weltkrieg deutsche Hafenarbeiter geweigert, mit Waffen und Munition beladene Schiffe zu leeren. Renitente Arbeiter könnten den geplanten Krieg gegen die Sowjetunion empfindlich ins Stottern bringen. Und wenn diese Arbeiter auch noch von Moskau gesteuert sind und ganz punktuell alles zum Erliegen bringen, was gegen die Sowjets gerichtet ist, was soll dann aus dem geplanten Krieg werden? Die Kontrolle über die Gewerkschaften Westdeutschlands war von buchstäblich kriegsentscheidender Bedeutung für die Amerikaner.

Klar, der FDGB in der DDR war auch keine wirkliche Interessenvertretung der Arbeiter, sondern ein Instrument im Orchester der sowjetischen Macht. Folglich mußte der DGB im Westen ebenso als geopolitisches Instrument unter die Kontrolle der USA gebracht werden. In der Weimarer Republik gab es den Dachverband ADGB. Keine sonderlich scharfe Waffe im Arbeitskampf.

Am 1. Mai 1933 rief der ADGB zur Teilnahme an Adolf Hitlers ersten arbeitsfreien Tag der Arbeit auf. Hitler bedankte sich, indem er am 2. Mai 1933 die Gewerkschaftsführer in Konzentrationslager abführen ließ. Das Vermögen der Gewerkschaft ließ er der neuen Deutschen Arbeitsfront zuführen. Das war das schmachvolle Ende des ADGB.

Nach dem Zweiten Weltkrieg ergab sich für die Strategen aus den USA nach der gründlichen Ausrottung freier Gewerkschaften in Deutschland durch Hitler die einmalige Gelegenheit, auf die leere deutsche Tafel die Gewerkschaften von Grund auf nach amerikanischem Vorbild neu

aufzubauen. Nach amerikanischem Vorbild hieß: die Gewerkschafter als "erste Offiziere der Industriekapitäne" zu definieren, wie es ein Mitstreiter des einstigen US-Präsidenten Theodore Roosevelt einmal so treffend zu formulieren wußte.

Freie Gewerkschaften wie die International Workers of the World (IWW) wurden in den USA mit härtester Gewalt unterdrückt. Statt dessen gründete die National Civic Federation, eine Organisation der mächtigsten Wirtschaftsgruppen der USA, mit der American Federation of Labor (AFL) eine eigene Pseudo-Gewerkschaft, deren erster Präsident auf Lebenszeit Samuel Gompers sich immer vorrangig Gedanken machte, wie er die Arbeiter am besten auf die Ziele der Kartelle, die ihn bezahlten, ausrichten konnte.

Der AFL hatte sich noch eine etwas progressivere Pseudo-Gewerkschaft Congress of Industrial Organizations (CIO) für die ungelerten Arbeiter hinzugesellt, die der New Deal-Politik von Präsident Roosevelt nahe stand. Beide wurden nach dem Zweiten Weltkrieg quasi als Entwicklungshelfer auf die deutschen Arbeiter losgelassen. AFL und CIO waren im Krieg tief verwickelt in die Kriegsanstrengungen der US-Regierung, unter anderem im War Production Board. Beide Gruppen waren schon personell verflochten mit dem Labor Branch des US-Geheimdienstes OSS. Und konsequenterweise waren beide auch in der CIA-Abteilung Clandestine Service (heimlicher Dienst) unter Leitung von Allen Dulles sehr aktiv.

Doch zunächst galt es den 1945 gegründeten Weltgewerkschaftsbund zu spalten. Dort waren alle wichtigen Gewerkschaften, auch die CIO und die britische TUC, gemeinsam mit den kommunistischen Arbeitervertretungen unter einem Dach organisiert. Die AFL-Leute gründeten mit dem Geld der amerikanischen Geheimdienste und des Office of Policy Coordination neue synthetische Spaltergewerkschaften

Die Force Ouvrière in Frankreich als Konkurrenz zur kommunistischen CGT. Oder in Italien die Confederazione Italiana Sindacata Lavoratori (CISL). Diese Stoßtruppen bewährten sich, um den Boykott der Rüstungstransporte in französischen und italienischen Häfen zu brechen. Als die antikommunistischen Gewerkschaften auf eigenen Füßen stehen konnten, gründeten die AFL-Funktionäre 1949 als nächstes einen neuen konkurrierenden Weltdachverband, die International Confederation of Free Trade Unions (ICFTU), auf Deutsch: Internationaler Bund Freier Gewerkschaften.

Jetzt war die Zeit reif, um auch in Deutschland einen antikommunistischen gewerkschaftlichen Dachverband zu gründen: den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB). Die Befehlskette verlief jetzt von Allen Dulles vom CIA über den AFL-Exekutivsekretär Jay Lovestone zum AFL-Europachef Irving Joseph Brown, weiter zum AFL-Deutschlandsekretär Henry Rutz, ein gebürtiger Deutscher, der in die USA emigriert war, und der jetzt aufgrund seiner deutschen Sprachkenntnisse auch bei DGB-Massenkundgebungen auftrat. Am deutschen Ende dieser transatlantischen Befehlskette befand sich der DGB-Vorsitzende Hans Böckler.

Ihre ersten Pluspunkte konnten die amerikanischen Freunde von der AFL verbuchen, als sie erfolgreich Fabrikdemontagen in Deutschland durch Fürsprache bei der US-Regierung verhindern konnten. Auch die Geldspritzen aus Übersee waren nicht unwillkommen:

"Sowohl AFL als auch CIO hatten Kontakt zur CIA und verteilten Gelder, die aus dem immensen Budget stammten, an gewerkschaftliche Organisationen und Parteien des Westens."

Nunmehr hatte die amerikanische Regierung die westdeutsche Arbeiterschaft beinahe vollständig unter Kontrolle. Vom DGB-Vorstand bis zum Vertrauensmann in der Fabrik ergibt sich hier eine lückenlose Kontrolle und Überwachung der Arbeiter:

"Es ging darum, pro western people in gewerkschaftliche Schlüsselpositionen zu bringen, und dort zu sichern und zugleich detaillierte Analysen der Gewerkschaften und der politischen Entwicklung in den europäischen Ländern zu erhalten."

Folglich wurden schon wenige Jahre nach der Gründung des DGB alle Kommunisten aus der Organisation entfernt. Der Gehorsam der deutschen Gewerkschaftler gegenüber ihren Sponso-

ren aus Übersee hielt lange an. Erst Ende der 1960er Jahre wagte der damalige DGB-Chef Ludwig Rosenberg, dem vom AFL-Vorsitzenden George Meany verhängten Gesprächsverbot gegen Kommunisten zu widersprechen - woraufhin Meany seine AFL aus dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften abzog.

Jedoch gehört es nach wie vor zu den ungeschriebenen Gesetzen, daß immer deutsche Gewerkschaftsvertreter zu Gast sind in den elitären Tafeln der Bilderberger und der Trilateral Commission. In letzterer ist traditionell der jeweilige Chef der Chemiearbeitergewerkschaft vertreten. Die Formel von der "Sozialpartnerschaft" ist ein direktes Ergebnis dieser amerikanischen Beeinflussung des DGB.

Die Einheitsgewerkschaft genoß lange Jahre ein hohes Ansehen in der Bevölkerung, weil sie die betriebliche Mitbestimmung und relativ hohe Löhne durchgesetzt hatte. Das Preis-Leistungsverhältnis in diesem einseitigen Abhängigkeitsverhältnis stimmte zunächst.

Es war also ganz schön viel Arbeit notwendig, damit die Deutschen ihren "langen Weg nach Westen", wie es der Historiker Heinrich August Winkler genannt hat, antreten konnten. Ob wir diesen Weg weiter gehen wollen, das müßte einmal offen und transparent diskutiert werden. Wir lernen aus der Geschichte, wie wir die Zukunft besser machen. ...<<

Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erschien am 24. Mai 2021 folgender Bericht über die gleichgeschalteten Massenmedien (x1.014/...):

>>**Politiker und Medien orientieren auf Krieg**

Journalismus unter aller Kanone / Die Tagesschau ist nicht so schlimm wie BILD und Süddeutsche, aber schlimm genug

Von Friedhelm Klinkhammer und Volker Bräutigam

"Gorbi, Gorbi! Hunderttausende feierten im Juni 1989 in Bonn Staatsgast Michail Gorbatschow, auch die Politiker waren hin und weg."

Zwölf Jahre später, im September 2001, sprach Gorbatschows Nach-Nachfolger Vladimir Putin im Reichstag in Berlin über deutsch-russische Freundschaft, auf Deutsch. Und wieder war das Publikum begeistert und berührt. *"Unvergessene Szenen"*, betitelte der Sender Phoenix die Videoaufzeichnung des Auftritts. Es war einmal ... Die Zeiten ändern sich. Daß Staatspräsident Putin und sein Land heute von unseren Massenmedien mit so viel Feindseligkeit bedacht werden, hat allerdings sehr viel mehr mit wertewestlicher NATO-Aggressivität und dem Versagen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu tun als mit Putins aktueller Politik.

Presse und Rundfunk sollten nicht nur willige Verkünder politischer Vorgänge sein, sondern deren kritische Kontrolleure. Unabhängige Wächter des Friedens und der Rechtsstaatlichkeit zu sein ist ihr Auftrag. Sie kommen ihm nicht nach. Jüngster Beweis unter den unzähligen Belegen für qualitätsjournalistischen Opportunismus: reduzierte bis gänzlich fehlende Berichterstattung der Tagesschau über die aktuellen NATO-Manöver an der Grenze zu Rußland. Von informativer Aufklärung über Motive und den politischen Horizont dieses bedrohlichen Truppenaufmarschs kann keine Rede sein.

"Wer den Frieden wünscht, bereite den Krieg vor". Der 1.600 Jahre alte Rat des Flavius Vegetius ist fraglos bedenkenswert, doch "Spring Storm" ("Frühlingssturm") in Estland und "Defender-Europe 2021" nahe der Ukraine haben mit friedensbeseeltem Selbstschutz Westeuropas nichts zu tun. Ohne transatlantische Propagandabrille betrachtet sind sie als größte NATO-Angriffsübung seit Ende des Kalten Krieges vor 30 Jahren zu erkennen.

Die USA und ihre Verbündeten, Bundeswehr inklusive, trainieren die Offensive gegen Rußland. Aktueller Manövergegenstand ist, große Truppenverbände aus Westeuropa möglichst schnell an die russische Grenze heranzuführen. Die zugrundeliegende Strategie wird gerne auch "Vorwärtsverteidigung" genannt.

"(Der Westen) hat uns viele Male belogen, Entscheidungen hinter unserem Rücken getroffen, uns vor vollendete Tatsachen gestellt. Dies geschah mit der NATO-Erweiterung nach Osten,

sowie dem Aufbau von militärischer Infrastruktur an unseren Grenzen", klagte Putin schon im März 2014 vor der Duma in Moskau.

Zu Recht: Die USA haben ihr 1990 im Zuge des Anschlusses der DDR an die BRD (unpräzise: "Wiedervereinigung") gegebenes Versprechen zwölfmal gebrochen, keine NATO-Erweiterung nach Osten über die Grenzen Gesamtdeutschlands hinaus vorzunehmen. Bezeugt wird das sowohl vom vormaligen sowjetischen Präsidenten Gorbatschow als auch vom seinerzeitigen US-amerikanischen Außenminister James Baker.

Typisch, daß ausgerechnet deutsche Regierungsstellen es gleich dreifach bestreiten. Sie wissen eh alles besser. Der Verfasser des Dokuments der Bundesakademie für Sicherheit, auf das hier Bezug genommen wird, ist übrigens Hans Adomeit, seinerzeit Mitarbeiter der *"Integrity Initiative"* des britischen Geheimdienstes. Sie betrieb einen Desinformationskrieg gegen Rußland, flog 2019 auf und verschwand aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit.

Böser Putin

Putin, im Jahr 2000 zum Nachfolger Boris Jelzins gewählt, schloß dessen Resterampe für den Ausverkauf russischen Staatseigentums (Bodenschätze, Ölressourcen, Großkonzerne) an den Westen. Er enteignete einige der korruptesten und raffgierigsten Oligarchen, darunter den Erdölmagnaten Michail Chodorkowski. Damit frustrierte er jedoch die US-amerikanischen und westeuropäischen "Partner".

Mit der scheinheiligen Freundlichkeit des Westens war es allerdings schon Jahre zuvor aus und vorbei gewesen. Die NATO hatte ihre zu "Gorbis" Zeiten geübte Zurückhaltung längst aufgeben; sie hatte mit Boris Jelzins besoffener Zustimmung Polen, Tschechien und Ungarn 1999 aufgenommen, außerdem das Völkerrecht gebrochen und Serbien sowie Kosovo niedergebommt.

Seit Putins Amtsantritt aber widmen sich unsere Medien mit Hingabe der vorgeblichen Gefährlichkeit Rußlands. Das Muster "haltet den Dieb!" ist unverkennbar. Je absurder die Story, desto lieber wird sie immer wieder aufgetischt und mit Nowitschok nachgewürzt.

Gift an der Türklinke und in der Unterhose

Beim vorgeblichen Anschlag mit dem *"tödlichsten Nervengift aller Zeiten"* auf Vater und Tochter Skripal anno 2018 im britischen Salisbury bezichtigte die Westliche Wertegemeinschaft umgehend Rußland als Attentäter, gestützt auf britische Geheimdienstangaben. London blieb bis heute jeglichen Beweis für Nowitschok und für Rußlands Verantwortlichkeit schuldig. ARD-aktuell spekulierte nur:

"Denkbar ist, daß London nicht sein ganzes Wissen preisgeben will."

Statt auf seriöse Eigen-Recherche setzt ARD-aktuell u.a. auf das britische "Recherche-Netzwerks" Bellingcat. Diese trübe Quelle ist vor allem dafür bekannt, sich aus finanziellen und informellen Zuflüssen einiger US-Think-Tanks und Geheimdiensten zu speisen. Die Tagesschau leitet gerne davon auf ihre Mühlen um.

Der Medienrummel um den *"bedeutendsten russischen Oppositionspolitiker"* Alexei Nawalny leidet ebenfalls unter Beweisnot und Mangel an Aufrichtigkeit. Die Bundesregierung weigert sich entgegen allen internationalen Verpflichtungen und Rechtsnormen, ihr Material - hauptsächlich Gewebeproben, die dem *"Giftanschlagsopfer"* Nawalny in der Berliner Charité entnommen wurden - für ein öffentliches Experten-Monitoring freizugeben. Politik und Medien ließen den protofaschistischen und betrügerischen Krawallbruder sogar mit dem Sketch *"Meine Unterhose war vergiftet"* auftreten.

Die Rußland-Reportagen der Tagesschau unterschreiten häufig jedes Maß an gebotener Zurückhaltung. Die *"anerkannten journalistischen Grundsätze"* sind über Bord gekippt: Wahrheitspflicht, Sachlichkeitspflicht, Güterabwägungspflicht und das Gebot zur Förderung der Völkerverständigung. Sie haben Gesetzesrang, sie stehen im Rundfunkstaatsvertrag, aber das gewährleistet nicht ihre Befolgung.

Steter Tropfen höhlt den Stein

Rechtsgrundsätze und journalistisches Ethos gelten der Tagesschau-Redaktion nicht mehr viel. Wer einen Nutzen von den faulen Agentur-Geschichten hat ("cui bono?"), fragt sie sich nicht. Das Gebot, nicht nur den Kläger zu Wort kommen zu lassen, sondern ebenso den Beklagten ("audiatur et altera pars") und ihm jeglichen Zweifel zugute zu halten ("in dubio pro reo") befolgt sie nicht. Sie verbreitet (häufig unredliche) Politiker-Statements und verleiht ihnen damit Bedeutsamkeit, als seien sie unumstößlich wahr oder der Weisheit letzter Schluß; sie prüft Richtigkeit und Stichhaltigkeit des Gesagten nicht. Dabei läge erst in dieser Prozedur der Informationswert einer Nachricht.

"Nachrichten sind vor ihrer Verbreitung mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt auf Wahrheit und Herkunft zu prüfen" heißt es in § 8 Abs. (2) des NDR-Staatsvertrags. Da macht sich der hehre Satz natürlich gut. Doch garantiert er, beispielsweise, seriöse Rußland-Berichterstattung?

Andersrum wird ein Schuh draus. Gemeinschaftliches Ziel von Politik und Massenmedien: Das Bild vom "gefährlichen" Russen in breiten Teilen der Bevölkerung zu verfestigen.

Feindbilder senken die Schwelle zum Krieg

Von Staatsvertragsregeln läßt sich die Tagesschau-Redaktion dabei nicht stören. Über die Absichtlichkeit der ständigen Wiederholung von Falschdarstellungen gibt es keine Illusion. "Faktenfinder-Chef" Patrick Gensing:

"Es ist ein Kennzeichen dieser Kommunikationsstrategien, daß man durch Wiederholungen von falschen Behauptungen die Glaubwürdigkeit der Behauptungen erhöht, weil Menschen denken: Das habe ich doch schon mal gehört und jetzt höre ich es wieder, dann muß es ja eigentlich stimmen."

Tagesschau-Redakteure wissen, was sie tun. Vor den mentalen Folgeschäden ihrer Manipulation sind nicht einmal erfahrene und vermeintlich kritische Politiker geschützt, wie das Beispiel der Linke-Parteivorsitzenden Janine Wissler zeigt. In einem Spiegel-Interview heißt es:

"Die Linkspolitikerin kritisiert zwar den Mord im Berliner Tiergarten, die Vergiftung des Oppositionellen Alexej Nawalny und Rußlands Annexion der Krim als völkerrechtswidrig ..."

Politik und Medien versuchen einer gutgläubigen Öffentlichkeit weiszumachen, es gehe um "Werte" (ideelle, moralische, natürlich). Beabsichtigt ist aber nur miese Meinungsmache, die demagogische Ukraine-Berichterstattung belegt es. Daß die NATO ihre Aktivitäten an den russischen Grenzen im letzten Jahr massiv verstärkt und dort beispielsweise mehr als 4000 (!) Bomber- und Aufklärungsflüge veranstaltet hat, wird unterschlagen; gezieltes Weglassen wichtiger Nachrichtenteile ist ein klassisches Mittel der Manipulation.

Kriegstreiber am Werk

Schon im vorigen Jahr sollten 37.000 NATO-Soldaten (zeitweise) und abertausend Tonnen US-Kriegsgüter (teils zum dauerhaften Verbleib) über See und später durch Europa nach Osten an die Grenze zu Rußland verlegt werden. Wegen der Corona-Pandemie findet das Manöver erst jetzt statt, heißt nun "Defender 2021". "Defender" soll im jährlichen Wechsel einmal im europäischen Nordosten (Ostsee, Baltikum) und im Südosten stattfinden (Westbalkan, Schwarzes Meer). Übrigens sind jetzt auch ukrainische Soldaten beteiligt, obwohl die Ukraine (noch) kein NATO-Mitglied ist. Der US-geführte Westen nutzt eben jede Möglichkeit, Rußland zu provozieren.

Nachvollziehbar, daß Moskau auf die Gefährdung reagiert und Gegen-Manöver veranstaltet. Für dieses Zugeständnis reichen die analytischen Kapazitäten der Kalten Krieger der ARD-aktuell allerdings nicht. Es fehlt die Grundvoraussetzung für seriösen Journalismus: Sich auch in die Denkwelt *"der anderen Seite"* hineinversetzen wollen und können. Der Qualitätsjournalist knallt folglich bedenkenlos eine weitere Bezeichnung raus:

"Militärische Auseinandersetzungen sind für Rußland seit Jahren ein bewährtes Mittel, sich

Geltung und Mitsprache zu verschaffen. Beobachter gehen davon aus, daß es sich auch beim momentanen Aufrüsten an der Grenze um ein Druckmittel handelt – eine Drohgebärde."

Die NATO-Staaten haben im vorigen Jahr rund 1,1 Billionen (!) Dollar und damit 17-mal mehr als Rußland (61 Milliarden Dollar) für Rüstung ausgegeben. Nicht Rußland bedroht die USA und Westeuropa, sondern die NATO hat Rußland umzingelt. ARD-aktuell jedoch übt sich in Realitätsverweigerung.

Förderung der Völkerverständigung? Nichts da, nicht bei ARD-aktuell.

"Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen" steht in Art. 26 des Grundgesetzes. Papier ist geduldig, wissen die Spitzenvertreter unserer Parteien-Oligarchie. Unsere Qualitätsjournalisten wissen es auch.

Formal betrachtet ist die Redaktion staatsfern. Sie kann für sich zudem umfassende journalistische Freiheit nach Art. 5 des Grundgesetzes beanspruchen. Trotzdem wirkt die Tagesschau objektiv an der psychologischen Vorbereitung auf einen Krieg gegen Rußland mit. Sie beteiligt sich daran, die Hemmschwelle vor Anwendung militärischer Gewalt in der deutschen Bevölkerung zu senken.

Daß das nicht bloß versehentlich und ungewollt geschieht, erweist sich beispielsweise im Schweigen der Redaktion über Regierungspläne zur Militarisierung der Zivilgesellschaft. Die sind im Internet auffindbar, also auch der Redaktion tagesschau.de bekannt. ARD-aktuell aber enthält sie einer größeren öffentlichen Aufmerksamkeit vor.

Möchtegern-Weltherrscher

Das Washingtoner Center for European Policy Analysis (CEPA) hat in der Studie *"Military Mobility Project"* analysiert, mit welchen Mitteln und unter welchen Voraussetzungen der Transport von Truppen und Kriegsmaterial an die russische Grenze mit höchster Geschwindigkeit erreicht werden kann. Beteiligt an den Beratungen sind pensionierte NATO-Generäle, Interessenvertreter wie der ehemalige Merkel-Vertraute Eckart von Klaeden, heute Vorstandsmitglied der Daimler AG und diverse weitere Rüstungsunternehmen, darunter Raytheon und Rheinmetall sowie die Deutsche Bahn AG.

Außerdem wirken in diesem militärisch-industriell-politisch-medialen Komplex etliche US-dienliche "Denkfabriken" und Redaktionen mit. Beispielsweise der Atlantic Council, die RAND Corporation, die Süddeutsche Zeitung, das Nachrichtenportal Euractiv und die größte pfälzische Tageszeitung, die Rheinlandpfalz (in ihrem Einzugsgebiet: die US-Garnison Ramstein und das Atombombenarsenal Büchel).

Leitidee dieses Verbundes von Omnipotenz-Träumern:

"Eine Folge des raschen Aufstiegs Chinas zum globalen Machtstatus ist die Verlagerung des strategischen Schwerpunkts der USA in Richtung Indopazifik. Die europäischen Verbündeten und Partner der Vereinigten Staaten müssen daher sowohl für Abschreckung und Verteidigung in Europa als auch für ein wirksames Krisenmanagement in Nordafrika und im Nahen Osten erheblich mehr beitragen."

Klartext: Deutschland soll massiv aufrüsten, Schienenwege und Straßen für den Transport von schwerem militärischen Gerät Richtung Osten ausbauen. Unser Land soll *"strategische Drehscheibe"* (ebd.) sein und sich selbst zum Kriegsschauplatz machen.

Die Kriegstreiber haben es aber nicht leicht. Mittlerweile entwickelt sich eine erfreuliche Gegenöffentlichkeit. Der Bundesbürger erweist sich als beeindruckend resistent gegen die andauernde rußlandfeindliche Hetze. Nur 32 Prozent sehen heute in Rußland eine Gefahr für den Weltfrieden. Im vorigen Jahr hatten noch 36 Prozent *"den Russen"* als bedrohlich empfunden. Interessant die Gefühlslage in Rußland. Dort ängstigten sich vor vier Jahren 40 Prozent vor einem Weltkrieg. In diesem Jahr sind es bereits 62 Prozent.

Die Grundlagen für eine dem Frieden verpflichtete und gedeihliche Freundschaft zwischen beiden Völkern wären vorhanden.

Warum trägt die Tagesschau nicht dazu bei, Brücken dafür zu bauen?

Verkappte Meinungsterroristen

Was denn, die Deutschen wollen keinen Krieg, genauso wenig wie die Russen? Das geht gar nicht. Da besteht staatlicher Handlungsbedarf:

"... die Förderung der Widerstandsfähigkeit des Staates und der Gesellschaft gegen alle Formen hybrider Kriegsführung, einschließlich böswilliger Cyberaktivitäten und Desinformation ist die erste Abschreckungs- und Verteidigungslinie der NATO und eine Voraussetzung für die Fähigkeit der EU, erfolgreich zu handeln. Die zivilen und militärischen Behörden ... sollten ... einen gemeinsamen Ansatz zur Bekämpfung von Desinformation ... entwickeln ..."

Mit anderen Worten: Was Wahrheit und was Desinformation ist, bestimmt die Kommandantur. Das Internet soll nicht mehr frei nutzbar sein, sondern unter staatlicher Kontrolle, im Dienste militärischer Interessen stehen. Die staatlichen Hoheitsrechte werden um die Deutungshoheit über das politische und militärische Geschehen erweitert. Der Fachbegriff dafür: Zensur.

Ein Tagesschau-Interview. Erbärmlich liebedienerische Steilvorlage für den NATO-Fetischisten und Transatlantiker Wolfgang Ischinger:

Tagesschau: *"... zunehmend ist ja zu beobachten, daß - durch Falschinformationen aufgewiegelt - Gruppen aus dem Inneren einzelner Staaten Unruhe stiften und auch gewalt- und konfliktbereit sind."*

Ischinger: *"Wir müssen davon ausgehen, daß in der Tat Gefahren für unsere Sicherheit nicht mehr nur aus dem Lauf von Kanonen kommen, sondern aus Datenströmen. Die Bedrohung liegt dann in der Störung oder Manipulation von Datenflüssen, im Kappen von Informationswegen oder Streuen von Falschinformationen."*

Ach so. Für Manipulation und das Streuen von Falschinformationen ist ausschließlich die Regierung zuständig. Informationsfreiheit? Meinungsfreiheit? Freiheit der Rede und der Kunst? Der Hahn gehört zugekehrt.

Die "junge Welt", KenFM, RT deutsch oder der Schauspieler Jan Liefers, allesamt im Visier der Geheimpolizei (aka "Verfassungsschutz"), können schon ein Liedchen davon singen, was uns allen blüht. Der begnadete Kabarettist Uwe Steimle hat's erfaßt:

"Sie können selbstverständlich alles in diesem Land sagen, was Sie denken - Sie müssen nur das Richtige denken."

Das Autoren-Team: Friedhelm Klinkhammer, Jahrgang 1944, Jurist. 1975 bis 2008 Mitarbeiter des NDR, zeitweise Vorsitzender des NDR-Gesamtpersonalrats und des ver.di-Betriebsverbandes sowie Referent einer Funkhausdirektorin.

Volker Bräutigam, Jahrgang 1941, Redakteur. 1975 bis 1996 Mitarbeiter des NDR, zunächst in der Tagesschau, von 1992 an in der Kulturredaktion für N3. Danach Lehrauftrag an der Fu-Jen-Universität in Taipeh.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/18851" berichtete am 25. Mai 2021 (x1.049/...): >>>Klaus Schwab: Über den Great Reset in die globale Total-Diktatur

Ist die Total-Diktatur unter krankhafte, eigennützige Interessen wie die von Klaus Schwab unausweichliches Schicksal? Nur durch eine Volksbewegung, die sich nicht spalten läßt, kann das Schlimmste noch verhindert werden. ...

Der Gründer und geschäftsführende Vorsitzende des Weltwirtschaftsforums, Klaus Schwab, ist treibende Kraft des geplanten Great Reset. Daß dies für die Menschen weltweit bedeutet, daß die persönliche Freiheit vollständig verloren gehen wird, gibt er offen zu: "Die Werkzeuge der Vierten Industriellen Revolution ermöglichen neue Formen der Überwachung und andere Kontrollmittel, die gesunden, offenen Gesellschaften zuwiderlaufen."

Er schwärmt davon, daß die neuen Technologien "in den bisher privaten Raum unseres Geistes eindringen, unsere Gedanken lesen und unser Verhalten beeinflussen können". Im Klartext: Das Ende jeglicher Privatsphäre wird aktuell von diesen Finanzoligarchen konkret in Angriff genommen. Nach Schwabs Auffassung stellt er sich die ideale Nah-Zukunft des Menschen unter Einsatz von "intelligenten Tätowierungen", "biologischem Computing", "maßgeschneiderten Organismen", "Nanobots" (Erklärung: Roboter oder molekulare Maschinen in Kleinstformat) und "aktiven, implantierbaren Mikrochips, die die Hautbarriere unseres Körpers durchbrechen" vor.

Um diese völlige Vernetzung, Überwachung und lückenlose Herrschaft zu verwirklichen, braucht es die 5. Mobilfunkgeneration 5G. Was brisant ist: Schwab und sein Team vertrauen bei der schnellen Umsetzung auf die linientreue und bedingungslose Mitarbeit aller globalen Führungskräfte. Schwab wörtlich: "Sie werden die Pandemie tatsächlich gut nutzen, indem sie die Krise nicht unnütz verstreichen lassen." Im Klartext: Die Pandemie wird zur Umsetzung selbstherrlicher Ziele einiger weniger Finanz-Feudal-Herren mißbraucht!

Dies sollte uns die Augen darüber öffnen, daß unsere politischen und wirtschaftlichen Führungskräfte als Handlanger in diese Pläne mit einbezogen sind - also Linientreue, ganz offensichtlich um des persönlichen Vorteils willen. Fest abgemachter Plan ist, unsere offene Gesellschaft, unsere Gesundheit, ja sogar unsere intimsten Gedanken unter die Kontrolle einiger weniger selbsternannter, von krankhaftem Eigennutz und Selbstverwirklichungsdrang besessener Weltfinanzdiktatoren zu bringen.

Handelt es sich hiermit um das unausweichliche Schicksal der gesamten Menschheit? Weit gefehlt! Der gewaltfreie Widerstand und Sieg der Inder unter Gandhi über die britische Kolonialvorherrschaft, sowie der Fall der Deutschland in einen Ost- und Westsektor teilenden Mauer zeigen auf, daß die Bevölkerung durchaus fähig ist, einen Schulteranschlag gegen despotische Bevormundung zu bilden. ...<<

Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebesen erschien am 28. Mai 2021 folgender Bericht über die Partei "Die Grünen" (x1.014/...): >>**Denke ich an ein "Grünes" Deutschland in der Nacht ... dann werde ich um den Schlaf gebracht**

Ein Kommentar von *Rainer Rupp*

Vor allem der Albtraum von Annalena Baerbock als Bundeskanzlerin und Grünen Chef Robert Habeck als Außenminister schreckt viele Menschen in Angstschweiß gebadet auf. Denn die Ergebnisse der letzten Landtagswahlen und die begleitenden Umfragen haben wegen verschiedener Koalitionsmöglichkeiten das grauenhafte Menetekel einer Kanzlerin Baerbock an die Wand geworfen.

Tatsächlich sollte der Erfolg der Grünen nicht überraschen, allerdings mit einer Einschränkung: Nicht weil sie so gut sind, sind sie so stark, sondern weil die anderen so grottenschlecht sind. Das trifft vor allem auf die anderen links blinkenden Parteien SPD und Linke zu. Angesichts des desolaten Zustandes dieser Parteien ist es den Grünen gelungen, insbesondere jungen Wählern einen unverbrauchten und modernen Eindruck zu vermitteln.

Laut Jens Berger auf den Nachdenkseiten sind "Die Grünen" mit hoher Wahrscheinlichkeit sogar: "... *die modernste Partei in Deutschland. Inhalte wurden überwunden, es geht um Gefühle. Das wissen schlaue Politstrategen. Man kauft einen Joghurt schließlich auch nicht, weil er hochwertige Inhalte hat, sondern weil das Marketing einem das Gefühl vermittelt, sich mit diesem Produkt gesund zu ernähren oder gar die Welt zu retten.*"

In der Tat, politisch "modern" heißt heutzutage vorzugsweise Tugendhaftigkeit nach außen zu signalisieren und moralischer zu sein als alle anderen. Natürlich stehen dabei die eigenen grünen Moralvorstellungen unangefochten an oberster Stelle und sie werden den Anhängern mit sektenähnlichen Methoden als Gesetze mit universaler Gültigkeit verkauft. Das wiederum erklärt die Arroganz, mit der die Grünen Ober-Lehrer*Innen ihre eigenen Positionen vertreten.

Das erklärt auch die aus Sektierer-Kreisen bekannte, erhöhte grüne Intoleranz gegenüber Andersdenkenden.

Diese Intoleranz wird z.B. besonders deutlich in der Frage zum angeblich vom Menschen gemachten Klimawandel und den damit begründeten grünen Verbotsorgien. Damit soll das Klima, das sich seit Jahrhunderttausenden auch ganz ohne menschliches Zutun in einem stetigen Wandel befindet, gerettet werden. Auch bei der Rechtfertigung angeblich humanitärer NATO-Kriege und gewaltsamer Regimewechsel springt die grüne Intoleranz ins Auge, ebenso bei der grünen Refugees-Welcome-Doktrin zur unbegrenzten Aufnahme von Flüchtlingen vor allem aus Ländern, deren Lebensgrundlage vom Wertewesten zuvor durch humanitäre Kriege oder gewaltsame Regimewechsel zerstört worden ist.

Um so erstaunlicher ist die überschwengliche Unterstützung, welche die Grüne Kanzlerkandidatin Baerbock nicht nur in vielen Öffentlich-Rechtlichen Medien, sondern auch in Printmedien von der BLÖD-Zeitungen über taz bis zur Süddeutschen erhält. Auch in den "sozialen" Netzwerken übertrafen sich derzeit selbst-erklärte *"irgendwie Linke"* mit Lobeshymnen auf Baerbock, schreibt der bereits zitierte Jens Berger an anderer Stelle und fragt verwundert nach dem Grund.

Tatsächlich gibt es in Deutschland wohl wenig Politiker - gleich welchen Geschlechts, - die auf den Feldern der Außen- und Sicherheitspolitik derart aggressiv und anmaßend unterwegs sind wie Frau Annalena Baerbock. Das letzte Mal, als die Freude über einen grünen Kanzlerkandidaten so groß war, hieß der Auserwählte Joschka Fischer. Es endete mit Hartz IV, Rentenkürzungen, völkerrechtswidrigen Angriffskriegen und humanitären Bomben auf die Zivilbevölkerung in Belgrad. *"Offenbar haben das Viele schon vergessen"*, so Jens Berger.

Die wahre Natur der als Pazifisten maskierten, olivgrünen Kriegstreiber hat sich gerade wieder in der Forderung von Habeck nach mehr modernen, deutschen Waffen für die fanatisierten anti-russischen Kampfgruppen in der Ukraine gezeigt. Aus welchen Gründen auch immer, Fakt ist: Solange es gegen Rußland geht, kooperieren sie auch mit Faschisten und Islamisten. Damit die Öffentlichkeit das nicht bemerkt, werden falsche Fährten gelegt oder der ukrainische Faschismus wird heruntergespielt oder unsichtbar gemacht, nach dem Motto, in der Ukraine gibt es keine Faschisten. Wenn es gegen Rußland und Präsident Putin geht, gibt es für die Grünen kein Halten. Offenbar wollen sie sogar ihre US- Kriegstreiber-Kollegen in Gestalt der neo-konservativen Republikaner und der liberalen Falken übertreffen.

Angeführt von Habeck war am Montag dieser Woche eine grüne Delegation in die Ukraine gereist. In Kiew hatte man sich mit dem Staatspräsidenten Selenski getroffen. Der hatte im März dieses Jahres eine militärische Mobilisierung zur Rückeroberung der Krim und der anti-faschistischen, abtrünnigen Provinzen Donezk und Lugansk in der russisch sprechenden Ostukraine befohlen. Nur die rasche Konzentration und Kampfbereitschaft massiver und hochmobiler russischer Divisionen von über 100.000 Soldaten an der Südwestgrenze Rußlands schreckte die ukrainischen Abenteurer vor einem weiteren Blutbad in der Ost-Ukraine ab.

Die Frontlinie, die im Donbass die Ukraine von den abtrünnigen Provinzen trennt, hat der grüne Habeck auf ukrainischer Seite besucht. Dabei muß er auf Tuchfühlung mit den hauptsächlich dort eingesetzten rechtsradikalen und faschistischen Einheiten wie Asow gehabt haben. Deren täglicher Zeitvertreib besteht darin, die Bevölkerung in den Dörfern auf der gegenüberliegenden Seite mit gelegentlichen Schüssen und Granatfeuer zu terrorisieren.

Und ausgerechnet von dort sendet der selbsterklärte Pazifist Habeck die Forderung an die Bundesregierung in Berlin, das bisher in Deutschland geltende Waffenexportverbot in Konfliktregionen in den Papierkorb zu werfen und statt dessen der Ukraine moderne, tödliche Waffen zu liefern, natürlich nur zu Selbstverteidigung. Eine Wunschliste für solche angeblichen Defensivwaffen aus Deutschland haben die ukrainischen Abenteurer bereits präsentiert. Darauf findet man u.a auch unbemannte Mini-U-Boote der Typen "Sea Cat" und "Sea Fox".

Damit können - defensiv - zwar Minen beseitigt, oder - offensiv - auch Sabotageakte und Kommando-Unternehmen durchgeführt werden.

Nach seiner Rückkehr aus der Ukraine war Habeck nach eigenem Bekenntnis überrascht über die starke Ablehnung seines außenpolitischen Vorstoßes an der Heimatfront. Kritik kam sogar aus den eigenen grünen Reihen. Das grüne Urgestein, der frühere Parteivorsitzende und Ex-Bundesminister Jürgen Trittin mahnte, daß es die Position der EU sei, den Konflikt politisch zu lösen.

Zugleich sollte hier darauf hingewiesen werden, daß die Außenminister der G7-Staaten in der Abschlusserklärung ihres Treffens am 5. Mai zur Ukraine betont haben:

"Wir unterstreichen unsere fortgesetzte Unterstützung für die Bemühungen Frankreichs und Deutschlands im Rahmen des Normandie-Prozesses, die vollständige Umsetzung der Minsker Vereinbarungen als diplomatischen Weg für eine politische Lösung des Konflikts und für einen dauerhaften Frieden zu gewährleisten."

Will Habeck mit seiner Forderung nach mehr Waffen für die fanatischen Russenhasser in der Ukraine den diplomatischen Lösungsansatz des Konfliktes hintertreiben?

Auch die selbsterklärte große Völkerrechtlerin Baerbock konnte es sich nicht verkneifen, Habeck zurechtzurücken. Ursprünglich schien sie allerdings nicht zu wissen, worum es geht, wie die SZ berichtet:

"Auf die Frage der Moderatorin Sandra Maischberger zu Habecks ursprünglicher Forderung nach Waffenlieferungen erklärte die designierte Grünen-Kanzlerkandidatin Baerbock zunächst: "Hat er so nicht gesagt." Dann führte sie aus, Habeck habe eine Unterstützung der OSZE-Mission in der Ukraine verlangt und dies am Mittwochmorgen im Deutschlandfunk auch präzisiert. "Robert Habeck hat heute Morgen ja genau klargestellt, daß es nicht um Defensivwaffen geht, sondern - wie wir auch schon vor kurzem deutlich gemacht haben - um Munitionsräumung, um die Bergung von verwundeten Personen, Zivilisten, mit gepanzerten Fahrzeugen und auch um die Frage der Unterstützung der OSZE-Mission."

Erst später bekräftigte Annalena, daß das Grüne Parteiprogramm Waffenlieferungen in Kriegsgebiete ablehnt.

Aber was im Wahlprogramm steht kann natürlich schnell geändert werden, wenn die Grünen erst mal wieder an der Macht sind. Im Programm, das Joschka Fischer an die Macht gebracht hatte, hatte auch nichts von einer Grünen Beteiligung am völkerrechtswidrigen NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien gestanden.

Allerdings hatte Frau Baerbock sicherlich recht, als sie in einem denkwürdigen NDR-Interview gemeinsam mit Robert Habeck am 23. November 2020 ihren Zuschauern erklärte, daß ihr Parteifreund Robert mehr von Schweinezucht, Hühnern und Kühe melken versteht als von Außenpolitik. Dazu sei sie als Völkerrechtlerin doch weitaus besser profiliert. ...

Allerdings sieht es ganz danach aus, daß Frau Baerbock die Koketterie mit ihrem akademischen Titel einer *"Völkerrechtlerin"* jetzt auf die Füße fällt. Immer mehr Experten, die zu einem qualifizierten Urteil über die rechtmäßige Führung von akademischen Titeln befähigt sind, werfen der Annalena Etikettenschwindel vor.

In Hamburg hatte sie Politische Wissenschaft auf Diplom mit Nebenfach Öffentliches Recht/Europarecht studiert und mit einer Zwischenprüfung, - also ohne Diplom oder Bachelor -, abgeschlossen. Einer der beiden Abschlüsse ist normalerweise die Voraussetzung für die Aufnahme an der Londoner Hochschule LSE zum Master-Studium. Dafür aber fehlten Baerbock die formalen Zugangsvoraussetzungen.

Irgendwie ist es Frau Baerbock dennoch gelungen, - nichts Genaues weiß man nicht - zum einjährigen LSE-Masterstudium in London zugelassen zu werden. Die Studiengebühren dafür betrugen 12.000 britische Pfund. Deutschen Rechtsexperten zufolge ist ihr LSE-Abschluß mit *"Master of Law LL.M."* nicht mit einem deutschen Jurastudium, bzw. mit der Bezeichnung

Völkerrechtlerin vereinbar. ...

Wie auch immer; an der Londoner LSE-Kaderschmiede des Neo-Liberalismus hat Frau Baerbock ganz bestimmt nicht viel über geltendes Völkerrecht und die von der UNO-Charta gebotene Friedenspflicht zwischen Nationen gelernt. Vielmehr fügte sie sich paßgenau in die aggressive Front der neo-konservativen und liberalen US-Kriegstreiber ein.

Welch Geistes Kind Frau Baerbock tatsächlich ist und wie sie ihr geschichtliches Unwissen und ihre Dummheit wie eine Trophäe stolz vor sich herträgt, wird aus einem Video ersichtlich, das sie Anfang Mai dieses Jahres bei einem Onlinetreffen zeigt, das von der US-amerikanischen Denkfabrik "Atlantic Council" veranstaltet wurde. Es lohnt sich, den Teil der Rede Baerbocks zu analysieren, in dem sie ihre Motivation für ihren Einsatz für ein *"friedliches Europa"* darstellt ... Sie spricht Englisch mit starkem Akzent und die nachfolgende Übersetzung ihrer Rede hat sie selbst formuliert.

"Ich komme aus einer Region um Berlin. Sie wird Brandenburg genannt. Das war Ostdeutschland. Sie hat eine direkte Grenze über den Fluß Oder zu Polen. Und mein Großvater kämpfte dort im Winter 1945 an diesem Fluß, an dieser Grenze.

Ich stand 2004 auf dieser Brücke, die offensichtlich wiederaufgebaut wurde, zwischen Polen und Deutschland, als der Außenminister Joschka Fischer und sein polnischer Amtskollege erneut die Wiedervereinigung Europas feierten.

Das war wirklich der Moment, als ich dachte: 'Wow, wir stehen nicht nur auf den Schultern von Joschka Fischer, sondern auch auf denen unserer Großeltern, die es möglich machten, daß Länder, die Feinde waren, erneut nicht nur in Frieden, sondern auch in Freundschaft zusammen sind'.

Dies ist der Platz, wo ich stehe in meinem Kampf für ein Europa, das in Freundschaft und einen gemeinsamen, integrierten Markt lebt."

In ihrer Rede bezieht sich Baerbock auf die Grenze zwischen den Städten Frankfurt/Oder und Słubice (Polen). Die Rote Armee hatte dort am 16. April 1945 den Angriff auf Frankfurt/Oder begonnen. Das war der Beginn der Schlacht um die Seelower Höhen. Und ihr zum Redebeginn erwähnter Großvater hat demnach an dieser Brücke gegen die anstürmenden bösen Russen gekämpft. Demnach muß Baerbock 2004, als sie an dieser Brücke stand, gedacht haben, *"Wow, bei der Wiedervereinigung Europas stehe ich nicht nur auf den Schultern von Joschka Fischer, sondern auch auf den Schultern meines Wehrmacht-Opas im Kampf gegen die russischen Invasoren"*. Das scheint in einem Satz zusammengefaßt das politische Geschichtsverständnis der grünen *"Völkerrechtlerin"* wiederzugeben. ...

Insgesamt hat der bereits eingangs zitierte Jens Berger die Person Baerbock treffend charakterisiert, wenn er sie wie folgt beschreibt:

"Auf dem politischen Feld der Außen- und Sicherheitspolitik ist Baerbock eine neue kalte Kriegerin, wie es sie in der politischen Landschaft Deutschlands selten gibt. Ein paar Beispiele:

Erst kürzlich bekannte Baerbock in einem Interview mit dem ZDF, Deutschland brauche "dringend eine klare außenpolitische Haltung gegenüber dem russischen Regime" (sic!) und forderte abermals "schärfere Sanktionen" gegen das "System Putin".

Baerbock fordert schon lange einen sofortigen Baustopp der Pipeline Nord Stream 2. Vor allem die Begründung hat es in sich: Die Pipeline laufe - so Baerbock - "den geostrategischen Interessen der EU" zuwider, "destabilisiere die Ukraine" und "konterkariere den klaren Rußlandkurs auf EU-Ebene". Victoria ("Fuck the EU") Nuland wäre stolz auf die grüne Kandidatin.

Baerbock tritt klar für höhere Ausgaben für Rüstung und Bundeswehr ein und befürwortet zusätzliche Auslandseinsätze. "Wir dürfen uns nicht wegducken", so Baerbocks sicherheitspolitisches Mantra. "Wenn der Westen Ländern wie China, Rußland oder der Türkei nicht das

Feld überlassen will", müsse "Europa seine Friedensrolle in der Welt ernster nehmen".

Dem neuen US-Präsidenten Biden will Baerbock dann auch "ein ambitioniertes Angebot für eine erneute transatlantische Agenda unterbreiten".

Das sind genau die bellizistischen Töne, mit denen die Grünen sich bereits seit Langem von ihrer früheren Friedenspolitik verabschiedet haben. Die Grüne Pfarrerstochter Göring-Eckardt war wenigstens ehrlich. Als sie für Bundeswehreinsätze notfalls auch ohne UN-Mandat plädierte, argumentierte sie *"Wir waren noch nie eine pazifistische Partei"*.

Ob Etikettenschwindel mit akademischem Grad oder Fake-Pazifismus, bei den Grünen ist Doppelmoral und Scheinheiligkeit Teil ihrer politischen DNA. Das neue Online Magazin "Der Pionier" hat Freitag letzter Woche dazu einige schöne Beispiele gebracht.

So hatte die Kanzlerkandidatin Baerbock doch glatt vergessen, der Bundestagsverwaltung ihre Sondereinkünfte in Höhe von 25.220 Euro zu melden. Das ist allerdings ein entschuldbares Versehen, dann auf den Kontoauszügen können auch grüne Spitzenpolitiker solch kleine Beträge leicht übersehen. Viel interessanter ist, woher und warum ein Teil dieser Beträge gezahlt wurde.

Bei den Sondereinkünften, die der Bundestagsverwaltung gemeldet werden müssen, geht es um Gelder, die Frau Baerbock zusätzlich zu den Diäten als Bundestagsabgeordnete und zusätzlich als Parteichefin aus dem Personaletat der Grünen erhalten hat. Die Summe wurde jetzt nachgemeldet und setzt sich wie folgt zusammen:

2018 erhielt sie 6.788,60 Euro, die als Weihnachtsgeld deklariert waren.

Nach dem erfolgreichen Europawahlkampf 2019 sind ihr zu Weihnachten 9.295,97 Euro gezahlt worden, zum Teil als Erfolgsprämie.

Im Folgejahr 2020 gab es 7.635,71 Euro als Weihnachtsgeld und eine Corona-Sonderzahlung von 1.500 Euro.

Hier horcht man auf. Frau Baerbock hat sich von der Partei Geldprämien für errungene Wahlerfolge auszahlen lassen, Erfolge, die die Partei hauptsächlich ihrem Fußvolk zu verdanken hat. Soweit bekannt gibt es so was bei den anderen Parteien nicht.

Auch der ehemalige Bundesvorsitzende der Partei, Cem Özdemir, hat bei der Meldung von Sondereinkünften unter Vergeßlichkeit gelitten. Als es eng wurde, hat er Sonderzahlungen aus den Jahren 2014 bis 2017 in Höhe von insgesamt 20.580,11 Euro bei der Bundestagsverwaltung nachgemeldet. Bei diesen Geldern handelte es sich den Angaben zufolge um Weihnachtsgeld der Partei an Özdemir. - Die Partei gibt's den Ihren im Schlaf.

Diese Fälle der Grünen sind allerdings keine Korruptionsfälle und sie lassen sich auch von den Geldsummen her nicht mit den neuen, jüngst aufgedeckten Fällen von CDU/CSU und SPD Mitgliedern des Bundestags vergleichen. Aber ein Geschmäcke bleibt, vor allem wenn die Grünen an andere höchste moralische Ansprüche anlegen. Da darf man sich nicht wundern, wenn andere zweimal hinsehen, wenn man ihnen Inlandsflüge verbieten, den Fleischkonsum und Energieverbrauch verteuern und das Schnelfahren auf den Autobahnen abgewöhnen will.

Franz Untersteller, bis vor wenigen Wochen noch grüner Umweltminister in Baden-Württemberg, fiel so seiner eigenen Doppelmoral zum Opfer. Während seiner Amtszeit setzte er sich als Befürworter eines generellen Tempolimits von 130 Kilometern pro Stunde in Pose. Doch hinterm eigenen Steuer entpuppte er sich als Raser. Im November vergangenen Jahres wurde er mit 177 auf dem Tacho von der Polizei erwischt - erlaubt waren nur 120 Kilometer pro Stunde. Untersteller rechtfertigte sich mit dem denkwürdigen Satz: *"Ich hatte es eilig"*.

Auch bei den Flugreisen leben die Grünen im Widerspruch zu ihren eigenen Ansprüchen. Zur Halbzeit der laufenden Legislaturperiode, das war im August 2019, fand die BILD-Zeitung heraus, daß ausgerechnet Abgeordnete der Grünen die Vielflieger unter den Parlamentariern waren. Zwischen Herbst 2017 und Ende 2018 lagen die Einzelreisen der Grünen pro Person

im Schnitt fast 60 Prozent über dem Durchschnitt aller anderen Fraktionen.

Aber zum Ende dieser Tagesdosis gibt es auch noch eine gute Nachricht. Laut der INSA-Sonntagsumfrage vom 25. Mai zur Bundestagswahl ist die Zustimmung zur CDU/CSU auf 26 Prozent gestiegen und die der "Grünen" auf 22 Prozent gefallen. Damit ist die Gefahr einer Baerbock-Kanzlerin zwar noch nicht gänzlich gebannt und mehr muß zur Aufklärung getan werden, aber die Entwicklung geht in die richtige Richtung.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 22/21" berichtete am 28. Mai 2021 (x1.387/...):

>>**Gefährliche Prognosen**

Ob Klimawandel oder Virus: Wir brauchen eine pluralistische Wissenschaftsnutzung durch die Politik

Johannes Eisleben

Zwei Themen bewegen derzeit viele Menschen in den westlichen Massendemokratien: Covid und Klimawandel. Wie wichtig diese Themen sind, läßt sich auch daran ablesen, daß sich unsere drei Staatsgewalten und die Presse permanent mit diesen Themen auseinandersetzen. Das Bundesverfassungsgericht hat in den letzten Wochen Eilanträge gegen die Covid-Maßnahmen zurückgewiesen und entschieden, daß Grundrechtseinschränkungen im Rahmen des sogenannten Klimaschutzes möglich werden könnten. Bei dieser Entscheidung hat es sich auf Ergebnisse und Aussagen von Wissenschaftlern berufen, was Exekutive und Legislative auch tun.

Gibt es daran etwas zu beanstanden? Beruht nicht unsere ganze technische Zivilisation auf wissenschaftlicher Forschung und deren technischer Anwendung? Sicherlich. Doch müssen Politiker die Qualität wissenschaftlicher Ergebnisse würdigen und bei ihrer Anwendung eine Güterabwägung durchführen. Die Politik verrennt sich und verliert ihre Glaubwürdigkeit, wenn sie nur einseitige wissenschaftliche Meinungen berücksichtigt.

Wie ist es um die Qualität der Wissenschaft bei den hochpolitischen Fragen Klimawandel und Covid bestellt? In beiden Fällen sind Wissenschaftler, egal welcher Disziplin, nicht in der Lage, exakte quantitative Modelle zu erstellen. Sie können nicht genau verstehen, was geschieht, ihre Berechnungen sind sehr ungenau. Das liegt daran, daß es sich bei beiden Feldern, Weltklima und virale Infektion, um Systeme handelt, die sich mathematisch nicht exakt modellieren lassen.

Bei Phänomenen wie der Ballistik oder der Erzeugung mechanischer aus elektrischer Leistung im Elektromotor können wir quantitative, exakte Modelle aufstellen und mit deren Hilfe genaue Zahlen berechnen. So kann die Flugbahn einer Rakete genau berechnet werden. Oder es kann berechnet werden, wie lange bei einer bestimmten Leistung eine Batterie ein E-Auto mit Strom versorgen kann.

Bei diesen Beispielen dominiert eine physikalische Fundamentalkraft, die das Geschehen bestimmt, hier haben wir es mit wenigen Variablen zu tun, wir haben feste Randbedingungen, und die Art der Elemente und ihrer Wechselwirkungen sind immer gleich.

So ist es beim Klima und Covid nicht. Dort kennen wir die Systeme nur ungefähr. Wir wissen nicht genau, wie die Erde und ihre Bestandteile wie Wasser, Boden, Atmosphäre und die klima-relevante Vegetation mit der Sonneneinstrahlung interagieren und wie sich der menschliche Kohlendioxideintrag in dieses System genau auswirkt. Denn das System enthält unzählige Elemente, die aufeinander einwirken, und wir können deren Zusammenspiel nur sehr grob verstehen. Daher wissen wir zwar, daß der anthropogene Ausstoß von Kohlendioxid zu dem Klimawandel, den wir beobachten, beiträgt, aber nicht genau, in welchem Ausmaß.

So ist es auch bei Sars-CoV-2. Das Virus breitet sich über die Atemluft aus, wir können es durch Isolationsmaßnahmen dauerhaft nicht aufhalten. Zwischen dem Virus und seinen menschlichen Wirten gibt es zahlreiche Wechselwirkungen, die wir nicht oder nur sehr schlecht verstehen. Wir wissen, daß das Virus ständig mutiert, um sich in der Population hal-

ten zu können. Mit Sicherheit wissen wir aber nicht genug über das System Virus-Mensch, um im voraus berechnen zu können, wie sich das Virus genau ausbreitet und welche Maßnahmen sich wie darauf auswirken.

Sicher ist nur, daß am Virus nur ein sehr kleiner Teil der Infizierten stirbt - laut WHO sterben an einer Sars-CoV-2-Infektion etwa 0,15 Prozent der Menschen über 70 Jahre, während an einem akuten Herzinfarkt in dieser Altersgruppe auch mit Notfallbehandlung etwa 30 bis 40 Prozent der Patienten sterben - und daß es nie verschwinden wird, egal wie hoch der Anteil der Geimpften an der Bevölkerung ist: Wir haben die Pocken durch Impfung ausgerottet, die Kinderlähmung ist durch die seit den 1950er Jahren laufende weltweite Impfkampagne sehr stark zurückgedrängt worden.

Aber virale Erreger grippaler Infekte lassen sich durch Impfung nicht ausrotten, das wissen wir sicher: theoretisch, aber auch praktisch anhand der Influenza, gegen die seit 50 Jahren geimpft wird, ohne daß man je nachweisen konnte, daß dadurch Todesfälle verhindert wurden, geschweige denn, daß einer der zahlreichen Stämme ausgerottet worden wäre.

Da es in der Klimaforschung und der Virusmedizin, an der jeweils viele Disziplinen beteiligt sind, keine exakten quantitativen Modelle geben kann, müssen Politiker in diesen Bereichen Ratgeber aller beteiligten Teildisziplinen anhören: bei Covid Virologen, Pneumologen, Intensivmediziner, Epidemiologen, aber auch Zellbiologen oder Biochemiker. Sie müssen sich dabei auch von Fachleuten beraten lassen, die einander widersprechende Meinungen vertreten. Wir brauchen eine pluralistische Wissenschaftsnutzung durch die Politik. Dies ist bei Sars-CoV-2 nicht geschehen, und in der Klimamodellierung geschieht es auch nicht.

Politiker müssen vor allem aber auch die Werte und Güter, die von den Empfehlungen der Wissenschaftler tangiert werden, gegen andere Güter abwägen. Das ist keine wissenschaftliche Aufgabe, sondern eine politische. So muß beispielsweise bei Covid das Wohl der Kinder und Jugendlichen und das Funktionieren der Wirtschaft gegen das unvermeidliche Risiko für alte Menschen abgewogen werden, beim Klimaschutz das Ziel von Wohlstand auch für die unteren Einkommensschichten gegenüber der fraglichen Realisierung von Klimazielen.

Wenn Politiker dabei versagen und nur einseitig auf bestimmte Güter setzen, entsteht erst Politikverdrossenheit, dann politischer Unmut und schließlich ein Legitimationsverlust des Staates, gefolgt von gesellschaftlicher Instabilität. Wir sind derzeit zwischen der ersten und zweiten Stufe und sollten daher rasch zu einer pluralistischen Nutzung der Wissenschaft und einer differenzierten Abwägung zwischen den Gütern zurückkehren.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 22/21" berichtete am 28. Mai 2021 (x1.387/...):
>>"**Öffentliche Bevormundung**"

Verkehrspolitik: Während die Parteien und Medien von Fahrrad, Bahn und Bus schwärmen, zeigt eine HUK-Studie die anhaltende Beliebtheit des Privatautos

Marc Schmidt

Nicht nur die Grünen, auch Linke, SPD, FDP und Union wollen das Autofahren immer teurer machen. Ihr Streit dreht sich nur darum, ob das mit Abgaben, CO2-Zertifikaten, Steuern oder Verboten am besten gelingt. Dabei ist der Pkw laut einer repräsentativen und aktuellen Umfrage des Versicherers HUK-Coburg nach wie vor das beliebteste Fortbewegungsmittel. Die Corona-Pandemie mit Maskenzwang und Ansteckungsgefahr hat die Wertschätzung für individuelle Mobilität sogar deutlich gesteigert.

Dies zeigt sich vor allem in Metropolen mit gut ausgebautem ÖPNV und flacher Topographie. Gerade hier wird dem Auto zwar immer noch eine geringere Wertschätzung entgegengebracht, aber die Autoneigung steigt - Park- und Stellplätze sind rar, und Radeln ist in Hamburg gemütlicher als in Stuttgart. Bundesweit zeigt die HUK-Studie, daß die Verkehrspolitik und die Vorgaben der Hersteller bei zentralen Aspekten an den Interessen der Bürger vorbeigehen.

Für 70 Prozent ist ein Auto weiterhin unverzichtbar

Ein Fünftel der 4.029 Befragten ab 16 Jahren gab an, daß sich die Mobilitätskonzepte zu sehr auf die Städte ab 50.000 Einwohner beziehen würden. Mehr als ein Viertel beklagte eine sehr einseitige Mobilitätsforschung und eine "öffentliche Bevormundung". 15 Prozent finden, daß "Politik und Medien" das Auto unangemessen verteufelten. Fast die Hälfte glaubt, daß das Auto auch in Zukunft nicht seine bisherige Bedeutung verliert.

Betrachtet man diesen Punkt bundesländerspezifisch, zeigen sich klare Unterschiede zwischen Metropolen mit akzeptablem ÖPNV und der Mehrzahl der Länder und Einwohner. Bundesweit erklären gut 70 Prozent, daß ein Auto im Haushalt für sie beruflich oder privat unverzichtbar ist. In ländlichen Regionen steigt dieser Wert auf über 90 Prozent. Selbst in den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg kann mehr als die Hälfte nicht auf ein Auto verzichten.

Doch ihre Sorgen wachsen: Knapp die Hälfte der Befragten fürchtet steigende Kosten für Mobilität. Die Mehrheit hält diese bereits für zu hoch. Nur gut ein Viertel befürchtet zu wenig Umweltschutz in den Verkehrsplanungen - das erklärt aber die derzeitigen grünen Umfragewerte. Hieraus ergeben sich auch die am häufigsten genannten Forderungen nach sinkenden Mobilitätskosten: Mobilität müsse für breite Bevölkerungskreise bezahlbar bleiben. Sprich: Das Auto ist nicht von gestern. Die defizitäre Bahn, die mit Steuermilliarden ausgebaut werden soll, schneidet beim Verkehrsmittelvergleich ausgesprochen schlecht ab.

Als wichtigste Kriterien für die Wahl zwischen Auto, Bahn, Bus und Flugzeug nannten die Befragten Kosten, Schnelligkeit und Flexibilität mehr als doppelt so oft wie "grüne" Gesichtspunkte, etwa den medial propagierten Wunsch nach einer "CO₂-neutralen Fahrt". Auch der offenbar neu entdeckte Hygiene-Aspekt hat zu einer Renaissance des Autos gegenüber Bus und Bahn beigetragen.

Die drei wichtigsten Kriterien sieht die Masse der Bürger nicht durch die Bahn erfüllt, weshalb 73 Prozent angeben, daß aktuell nur das Auto ihre Ansprüche am besten erfülle. Auch die aktuellen Mobilitätskonzepte und versprochenen Investitionen ändern dies nicht. Auch in Zukunft sehen fast 70 Prozent der Befragten ihre Ansprüche nur durch ein Auto befriedigt. Die Bahn erhält zu beiden Fragen magere 16 Prozent der Mehrfachnennungen, Busse erhalten zehn Prozent. Zum Vergleich: 38 Prozent nennen zumindest unter den besten drei Verkehrsmitteln das Zufußgehen, knapp 30 Prozent das Fahrrad.

Klare Absage an die verlangte Mobilitätswende

Überraschend ist - trotz der geringen Verkaufszahlen - die offenbar steigende Popularität des Elektroautos. Bereits 17 Prozent gaben an, daß sie künftig ausschließlich ein E-Mobil erwerben werden, in den rot-grünen Metropolen Berlin und Hamburg sind es sogar über 20 Prozent. Dieser Wert wird nur übertroffen von Dörfern mit weniger als 2.000 Einwohnern, in denen die E-Kaufpläne fast 25 Prozent erreichen. Während sich dies in ländlichen Gegenden mit konstanten Strecken und eigenen Immobilien, subventionierten Ladestationen und genügend Stellplätzen erklären läßt, ist die Affinität in den Großstädten vor allem privilegierten Parkplätzen und großem Einkommen geschuldet.

Renault Zoe, VW ID.3, Hyundai Kona, BMW i3, Audi E-Tron oder die besonders teuren Tesla-Modelle werden in "hippen" oder wohlhabenden Gegenden bevorzugt, in denen eine Ladeinfrastruktur installiert werden kann. Normal- und Geringverdienern in eng bebauten Gegenden bleibt bei künftig unbezahlbaren Preisen nur der Autoverzicht. Die Anschaffung eines Elektrowagens jenseits von 30.000 Euro ist für sie keine Alternative. Bemerkenswert ist ebenso, daß mehr als 20 Prozent der Berliner angaben, daß sie selbst überrascht waren, daß ein Auto in der Pandemie nun einen besonderen Wert als Verkehrsmittel hat.

Die meisten erklärten dies mit dem überlegenen Komfort. Eine mögliche Erklärung: Im ÖPNV gilt eine Maskenpflicht. Zugleich ist das allgemeine Verkehrsaufkommen aufgrund

von Homeoffice, Schulschließung sowie geschlossenen Restaurants und Geschäften gesunken. Folglich gab es auch weniger Staus. Daß sich das Komfortargument vor allem auf den Berufsverkehr konzentriert, läßt sich auch daran erkennen, daß nur 37 Prozent der Berliner es als Vorteil ansehen, jederzeit ein eigenes Auto spontan nutzen zu können. Im Bundesdurchschnitt liegt dieser Wert bei über 50 Prozent.

Auch wenn die HUK-Studie bewußt auf politische Fragen verzichtet hat, sind die Antworten durchaus als Absage an die allermeisten verkehrspolitischen Programme für den Bundestagswahlkampf zu sehen. Abseits von Kaufprämien für die Befürworter von Elektroautos findet sich kaum ein Punkt, an dem die Wahlprogramme - außer der AfD und teilweise der Freien Wähler - zu den geäußerten Ansichten passen.

Beispielhaft steht dafür auch ein weiteres Studienergebnis. So lehnen es mehr Deutsche ab, sich in ein autonom fahrendes Auto zu setzen, als etwa in Elon Musks futuristischen "Hyperloop" (ein superschnelles Kapseltaxi in einer weitgehend luftleeren Röhre) oder in ein elektrisches "Flugtaxi".<<

Dr. Karina Reiss und Dr. Sucharit Bhakdi berichteten im Mai 2021 in ihrem Buch "CORONA UNMASKED. Neue Zahlen, Daten, Hintergründe" über die Impfung gegen Covid-19 (x1.013/...): >>DER IMPFRAUSCH

Muß gut Ding Weile haben?

Für die Entwicklung von Impfstoffen galt bislang das kategorische, das imperative "Ja!". Und das absolut zu Recht. Denn Impfungen können Leben retten. Aber keine Impfung kann vollkommen sein. Nebenwirkungen können nie gänzlich ausgeschlossen werden. Impfstoffe erfüllen zwei wichtige Voraussetzungen:

Der Impfstoff muß Schutz gegen eine schwere/lebensbedrohliche Krankheit oder gar den Tod bieten;

Schwere und Häufigkeit von Nebenwirkungen müssen im erträglichen und verantwortbaren Rahmen sein.

Insgesamt muß der Nutzen für die eigene Gesundheit und für die Gesellschaft sehr viel höher sein als das Risiko. Das klingt logisch, oder? Und es stimmt auch! Wer würde sich gegen Husten - Schnupfen - Heiserkeit impfen lassen, wenn er dafür ein unberechenbares Risiko auf schlimme Nebenwirkungen eingehen würde?

Dazu muß nicht jede Impfung für jeden Menschen sinnvoll sein. Wer in Deutschland lebt, braucht keine Impfung gegen Gelbfieber, das hier nicht vorkommt.

Nun wissen wir inzwischen, daß COVID-19 eine klar definierbare Risikogruppe gefährdet: Menschen über 70 Jahre mit Vorerkrankungen, die ein relativ hohes Risiko haben schwer zu erkranken und zu versterben.

Für diese Menschen könnte eine Impfung Sinn machen. Die Wirksamkeit und die möglichen Gefahren müßten aber besonders sorgfältig geprüft werden. Die durchgeführten Studien haben jedoch genau diese Gruppe von älteren Menschen mit ernststen Vorerkrankungen ausgeschlossen.

Ausnahme: Killer-Coronavirus?

Mitte Oktober 2020 sagte RKI-Präsident Lothar Wieler beim Fernsehsender Phoenix: "Wir gehen alle davon aus, daß im nächsten Jahr Impfstoffe zugelassen werden. Wir wissen nicht genau, wie die wirken, wie gut die wirken, was die bewirken, aber ich bin sehr optimistisch, daß es Impfstoffe gibt." Da hat er mit allem Recht gehabt.

Die genbasierten Impfstoffe sind da und werden massenweise verabreicht - dabei wissen wir nicht, ob sie wirken, wie gut sie wirken, was sie bewirken. Selbstverständlich liegen inzwischen viele Daten vor, nur leider sind sie nicht aussagekräftig. Deshalb gab es auch keine klassische Zulassung in der EU, sondern lediglich eine "bedingte Zulassung".

In den nächsten zwei Jahren soll überprüft werden, ob Nutzen oder Risiko größer sind. Jeder

Mensch, der sich jetzt impfen läßt, ist Teil dieses riesigen Experiments. Allerdings ohne jegliche Haftung seitens der Hersteller des Impfstoffs. Denn bei Notimpfungen kann von den Herstellern nichts garantiert werden - im Falle eines Falles, bis zum Tode, stehen sie bezüglich der Haftung außen vor.

Dabei wäre gerade für völlig neuartige, genbasierte Impfstoffe wie die mRNA-Impfstoffe gegen Corona die Überprüfung möglicher Risiken im besonderen Maße zu fordern, denn nach gegenwärtigem wissenschaftlichem Stand wären mannigfaltige schwere Nebenwirkungen denkbar.

Um so erstaunlicher, daß aussagekräftige Studien zur Wirksamkeit und Sicherheit dieser neuartigen Impfstoffe, die von den europäischen Regierungen für die Bevölkerung in riesigen Mengen vorbestellt wurden, gar nicht existieren. Das geht auch nicht in der kurzen Zeit. Im Warp-Speed Rennen um die höchst lukrative Notzulassung waren drei Pharmaunternehmen an vorderster Front: AstraZeneca (Vektorimpfstoff auf Basis eines Adenovirus), Biontech/Pfizer (mRNA) und Moderna (mRNA).

Am 21. Dezember 2020 hat die EU-Kommission den Impfstoff von Biontech/Pfizer zugelassen, kurz darauf, am 6. Januar, folgte die Genehmigung des Moderna-Impfstoffs und am 29. Januar erhielt AstraZeneca die EU-Zulassung. Während die sorgfältige Prüfung eines neuen Impfstoffes früher mindestens sieben bis zehn Jahre dauerte, wurde das Ganze jetzt auf Monate verkürzt. Können in dieser Zeit verlässliche Daten auf dem Tisch liegen, so daß die Bevölkerung zwischen Risiko und Nutzen abwägen kann? Während in Europa alles durchgewinkt wurde, sagte die indische Gesundheitsbehörde "Nein" zum Biontech/Pfizer Impfstoff, da die Sicherheit der Bevölkerung nicht gewährleistet sei.

Bieten die aktuellen Impfstoffe Schutz vor einer schwer verlaufenden SARS-CoV-2-Infektion?

Tatsache ist, eine Schutzwirkung gegen eine schwere und womöglich lebensbedrohliche COVID-19-Erkrankung konnte in Affenmodellen bei *keinem* der Impfstoffe gezeigt werden. Alle standen vor einem Riesenproblem: Infizierte Affen erkrankten mit oder ohne Impfung nie schwer. Somit konnte nicht geprüft werden, ob die Impfung gegen die ernste Erkrankung schützte.

Was sagen die Versuche, die an Menschen durchgeführt wurden?

Mainstream-Medien verbreiten jubelnd die Pressemitteilungen der Firmen, ohne diese überhaupt kritisch zu hinterfragen. So lernen wir, daß laut der Studien die Schutzwirkungen der Impfstoffe einfach toll sind, bei Biontech/Pfizer sogar bei 95 Prozent!

Aber wie kommen diese Zahlen zustande, wissen wir doch, daß gesunde Menschen sehr selten lebensgefährlich an COVID-19 erkranken?

In der Tat sind bei den über 40.000 Versuchspersonen der Biontech/Pfizer-Studie gerade einmal 170 COVID-19-Fälle aufgetreten (ca. 0,4 %). Davon acht bei den Geimpften (ein Mal schwer), 162 bei Ungeimpften (neun Mal schwer) - resultiert also daraus die Annahme, es gäbe einen 95 %-igen Schutz!?

Bei so einer geringen Anzahl von Fällen muß man die Datenlage aus wissenschaftlicher Sicht als nicht belastbar bezeichnen. Wie wurde überhaupt ein "COVID-19-Fall" im Rahmen dieser Studie definiert? Bei auftretenden Symptomen, wie Husten, Schnupfen, Heiserkeit und einem positiven RT-PCR-Test wurde die Person als COVID-19-Fall eingestuft. Die Aussagekraft dieses Tests, ist allerdings, wie inzwischen fast jeder weiß, nicht existent.

Wie in diesem Buch ausführlich dargelegt, ist der Test nicht geeignet, das eindeutige Vorliegen einer SARS-CoV-2-Infektion nachzuweisen. Wir haben hier also eine Impfung, die möglicherweise Husten, Schnupfen, Heiserkeit bei 0,7 % der Geimpften - durch was auch immer - verhindert. Dafür mußten Hunderte von Geimpften in der Biontech/Pfizer Studie schwere Nebenwirkungen hinnehmen, die teilweise zu Krankenhausaufenthalten geführt haben.

Nicht anders bei den anderen Impfstoffherstellern. Entsprechend moniert Peter Doshi, Spezialist für Medikamentensicherheit und Mitherausgeber des renommierten British Medical Journal (BMJ): *"Keine der derzeit laufenden Studien ist darauf ausgelegt, eine Reduzierung schwerer Verläufe im Sinne von Hospitalisierung, Einweisung auf Intensivstationen oder den Tod festzustellen."*

Sind das die erhofften 95 % Wirksamkeit?

Wie groß ist nun der Nutzen der Impfung, gerade für die Risikogruppe? Das weiß kein Mensch. Deshalb läuft der Menschenversuch weiter und jeder, der sich jetzt begeistert impfen läßt, nimmt daran teil.

Verhindert der Impfstoff die Infektion und damit die Ausbreitung der Viren?

Ein allseits verkündetes Ziel der Impfung ist nicht nur, COVID-19-Erkrankungen zu verhindern, sondern auch die Ausbreitung der Viren. Schon in den Kindergärten und in den Schulen wird den Kindern vermittelt, sie könnten unwissentlich ihre Großeltern "umbringen", weil sie die Viren weitertragen, ohne selbst krank zu sein. Um das zu verhindern, sollen alle geimpft werden, auch die Kinder. Es stellen sich also zwei Fragen: Ist eine Durchimpfung der Bevölkerung sinnvoll? Und: Kann eine Impfung überhaupt eine Infektion verhindern?

Beschäftigen wir uns zunächst mit der ersten Frage, ob es sinnvoll ist, die Ausbreitung von Viren verhindern zu wollen, die für die meisten Menschen wenig gefährlich sind, um eine Risikogruppe vermeintlich zu schützen?

Von Corona-Viren ist seit Jahrzehnten bekannt, daß diese von Menschen durch die Gegend getragen werden, ohne daß sie Symptome haben. Früher wurden diese Menschen "gesund" genannt und man schenkte ihnen keine Beachtung. Heute sind sie "asymptomatisch" Infizierte und gelten als hochgefährlich. Inzwischen wissen wir jedoch, daß auch für SARS-CoV-2 gilt: Menschen ohne Symptome können die schwere Erkrankung COVID-19 in der Öffentlichkeit nicht verbreiten.

Die Tatsache, daß wir Symptome entwickeln, ist ein Zeichen dafür, daß die Viren eine Chance gefunden haben, aktiv zu werden und unser Immunsystem in den Kampf eingestiegen ist. Kommt es nicht zu Husten, Schnupfen, Heiserkeit etc., bedeutet das, daß unser Körper die Viren von Anfang an in Schach hält. Es ist nie gezeigt worden, daß die Viruslast, die ein Mensch ohne Symptome in die Außenwelt abgegeben kann, ausreicht, um andere Menschen in der Öffentlichkeit zu gefährden. Deshalb ist das Vorhaben, die gesamte Bevölkerung durchzuimpfen, ein Unterfangen, das aus wissenschaftlicher Sicht jeglicher Grundlage entbehrt. Es ist schlicht nicht sinnvoll.

Kommen wir zur zweiten Frage: Könnten die Impfstoffe überhaupt die Ausbreitung von SARS-CoV-2-Viren verhindern? Das Robert-Koch-Institut (RKI) erklärt aktuell, daß diese Frage bislang völlig ungeklärt ist. Um die Antwort darauf herauszufinden, müßte man prüfen, ob geimpfte Menschen noch eine Infektion bekommen können, und ob in diesem Fall die vorhandene Virusmenge ausreicht, um andere zu infizieren.

Allein AstraZeneca machte Schlagzeilen mit der Nachricht, geimpfte Menschen wären deutlich weniger ansteckend. Beim genauen Hinschauen sehen wir jedoch, daß keinerlei Daten existieren, die diesen Rückschluß ziehen lassen. In der entsprechenden Studie wurde nur Teil 1 der Frage angeschaut, nämlich: Wie viele Menschen bekommen nach einer Impfung noch eine Infektion? Wie hat man das überprüft? Einziges Kriterium waren positive RT-PCR Tests. Nun sagt selbst die WHO, daß der PCR-Test allein nicht reicht, um von einer Infektion zu reden. Was kann man also mit der unbelegten Behauptung, die Verbreitung der Infektion wäre durch den AstraZeneca Impfstoff massiv verringert, anfangen? Nichts.

Das Impfkonzzept sollte überhaupt hinterfragt werden. Die Antikörper, die durch die Impfung gebildet werden, kreisen zum größten Teil im Blut. Um Ihnen das Geschehen zu verdeutlichen, stellen Sie sich bitte vor, Sie selbst seien solche Antikörper und säßen gemeinsam mit

anderen Antikörpern im Wohnzimmer - in einem Blutgefäß der Lunge. Nun kommt das Virus ans Haus und ergreift die Türklinke, um in den Flur - die Lungenzelle - zu treten. Wie wollen Sie das vom Wohnzimmer aus verhindern? Sie würden antworten:

Das geht nicht.

Antikörper können grundsätzlich nur effektiv helfen, die Ausbreitung eines Eindringlings in der Blutbahn zu verhindern. Das gilt auch für Impfungen gegen Erreger wie Pneumokokken, die wie Corona-Viren über den Luftweg in die Lunge kommen. Die Impfung kann die Infektion der Lunge nicht verhindern, sondern soll die Streuung und Verbreitung der Bakterien in der Blutbahn unterbinden.

Wenn der Nutzen der Impfungen mehr als fragwürdig ist, wie sieht es dann mit dem Risiko aus?

Wir lesen in den Mainstream-Medien: mRNA-Impfstoffe sind doch nicht neu. Das ist richtig, nur sind sie bislang *nie* am Menschen zur Abwehr einer Virusinfektion angewandt worden. Alle Erfahrungen stammen aus Tierversuchen.

Entsprechend waren die Impfungen von vornherein von einem dunklen Schatten begleitet. Bei allen drei genbasierten Impfstoffen wurden - vor der Allgemeinheit sorgsam verborgen - beunruhigende Sofort-Nebenwirkungen bemerkt: starke Schwellung und Schmerzen an der Einstichstelle, hohes Fieber bis hin zum Schüttelfrost, schlimmste Kopf-, Glieder- und Muskelschmerzen im ganzen Körper, Durchfälle, Übelkeit, Erbrechen. Viele Geimpfte wurden krank und arbeitsunfähig.

Die Nebenwirkungen waren so schlimm, daß AstraZeneca mitten in der Studie das Protokoll ändern mußte. Fortan erhielten Studienteilnehmer hohe Dosen von schmerz- und fieberlinderndem Paracetamol, damit die Impfung einigermaßen verträglich wurde. Eine solche Änderung des Studienprotokolls ist mit wissenschaftlichen Standards keinesfalls zulässig. Weshalb wurde hier eine Ausnahme gemacht?

Es geht aber weiter. Die AstraZeneca-Studie wurde im Juli und September 2020 unterbrochen, weil jeweils eine extrem seltene Autoimmunerkrankung des Rückenmarks bei Geimpften aufgetreten war. Die "transverse Myelitis" geht mit Lähmungserscheinungen einher und tritt mit einer Häufigkeit von ca. drei Fällen pro einer Million Einwohner auf. Erstaunlich also, daß gleich zwei Fälle in der Gruppe einer überschaubaren Anzahl Geimpfter zu verzeichnen waren.

AstraZeneca beruhigte Tage darauf damit, daß die erste Probandin beginnende Multiple Sklerose hatte. Erstaunlich, daß offensichtlich niemand davon wußte. Der zweite Fall sei reinster unglücklicher Zufall gewesen. Und damit wurden die Impfungen fortgesetzt. Aber nicht nur AstraZeneca, sondern alle anderen auch. Der Biontech/Pfizer-Impfstoff führte bei vier Teilnehmern, der von Moderna bei zweien zur akuten Gesichtslähmung, ohne daß die Ursache geklärt worden wäre.

Bei den Konkurrenten Moderna und Biontech/Pfizer geschah Vergleichbares. Bei beiden Impfstoffen erlitten Freiwillige ähnlich starke allgemeine Nebenwirkungen.

Eine solche Vielfalt an sofortigen Nebeneffekten ist bei keiner anderen Impfung je beobachtet worden. Wenn man in Amerika die Anzahl an gemeldeten Nebenwirkungen verschiedener Impfungen über die zwei letzten Jahre vergleicht, erreicht die COVID-19 Impfung schon jetzt den absoluten Spitzenplatz, obwohl diese erst im Dezember 2020 zugelassen wurde.

In Anbetracht der Tatsache, daß ein echter Nutzen - Schutz vor schwerer Erkrankung und Tod - nie für einen der Impfstoffe gezeigt worden ist, ist es den Autoren unverständlich, daß die Massenimpfung ungebremsst weitergeführt wird.

Ist der mRNA Impfstoff gefährlich?

Überall wird verbreitet, daß der mRNA-Impfstoff nicht gefährlich ist. Begründet wird das damit, daß nur die Information für einen kleinen Teil des Virus, für das sogenannte "Spike

Protein", in unseren Körper eingeschleust wird und dabei nichts anderes nachgestellt wird als das, was die Natur auch machen würde. Die Viren geben bei Befall unserer Zellen auch ihre Erbsubstanz ab, so daß unsere Zellen zu "Virusfabriken" werden.

Also dürfte alles im Grunde kein Problem sein? Doch! Eine Atemwegsinfektion findet in den Atemwegen statt. Kommt es schlimmstenfalls zum Zelluntergang, kann der Schaden durch Gewebe-Erneuerung relativ problemlos behoben werden.

Bei der Impfung jedoch, wird die Virusinformation in den Muskel gespritzt. Viele glauben, daß die verpackten Virusgene am Einspritzort - also in der Muskulatur - verbleiben. Die Gene würden von Zellen am Ort aufgenommen, dort würden die meisten "Virusfabriken" entstehen. Nebenwirkungen wie Schwellung, Rötung und Schmerzen am Einstichort würden deswegen zu erwarten sein, sie blieben aber relativ harmlos und gingen nach wenigen Tagen weg. Ein fataler Irrtum!

Die Virusgene der Hersteller Moderna und Biontech/Pfizer sind in "Lipid-Nanopartikel" verpackt - das sind kleinste Pakete, nicht aus Papier, sondern aus fettartigen Stoffen. So wird der Inhalt geschützt und kann einfacher von den Zellen unseres Körpers aufgenommen werden. Durch die Verpackung selbst ist das Risiko für schwere allergische Reaktionen um ein Vielfaches höher als bei herkömmlichen Impfstoffen.

Nicht umsonst wird inzwischen davor gewarnt, daß Menschen mit Allergien sich nicht impfen lassen sollten - es könnten lebensgefährliche Reaktionen (Anaphylaxie) ausgelöst werden. In der Tat mußten derartige gefährliche Nebenwirkungen bei einigen Impf-Freiwilligen notbehandelt werden. Dazu können Nanopartikel zahlreiche weitere schädliche Auswirkungen haben, weil sie die Funktion unserer Blutzellen und des Gerinnungssystems beeinträchtigen können.

Aber es kommt noch unendlich viel schlimmer: Zum Grundwissen in der Medizin gehört, daß alle löslichen Stoffe, die in einen Muskel gespritzt werden, in die Blutbahn gelangen und in kürzester Zeit im ganzen Körper verteilt werden.

Gerade deswegen spritzt man Substanzen, die sofort wirken sollen, in die Muskeln.

Es ist bekannt, daß die verspritzten Genpäckchen ebenfalls ins Blut kommen. Welche Zellarten werden sie aufnehmen, wie werden sie diese verarbeiten und wie das Virus-Eiweiß herstellen? Die Antwort lautet: Nichts ist mit Sicherheit bekannt. Wir sind jetzt Zeugen von Großversuchen an Menschen. Das ist absolut unverantwortlich, zumal es vom Anfang an Grund zur Vorsicht gegeben hat. Die möglichen Gefahren durch die "Verpackung" waren bekannt.

Noch bedeutender: Alarmierende Antikörper-abhängige Verstärkereffekte sind bei der Erforschung von SARS und anderen Coronaviren bei Tieren beobachtet worden. Bei den jahrzehntelangen vergeblichen Anstrengungen, eine Impfung gegen SARS und MERS zu entwickeln, gehörten diese Verstärkereffekte zu den zahlreichen Problemen.

Hätten vor diesem Hintergrund nicht Tierversuche durchgeführt werden müssen, um diese für SARS-CoV-2 klar auszuschließen? Tatsache ist, daß wissenschaftliche Publikationen zu diesem Thema nicht existieren. Ärzte, die die Impfwilligen nicht auf die Gefahr aufmerksam machen, daß die Impfung zu schlimmeren Krankheitsverläufen führen könnte, verletzen also ihre Aufklärungspflicht.

Und ernster noch: Könnte das Verimpfen von Virusgenen andere, neuartige immunbedingte Verstärkereffekte auslösen? Hätten nicht vorher ganz elementare Dinge bedacht und geprüft werden müssen?

Zur Erinnerung (siehe auch Online-Kapitel "Immunität"): Lymphozyten haben ein Langzeitgedächtnis - sie merken sich, wie Corona-Müll aussieht. Und Corona-Müll sieht ziemlich ähnlich aus, egal von welchem Familienmitglied er stammt.

Alle Menschen haben Trainingsrunden mit Coronaviren absolviert und haben Lymphozyten,

die SARS-CoV-2-Müll erkennen. Manche könnten entgegnen, daß diese kreuzreaktiven Killer-Lymphozyten nur bei 40 bis 70 % der alten Blutproben nachgewiesen wurden und sie reagierten nur schwach gegen SARS-CoV-2. Jedoch ist bekannt, daß sich immer nur ein kleiner Anteil aller Lymphozyten im Blut befindet. Die anderen machen gerade Pause und ruhen sich in den Lymphorganen (u.a. in den Lymphknoten) aus.

Spannend: Im April 2020 berichteten schwedische Forscher, daß sie etwas Bemerkenswertes entdeckt hätten. Unabhängig von der Schwere der SARS-CoV-2-Erkrankung fanden sich bei *allen* Menschen (100 %) kampfbereite, aufgewühlte T-Lymphozyten im Blut. Dieser Befund ist ein Wink mit dem Zaunpfahl.

Denn bei einer ersten Auseinandersetzung des Immunsystems mit einem Virus ist die Lymphozytenantwort schleppend. Schnelle, starke Reaktionen verraten, daß vorgewarnte Truppen bereits Gewehr bei Fuß stehen und jederzeit mobilisierbar sind. Sie schwärmen dann aus den Lymphorganen aus, um den Feind zu bekämpfen. Ihre Hauptaufgabe: Auslöschung der Virusfabriken. Tod den eigenen Zellen, die die Viren produzieren.

Und nun zurück zur neuen Realität, dem Großversuch an Menschen. Die verspritzten Genpäckchen werden lokal in Muskelzellen aufgenommen, ein Großteil gelangt jedoch in die örtlichen Lymphknoten und in die Blutbahn. In den Lymphknoten sitzt die gesammelte Immunmannschaft. Diese Zelle wird dann das Virus-Eiweiß produzieren und den anfallenden Müll auf ihrer Oberfläche zur Schau stellen. Diese Zelle wird dann das Virus-Eiweiß auf ihrer Oberfläche zur Schau stellen. Der auf Corona spezialisierte Killer-Lymphozyt nebenan springt hoch - er hat eine Virus-Fabrik entdeckt und wird diese vernichten.

Der Bruderkampf beginnt, Immunzelle gegen Immunzelle! Lymphknotenschwellung könnte ein Zeichen für diese Reaktion sein. Dazu Schmerzen. Die Lymphozyten putschen sich gegenseitig auf und strömen dann aus den Lymphknoten hinaus, um weitere Feinde aufzuspüren.

Sie finden diese in den Muskelzellen, die den Corona-Müll vor die Tür stellen, und gehen in den Angriffsmodus über. An der Einstichstelle entstehen Rötung, Schwellung, Schmerzen.

Aber nun beginnt der Albtraum. Denn kleinste Stoffe wie Zucker können aus dem Blut ins Gewebe hinaussickern, große Moleküle wie Eiweiße hingegen nicht. Für sie sind die Gefäßwände dank der Auskleidung mit einer Zellschicht - den Endothelzellen - dicht.

Wie sind nun die Genpäckchen beschaffen - groß oder klein? Richtig: relativ sehr groß. Wenn sie also einmal ins Blut gelangen, werden sie wie die Blutkörperchen in dem geschlossenen Netzwerk von Gefäßröhrchen verbleiben. Aufgenommen werden sie zu einem kleinen Teil von weißen Blutzellen. Vermutlich jedoch werden die meisten Virusfabriken in den Endothelzellen errichtet werden. Das würde vor allem dort geschehen, wo das Blut langsam fließt - in den kleinen und kleinsten Gefäßen - weil die Genpäckchen dort besonders effizient von den Zellen aufgenommen werden können.

Die Zellen stellen die Abfälle dann vor die Tür - zum Gefäßlumen (zur Gefäßöffnung) hin. Dort sind die Killer-Lymphozyten auf Patrouille. Dieses Mal ist der Kampf einseitig. Die Endothelzellen haben keine Abwehrmöglichkeit gegen den Angriff durch die Killerzellen.

Was dann passiert, kann man nur ahnen. Der Untergang von Endothelzellen und die damit verbundene Verletzung der Gefäßauskleidung führt in aller Regel zum Anwerfen der Blutgerinnung und der Ausbildung von Gerinnseln. Dies würde in unzähligen Gefäßen an unzähligen Orten im Körper passieren.

Geschieht es in der Plazenta, könnten schwere Schädigungen des Kindes im Mutterleib die Folge sein. Geschieht es in anderen Organen inklusive Herz, Gehirn und Rückenmark, sind alle erdenklichen Folgen möglich.

Gibt es Hinweise dafür, daß so etwas vonstatten geht? Ja, von seltenen Bluterkrankungen ist die Rede, bei denen ein möglicher Zusammenhang zur Impfung geprüft werden müßte. Auffällig sind Berichte von Patienten, bei denen ein starker Abfall der Blutplättchen (Thrombozy-

ten) beobachtet wurde. Das würde zur hier aufgestellten Hypothese passen, denn Plättchen werden an den Orten der Gerinnselbildung aktiviert und verbraucht.

Es wäre leicht überprüfbar, ob die Annahme richtig ist. Laborbefunde geben sofort Auskunft darüber, ob die Blutgerinnung in Gang gekommen ist. Obduktionen könnten klären, ob sich Gerinnsel in den kleinen Gefäßen gebildet haben. Und in der Zwischenzeit könnte erwogen werden, ob Gerinnungshemmer bei Patienten vorbeugend verabreicht werden sollten. Auch die Gabe von Cortison-Präparaten zur Dämpfung der Lymphozytenaktivität könnte überlegenswert sein.

Tatsache ist, daß es weltweit laufend Todesfälle im zeitlichen Zusammenhang mit der Impfung gibt. Offiziell heißt es, selbstverständlich hat die Impfung nichts mit den Todesfällen zu tun. Es sind ja fast alles ältere Menschen mit zahlreichen Vorerkrankungen, die ohnehin bald verstorben wären. Wenn das tatsächlich so sein sollte, erschließt sich wohl keinem denkenden und mitfühlenden Menschen, warum diese dann noch geimpft werden mußten - mit einem kaum charakterisierten Impfstoff.

Was könnte bei einem gebrechlichen Menschen Stunden und Tage nach der Impfung zum Tode führen?

Mehrere Möglichkeiten sind denkbar.

Streß durch die Impfung selbst. Allergische Reaktionen.

Autoimmunangriff. Lymphozyten sind auch im Alter einsatzfähig. Bei älteren vorerkrankten Menschen könnte der Angriff auf die Virusfabriken der letzte Tropfen sein, der das Faß zum Überlaufen bringt.

Etwas komplizierter wird es, wenn eine echte Infektion zusätzlich ins Spiel kommt. In mehreren Pflegeheimen gab es anscheinend COVID-19-Ausbrüche gerade in den Tagen nach der Impfung der Bewohner. Man kann es als auffällig bezeichnen, daß es bis zu diesem Zeitpunkt in der gesamten Umgebung kaum Fälle gegeben hatte, und alle Hygienemaßnahmen eingehalten worden waren. Selbst nach der zweiten Impfung gab es Ausbrüche, ein deutlicher und zu erwartender Hinweis darauf, daß die Impfung nicht vor Infektionen schützt.

Dazu scheint es, als ob gerade die Geimpften versterben. Ist das vielleicht die immunbedingte Verschlimmerung von Erkrankungen, die wir befürchten müssen? Jetzt nicht Antikörperbedingt, sondern durch aufgebrachte Killer-Lymphozyten? Und könnte das nicht zu jeder Zeit bei jedem Geimpften passieren - morgen, übermorgen, nächste Woche, im nächsten Herbst? Denn Lymphozyten haben ein Elefantengedächtnis. Und sie erkennen etwas, das bei allen Coronaviren ähnlich aussieht: Müll.

Das heißt, die Lymphozytenbedingte Verschlimmerung von Krankheitsverläufen könnte wohl bei jeder beliebigen Infektion mit einem verwandten Virus eintreten. Bei jedem "erfolgreich" geimpften Menschen - ob jung oder alt - und zu jeder Zeit in naher oder ferner Zukunft.

Schlußwort

Die genbasierten Impfstoffe erhielten in Windeseile die Notzulassung zur Bekämpfung eines Virus, das laut WHO weltweit eine Infektionssterblichkeit von 0,23 % hat. Dabei gibt es klare Hinweise dafür, daß Menschen durch die Impfung schwer erkranken und versterben können. Ein Nutzen der Impfung wurde nie gezeigt.

Was ist zu tun? Folgender Kompromiß erscheint uns vernünftig. Wer gut aufgeklärt ist und sich impfen lassen möchte, möge das tun. Jedoch darf die Impfung nie direkt oder indirekt einem Menschen aufgezwungen werden. Die Entscheidung gegen die Impfung darf nie zu einer Benachteiligung in irgendeiner Form führen. In der Zwischenzeit sollten verlässliche Daten gesammelt werden und Todesfälle im Zusammenhang mit der Impfung gründlich untersucht werden.<<

Das US-Wirtschaftsmagazin "Forbes" berichtete im Mai 2021 (x363/8): >>"Das Vermögen der reichsten Menschen der Welt wuchs gegenüber 2020 um ganze fünf Billionen US-Dollar

auf insgesamt 13,1 Billionen US-Dollar - der höchste Stand aller Zeiten. Die Liste umfaßt 2.755 Milliardäre, 660 mehr als noch vor einem Jahr; ebenfalls ein Rekordwert."<<

Der deutsche Lehrer und Publizist Herbert Ludwig berichtete am 1. Juni 2021 (x1.117/...):

>>**Erlösung von der geschürten Angst - Die Impfung als moderner Ablasshandel**

Im Spätmittelalter schürten die Agenten der herrschenden Kirche die Angst vor den Qualen des Fegefeuers, das dem Menschen für seine Sünden nach dem Tode drohe. Davon versprachen sie jedem Menschen die Erlösung, wenn er genügend Ablassbriefe kaufte, deren Erlöse die Kassen der Kirche füllten. - Heute schüren die wissenschaftlichen und politischen Agenten der herrschenden Wirtschafts-Konzerne die Angst vor einem qualvollen Erstickungstod durch Corona, der jedem Menschen drohe. Und sie versprechen allen die Erlösung, wenn sie sich mit dem Impfstoff imprägnieren lassen, dessen Erlöse die Kassen der Pharma-Industrie überquellen lassen.

Diese so interessante wie tiefsinnige Parallele hat Christel Traut in der Schweizer Monatschrift "Der Europäer" aufgezeigt.

Die Angst als Machtinstrument, von den Herrschenden gezielt eingesetzt, um bestimmte Ziele zu erreichen, hat eine lange Tradition. Bezeichnenderweise wird diese historische Parallele noch dadurch besonders ins Bewußtsein gehoben, daß sich der Auftritt Martin Luthers auf dem Reichstag zu Worms am 17. und 18. April 1521 dieses Jahr zum 500sten Mal jährte.

Der ungeheure Mut Martin Luthers, als Einzelner - nur auf sich selbst und die eigene Erkenntnis gestellt - der geballten Macht der damaligen Obrigkeit die Stirn zu bieten und seine Thesen und Schriften gegen diese Methoden der Kirche unerschrocken zu verteidigen, ist auch heute noch so vorbildlich wie damals.

Der kirchliche Ablasshandel

In alten Zeiten konnte man begangene Sünden durch bestimmte Taten abbüßen, die eine gewisse Wiedergutmachung und vor allem einen inneren moralischen Fortschritt bedeuteten. Mit der zunehmenden Verweltlichung der Kirche kam es nach und nach dahin, höchste geistige Angelegenheiten und trivialste weltliche Angelegenheiten aneinander zu rücken und skrupellos zu verbinden.

Die allmächtige Kirche erlaubte es, Sünden dadurch abbüßen zu können, daß man genügend Geld an sie bezahlte. Ja, sie erlaubte es nicht nur, sie propagierte es geradezu, um ihre Kassen zu füllen. Diese Finanzquellen sprudelten um so stärker, je mehr den devoten Gläubigen ihre Sündhaftigkeit und permanente Schuld eingeredet und ihnen die schrecklichsten Höllenqualen vor Augen geführt wurden, die nach dem Tode auf sie warteten.

Diese Methoden hatten im Spätmittelalter und zu Beginn der Neuzeit einen Höhepunkt erreicht. Der Papst nahm für das üppige Leben des Vatikans und den Bau des Petersdomes Riesensummen von Krediten bei seinem Haus-Bankier Agostino Chigi aus Siena auf, und insbesondere der schon in Deutschland erprobte Dominikaner-Mönch Hans Tetzl trieb als Ablassprediger das Geld sowohl für die Rückzahlungen des Papstes als auch des Erzbischofs Albrecht von Brandenburg auf, die dieser an das Bankhaus der Fugger in Augsburg zu leisten hatte.

"Mit seinen Parolen:

'Sobald der Gölde im Becken klingt im huy die Seel im Himmel springt' oder 'Wenn ihr mir euer Geld gebt, dann werden eure toten Verwandten auch nicht mehr in der Hölle schmoren, sondern in den Himmel kommen' soll Johann Tetzl in der Art eines Marktschreiers den Ablasshandel eröffnet haben. Ins heutige Deutsch übertragen ist jedoch heute der Ausruf 'Sobald das Geld im Kasten klingt, die Seele in den Himmel springt!' der Allgemeinheit geläufiger." (Wikipedia - Johann Tetzl).

Es wurde also mit der Angst und dem gläubigen Vertrauen der Menschen in die Hirten des Seelenheils ein riesiges Geschäft gemacht.

Angst als Machtinstrument heute

Christel Traut blickt nun auf die Situation in der Gegenwart. Heute ist an die Stelle der alles beherrschenden Kirche der digital-finanziell-industrielle Komplex getreten.

"Die Politiker sind so, wie es sich damals schon abzeichnete, nur das Personal für die Umsetzung. Einige wenige Superreiche dieses Komplexes sind inzwischen allerdings so mächtig, daß sie die Menschheit ganz nach ihrer Pfeife tanzen lassen können und damit ihre wirtschaftlichen Interessen und Machtgelüste ohne Rücksicht auf Verluste durchsetzen, wie zum Beispiel Bill Gates, der die gesamte Weltbevölkerung impfen lassen möchte und "zufällig" durch Aktien und Beteiligungen einer der Hauptprofiteure der verschiedenen Impfstoff-Hersteller ist. Gleichzeitig profitieren seine IT- Konzerne massiv von der - ebenfalls durch seine Organisationen - stark vorangetriebenen Digitalisierung."

Die sogenannte "Corona-Krise" zeige, daß die Angst auch heute noch von den politisch Herrschenden und den dahinter stehenden ökonomischen Kräften als Machtinstrument eingesetzt wird, sogar skrupelloser denn je. Um die Impfbereitschaft der Menschen zu erhöhen, werde schon seit Monaten massiv die Angst vor Ansteckung geschürt und als "Erlösung" die Impfung in Aussicht gestellt. Im Angstmodus funktioniere das Gehirn aber nicht mehr in der gewohnten Weise, es wird der Verstand sozusagen "abgeschaltet". - Doch nicht nur das, muß man hinzufügen, durch die systematische Angst- und Panikmache wird auch das Immunsystem außerordentlich stark herabgesetzt und die Infektionskrankheit so gerade zusätzlich verbreitet.

Christel Traut erinnert an das im Sommer 2020 aus dem Bundes-Innenministerium an die Öffentlichkeit gelangte interne Papier mit dem Titel "Wie wir Covid-19 in den Griff kriegen", in dem Schockstrategien empfohlen werden, damit die Bevölkerung die Hygienemaßnahmen einhält. Ich will etwas genauer erinnern, welche Ungeheuerlichkeiten darin stehen.

Da heißt es z.B., viele Schwerkranke würden angeblich von ihren Angehörigen "ins Krankenhaus gebracht, aber abgewiesen, und sterben qualvoll um Luft ringend zu Hause. Das Ersticken oder nicht genug Luft kriegen ist für jeden Menschen eine Urangst. Die Situation, in der man nichts tun kann, um in Lebensgefahr schwebenden Angehörigen zu helfen, ebenfalls."

Sogar Kindern solle Angst gemacht werden, mit der falschen und infamen Begründung: "Kinder werden sich leicht anstecken, selbst bei Ausgangsbeschränkungen, z.B. bei den Nachbarkindern. ... Wenn sie dann ihre Eltern anstecken, und einer davon qualvoll zu Hause stirbt und sie das Gefühl haben, Schuld daran zu sein, weil sie z.B. vergessen haben, sich nach dem Spielen die Hände zu waschen, ist es das Schrecklichste, was ein Kind je erleben kann."

Skrupelloser und Menschen-verachtender geht es nicht. Und es wurde vielfach sogar auch von Lehrern als Druckmittel umgesetzt.

Angst wird also seit Frühjahr 2020 ganz bewußt und gezielt als Manipulationsmittel gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt. Und es funktioniert wie im 15. Jahrhundert.

"Früher waren sich die Menschen noch sicher, daß das Leben nach dem Tod nicht zu Ende ist. Ihre Angst bezog sich deshalb vor allen Dingen auf die Strafen im sogenannten Fegefeuer, die ihnen für ihr sündiges irdisches Verhalten von der Kirche für das nachtodliche Dasein angedroht wurden.

Heutzutage glauben hingegen immer weniger Menschen an ein "Fegefeuer" nach dem Tode.

Das Problem scheint nun aber zu sein, daß viele Menschen heute überhaupt keinen Glauben mehr an ein Leben nach dem Tode haben, weswegen das Sterben und der Tod extrem beängstigend geworden sind. Auf dieser Angst vor dem Tode, der in dieser materialistischen Vorstellungsweise eben das absolute Ende bedeutet, baut die Angst vor dem "Corona-Virus" auf. Daraus wird dann direkt das 'Heilsversprechen' der Impfung abgeleitet.

Das geht heutzutage selbstverständlich nicht mehr von der Kirche aus, sondern vordergründig von der Regierung, beziehungsweise dem Gesundheitsminister (einem ehemaligen Pharma-

lobbyisten) und deren medizinischen Beratern. Im Hintergrund sind die Pharmakonzerne und andere "Strippenzieher" die großen Krisengewinner. Das Versprechen lautet, daß man nach der Impfung gegen die "sehr gefährliche Krankheit COVID-19" sich (wahrscheinlich?) nicht mehr infizieren kann und so mehr oder weniger vor dem Tod geschützt ist, zumindest vor dem Tod durch diese Krankheit.

Das heißt, im Mittelalter kauften die Menschen aus Angst Ablassbriefe, um ihre Seelen zu retten, heute lassen sich die Menschen aus Angst impfen, um ihre Körper zu retten."

Diese aktuelle "physische Rettungsaktion" mit viel zu kurz entwickelten völlig neuartigen Impfstoffen, sei allerdings genauso wenig "erprobt und erwiesen" wie es im Mittelalter die Rettung der Seele vor dem Fegefeuer war. –

Früher habe man einen Ablassbrief in die Hand bekommen, und heute sei die Rede von ID2020, wo man eine Kontrolltechnokratie unter anderem auf einem digitalen Impfpfaß / Immunitätsnachweis aufbaut.

Das heiße, daß wir heute mit diesem "Geschäftsmodell der Angst" auf der physischen Ebene angekommen sind. Der Menschheit werde das "Heil" über "geimpfte Körper" vorgegaukelt, die Seele spielt dabei keine Rolle mehr. Für die entsprechenden Firmen sei das natürlich jetzt ein super Geschäftsmodell, sie machen damit gigantische Profite. Im Vergleich dazu seien die Ablass-Gewinne der katholischen Kirche im Mittelalter ein bescheidener Kindergeburtstag gewesen.

"Martin Luther ist damals mit enormem Mut gegen den Ablasshandel angetreten und hat damit das "Geschäftsmodell der Kirche" schwer in Frage gestellt beziehungsweise beschädigt. Er ruft den Menschen auch heute noch zu: "Schrei laut und wehre dich! Der Papst hat mich auch gebunden, aber ich bin meine Bande losgeworden."

Heute, wo die Angst vor der Pandemie um die ganze Welt geht, brauchen wir wohl viele Menschen mit dem Mut Luthers, wenn die Menschheit je wieder gestärkt aus dieser "Corona-Tyrannie" herausfinden soll."

"Luthers Begründung in Worms sollten wir uns im "Lutherjahr 2021", welches durch "Corona" überschattet wird, wohl besonders zu Herzen nehmen:

... wenn ich nicht durch Zeugnisse der Schrift und klare Vernunftgründe überzeugt werde; denn weder dem Papst noch den Konzilien allein glaube ich, da es feststeht, daß sie öfter geirrt und sich selbst widersprochen haben, so bin ich durch die Stellen der heiligen Schrift, die ich angeführt habe, überwunden in meinem Gewissen und gefangen in dem Worte Gottes. Daher kann und will ich nichts widerrufen, weil wider das Gewissen etwas zu tun weder sicher noch heilsam ist.

Gott helfe mir, Amen!"<<

Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erschien am 2. Juni 2021 folgender Bericht über die Ausrufung des Notstands wegen der Corona-Pandemie (x1.014/...): >>>Regierung "beobachtet" Demokraten? Stasi raus!

Über die Drohung mit dem Inlandsgeheimdienst eines Regimes im rechtsfreien Raum

Ein Kommentar von *Hendrik Sodenkamp*, Herausgeber der Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand*

Im März 2020 verabschiedet sich die Bundesregierung und der Bundestag von parlamentarischen Verfahren, von Gewaltenteilung und Grundrechten. Es wird der jahrelange Notstand ausgerufen und die Gesellschaft in den Krieg gegen den Virus geschickt.

Dagegen bildet sich umgehend eine Opposition, die auf Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und der öffentlichen, demokratischen Aushandlung aller wichtigen Fragen beharrt. Die Demokratiebewegung.

Früh berichtet auch das Nachrichten- und Meinungsportal KenFM über die ersten Demonstrationen dieser Antikriegs- und Verfassungsbewegung. KenFM interviewt wichtige Köpfe und

läßt die Protagonisten zu Wort kommen. Darunter sind von Beginn an Menschen mit wissenschaftlicher Ausbildung und Berufserfahrung in Medizin, Verfassungsrecht und Demokratiefragen, die hier ihre Stimme erheben können. Nun wird die Nachrichtenplattform, wie auch die gesamte Demokratiebewegung vom Inlandsgeheimdienst der Regierung überwacht.

Dürfen die das?

An dem Vorgang fällt auf, daß der Geheimdienst eigens eine neue Kategorie erfinden mußte, um die eigene Aktivität als legitim erscheinen zu lassen. Bis dato tauchten im Verfassungsschutz nämlich ausschließlich Linksextremismus, Rechtsextremismus, islamistischer Fundamentalismus und die Alien-Sekte Scientology auf. Unter alle diese Kategorien passen die Demokratiebewegung und KenFM nicht. Weder soll eine Diktatur des Proletariats ausgerufen, noch Kaiser Wilhelm wieder ausgegraben, noch die Umma eingeführt, noch durch kostspielige Sitzungen Leute ausgepreßt werden. Nein.

Die Ziele sind von Anfang an klar: Es geht darum, daß es eine öffentliche Aushandlung über die wichtigen Fragen der Gesellschaft gibt. Das heißt, daß unterschiedliche Positionen zu Wort kommen. Es geht darum, daß die Grundrechte gelten. Und zwar im Wortlaut, so wie sie gemeint sind. Vor allem dann, wenn Herausforderungen anstehen, reale oder eingebildete.

Das jedoch ist für das Merkel-Regime Grund genug, sich in Gefahr zu wännen. Denn die Pandemie-Geschichte der Regierung ist dermaßen fadenscheinig und unhaltbar, daß jede öffentliche, ergebnisoffene Diskussion zum Ende des Hygiene-Regimes und des gewollten Ausnahmezustandes führen würde.

Der Abschied vom Grundgesetz

Es ist die Regierung und ihr Machtapparat, die sich von der freiheitlich-demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes verabschiedet haben, ohne daß sie in einem demokratischen Verfahren an dessen Stelle eine neue Verfassung gesetzt hätten. Statt dessen putscht die Regierung gegen die eigenen Grundlagen und das sind das Grundgesetz sowie die Leute, die in diesem Land leben. Und weil dem so ist, ist von nun an jeder und jede, die sich auf die Menschenrechte beruft, Teil der neuen Verfassungsschutz-Kategorie *"Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates"*.

Selbst der Tagesschau fiel auf, daß der Begriff sperrig ist. Und das hat auch seine guten Gründe, denn sperrige und unklare Begriffe tauchen dort auf, wo keine Klarheit über den Gegenstand herrscht. Ähnlich ist es bereits mit anderen Begriffen dieser Zeit. Was ist zum Beispiel *"eine epidemische Lage von nationaler Tragweite"*? Man nehme sich einmal Zeit über diesen Begriff wirklich nachzudenken.

Dieser Begriff, der die vermeintliche Grundlage für alle Grundrechtseinschränkungen bildet, ist ein Nicht-Begriff. Ein richtiger Begriff wäre *"Seuche"* oder *"lebensbedrohliche Epidemie"* - und solcherlei liegt vor, wenn viel mehr Menschen sterben als sonst. Das ist aber nicht der Fall, sondern statt dessen eine *"epidemische Lage"*, Worte die beschreiben, was sein könnte und nicht das, was ist. Frei nach dem Sprichwort: *"Es kann viel passieren, wenn der Tag lang ist."*

Kommen wir zur neuen Wortschöpfung *"Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates"*, und fangen mit der zweiten Hälfte des Satzes an. Was delegitimiert denn den Staat? - Wenn er sich nicht an die eigenen Regeln hält. Es gibt das Grundgesetz, in dem klar steht: *"Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten."*

Dann kommt sogar noch der Zusatz, quasi als Arbeitsauftrag an den Staat: *"Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet."* Mit der klaren Conclusio: *"Eine Zensur findet nicht statt."*

Jetzt haben wir eine staatliche Institution, den Inlandsgeheimdienst, der auf eine publizistische Seite angesetzt wird. Das ist schon an sich ein Eingriff in die Pressefreiheit und somit nicht

legal, denn wer als Mensch bei jedem geschriebenen Satz fürchten muß, daß dieser dem mitleidenden Geheimdienstmitarbeiter nicht gefallen und er deshalb herbeizitiert wird, ist nicht mehr frei im Schreiben. Das nennt man dann Zensur, die laut Verfassung nicht stattfinden darf.

Es ist das gute Recht eines jeden Menschen, Handlungen des Staates die Legitimation abzuspüren. Das bedeutet Kritik. Und wenn viele Menschen diese Ansicht dann übernehmen und teilen, nannte man das *"demokratische Willensbildung"*.

Nun gibt es in Deutschland und anderen liberalen Ländern die starke Stellung der Grundrechte. Diese beinhalten, das Mindestmaß dessen, was jedem Mensch zusteht, auch wenn er der einzige oder die einzige ist, die eine bestimmte Position hat. Keine Mehrheit, kein Staat, kein Unternehmen kann ihm oder ihr diese Rechte nehmen. So darf beispielsweise niemandem verboten werden, weiterhin auf Rechtsstaatlichkeit, Verfassung und Menschenrechte zu beharren, auch wenn sich der gesamte Rest der Gesellschaft einer Sekte angeschlossen hat, sich kostümiert, sich Nadeln in die Arme steckt und wirren Gurus hinterherrennt.

Das unterscheidet den liberalen Verfassungsstaat von einer Glaubensgemeinschaft. Denn dort kann man ausgeschlossen werden, wenn man nicht an die Grundsätze des Glaubens glaubt. Wer voller Inbrunst glaubt, daß Angela Merkel die Wiedergeburt von Jesus Christus ist, der hat in der katholischen und auch der evangelischen Kirche nichts zu suchen. Er kann aber dennoch in einer Demokratie mit seiner Partei auf Stimmenfang gehen und damit ganze Zeitungen füllen, wenn er denn unbedingt will.

Kommen wir zum ersten Satzteil *"Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung"*. Was das bedeutet, ist nicht zu verstehen, denn es ist ein Pseudo-Begriff. Warum ist ein Phänomen bedeutsam für den Verfassungsschutz? Eine inhaltliche Begründung hat dieses Wortpaar erst einmal nicht. Die gäbe es, wenn eine Gruppe von Menschen die Demokratie aushebeln möchte, die Gewaltenteilung auflöst und die Grundrechte für ungültig erklärt. Das ist eine Ordnungsvorstellung, die dann der Verfassung widerspricht.

Es scheint so, daß etwas dann für den Inlandsgeheimdienst relevant ist, wenn viele Menschen Handlungen des Staats die Legitimität absprechen oder weil die Argumente dafür so gut sind, daß sie eine Bedeutsamkeit an sich haben. Oder aber: Für den Inlandsgeheimdienst ist dann etwas bedeutsam, wenn der Inlandsgeheimdienst sagt, daß es für ihn bedeutsam sei. Also Willkür, die - Sie haben es erraten - mit dem Grundgesetz nicht vereinbar ist.

Wenn man sich den gesamten Begriff einmal anschaut, also *"Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates"* kommt man zu dem Schluß, daß dieser Nicht-Begriff deshalb geschaffen wurde, weil im Corona-Regime so viele Menschen der Regierung und dem Staatsapparat die Legitimation absprechen, so daß es eine ernsthafte Bedrohung für diese Regierung gibt. Ist es eine Bedrohung für die Verfassung?

Nein, denn die Demokratiebewegung beruft sich von Anfang an auf das Grundgesetz, die Menschenrechte und die Gewaltenteilung. Ein Großteil der Demokratiebewegung kann sich auch noch etwas Besseres als das Grundgesetz vorstellen, nämlich die Ausarbeitung einer Verfassung auf Basis des Grundgesetzes. So wie es in Paragraph 146 des Grundgesetzes niedergeschrieben steht.

Es braucht kein KenFM und keine Demokratiebewegung um den Staat in seinen Handlungen im Hinblick auf die gültige Verfassung zu delegitimieren. Das schafft die Merkel-Seehofer-Spahn-und-Lambrecht-Bande auch allein, die seit 14 Monaten im rechtsfreien Raum agiert. Das zeigt nicht zuletzt die Beobachtung der Demokratiebewegung durch den Verfassungsschutz.

Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand erreicht Menschen, die ansonsten ausschließlich der Gleichschaltungspropaganda in TV, Regierungspresse und Konzernportalen ausgesetzt wären. ... <<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/18963" berichtete am 9. Juni 2021 (x1.049/...): >>>Hybride Kriegswaffe - CO2-Gesetz! - von Ivo Sasek

Am 13. Juni 2021, also schon diesen Sonntag, stimmen die Schweizer über ein neues CO2-Gesetz ab. Ein JA oder NEIN von selten großer Tragweite: Ein JA gleiche einer Überflugs-Erlaubnis für angreifende Bombengeschwader. Ein NEIN zum neuen CO2-Gesetz gleiche einem strikten Überflug-Verbot derselben, meint Ivo Sasek, und begründet es auch.

Am 13. Juni 21, also schon diesen Sonntag, stimmen wir Schweizer über ein neues CO2-Gesetz ab. Ein Ja oder Nein von selten großer Tragweite: Ein JA gleicht einer Überflugs-Erlaubnis für angreifende Bombengeschwader. Ein NEIN zum neuen CO2-Gesetz gleicht einem strikten Überflug-Verbot derselben. In zahlreichen Kla.TV-Sendungen haben wir ja aufgedeckt, daß die ganze CO2-Geschichte Teil einer wirklich umfänglichen hybriden Kriegsführung ist.

Hybrid meint übrigens verdeckt, hinterhältig, von ganz neuer Art, kaum wahrnehmbar. Wir müssen dringend aufwachen und begreifen, daß das Ausbleiben von Gewehrschüssen und Bombenhagel längst nicht mehr bedeutet, daß deshalb auch kein Krieg tobt!

Der Sonderdruck der Schweizerzeit titelt daher völlig zu Recht: "Mit dem CO2-Gesetz kommt das KMU-Massensterben!" Wenn auch keine Bomben fallen, kommt es doch zu Massensterben aller möglicher Art. Gerade die KMU, sprich die kleinen und mittleren Unternehmungen befinden sich insbesondere seit Corona im Fadenkreuz hybrider Lockdown-Politiker. Und wie in jedem Krieg steht auch im hybriden Krieg die psychische Vernichtung des Feindes an erster Stelle. Angegriffen wird aber letztlich kurzerhand einfach alles, was wir uns über Jahrhunderte erarbeitet haben, so etwa unsere Nationalstaaten durch gezielt verursachte Flüchtlingsströme z.B. mit all diesen Folgen.

Auch unsere Gesundheit wird bald jährlich attackiert durch WHO-verordnete Virenpaniken wie etwa die Vogel- oder die Schweinegrippe, Ebola, SARS, Zika und jetzt gerade Corona mit all diesen Folgen und aufgedrückten Giftcocktails, sprich Impfungen. Unsere autarke Energieversorgung wird attackiert durch immer mehr aufgezwungene, aber völlig ineffiziente "erneuerbare Energien", sogenannte, ja, die absolut unausweichlich nichts als unsere Abhängigkeit von Energie-Importen zur Folge haben. Unsere autarke Nahrungsversorgung geht gerade auf ähnlicher Weise flöten, ebenso unsere Bildung, unsere Moral, Ethik und all dergleichen.

Doch jetzt zurück zur hybriden Kriegsführung. Man könnte auch sagen zum nächsten Great-Reset-Akt, und zwar via neuem CO2-Gesetz. Seite 2 des Schweizerzeit-Sonderdrucks prognostiziert in geradezu prophetischer Klarheit, welchen Zusatzabgaben, sprich Abzock-Gelüsten wir gerade Tür und Tor öffnen, wenn wir diesen Sonntag, also 13. Juni 21, nicht ein klares NEIN in die Urne legen: Denn die willfähigen Handlanger jener ausländischen Angreifer, die das neue CO2-Gesetz überhaupt inszeniert haben, propagieren ja bereits ihre nächsten Ziele, versteht ihr?

Wenn wir also kein NEIN in die Urne legen, können wir schon einmal unsere Geldbeutel zumindest bereitlegen, denn genau solchen Nachfolgeprojekten wären dann Tür und Tor geöffnet wie etwa diese, ja?! Benzin könnte schon bald jede Familie zusätzliche 500 Franken pro Jahr kosten, Heizöl pro Jahr etwa 2.200 Franken pro Haushalt und Jahr. Die bereits von Sommaruga ausgearbeitete Straßenbenutzungsgebühr soll uns dann 1.000 Franken pro 10.000 km kosten. Rechnet mal nach! Die Abgabe für die Nutzung von Atomstrom, der übrigens CO2 frei wäre, 500 Franken mehr im Jahr. Seht ihr, eine Solarstromverpflichtung könnte dazukommen, schon bald weitere 2.600 Franken pro Haushalt pro Jahr.

Auch Steuerabzüge für Kinder, die ja zunehmend als reine Energie-Verschleuderer stigmatisiert werden, dürfte es schon bald nicht mehr geben. Flugpreise können sich als Folge schon bald verdoppeln. Also können nur noch Reiche fliegen, heißt das. Bei alldem haben wir noch nicht einmal von dem geforderten Verbot von Benzinautos und Ölheizungen und dergleichen

geredet, die wiederum eine Explosion von Mehrkosten zur Folge hätten. Das kann man gar nicht mehr nachrechnen, ja?! Es wird einfach wirklich schweineteuer.

Dasselbe begehren die Great-Reset-Profiteure übrigens via CO2-Gesetze in aller Welt, also nicht nur in der Schweiz. Wer aber sind diese Profiteure? Alles hier aufzuzählen würde den Rahmen sprengen, ginge zu weit. Aber die Schweizerzeit nennt auf Seite 3 Ross und Reiter einiger CO2-Profiteure.

Wer diesen Sonntag, 13. Juni, ein NEIN in die Urne legt, erteilt also gleichsam all solchen CO2-Geschwadern ein richtig scharfes Überflugverbot. Übrigens: Wer Top-Alternativen zur Mainstream-Presse sucht und weit mehr über hybride Kriegsführung usw., ihre Drahtzieher und dergleichen erfahren will: In der Expresszeitung und der Schweizerzeit findet ihr einfach alles - die Anschriften findet ihr unten im Sendungstext. So, das war's auch schon.

Ich bin Ivo Sasek und ich sage "Nein!" zum neuen CO2-Gesetz.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 11. Juni 2021: >>**Die improvisierte**

Republik und ihre Krisen

Politisches Handeln im permanenten Katastrophenmodus: Der Verlust von Normalität prägt Regierende wie Regierte

Konstantin Fechter

Der Begriff der Krise, welcher nicht nur seit Monaten, sondern schon über Jahre hinweg als die treffendste Beschreibung der gesellschaftlichen Verhältnisse der Berliner Republik erscheint, wird instinktiv mit dem Theater der griechischen Antike verbunden. Er suggeriert eine Gefährlichkeit des Augenblicks, einen Moment am Scheidepunkt, der die dringende Notwendigkeit einer Entscheidungsherbeiführung in sich birgt.

In der Tragödie steht der Held vor der Wahl zwischen freiem Fall in die Katastrophe oder einer Wende im letzten Augenblick. Daran geknüpft ist das Versprechen, daß es einen Idealzustand vor der Erschütterung gab, zu dem eine Rückkehr durch Besinnung möglich sei. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier ließ daher jüngst in beschwichtigendem Tonfall vorlauten, es sei nun an der Zeit, "wieder Brücken zu bauen zwischen Menschen und Gruppen, die die Pandemie verfeindet hat".

So spricht jemand, der zur Tagesordnung übergehen möchte. Brücken zur Normalität benötigen jedoch Pfeiler auf einem tragfähigen Fundament. Als am 27. Januar 2020 der erste Covid-Infizierte Deutschlands festgestellt wurde, war dieses schon längst im Zuge einer tiefgreifenden sozialen Desorganisation abgetragen. Das Ende des Kalten Krieges und das Abhandenkommen eines funktionellen äußeren Feindes führte in vielen Staaten zu einem Autoritätsverlust im Inneren mit einer sich ständig in ihrer Intensität steigernden Kette von politischen, sozioökonomischen und ethnischen Spannungsfällen.

Vor der Epidemie war es das ungelöste Migrationsproblem, davor der abgründige Finanzexzeß, welcher auf einen europapolitischen Legitimationsstreit folgte, der sich nach dem Kater der Wiedervereinigung ankündigte. Das Leben in der westlichen Hemisphäre wird nicht mehr sporadisch von eruptiven Ereignissen heimgesucht, sondern hat längst eine neuralgische Krisenkultur ausgeprägt. Die dieser innewohnenden Erfahrung des Verlustes und der Verlassenheit ist die Begleiterscheinung einer großen Auflösungstendenz, die eine Welt des Übergangs bestimmt, in der der Einzelne nur noch schwer seinen festen Stand findet.

Die parteiübergreifende Konzeptlosigkeit läßt sich als ein improvisiertes Handeln im permanenten Katastrophenmodus verstehen. In der Improvisation legt man das Zepter der Initiative aus der Hand und unterstellt alle Verhaltensweisen einem reaktiven Handlungsmuster. Es gleicht einem Seemann, der im Sturm seinen Kurs aufgibt und nur noch von Wellenkamm zu Wellenkamm denkt.

Wenn sich Politik jedoch von der Berechnung des Möglichen auf die Lebenserhaltungsmaßnahmen eines Ordnungssystems reduziert, gilt, was schon Balzac wußte: "Es gibt keine Prin-

zipien, es gibt nur Ereignisse, es gibt keine Gesetze, es gibt nur Umstände."

Dort wo keine Verbindlichkeit mehr herrscht, sanktioniert sich die skrupellose Argumentation der Notwendigkeit selbst. Der einzelne Regelbruch wird bedeutungslos und sogleich im darauffolgenden vergessen. Er untersteht der Logik des Süchtigen, welche in jedem neuen Rückfall nur ein allerletztes Mal erblicken will. Derweil dominieren jedoch Überraschung und Hysterie, wenn Strategie und seismographisches Gefahrenbewußtsein durch das illusionäre Wunschdenken auf unverhoffte Besserung ausgetauscht werden.

Im Politikstil des panischen Moments ersetzt das Fahren auf Sicht ein durchdachtes Vorgehen, die Absicherung der persönlichen Stellung den Dienst für das Gemeinwohl. Der dauerpräsenste Notfall legitimiert mit apokalyptischer Rhetorik ein alternativloses Durchregieren ohne Maß und Verstand. In der Betriebshektik des Improvisationsregimes wird die Unabhängigkeit von staatlichen Institutionen der Dramaturgie des Ausnahmezustands geopfert, zur Drohkulisse umfunktioniert und systematisch für die Durchsetzung einer Stegreifstaatsführung instrumentalisiert.

Wird die Krise zur Gewohnheit, hat das Auswirkungen auf Regierende wie Regierte. Ein Unbehagen, resultierend aus dem Empfinden, in eine Phase erhöhter Fragilität getreten zu sein, macht sich breit und nagt am notwendigen Einvernehmen zwischen Anführern und Geführten. Der Verlust von Zustimmung aufgrund der eklatanten Führungsschwäche wird durch eine forcierte Angstpolitik kompensiert.

Die neurotisierte Bürgerschaft gerät in eine chronische Dauererregung, die durch die mediale Beschallung staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure aufrechterhalten wird. Die Liste an vermeintlichen Verfassungsfeinden, Wahrheitsleugnern und Klimaignoranten wächst so stetig an. Das Verdikt der Panikmasse ist eindeutig und schnell gefällt: Wer widerspricht, dem ist nicht zu trauen. Je stärker der Kontrollverlust, desto strenger und schriller werden die Disziplinierungsrituale.

Furcht und Unsicherheit dienen jedoch nicht als Grundlage einer Staatsräson, sondern deformieren die Psyche der Bevölkerung. Gereiztes Mißtrauen gegenüber den Verantwortlichen wie auch den Mitbürgern prägt das Beziehungsgeflecht eines multiethnischen Sozialwesens ohne Gebrauchsanweisung. Wirklichkeit, Schein und Lüge geraten in ein immer uneindeutigeres Verhältnis. Indem keine nennenswerte Bindung zwischen Regierungsverantwortlichen und den verschiedenen partikularistischen Lagern mehr existiert, entsteht im postnationalen Flickenteppich eine bunte Lebensrealität, die wenig Beißhemmung kennt, dafür aber Lust auf Verdächtigung und Entsolidarisierung spürt.

Mit dem Ende des Corona-Konflikts wird nur eine partielle Stabilität zurückkehren. In vielen Teilen der Bevölkerung wachsen antagonistische Narrative, die voneinander separierte Wirklichkeitsverständnisse formen und ihre Träger vollständig gegenüber Dialog und objektiver Faktenüberprüfung immunisieren. Der lagerübergreifende Austausch beläuft sich nur noch auf ein Signalisieren gegenseitiger Verständnislosigkeit und Abneigung. Im Zorn und Ressentiment der Grabengesellschaft geraten auch sinnvolle Regierungsvorhaben schnell in den Verfall, eine weitere kontrollierende Herrschaftstechnik zu sein.

Wenn selbst die Leitpolitik nicht viel mehr als ein improvisiertes Gemeinwesen verkörpern kann, das sich von Erschütterung zu Erschütterung zu retten versucht, dann schlägt die Stunde der Meinungsfänger, die hohle Versprechen als festen Halt verkaufen können. Je mehr die weltanschauliche Verankerung durch religiöse, soziale und kulturelle Milieus schwindet, desto auffälliger wird die Bereitschaft, sich provisorischen Sozialkollektiven anzuschließen. Diese Krisenkulte sprießen in immer kürzeren Abständen aus dem Nichts, sammeln eine fanatisierte Anhängerschaft um dubiose Führerfiguren, erzeugen mächtig Lärm und Krawall, nur um ebenso schnell wieder zu verschwinden.

Unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung schwanken die Demonstrationzüge auf deut-

schen Straßen zwischen berechtigter Empörung, offener Verzweiflung, Lust auf Entgleisung und unverhohlenem Wahn. Politische Artikulation weicht dem Hoffen auf ein gemeinschaftliches Erweckungserlebnis und der Sehnsucht nach überindividueller Ordnungsanbindung. In der "Konvergenz der Katastrophen" (Guillaume Faye) werden die Verunsicherten so von den Sirenengesängen der selbsternannten Welterklärer und Politgurus gelockt.

Indem sich die gewählten Improvisationskünstler von der Komplexität supranationaler Machtstrukturen überfordert erweisen, profitieren jene davon, die diesen Führungsverlust durch sinnstrenge Geheimpläne zu erklären versuchen. Der Verschwörungsverdacht wird zum individuell zugeschnittenen Glaubensangebot, bei dem für jeden eine passende Weltdeutung vorhanden zu sein scheint.

Der Scholastiker Wilhelm von Ockham erkannte schon vor siebenhundert Jahren in seinem heuristischen Sparsamkeitsprinzip, daß eine Erklärung dann überzeugt, wenn sie über wenig Variablen und Hypothesen verfügt. Politisches Versagen muß nicht immer einen doppelten Boden beinhalten, sondern kann lediglich das Produkt einer tragischen Verknüpfung von Verblendung, Willenlosigkeit und Opportunismus sein. Die Suche nach den grauen Eminenzen und verborgenen Weltenlenkern erzwingt dort die Schimäre der Kausalität, wo sich historische Tendenzen längst selbst verstärken.

Die deutschen Bürger haben etwas Besseres als politische Improvisation und soziale Flüchtigkeit verdient. Eine Opposition, die diesem Wiederverortungsauftrag gerecht werden möchte, muß jedoch dem Prinzip der Wirklichkeit unterstehen. Jenseits einer naiven Wissenschaftshörigkeit sollte sie mit nüchternem Blick sezieren, wo systematisch Lügen gestreut werden oder nur eine Verkettung widriger Umstände vorliegt. Dafür benötigt es die schonungslose Lagefeststellung ohne ideologische Scheuklappen.

Ihr täte es gut, das vielfache Scheitern der Merkel-Regierung als eine Politik der Kopflosigkeit zu enttarnen und nicht in den Chor derer einzustimmen, die Globalismus, Impfstrategie und Klimawandel zu mythischen Fabelwesen aufblähen. Eine realpolitische Haltung der Verantwortung mit Sinn für das Konkrete anstelle von diffuser Systemskepsis - das wäre ein tragfähiger Brückenschlag in diesen aufgeregten Zeiten.

Konstantin Fechter veröffentlichte im Kulturteil zuletzt die Essays "Cromwells Schädel" über Empörungsrituale und Löschkultur (20/21) sowie "Unter der Maske (JF 15/21) über Verbitterungen, die in die innere Emigration führen.<<

Das Europäische Institut für Klima & Energie (EIKE) berichtete am 17. Juni 2021 (x1.080/...): >>Falsches COVID-Narrativ von Fauci: Ein Mikro-Kosmos von Klima-Lügen

Peter Murphy

Dr. Anthony Fauci hat einen schlimmen Monat hinter sich.

Stunden nach seinen fünfzehn Minuten Ruhm hat sich der onkelhafte Dr. Fauci als unehrlich und selbstsüchtig in Bezug auf die Coronavirus-Pandemie erwiesen, nachdem er 18 Monate lang der Liebling der nationalen Medien war. Seine kumulativen Widersprüche und Wahrheitsverfälschungen, insbesondere über die Ursache des globalen Covid-Ausbruchs, sind zu offensichtlich und beunruhigend, um sie zu ignorieren.

Dr. Faucis feige Vertuschung der Ursprünge der Covid-19-Pandemie sind eine Fortsetzung einer langen Tradition von Regierungslügen - sowohl von Politikern als auch von Bürokraten mit Lebenserfahrung. Darüber hinaus ist seine Ausflucht ein Mikrokosmos der fortlaufenden, von der Regierung sanktionierten Fehlinformation und Verzerrung über den Klimawandel als eine Möglichkeit, kostspielige, ideologische Green New Deal-Politik zum Nachteil der Amerikaner zu rechtfertigen und umzusetzen.

Die kürzliche Veröffentlichung von Dr. Faucis E-Mail-Kommunikation von Anfang 2020, zu Beginn der Pandemie, enthüllte, daß er erfuhr, daß das Coronavirus höchstwahrscheinlich

vom virologischen Labor in Wuhan, China, ausging. Dennoch wies er diese Möglichkeit öffentlich zurück und verwies statt dessen auf chinesische Naßmärkte und Fledermäuse, während er die falsche Propaganda der kommunistischen chinesischen Regierung glaubhaft akzeptierte.

Es wurde auch aufgedeckt, daß die von Dr. Fauci geleitete Bundesbehörde, das National Institute of Allergy and Infectious Diseases (NIAID), gefährliche "Funktionsgewinn-Forschung" an Viren finanzierte, auch im Labor in Wuhan. Dr. Fauci hat diese Enthüllung in betrügerischer Weise heruntergespielt. Die Rolle des NIAID zeigt, warum er den Fokus weg vom Wuhan-Labor verschob und seinen damaligen obersten Chef, den Präsidenten der Vereinigten Staaten, unterminierte, der dieses Labor als schuldig für die Entfesselung des Coronavirus bezeichnete.

Eine solche Perfidie von Fauci und sein Verschweigen relevanter Fakten über die schlimmste öffentliche Gesundheitskrise der letzten 100 Jahre wäre ein großer Skandal, wären da nicht die nachgiebigen, kriecherischen Medienpersönlichkeiten, die sich immer noch in ihrer Berühmtheit sonnen.

Es geht hier nicht darum, Dr. Faucis Verlogenheit wiederzukäuen, die von anderen eindrucksvoll detailliert beschrieben wird. Vielmehr geht es darum, aufzuzeigen, daß ein solches Verhalten nichts Neues ist und in anderen Themenbereichen, über die die Regierung bestimmt, bereits stattgefunden hat.

In den 1960er Jahren wurde den Amerikanern erzählt, daß die USA den Vietnamkrieg gewinnen würden, doch Präsident Lyndon Johnson, Verteidigungsminister Robert McNamara und viele andere Beamte, die dieses Narrativ verbreiteten, wußten, daß das Gegenteil der Fall war. Die Veröffentlichung der "Pentagon Papers" entlarvte ihre Lügen über den Krieg, noch während sie Zehntausende von amerikanischen Soldaten einberiefen und in den Kampf und den Tod für eine verlorene Sache schickten.

Die zügellose Verzerrung über Covid durch den Regierungs-Medien-Tech-Komplex geht mehr als ein Jahr zurück. Der Schaden ist zwar ernst, aber nur vorübergehend. Während sich das Virus verflüchtigt, fallen die wirtschaftlichen Einschränkungen weg und mehr Menschen kehren zur Schule und zur Arbeit zurück. Das gleiche Ausweichen auf Klimafragen, nämlich die globale Erwärmung, geht Jahrzehnte zurück und hat einen Fieberpegel erreicht, so daß die Biden-Regierung versucht, das Land mit ... Covid-ähnlichen wirtschaftlichen und energetischen Einschränkungen dauerhaft zu verändern.

Die heutigen Covid- und Klimailügen, auch über angebliche "Wissenschaft und Daten", sind allgegenwärtig, weil sie ermächtigend sind; das heißt, sie ermöglichen es den Politikern, in die Wirtschaft einzugreifen, Billionen von Dollar auszugeben und die Gesellschaft in einer Weise zu ordnen, wie es sie in der Neuzeit noch nie gegeben hat. Doch das Ausmaß, die Geschichte und die Auswirkungen des Klimawandels rechtfertigen nicht, daß Präsident Biden und Konsorten die Öl- und Gasindustrie zerstören, Billionen von Dollar in gedrucktem Geld ausgeben, das wir nicht haben, und der riesigen privaten Finanzindustrie befehlen, in "grüne Projekte" zu investieren.

Politiker und Bürokraten wie Dr. Fauci setzen das falsche Narrativ auf Covid auch, um ihre Industrie und Finanzierung zu schützen. In ähnlicher Weise werden die Klimailügen erzählt, um diese Industrie mit anhaltender staatlicher und philanthropischer Unterstützung zu bereichern.

Den Klimawandel als existentielle planetarische Bedrohung zu bezeichnen und zu versuchen, null Netto-Emissionen zu erreichen, ohne die Notwendigkeit beweisen zu müssen, bedeutet, die massive Kontrolle der Regierung über die individuelle Freiheit und den privaten Sektor zu sichern. Die daraus resultierende Politik wird unsere Möglichkeiten zu reisen beeinflussen, wo wir arbeiten können, was unsere Kinder in der Schule gelehrt werden, was wir essen können,

die Art der Energie, die wir verbrauchen und wie viel, und schließlich, ob die Amerikaner ein First Amendment Recht zu hinterfragen oder gegen diese Transformation des Landes erlaubt sein wird.

Damit dies nicht "alarmistisch" bezüglich der Klima-Agenda erscheint, eine Erinnerung an Covid-19. Jeder, der das vorherrschende bürokratische und mediale Narrativ über die Pandemie in Frage stellte, einschließlich gutgläubiger Wissenschaftler und Ärzte, wurde als "Verschwörungstheoretiker" und Schlimmeres angegriffen und wurde von den Tech-Giganten der sozialen Medien daran gehindert, ihre Forschungsergebnisse bekannt zu machen. Doch die Skeptiker haben sich als richtig liegend erwiesen, was den Ursprung des Virus, Behandlungen, das Tragen von Masken und vieles andere angeht.

Unwahrheiten über Covid und Klimafragen werden aufrechterhalten, weil so wenige in den Medien ihre Behauptungen hinterfragen. Es werden mehr Stimmen benötigt, um die Worte und Handlungen der Regierung, ihrer Politiker, verschanzten Bürokraten und Interessengruppen zu hinterfragen, von denen so viele Daten manipuliert und die Wissenschaft ignoriert haben, um ihre politische Agenda voranzutreiben.

Wenn Regierungsbeamte jahrelang über einen Krieg, eine Pandemie und so vieles andere lügen können, werden sie das auch beim Klima tun, um das Energie- und Wirtschaftssystem des Landes zum Schlechten zu "transformieren". ...<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/19027" berichtete am 18. Juni 2021 (x1.049/...): >>>Weltpolitik im Licht des Sektenspiegels

Von Ivo Sasek

Hier wird einmal die gegenwärtige Weltpolitik im Lichte eines Sektenspiegels bemessen. Wie sehr eine Institution Sekte ist, hängt nämlich nicht davon ab, wie gross oder aktiv sie ist, sondern wie sehr sie das große Ganze für eigennützige Interessen mißbraucht. Selbst ein Staat kann daher zur Sekte werden, wenn er sich selber über das Gemeinwohl erhebt. Der "Great Reset" tritt in den Fokus. Eine krasse Fülle von TOP INFOS zum "Great Reset" findet ihr in der EXPRESS ZEITUNG 40/Juni 21. Eine Pflichtlektüre!

Heute bemessen wir einmal die gegenwärtige Weltpolitik im Lichte eines Sektenspiegels: Sekten unterstehen Führungspersönlichkeiten, deren Aussagen nicht hinterfragbar sind.

Sekten sorgen für Regulation vieler Bereiche des Lebens.

Sekten haben einen Kontrollmechanismus zur Überwachung des Verhaltens der einzelnen Mitglieder.

Schwab manipuliert nämlich wirklich in fanatischer, fanatisierender Art auch gerade eine Art kontrollierten Zusammenbruch des gesamten alten Wirtschaftssystems der ganzen Welt! ... Weil sie dadurch zur garantierten, alleinigen Macht gelangen können, sprich zu ihrer ganz persönlichen kleinen Weltdiktatur.

Ich sage darum: Great Reset, ja - aber nicht mit uns! Höchstens mit jenen elitären Wirtschaftskreisen, die mit sektiererischem Kalkül gerade den großen Rest der Welt gezielt zu ihren Wirtschaftssklaven erniedrigen wollen. ...

Denn schon seit Jahrzehnten ist es zur gängigen Praxis geworden, allerlei Aktivisten und ihre Bewegungen in aller Öffentlichkeit nach festgelegten Sektenkriterien zu bewerten - und zwar zunehmend einerlei, ob es sich gerade um eine religiöse, um eine politische, eine wirtschaftliche, wissenschaftliche oder sonstige Querdenkerbewegung handelt.

Wer immer zu viel Einfluß gewinnt, verfällt den Sekten-Beurteilungskriterien. So läuft das heute. Diese entstammen wiederum der Sekten-Informationsstelle oder verschiedenen Informationsstellen, wie etwa der schweizerischen infoSekta, der deutschen Sekteninfo, der österreichischen "Bundesstelle für Sektenfragen" usw.

Wir fragen: Was ist überhaupt eine Sekte? Der Terminus Sekte stammt ja von Sektor. Das Wesen einer Sekte bezeichnet somit primär eine Gruppe, die sich selber oder andere von ei-

nem großen Gesamten oder Ganzen ausgrenzt. Wir fragen nun, ob diejenigen, die gerade die ganze Welt herumkommandieren, sich überhaupt selber noch im Rahmen unserer menschlichen Gesamtheit ... bewegen oder ob sie sich vielleicht selber sektenhaft von uns allen ausgrenzt haben.

Bevor wir dies aber tun, hier zunächst einmal acht ganz typische Sektenmerkmale im Überblick:

- 1) Sekten unterstehen Führungspersönlichkeiten, deren Aussagen nicht hinterfragbar sind und denen allenfalls sogar Verehrung zukommt
- 2) Sekten sorgen für Regulation vieler Bereiche des Lebens
- 3) Sekten haben einen (institutionalisierten oder informellen) Kontrollmechanismus zur Überwachung des Verhaltens der einzelnen Mitglieder
- 4) Sekten haben Elitebewußtsein, was ihre eigene Organisation betrifft
- 5) Sekten sorgen für eine Innen-Außen-Spaltung mit Abwertung der Außenwelt, ebenso für eine systematische Abwertung des bisherigen Lebens
- 6) In Sekten herrscht Endogamie, d.h. ein Verbot oder die Ächtung von Herzensbeziehungen zu Außenstehenden
- 7) Eine Sekte sorgt für eine hohe zeitliche Inanspruchnahme ihrer Mitglieder
- 8) Eine Sekte sorgt auch für eine weitgehende Indienstnahme der finanziellen Ressourcen ihrer Mitglieder u.a.m.

Fakt ist, daß wir in einer Welt leben, in der alle zunehmend drangsaliert und verfolgt werden, die öffentliche Diskurse, sprich Fachgespräche, einfordern, so etwa über die aktuell äußerst fragwürdige Corona-Politik, oder über die einseitige Berichterstattung ganz offenkundig gleichgeschalteter Mainstream-Medien, oder über diverse physikalische Unmöglichkeiten, die unsere Welt nachhaltig verschlechtert haben - wie etwa bei 9/11, wo 120.000 t Beton durch ein paar Kerosintanks pulverisiert worden sind; wo drei Wolkenkratzer durch nur zwei Flugzeuge im freien Fall zu Staub geworden sind, um nur gerade diese zwei berühmten Beispiele zu nennen.

Wer immer auf öffentliche Diskurse mit unabhängigen Fachleuten bestand, erlebte auf der Stelle die Hölle; ja noch mehr: Wer sich auch nur schon im Ansatz gleich selber an Gesprächen, Entwicklungen beteiligen wollte. Bis dato wird es immer schlimmer.

Wer sich nicht von vornherein unter die globalistisch vorgegebenen Sichtweisen beugt, sprich, wer nicht ins gleiche Horn der weltpolitisch vorgegebenen Korrektheit bläst, erfährt gerade gnadenlose und brutale Ausgrenzung.

Und dies selbst bei leisesten Andeutungen auf undiskutabel physikalische Unmöglichkeiten.

Eine verborgene graue Eminenz kontrolliert gerade weltweit Zehntausende fragende und diskurshungrige Erdenbürger, indem sie diese gnadenlos ausgrenzt, herabsetzt, lächerlich macht, diskriminiert, verleumdet, inkriminiert, ja, zunehmend auch blockiert in den Medien und im Internet löscht, sie verfolgt und bestraft.

Nicht hinterfragen dürfen und von der Gesamtgestaltung ausgegrenzt werden, sind aber typische erste Sektenmerkmale. Während auf der einen Seite alle nach öffentlichem Gespräch Dürstenden postwendend als Querulanten, als Fake-Newser, Corona-Leugner, Nazis, Antisemiten und dergleichen stigmatisiert werden, fällt auf der anderen Seite allen gewollten Führungspersönlichkeiten regelrecht Verehrung zu - man denke nur einmal an Bill Gates, Drost, Wieler und Co., oder an George Soros, Klaus Schwab und dergleichen. Auch diese einseitige Verehrung ist gemäß Sektenspiegel ein weiteres klares Sektenmerkmal.

Wer die Worte oder Werke irgendeines vom Mainstream Hochgejubelten hinterfragt, blitzt auf der Stelle ab:

- Zahllos vergebliche Petitionen mit Millionen Bittstellern beweisen es, daß man deren Favoriten nicht hinterfragen darf - also genau wie in einer Sekte.

- Hunderte oder tausende Demos in aller Welt beweisen dasselbe.
- Zahllose offene Briefe durch höchstrangige Persönlichkeiten und Verbände beweisen es. Denn alles war vergebliche Liebesmühe - wie einer Sekte gegenüber!
- Nur eine komplett befangene politische Seilschaft, ein Terrorregime oder eine gemeingefährliche Sekte könnte so massenhafte Warnungen ungezählter Vereinigungen einfach kalt in den Wind schlagen, ebenso all die lauten Aufschreie 10.000er Ärzte, Psychologen, tausender Ärztenverbände, oder Warnrufe größter Wissenschaftsverbände, Rechtsanwaltsverbände und dergleichen - denn all deren Warnungen verpuffen im Nichts!
- Selbst Tausende von Strafanzeigen - keine öffentlichen Reaktionen!
- Und die systemhörigen Medien schweigen - verweigern immer dreister jeglichen öffentlichen Diskurs - so kennen wir es schon längst! Das Sektenkriterium Nummer 1 darf somit, schon allein mit diesen wenigen Hinweisen - es gäbe noch unzählige davon - als eindeutig erfüllt angesehen werden!

Bevor wir aber den Maßstab der übrigen 7 Sektenkriterien an die gegenwärtige Weltpolitik anlegen, fragen wir uns: Wo zeigt sich denn eine diesbezüglich sichtbare Gestalt? Jede Sekte hat doch irgendwo eine sich manifestierende Führungsspitze und eine sich manifestierende Körperschaft oder einen sich bemerkbar machenden pyramidalen Aufbau. So genau ist es. Im Falle dieser - ich wittere hier eine Weltwirtschaftssekte - muß allerdings festgestellt werden, daß sich ihre alleroberste Machtspitze geschickt bedeckt hält. Ich nenne das, was über der Spitze ist, eine "bedeckte graue Eminenz".

Wenngleich ich im Weiteren, um einer leicht verständlichen Übersicht willen, nur gerade eine 7-teilige, pyramidale Struktur skizziere, bleibt diese natürlich ziemlich ergänzungsbedürftig. Das reale Konstrukt gleicht viel eher einem komplizierten neuronalen Netz, wo sich die meisten Beteiligten selbst gegenseitig nicht kennen, weil jeder bloß ein winziges Fragment des gesamten Konstrukts mitbekommt.

Für den Einstieg aber können wir uns ohne Beschwer mit jenen Institutionen begnügen, die sich insbesondere seit Corona deutlich zeigen. Nie zuvor wurden nämlich befremdliche weltweite Strukturen deutlicher sichtbar wie gerade jetzt.

Zieht man also an diesem sich zeigenden "roten Faden", gelangt man irgendwann ganz von allein auch zu der noch unsichtbaren "grauen Eminenz" dieser sektenhaften Pyramide. Markieren wir also zuerst einmal nur die Spitze der Pyramide und fragen uns: Wo zeigen sich sichtbare Führer, die nicht zur gewählten staatlichen Ganzheit gehören, sich aber als Sektoren, sprich Sektierer, über staatliche Gesamtheiten hinaus erheben?

Fündig wurde ich zum Beispiel beim WEF, sprich bei dem Welt-Wirtschafts-Forum, das jährlich bei uns in der Schweiz tagt. Nehmen wir das WEF daher einmal als deutlich sichtbar gewordenen Kopf der Pyramide!

Das WEF hat nämlich null und nichts mit unserer vom Volk gewählten Staatsmacht oder Regierungsordnung zu tun. Das WEF ist eine durch nichts legitimierte, milliardenschwere, private Stiftung. Sie wimmelt nur so von Freimaurern und Geheimbündlern. Darum sündigt man sicher nicht, wenn man den öffentlich zugänglichen Part des WEF als eine bloße Tarnung verdächtigt. Bei Geheimbündlern werden immer erst hinter verschlossenen Türen die eigentlichen großen und vor allem entscheidenden Dinge beschlossen. Und genau solche geheimen Absprachen finden unter diesen Menschen massenhaft statt.

Eigentlich dient das WEF bloß als globales Sammelbecken für Großkonzerne und als Plattform zur Umsetzung der Agenda der neuen Weltordnung, kurz NWO. Es ist längst bekannt, daß auch die Geheimbündler der Bilderberger oder des CFR (Council on Foreign Relations), also des Rates für Auslandsbeziehungen, sich dort tummeln. Diese üben einen enormen Einfluß aus und halten ihre Fäden, bis hinein in die Nationalstaaten, zu Schlüsselpersonen und Entscheidungsträgern gespannt. Dieser geheime Privatsektor konnte für die Öffentlichkeit

lange Zeit unentdeckt eine Art Schattenregierung aufrichten - für einen Großteil der Bevölkerung ist dies nach wie vor unsichtbar, leider.

Doch seit Corona zeigt sich diese Sekte eindeutig als "Schaltstelle weltweiter Macht". Es geht um eine Machtstruktur. Dort tummeln sich Freimaurer, Großverdiener und Lenker der Neuen Weltordnung.

Das WEF hat, wie schon erwähnt, die Aufgabe all das zusammen - und die Agenda der NWO weltweit mit Hilfe der Großkonzerne global umzusetzen. Die gesamte Konzernelite ist beim WEF konzentriert zusammengeschlossen - darunter auch zentrale Pharmafirmen, die während Corona eine wesentliche Schlüsselrolle innehaben.

Nicht erstaunlich, daß dann auch die WEF-Finzen gemäß Wikipedia völlig undurchsichtig gestaltet sind. Seht ihr, und obgleich das WEF keine öffentliche Einrichtung ist, dominiert es dennoch ganz eindeutig die gesamte Weltpolitik, und zwar erheblich.

Dennoch scheint mir, wie eingangs erwähnt, daß das Weltwirtschaftsforum von nochmals einflußreicheren Hintergrundmächten in den Vordergrund geschoben worden zu sein. Starkes Indiz hierfür liefert übrigens der Gründer des Weltwirtschaftsforums, Klaus Schwab, gleich selbst.

Wie auch so mancher junge Senkrechtstarter jüngster Staatspolitik war auch Klaus Schwab dem Durchschnittsbürger bis vor kurzem noch völlig unbekannt. Und sein schneller Aufstieg zum "privaten Weltenlenker", sag ich mal, zeugt derart unmißverständlich von einer verborgenen Hintergrundmacht, daß ich das ganze WEF unausweichlich als eine private Weltwirtschaftssekte wahrnehmen muß, und zwar eine, die erfolgreich in die Weltpolitik installiert wurde. Denn Schwab schüttelt ja dort in Davos Hände wie etwa diejenige von Merkel, von Sebastian Kurz, Donald Trump oder gar Chinas Präsident Xi Jinping und dergleichen, also alle möglichen Größen. Dennoch gehören schon den obersten Führern dieser sichtbaren Schicht bereits größte Konzerne der Welt.

Diese ihre privaten Konzerne konnten sie aber geschickt mit staatlichen Stellen verbandeln, so daß sie auf diesem Weg unser Geld einstreichen und unsere gesamte Zukunft diktieren und beherrschen können. Das ist das Problem, das wir haben.

Geringe hingegen, sprich minderbemittelte Leute finden beim WEF keinen Zugang, unmöglich, noch nicht einmal kleine oder mittelgroße Betriebe können das: Ein typisches WEF-Mitglied ist laut Wikipedia, ich zitiere, "ein globales Unternehmen, das jährlich einen Mindestumsatz von über 5 Milliarden US-Dollar erzielt".

Seht ihr, was da läuft?!

Ich bezeichne sie daher als eine ausbeuterische private Weltwirtschaftssekte, die alle Staatsführer auf Abwege verleiten, so daß diese nicht mehr dem Gesamtwohle dienen, sondern primär dem Profit dieser Sekte, dieser Wirtschaftssekte.

Um so tragischer, daß sich alle Schweizer Kantone mit unseren Steuergeldern auch noch an den WEF-Sicherheitskosten beteiligen müssen - das waren übrigens 2020 gerade mal mindestens 45 Millionen Schweizer Franken. Nur Sicherheitskosten! Versteht ihr?

Das WEF selbst übernimmt dabei nur gerade einen kleinen Teil, obgleich sich diese Multimilliardäre dort nur treffen, um ihr Privatvermögen um weitere Milliarden zu erhöhen, und das jährlich! Versteht das!

Und wie man sich dann wieder um möglichst viele Steuern herumdrückt, weiß niemand besser als genau diese WEF-Clique.

Und überdies zimmert diese Weltwirtschaftssekte schon seit geraumer Zeit an einer neuen Art des Konzern-Sozialismus, so muß man das nennen, sprich an einer Art Konzern-Diktatur. Ein Teilziel dieser Eindringlinge ist das Hand in Hand gehen von wirtschaftlicher und staatlicher Monopolisierung. Sowohl Regierungen als auch Unternehmen begehren diese neue Art der Synergie, weil sie dadurch zur garantierten alleinigen Macht gelangen können, sprich zu ihrer

ganz persönlichen kleinen Weltdiktatur.

Unter dieser politisierenden Wirtschaftssekte verschmelzen also gerade nicht nur Konzerne mit Konzernen, sondern zunehmend private Konzerne mit unseren staatlichen Strukturen.

Darin liegt das Problem. Die Millionen-Kosten wälzen sie auf uns Steuerzahler ab, mit Vorliebe, die Milliarden-Gewinne hingegen beanspruchen sie ganz gerne für sich allein. Und wer immer auch zur leisesten Kritik anhebt, zum Beispiel, weil die Staaten diesen privaten Unternehmen gerade dutzende, wenn nicht gar hunderte Milliarden von Dollar für äußerst fragwürdige Impfstoffe in den Rachen schieben, gerät in ein gnadenloses Kreuzfeuer öffentlicher Kritik, der medialen Ächtung, der Inkriminierung usw.

"Operation Corona" läßt hier grüßen!

Nach außen hin präsentiert sich das WEF - dreister geht's ja gar nicht - mit diversen Videos, die der Weltbevölkerung den Umsturz der alten Weltordnung schmackhaft machen oder sollen zumindest. Nach harscher Kritik haben sie einige dieser Videos schnell wieder gelöscht. Sie haben darin nämlich regelrecht die Verarmung der Völker verherrlicht, stell Dir mal so etwas vor, unser aller Total-Enteignung als begeisterndes Ereignis präsentiert, versteht ihr, unsere Entrechtung als begehrenswert, gleichsam modern ausgeschmückt, gleichsam einem Blumenstrauß voller vermeintlich frohmachender Neuerungen. So präsentieren sie das.

Und die Frage "Wie sieht die Arbeit der Zukunft aus?", beantworteten sie einfach zum Beispiel mit einer anderen Frage, wie z.B.: "Was ist der Great Reset?" oder: "Was wäre, wenn Wissenschaftler die neuen Chefs wären?"

Also kurzum: Das Weltwirtschaftsforum ist eine internationale Organisation für "öffentlich-private Zusammenarbeit", so heißt es auf der Webseite des WEF ganz unverblümt.

Öffentlich-Private Partnerschaften, auf Englisch Public Private Partnership (also PPP abgekürzt), bedeutet aber nichts Anderes als Korporatismus, das müssen wir verstehen! Also sprich Beteiligung von gesellschaftlichen Gruppen an politischen Entscheidungsprozessen. Jetzt müßt ihr aber aufpassen! Sämtliche Signale widersprechen doch gerade der Darstellung, daß es sich lediglich um eine gesellschaftliche Gruppe handelt, die sich irgendwie an politischen Entscheidungsprozessen beteiligt. Versteht ihr?

Schon die ersten Sektenmerkmale haben doch signalisiert bzw. signalisieren:

Hier hat sich doch eine Pharma- und Wirtschaftssekte samt ihren Massenmedien in die Weltpolitik eingenistet, ja, regelrecht eingefressen!

2) Sekten sorgen für Regulation vieler Bereiche des Lebens

Seht ihr, vom WEF gehen gerade knallharte und überdies weltweite Orders über sämtliche Bereiche unseres Lebens aus, womit ein 2. Kriterium erfüllt wäre. Sehen wir uns einmal zwei Beispiele an:

Schon in der Einleitung zu seinem Buch "Covid-19: The Great Reset" läßt WEF-Gründer Klaus Schwab den Leser unmißverständlich wissen, worum es ihm geht, und ich zitiere einmal:

"Viele von uns fragen sich, wann sich die Dinge wieder normalisieren werden. Die kurze Antwort lautet: niemals! Nichts wird jemals wieder so sein wie zuvor. Die Normalität in dem Sinne, wie wir sie kannten, ist zu Bruch gegangen und die Corona-Virus-Pandemie stellt einen grundlegenden Wendepunkt auf unserem globalen Kurs dar. Einige Analysten sprechen von einem Scheideweg, andere von einer tiefen Krise "biblischen" Ausmaßes, das Ereignis ist jedoch gleich: Die Welt, wie wir sie in den ersten Monaten des Jahres 2020 kannten, gibt es nicht mehr, sie hat sich im Kontext der Pandemie aufgelöst. Es kommen derart radikale Veränderungen auf uns zu, daß manche Experten bereits von der Zeit "vor Corona" (BC) und "nach Corona" (AC) sprechen."

Zitat Ende. Was kommt diesem Mann in den Sinn, solche Töne anzuschlagen?! Versteht ihr?

Also, nun, wenn das nicht die Offenbarung eines 2. Sektenkriteriums ist! Wie haben wir gele-

sen? "Sekten sorgen für Regulationen vieler Bereiche des Lebens." Wer's nicht glaubt, unten in den Quellangaben könnt ihr es nachlesen.

Ein zweites Beispiel aus dem WEF ist die dort angepriesene "intelligente Maske". In einem WEF-Video vom Februar 2021 heißt es: "Diese intelligente Gesichtsmaske sagt dir, wann du sie waschen mußt. Ob du sie richtig trägst oder nicht. Sie mißt deine Atemrate." Versteht ihr? Aber hier ist überhaupt nichts Intelligentes dran, weil die Masken-Diktatoren uns ja von allem Anfang an deutlich gesagt haben, daß Masken ja überhaupt nichts nützen, versteht ihr? Die Tatsache, daß es sich bei Covid-19 unter dem Strich um eine leichte bis mittelschwere Grippeart handelt, beweist, daß wir zu keinem Zeitpunkt überhaupt Masken benötigt hätten. So steht es!

Aber auch Leute, die sie tragen wollen, werden sicher auch ohne elektronische Sensoren rechtzeitig imstande sein, diese Maske zu waschen und das korrekte Tragen auf die Reihe zu bekommen, versteht ihr? Das Gefühl drängt sich also auf, das WEF wolle den Zuschauer mit solchen Videos regelrecht verarschen oder verhöhnen.

Die gesamten Über-Regulierungen der letzten 18 Monate haben uns jedoch auf allen Ebenen klar und deutlich signalisiert, daß hier eine ganz krasse Sekte am Werk ist, nichts Anderes. Ihre Botschaft an die Welt heißt unter anderem: "Ihr alle seid einfach zu blöd, um auch nur schon eine Maske richtig aufsetzen zu können. Laß das mal lieber unsere teure, digitale Technik regeln." So kann man das interpretieren.

Also, wie lautete noch mal das 2. Sektenkriterium? Sekten sorgen für Regulation vieler Bereiche des Lebens.

Über welche sichtbaren Organe aber regulieren sie gerade viele Bereiche des Lebens? Hier ist die Antwort. Wir schalten mal ein 2. Element ein.

Hier sehen wir die WHO als an sich private, aber sehr mächtige Beraterin exekutiver Schaltstellen wie etwa der EU-Kommission, über die gerade die gesamte Welt reguliert wird, und zwar buchstäblich bis zu jedem kleinsten Händeschütteln und Schulterklopfen.

Hier wedelt wieder einmal der Schwanz mit dem Hund ... Obgleich die ständigen Covid-Orders durch die exekutive EU-Kommission an die Regierungen und so an die Gesundheitsminister etc. ergehen, entstammt die Regulierung letztlich doch der "unverbindlichen Empfehlung" einer Organisation WHO, die aber keinerlei Mandat zum Regieren besitzt. Versteht ihr das?

Ich brauche euch hier nicht beweisen, was ihr die letzten 1,5 Jahre alles an Regulierungen und Überregulierungen durchlitten habt. Die WHO gleicht also einem Lenkrad oder einem Zepter, könnte man auch sagen, das sich fest in der Hand eines weit über den Regierungen befindlichen Lenkers oder Beherrschers befindet. Daß die WHO natürlich von übermächtigen außerstaatlichen Kräften wie z.B. Bill Gates und Co. - sprich von Privatsektoren - nicht nur finanziert, sondern darüber hinaus auch noch gelenkt wird, haben wir in früheren Sendungen ausreichend kommuniziert.

Kommen wir nun aber zu einem 3. Sektenkriterium, das z.B. durch infoSakta seit Jahrzehnten ins Volksbewußtsein eingearbeitet wird.

3) Sekten haben einen (institutionalisierten oder informellen) Kontrollmechanismus zur Überwachung des Verhaltens der einzelnen Mitglieder

Die durch und durch Interessenskonflikte belastete WHO hat, zusammen mit Regierungen, die ihr regelrecht hörig sind, unsere Welt nachweislich ins Unglück gestürzt - und dies ohne ausreichend wissenschaftliche Beweise für solch drastische Corona-Maßnahmen, Lockdowns und dergleichen.

Unvergessen bleibt dabei allerdings, daß ein und dieselben Hauptakteure der Seuchenbekämpfung bereits im Oktober 2019 zusammengekommen waren, um den Ausbruch eines genau solchen "Corona-Virus" zu simulieren - beim sogenannten Event 201. Das muß man immer

wieder ins Gedächtnis rufen.

Mit an diesem Krisen-Szenario damals wirkte Bill Gates mit, den "DIE ZEIT" schon im April 2017 als heimlichen WHO-Chef entlarvt hatte. Ebenso mit dabei waren die UNO, die Johns-Hopkins-Universität und sogar China - vertreten durch einen Mann, der dann—bei dem ein paar Monate späteren sogenannten "realen" Ausbruch eine Schlüsselfigur spielte, versteht ihr. Und bis dato beherrschen genau diese Akteure, im Zusammenspiel mit Politik und Medien, die ganze Welt - und zwar in absolut totalitärer Manier - und erzwingen damit zahlreiche unterschiedliche finanzielle und geopolitische Ziele.

Ich frag mal: Wie zufällig kann es sein, daß ein und dieselben Leute, die heute via Corona-Krise die ganze Welt im Griff haben, exakt dieses Ereignis gerade mal 70 Tage vor Ausbruch zufällig fiktiv durchgespielt haben? Wie zufällig kann das sein?

Die Johns-Hopkins-Universität, von der vor Corona nahezu niemand Notiz nahm, wird heute bekanntlich von vielen Menschen als wichtigste Datenquelle zu Covid-19 herangezogen. Wie gesagt spielte genau diese Universität schon bei genannter Übung exakt diese Rolle als Bereitsteller einer Karte mit Corona-Fallzahlen. "Zufälligerweise" ist auch der mitherrschende Milliardär Michael Bloomberg, nebst Spitzen-Sponsor Bill Gates, ein wesentlicher Sponsor der Johns-Hopkins-Universität, und zwar ausgerechnet auf dem Gebiet der Gesundheit.

Also: WHO, UNO und ein Vertreter Chinas - ausgerechnet eine Schlüsselfigur des "realen Corona-Ausbruchs", des sogenannten, - saßen beim Event 201 mit am selben Tisch. Hernach ziehen sie dann alle zusammen an einem Strang, um der ganzen Welt nie dagewesene Freiheitseinschränkungen im Namen einer Pandemie-Krise regelrecht aufzuzwingen: Bill Gates, UNO, WHO, die Johns-Hopkins-Universität und natürlich China als "gleichsam neuer Standard bei der Reaktion auf Krankheitsausbrüche", wie WHO-Chef Tedros Adhanom Ghebreyesus es sagte. Ich zitiere ihn mal:

"Wie ich seit meiner Rückkehr aus Peking wiederholt gesagt habe, ist der chinesischen Regierung zu den außerordentlichen Maßnahmen zu gratulieren, die sie ergriffen hat, um den Ausbruch einzudämmen, trotz der schwerwiegenden sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen, die diese Maßnahmen auf das chinesische Volk haben." Zitat Ende. Bei diesen Worten ist es wichtig, sich zu erinnern, daß genau dieser Mann ursprünglich einer terroristischen marxistisch-leninistischen Volksbefreiungsfront angehört hat, eine, die enge Beziehungen zu Rot-China pflegt. Wir haben darüber ausreichend auf Kla.TV berichtet.

Unendlich mehr gäbe es natürlich zu jedem Punkt zu sagen, aber schon allein diese wenigen Fakten erfüllen das 3. Sektenkriterium: Sekten haben einen (institutionalisierten oder informellen) Kontrollmechanismus zur Überwachung des Verhaltens der einzelnen Mitglieder.

4) Sekten haben ein Elitebewußtsein, was ihre eigene Organisation betrifft

Das WEF und Klaus Schwab sind seit Jahrzehnten unbestritten daran beteiligt, die Welt wirtschaftlich und geopolitisch zu formen. So vielen Staatschefs, die die "Corona-Maßnahmen" anordneten, ihnen wurde in Davos jahrelang der rote Teppich ausgerollt.

Bei WEF-Treffen wurden und werden politische Inhalte sowohl diskutiert als auch kontrolliert, und nicht nur über diese Konferenzen nimmt das WEF Einfluß auf die nationale Politik. Mit seiner Kaderschmiede "Young-Global-Leaders-Programm" züchtet das WEF auch Führungskräfte auf der ganzen Welt heran und übt dann logischerweise auch einen dementsprechenden Einfluß auf diese aus.

Sekten haben ein Elitebewußtsein, was ihre Organisation betrifft, lehrt uns gerade Punkt 4.

Um nur gerade zwei Mitglieder dieser Programme aus Deutschlands Elitenschmiede zu nennen: die Kanzlerkandidatin der Grünen, Annalena Baerbock, und Gesundheitsminister Jens Spahn. Es geht in diesem Privatclub also um eine Schmiede elitärer politischer Schwergewichte. Auch stellte sich das WEF bereits im März 2020 hinter allerlei rechtswidrige Anordnungen, die hernach weltweit einfach durchgesetzt wurden.

Weil Klaus Schwab also mit allen möglichen elitären Gestalten der Politik zusammenkommt und elitäre Gestalten auch heranzüchtet, handelt es sich um Schlüsselpersonlichkeiten, die demnach auch eine gehörige Mitverantwortung für diese weltweite Katastrophe tragen, wie wir sie seit 2020 erleben.

Dazu ein Vergleich: Die Völker haben sich einst dazu entschieden, Kirche und Staat voneinander zu trennen. Dies taten sie, weil die Kirche die Politik unterwandert hatte und sektiererische Alleinansprüche auf die ganze Welt erhob.

Es wird Zeit, auch diese dominante, durch den Sektenspiegel bereits als Wirtschaftssekte enttarnte Gruppe, wieder vom Staat zu entflechten - genau wie Kirche und Staat - sprich, sie zu trennen.

5) Sekten sorgen für eine Innen-Außen-Spaltung mit Abwertung der Außenwelt, ebenso für eine systematische Abwertung des bisherigen Lebens

Was beim WEF unter dem heuchlerischen Decknamen "öffentlich private Partnerschaft", also kurz PPP, daherkommt, ist in Tat und Wahrheit ein Spaltpilz erster Güte.

Klaus Schwab machte in seinem Buch "Covid-19: The Great Reset" mit geschickten rhetorischen Kniffen Stimmung gegen den gesamten Mittelstand und bewirbt "Public Private Partnership". Diese PPP führt aber unter anderem zu Gleichschaltung bzw. zur Vernichtung und Verschwinden des gesamten Klein- und Mittelstands, ... ebenso zur Dauerüberwachung der Unternehmen durch den manipulierten Staat, zur zunehmenden Verhinderung jedes Wettbewerbs, und so natürlich auch zur Qualitätsminderung des Angebots, zur Schwächung jeder lokalen Verwaltung.

PPPs sind quasi Monopole, die vom Staat an private Großunternehmen übertragen werden und diese dann vor jeder Konkurrenz auch schützen.

Zur Erinnerung: Wir bemessen gerade die mit privaten Interessen verfilzte Weltpolitik am 5. Punkt des Sektenspiegels: "Sekten sorgen für eine Innen-Außen-Spaltung mit Abwertung der Außenwelt."

Innerhalb der gegenwärtigen Covid-Politik äußert sich diese abwertende Innen-Außen-Spaltung so, infolge eines beschlossenen Notrechts ganze Parlamente außer Kraft gesetzt wurden. Wie das? Ganz einfach.

Ich brauchte nur noch den Einfluß regierungsberatender Infektionsbehörden dazwischenschalten, die selber aber auch wieder keine Regierungsmandate besitzen, sondern nur Beraterstatus haben - und schon läuft die Sache.

Was also bei den gesetzlich verpflichteten Umsetzern ankommt, also bei unseren Gesundheitsämtern und Direktionen, bei Justiz, Polizei, Bildung usw., ist vom Kern her reinstes "Privatprodukt", das sich über bezirzte Regierungen und an gesetzten Parlamenten vorbeimanipuliert hat.

Und bei uns als Volk kommt das ganze Unding auch noch medienvergiftet, medienfiltriert an, denn fast alle Hauptmedien der Welt befinden sich wiederum in den Händen benannter Wirtschaftssekten.

Zurück nun aber zu Schwab und Co. mit ihren letzten Interessen: Schwab manipuliert nämlich in fanatisierender Art gerade eine Art kontrollierten Zusammenbruch des gesamten alten Wirtschaftssystems der ganzen Welt und dessen Neuaufbau mit PPPs an unseren gewählten Volkshirten vorbei. Wie? Sein berühmtes Great-Reset-Programm, das er, zusammen mit seinen Eliten, der gesamten Welt aufnötigen will.

Das 5. Sektenkriterium bemerkt im 2. Abschnitt: Sekten sorgen für eine systematische Abwertung des bisherigen Lebens. Nun, wenn der Great Reset keine Abwertung allen bisherigen Lebens ist, was dann? Ich sage darum: Great Reset, ja, aber nicht mit uns - sondern höchstens einzig mit jenen elitären Wirtschaftskreisen, die mit sektiererischem Kalkül gerade den großen Rest der Welt gezielt zu ihren Wirtschaftssklaven erniedrigen wollen.

Aus einer Selbstbeschreibung des WEF auf seiner Webseite geht unmißverständlich hervor, daß es sich hierbei um nichts Minderes als um eine unheilige Allianz von Staat und Großkonzernen - auf Kosten des gesamten Klein- und Mittelstandes handelt!

Darum reden wir darüber. Somit ist auch das 5. Sektenkriterium einwandfrei erfüllt, obgleich es noch tausend besiegelnde Faktoren mehr zu besprechen gäbe. Wer seine künftigen Freiheitsrechte nicht auch noch endgültig an eine Pharma- und Wirtschaftssekte verlieren will, der fordere das sofortige Ende der Unterwerfung unseres Gesamtsystems unter diese privaten Sekten-Fantasien, diese Gelüste und Sektenstrukturen. Wehren wir uns!

6) In Sekten herrscht Endogamie, d.h. ein Verbot oder die Ächtung von Herzensbeziehungen zu Außenstehenden

Wir erleben eine ganz reale Verfolgung aller freien Bewegungen, die ein Interesse an gründlicher Wahrheitsfindung zeigen - von Friedensbewegungen bis zu religions- oder rechtsorientierten Parteien etc.

Die Ächtung von Beziehungen zu Menschen außerhalb der politischen Korrektheit ist frappant. All solche harten Zensuren offenbaren eine deutliche Parallele zum chinesischen Vorbild, wie bei Event 201 zum Vorschein gekommen:

Die fiktive Nachrichtensprecherin Chen Huang vom fiktiven Nachrichtensender GNN berichtete beim Event 201 Folgendes:

(Express Zeitung Ausgabe 33, Juli 2020, S. 100-108)

"Alarmierende Nachrichten kommen heute von Social-Media Unternehmen zur CAPS-Pandemie.

Twitter und Facebook berichten: Sie haben eine beunruhigend hohe Anzahl von Accounts gelöscht, die Desinformationen über den Ausbruch verbreitet hatten."

(Express Zeitung Ausgabe 33, Juli 2020, S. 100-108)

Eine fiktive Reporterin des fiktiven TV-Senders GNN bei Event 201:

"Die Regierungen reagieren in verschiedener Weise auf die Frage, wie man auf die erdrückende Anzahl von Des- und Falschinformationen, die im Internet zirkulieren, reagiert. In manchen Fällen werden limitierte Abstellungen des Internets vorgenommen, um Panik zu unterdrücken."

(Express Zeitung Ausgabe 33, Juli 2020, S. 100-108)

Ein fiktiver Experte für soziale Medien auf GNN:

"Wenn die Lösung lautet, den Zugang zu Informationen zu kontrollieren oder zu reduzieren, dann ist das für mich die richtige Entscheidung."

Zur besseren Orientierung erinnere ich wieder, daß wir die gegenwärtige Weltpolitik gerade am 6. Punkt des Sektenspiegels bemessen, der da lautet: In Sekten herrscht Endogamie, d.h. ein Verbot oder die Ächtung von Herzensbeziehungen zu Außenstehenden.

(Express Zeitung Ausgabe 33, Juli 2020, S. 100-108)

Matthew Harrington, Vertreter von Edelmann, der größten PR-Agentur der Welt, sagte bei Event 201:

"Die Social-Media-Plattformen müssen nach vorne treten und anerkennen, daß die Zeit, in der sie nur Technologie-Plattformen und keine Informationssender waren, vorbei ist. Sie müssen daran teilnehmen, akkurate Informationen zu verbreiten. Sie müssen Partner der wissenschaftlichen und gesundheitlichen Gemeinschaft sein, um ihren Nutzen, akkurate Informationen, anzubieten. Denn den Geist der Fehlinformation kriegen wir nicht mehr zurück in die Flasche, wenn er mal befreit wurde."

(Express Zeitung Ausgabe 33, Juli 2020, S. 109)

Lavan Thiru, Vertreter der Zentralbank Singapurs, sagte beim Event 201:

"Eine Sache, über die wir noch nicht gesprochen haben - und ich frage mich, ob es Zeit ist, darüber zu sprechen - ist eine Erhöhung der Zwangsmaßnahmen von Regierungen gegen Fa-

ke-News."

(Express Zeitung Ausgabe 33, Juli 2020, S. 109)

Eine Kommunikation-Expertin sagte bei Event 201:

"Nationale Regierungen denken darüber nach, oder haben schon eine Vielzahl von Gegenmaßnahmen implementiert, die Falschinformationen bekämpfen. Einige Regierungen haben die Kontrolle über den nationalen Zugriff zum Internet übernommen. Andere zensieren Webseiten und Inhalte von sozialen Medien. Eine kleine Anzahl von Staaten hat sogar den Internetzugriff ganz außer Betrieb gesetzt, um die Verbreitung von Falschinformationen zu verhindern. Es wurden Strafen für Falschinformationen eingeführt, inklusive Verhaftungen."

Wo nur noch Meinungen aus einer einzigen Richtung toleriert werden, da herrscht, laut Sektenspiegel eindeutig eine Sekte.

Hasti Taghi, Vizepräsidentin des Medienkonzerns NBC Universal, sagte bei Event 201:

"Wir müssen weiterhin das Vertrauen in Pharma-Unternehmen und Regierungen aufbauen."

Habe ich mich hier gerade verhört?

So viel zu den sektiererischen Seilschaften zu den Medien als Vierte Gewalt, deren Vertreterin es als ihre Pflicht der Medien propagiert, Vertrauen zu Großkonzernen und Regierungen aufzubauen.

Sollte denn eine wahre Presse nicht das genaue Gegenteil tun, nicht frei und gerade eben kritisch berichten und zwar als höchstes Korrektiv explizit von Regierungen und deren Seilschaften. Und zwar Seilschaften zu reichen und mächtigen Privatpersonen?

Seht ihr, hier wird genau das Gegenteil propagiert.

Fazit: Die gesamte Runde spielt sich als Wahrheitsministerium auf. Sie geben uns vor, was legitime Quellen sind und was nicht. Was Desinformationen und was Wahrheit ist, soll von nun an also von oben befohlen und überwacht werden.

Das können wir so nicht hinnehmen. Wenn das nicht Sektiererei pur ist, die sich überdies an der chinesischen Tyrannei orientiert?!

7) Eine Sekte sorgt für eine hohe zeitliche Inanspruchnahme ihrer Mitglieder

Jede Minute des Tages: Maskenpflicht, Tests, Quarantänen, Ausgangssperren, Befehlsausgabe, Anpassungen in sämtlichen Betrieben, Schulen, Institutionen der gesamten Welt - bis hinein in jede Familie und kleinste Lebenszelle, ja, pausenlos, bis hinein in den kleinsten persönlichen Alltag! Rund um die Uhr!

Wahrlich, auch der 7. Punkt entlarvt, welche Kräfte hier am Werk sind:

Eine Sekte sorgt für eine hohe zeitliche Inanspruchnahme ihrer Mitglieder.

8) Eine Sekte sorgt auch für eine weitgehende Indienstnahme der finanziellen Ressourcen ihrer Mitglieder u.a.m.

Da gibt es auch dieses WEF-Video aus dem Jahr 2016 mit dem Titel:

"8 Vorhersagen für die Welt im Jahr 2030".

Zuerst sieht man in kunstvoll leuchtender Gestaltung den Erdball vom Weltraum aus, dahinter eine strahlende Sonne im Aufgehen. Dann erscheint ein netter und vertrauenserweckender Kerl und strahlt dem Zuschauer entgegen. Er hat ganz zarte, fast feminine Gesichtszüge. Mit leicht geheimnisvoller Musik unterlegt erklingt diese beruhigende Stimme, sie vermittelt die ultimative, alles enterbende Zukunftsprognose, im Klang einer baren Liebeserklärung: "Du wirst nichts mehr besitzen und doch glücklich sein."

So etwa wollen diejenigen, die hier auch gerade durch Punkt 8 des Sektenspiegels entlarvt werden, unser aller Zukunft gestalten. Wir sollen alle gar nichts mehr haben und trotzdem glücklich sein. Ich zitiere noch mal: "Was immer du haben möchtest, du wirst es mieten", heißt es da weiter.

Da ist es wieder: "Eine Sekte sorgt auch für eine weitgehende Indienstnahme der finanziellen Ressourcen ihrer Mitglieder." Das ist es.

Doch Güter und Waren, die scheinbar allen gehören, gehören in Wahrheit niemandem, bzw. denjenigen, die an der Spitze des Vermietungssystems die Verteilung kontrollieren. So ist die Wahrheit, versteht ihr?

Eine Sharing Economy ist damit nichts anderes als eine Neuauflage uralter marxistischer Gelüste, die schon im letzten Jahrhundert ganze Länder in den absoluten Ruin bzw. in die absolute Unfreiheit getrieben haben.

Könnten diese marxistischen Köpfe doch nur endlich sagen: "Alles was mein ist, ist auch dein." Ich sage, dann würde die ganze Sache perfekt funktionieren. Solange sie aber fordern: "Alles was dein ist, ist auch mein", wird ihre Sharing Economy weiterhin nur alles kaputt machen.

Fazit: Ob eine Institution Sekte ist oder nicht, hängt letztlich nicht von ihrer Größe ab, sondern allein davon, ob sie sich selber mehr im Zentrum hat als das große Gesamte.

Das ist der Punkt bei der Sekte. Selbst ein Staat, wenn er nicht mehr das Gemeinwohl im Sinne hat, sondern sich selbst an erster Stelle hat, kann darum zur Sekte werden. Das müssen wir aus dieser Rede lernen.

Ich komme nun zum Schluß.

Wie vertrauenswürdig sind all solche Menschen und Institutionen, die hinter verschlossenen Türen eigensinnige Pläne aushecken, die vor allem ihnen, auf Kosten der Gesamtheit, Riesenvorteile einbringen?

Analog der Trennung von Kirche und Staat muß dringend auch wieder eine Trennung von Privatwirtschaft und Staat - wie wir es jetzt behandelt haben - zustande kommen.

- Schluß also mit all diesen Geheimbund-Spielchen auf unser aller Kosten!
- Schluß mit der Verschwendung unserer Steuergelder zum Schutz privater Multimilliardäre!
- Schluß mit Seilschaften zwischen unseren Staatsbediensteten und diesen Welt-Unterwandern.

Noch ein Letztes: Es gibt Geldfälscher, Urkundenfälscher, Kunstfälscher usw., die schon seit Jahrhunderten mit ihren Fälschungen Millionen ergattert haben.

Ich frage zum Schluß: Halten wir es für möglich, daß solch sektiererisch gesinnte Menschen wie wir sie jetzt behandelt haben, etwa auch zu Fälschungen von Impfungen im Stande sein könnten? Mit Salzlösungen oder so?

Immerhin konnte bereits nachgewiesen werden, wie die selbstbezogene Big Pharma heimlich schon Impfstoffe mit zum Beispiel sterilisierenden Elementen verfälscht hat. Wir haben darüber berichtet.

Wie man Gold, Urkunden und Banknoten prüft, weiß man mittlerweile.

Wie aber kann man eigentlich Milliarden von Impfdosen auf ihre Echtheit prüfen, vor Fälschung schützen?

So oder so, ich sage:

- Schluß mit blindem Vertrauen zu Finanzsekten!
- Schluß mit der Finanzierung von Multimilliardären mit unseren Steuergeldern!
- Schluß mit Zwangsabgabe-Medien, die auf den Stand von Propaganda-Medien der sektiererischen Pharma- und globalen Finanzeliten abgesunken sind!
- Schluß mit all solchem Zeug!

Das ist mein Appell!

Ich bin Ivo Sasek, der seit 44 Jahren vor Gott steht.<<

Die AfD-Fraktion des LANDTAGES NORDRHEIN-WESTFALEN stellte am 22. Juni 2021 folgenden Antrag - Drucksache 17/14268 - (x1.016): >>**Versorgungssicherheit verbessern - Kernkraftwerk Emsland muß weiterlaufen dürfen!**

I. Ausgangslage

Die Forschungs Koordinatorin Dr. Anna Veronika Wendland sagte dem Spiegel in einem In-

terview: "Der Geburtsfehler dieser deutschen Energiewende ist die Fixierung auf den Atomausstieg." ...

Das Europäische Strom-Verbundnetz ist auf eine grundlastfähige Energieerzeugung angewiesen. Anfang dieses Jahres stand Europa vor einem Beinahe-Blackout. Der gleichzeitige Versuch, die Stromerzeugung in Deutschland ohne Kohle und ohne Kernenergie zu bewerkstelligen, ist bereits fehlgeschlagen. So mußten zur Stabilisierung des Stromnetzes Kohlekraftwerke aus der Netzreserve immer wieder hochgefahren werden. Regelmäßig muß auch Strom für deutsche Verbraucher aus dem Ausland importiert werden, zumeist aus Frankreich und Polen, wo er mittels Kernkraft und Kohle erzeugt wird.

In den Nachbarländern Deutschlands wird - wie auch in anderen europäischen Staaten - die Kernenergie weiter genutzt und ausgebaut. In den Niederlanden wird beispielsweise, statt des Ausstiegs aus der Kernkraft, der Neubau von Kernkraftwerken nicht nur wegen einer verlässlichen Stromeinspeisung in die Netze sondern auch in Hinblick auf die CO₂-Reduktion angedacht.

Schweden kann zwar seinen Energiebedarf zu 40 Prozent durch Wasserkraft decken, benötigt aber ebenso viel Atomenergie, um die Strom-Grundversorgung zu sichern. Trotz des im Jahre 1980 getroffenen Beschlusses Schwedens, bis zum Jahre 2000 alle Kernkraftwerke abschalten zu lassen, sind immer noch sechs Blöcke am Netz. ...

Frankreichs Strom stammt zu etwa 70 Prozent aus Kernkraft, Großbritannien plant, bis zum Jahre 2030 den Bau von 15 Minikraftwerken, die mit einer Gesamtleistung von über sechs GW Leistung ans Netz gehen sollen, und auch Tschechien will bis zum Jahre 2040 über 50 Prozent des Stroms aus Kernenergie erzeugen. In Polen plant die Regierung den Einstieg in die Kernenergie mit insgesamt sechs Kernreaktoren. 9 In Finnland stammen 30 Prozent des Stroms aus Kernkraft.

Frankreich, Polen, Ungarn, Rumänien, Tschechien, Slowakei und Slowenien sprachen sich im März 2021 in einem offenen Brief an die EU-Kommission für die Förderung der Kernenergie aus und betonen das Prinzip der Technologieneutralität.

Weltweit findet Forschung im Bereich der Entwicklung neuerer Kernkraftwerkstypen statt. Als Beispiele sind der Laufwellenreaktor, der Thoriumreaktor oder der Dual-Fluidreaktor zu nennen. All diese Kraftwerkstypen bieten für die Zukunft Möglichkeiten einer grundlastfähigen Stromversorgung durch Kernenergie. Deutschland hingegen hat sich dieser Zukunft immer mehr verschlossen.

Deutschland ist wegen der verfehlten Energiewende-Politik Spitzenreiter bei den Stromkosten in Europa. Privatkunden zahlten im Jahre 2020 30,43 ct/kWh und Unternehmen über 18 ct/kWh.

Der Durchschnittspreis für Strom in der EU lag für Privatkunden bei 21,3 ct/kWh. Deutsche Verbraucher zahlen damit fast 43 Prozent mehr für dieselbe Sache als die Menschen in den Nachbarländern.

Der Stromverbrauch eines deutschen Durchschnittshaushalts liegt pro Jahr bei etwa 2.100 kWh, woraus sich dann durchschnittliche Kosten von monatlich etwa 53 Euro ergeben. Die Bürger in den anderen EU-Staaten zahlen im Schnitt lediglich 32 Euro.

Zehn Jahre nach dem Beschluß der Bundesregierung zum sogenannten Atomausstieg am 30. Juni 2011 wendet sich Andre D. Thess, Professor für Energiespeicherung an der Universität Stuttgart, in einem offenen Brief an die damalige Ethikkommission zum Atomausstieg und wirft ihr vor, Grundregeln wissenschaftlicher Unabhängigkeit mißachtet zu haben.

Framatome stellt über ihre Tochterfirma Advanced Nuclear Fuels GmbH seit 40 Jahren Brennelemente für Kernkraftwerke in Deutschland und Europa im niedersächsischen Lingen her und wird dies auch nach dem sogenannten Atomausstieg weiterhin tun. Abnehmer der Brennelemente ist derzeit auch das Kernkraftwerk Emsland, welches mit 1,4 GW Leistung für

eine Grundlaststabilisierung der Netze in Niedersachsen und auch in NRW sorgt. Dabei erspart das Kraftwerk der Atmosphäre jährlich den Ausstoß von rund zehn Millionen Tonnen CO₂. Es soll laut des 13. Gesetzes zur Änderung des Atomgesetzes mit Ablauf des 31. Dezember 2022 vom Netz genommen werden.

Nicht nur in Lingen mit seinen rund 300 Mitarbeitern sind durch die Kernenergie hochwertige Arbeitsplätze entstanden. Auch in Gronau werden etwa 300 Mitarbeiter beschäftigt. Der Arbeitgeber Urenco sorgt zudem für hohe Gewerbesteuererinnahmen, die über das Gemeindefinanzierungsgesetz allen Kommunen in NRW zu gute kommen. Sichergestellte Versorgung mit bezahlbarem Strom hat laut einer Forsa-Umfrage für die Mehrheit der Bürger Priorität und der Rückhalt für Kernenergie in Deutschland beträgt - trotz medialen Gegenfeuers - etwa 37 Prozent.

II. Der Landtag stellt fest:

- Kernenergie steht im Einklang mit den Zielen des sogenannten Klimaschutz der EU und Deutschland.
- Strom aus Kernenergie ist eine grundlastfähige Energiequelle, welche für Netzsicherheit in Deutschland und dem Europäischen Stromverbundnetz sorgt.
- Kernenergie bietet hochwertige Arbeitsplätze und ist als Wirtschaftsfaktor auch in Hinsicht auf die Gewerbesteuererinnahmen von haushaltspolitisch hoher Bedeutung.
- Der Beschluß zum sogenannten Atomausstieg der Bundesregierung vom 30. Juni 2011 wurde auf Grundlage fehlerhafter wissenschaftlicher Arbeit der damaligen Ethikkommission getroffen.
- Das Kernkraftwerk Emsland in Lingen stellt grundlastfähig Strom für die Region Niedersachsen her, entlastet die sonstige Stromproduktion in NRW und sorgt auch für eine verbesserte Netzstabilität in NRW.

III. Der Landtag beschließt:

1. Die Landesregierung möge sich gegenüber der Bundesregierung, dem Deutschen Bundestag und dem Deutschen Bundesrat dafür einsetzen, daß die geplante Abschaltung der Kernkraftwerke in Deutschland durch den von der Bundesregierung geplanten sogenannten Atomausstieg verhindert wird.
2. Die Landesregierung möge sich unverzüglich gegenüber der Bundesregierung, dem Deutschen Bundestag und dem Deutschen Bundesrat dafür einsetzen, daß das Kernkraftwerk Emsland seine nächste Revision mit dem Austausch von Brennelementen durchführen darf und über den 31. Dezember 2022 hinaus am Netz geschaltet bleibt.

Christian Loose, Andreas Keith, Markus Wagner und Fraktion. ...<<

Das Europäische Institut für Klima & Energie (EIKE) berichtete am 23. Juni 2021 (x1.081/...): >>Flaute über Deutschland: Windkraft ohne Wind, Photovoltaik ohne Sonne

Von *Holger Douglas*

Nur am 5. Mai hätten wir richtig Glück und ausreichend Strom gehabt. In der Mittagszeit zwischen 12 und 14 Uhr hätten wir gut Kochen und Braten können. Da fielen 65,4 GWh "vom Himmel".

Ohne Kohle- und Kernkraftwerke wäre es im ersten Quartal dieses Jahres kaum etwas mit Industrieproduktion, fahrenden Zügen und Kochen geworden. Es gab viel zu wenig Strom. Der Wind wehte kaum, die Sonne lieferte nur wenig. Das Statistische Bundesamt meldete demzufolge eine gegenüber dem Vorjahreszeitraum um satte 23 Prozent gesunkene Menge an sogenanntem "Ökostrom".

Die gute Nachricht vorweg, es wurde besser im 2. Quartal: Nur am 5. Mai hätten wir richtig Glück und ausreichend Strom gehabt. In der Mittagszeit zwischen 12 und 14 Uhr hätten wir gut Kochen und Braten können. Da fielen in der Mittagsstunde 65,4 GWh "vom Himmel".

Aber immer noch zu wenig, weil Deutschland insgesamt 68,2 GW Leistung benötigte. Das war der Tag der höchsten Erzeugung aus erneuerbaren Energien, wie auf Smard.de zu lesen ist.

Doch gleichzeitig ein Verlustgeschäft, denn plötzlich war zu viel Strom vorhanden, der Strompreis sank ins Minus von 36,71 Euro pro Megawattstunde. Bedeutet: Die Erzeuger müssen drauflegen, damit den Strom jemand abnimmt. Viel Energie aus Wind- und Sonnenanlagen in den Netzen lassen eben die Preise dramatisch sinken. Die gleicht der Stromverbraucher über seine teure EEG-Umlage unter anderem dem Windanlagenbesitzer wieder aus.

Allerdings gab es relativ viel Wind und Sonne nur um die Mittagszeit, bereits am Nachmittag senkte sich die Sonne und ließ die Photovoltaik einbrechen. Derzeit "schläft" der Wind seit gut zwei Wochen. Nach der Statistik des BDEW lieferten von Januar bis März die Kernenergie 2,4 Prozent mehr, Strom aus Braunkohlekraftwerken um 29,9 Prozent mehr, aus Steinkohle 18,3 Prozent mehr und 15,1 Prozent mehr kamen vom Erdgas. Ohne Kohle- oder Kernkraftwerke wäre nichts gegangen.

Dagegen: Windräder an Land und auf dem Wasser lieferten satte 31 Prozent weniger, also etwa ein Drittel weniger als im ersten Quartal des Vorjahres!

Überdies sind all diese Zahlen nicht viel wert, denn auch abends und nachts sowie bei Flaute - so zumindest bisher die Erwartung - soll Strom zur Verfügung stehen. Speichern, das hat sich mittlerweile herumgesprochen, geht nicht in den notwendigen Mengen.

Den unsinnigen Gedanken, ein Industrieland dann mit Strom aus Wind und Sonne versorgen zu können, wenn der benötigt wird, zeigen die extremen Schwankungen bei den Stromeinspeisungen. Mal ist Strom da, ein paar Stunden später nichts mehr. So schwankte in den ersten fünf Monaten des Jahres 2021 die Produktion von Strom aus Wind und Sonne extrem: von fast null bis hin zu 41,0 GW bei den Windrädern, bei den offshore Windanlagen von 0-7,1 GW. Die Fotozellen auf Dächern und Feldern lieferten aus dem Nichts plötzlich 36,2 GW, dann wieder null, wenn die Sonne untergeht oder sich Wolken dazwischenschieben.

Zum Vergleich: Der gesamte Stromverbrauch schwankt von 45 GW in Spitzenzeiten bis zu 80 GW. Das bedeutet: Fast die Hälfte des deutschen Stromverbrauches verschwindet mal eben, um dann wieder in die Netze gepumpt zu werden. Welche Belastungen solche Schwankungen auch für Übertragungstechnik bedeuten, kann man sich gut vorstellen. Das bedeutet weiterhin: Hinter jedem Windrad und jeder Solarzelle muß ein konventionelles Kraftwerk stehen, das angeheizt bereitsteht und liefern kann. Das kostet horrendes Summen.

Wind- und Sonnenanlagen sind eben nicht grundlastfähig, und es ist mehr als eine entsetzliche Dummheit, einem Industrieland die Energieerzeugung abzuwürgen. Ein Hermann Albers hat die Stirn, die Windenergie als starken "Stabilitätsanker" zu bezeichnen. Der ist Präsident des Bundesverbandes Windenergie BWE und will an möglichst vielen Windrädern im Land prächtig verdienen. Ob die Energieversorgung dieses Landes klappt, interessiert ihn eher weniger. Genauso wenig wie die mittlerweile intergenerationell gerecht gewordene Ökonomin Claudia Kemfert, die zuletzt bei Lanz (ZDF) einen schnelleren Ausbau der "erneuerbaren Energien" fordert.

Sie ist auch Mitglied des Sachverständigenrats für Umweltfragen, auf dessen Aussagen sich das Bundesverfassungsgericht bei seinem Skandalbeschluß vom 24. März 2021 ausdrücklich bezieht. Kemfert fordert bei Lanz sogar eine Versechsfachung des Ausbautempos der "regenerativen" Energien. Wie sich dann all die vielen Windräder drehen sollen, wenn Flaute herrscht, erklärt sie nicht. Es fragte sie auch niemand.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Juni 2021 im COMPACT-Spezial Nr. 30 (x363/45-46): >>Die Transformation der UNO

_ von Jürgen Elsässer

Die Völker unseres Planeten schufen sich eine Institution, die Souveränität für alle gewährlei-

sten und den Frieden bewahren soll - so will es die Legende von den Vereinten Nationen. Tatsächlich hat sich die Weltorganisation in den letzten 30 Jahren gravierend verändert und ist zu einem Instrument der Globalisten geworden.

Die UNO ist im Zweiten Weltkrieg entstanden, als Gründung der Anti-Hitler-Koalitionäre. Die "Deklaration der Vereinten Nationen" geht auf die Atlantik-Charta zurück, die US-Präsident Franklin D. Roosevelt und der britische Premier Winston Churchill 1942 im Krieg gegen das Deutsche Reich entwarfen.

Erklärtes Prinzip war die Wiederherstellung der Souveränität der Nationalstaaten, die durch die deutsche Besetzung von Europa und die japanischen Annexionen in Ostasien zerstört worden war. Diese Souveränität wurde sogar in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen ab 1945 noch respektiert, wenigstens auf dem Papier:

Die NS-Führer wurden in erster Linie wegen "Verbrechen gegen den Frieden", also Aggression gegen andere Staaten, angeklagt - aber nie wegen ihrer Innenpolitik bis 1938, auch nicht, was die grausame Judenverfolgung anging.

Keine Einmischung in innere Belange der Nationalstaaten - das war der eherne Grundsatz der UN. Deswegen gab es auch während des Kalten Krieges nie Resolutionen gegen Diktatoren, egal ob gegen linke wie Mao oder gegen rechte wie Franco, was deren Politik im eigenen Land anging.

Die große Unterwanderung

1986 rückte die Atomkatastrophe von Tschernobyl die Umweltgefahren in den Fokus einer breiten Öffentlichkeit. 1987 führte das Abkommen von Reykjavik zwischen US-Präsident Ronald Reagan und dem sowjetischen Staatschef Michail Gorbatschow zu einem substantiellen Abbau von Atomwaffen und einem Tauwetter zwischen den Supermächten.

Mit Tschernobyl wurde die Kriegsangst von der Öko-Hysterie abgelöst.

Beide Prozesse konvergierten in einem Paradigmenwechsel bei den Linken jeder Couleur: Die Weltkriegsangst wurde von der Öko-Hysterie abgelöst. Die Grünen erstarkten, vor allem in Deutschland, und sogen die ihnen zunächst skeptisch gegenüberstehenden Sozialisten und Kommunisten auf.

Gleichzeitig brach die internationale Architektur mit der zunehmenden Schwäche und schließlich dem Kollaps der UdSSR (1991) zusammen: Waren die Welt und auch die UNO seit 1945 strikt in Nationalstaaten und vor allem in zwei rivalisierende Blöcke gespalten gewesen, bildeten sich nun zentrifugale Tendenzen heraus. Die globalen Linkskräfte, die vorher auf die Macht Moskaus in den Vereinten Nationen gesetzt hatten, suchten neue Paten und fanden sie in Teilen des Großkapitals, die gleichartige politische Ziele hatten.

Mit dem Aktivismus der grün gewendeten Revoluzzer und dem Geld von innovativen Finanzgruppen wurden sogenannte Nichtregierungsorganisationen (englisch NGOs) gegründet. Diese begannen, innerhalb der UN eine bedeutende Rolle zu spielen - was während des Kalten Krieges undenkbar gewesen wäre, als dort nur Regierungen den Ton angaben.

Anstelle der tradierten Institutionen der UN traten neue Komitees wie der Weltklimarat.

Anstelle der tradierten Institutionen der UN-Vollversammlung, Sicherheitsrat und Ausschüsse wie dem für Menschenrechte - traten neue Komitees wie der Weltklimarat IPCC, in der deutschen Übersetzung "Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimawandel". Ausdruck der "Zwischenstaatlichkeit" ist, daß der IPCC nicht durch einen Beschluß der UN-Vollversammlung, geschweige denn des UN-Sicherheitsrates geschaffen wurde. Vielmehr wurde er vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen und der Weltorganisation für Meteorologie aus der Taufe gehoben. Auch die von der UN veranstalteten Weltklimakonferenzen finden außerhalb ihrer traditionellen Strukturen statt.

Zwar sind aktuell 193 Regierungen Mitglied in der Organisation, aber auch 120 NGOs. Die

gesamte Arbeit wird mit einem relativ schmalen Budget von etwa sechs Millionen Euro jährlich (Stand 2009) finanziert, die Beiträge der Staaten sind freiwillig.

Das klingt nach einer erfreulich unabhängigen Mission, hat aber einen riesigen Pferdefuß: Die zuarbeitenden Wissenschaftler müssen sich, da vom IPCC keine oder nur geringe Honorierung zu erwarten ist, ihre Brötchen bei anderen Arbeitgebern verdienen. Dies macht sie anfällig für alle möglichen Lobbyisten.

Die neuartigen Zwitterformen internationaler Beratungen - parallel zu den angestammten UN-Gremien und im Unterschied zu diesen mit einem starken Einfluß nichtstaatlicher Pressure Groups in Form der NGOs - spielten nicht nur im Bereich der Klimapolitik eine wichtige Rolle, sondern auch bei der Durchsetzung von Gender Mainstreaming und anderen Dogmen der Achtundsechziger. Sie sind insgesamt Kennzeichen der Neuen Weltordnung, die sich nach dem Ende der Bipolarität herausgebildet hat. Marguerite Peeters, Direktorin des Instituts für die Dynamik des Interkulturellen Dialogs in Brüssel, hat die Prozesse 2007 für das Vatican Magazin untersucht:

"Der entscheidende politisch-strategische Faktor zur Durchsetzung der Kulturrevolution war die tatsächliche Kontrolle über die UN-Maschinerie durch NGOs - die Motoren der Revolution - und andere nichtstaatliche Akteure: eine Kontrolle, die sich indirekt über das Sekretariat der UNO auch auf die Mitgliedsstaaten erstreckte. Die NGOs waren die privilegierten Partner des UNO-Sekretariates und seiner Untergliederungen."

Beispiel UN-Migrationspakt

Vor diesem Hintergrund war es auch nicht beruhigend, daß die Bundesregierung in Bezug auf die Verabschiedung des UN-Migrationspaktes Ende 2018 hervorhob, er sei "rechtlich nicht bindend". In schreiendem Kontrast dazu steht ja bereits, daß in dem Text an fast 100 Stellen davon die Rede ist, daß sich die Unterzeichnerstaaten zu einer Aufnahme von Migranten "verpflichten", einschließlich sogenannter Klimaflüchtlinge. Tatsächlich ist es dieselbe Vorgehensweise wie in der Klima- und Genderpolitik.

Die Vorgaben sind streng juristisch gesehen zwar nicht einklagbar; aber sowohl mächtige Lobbyorganisationen als auch die linksgerichtete Presse können sich darauf berufen und Druck machen. Insbesondere Richter können sofort mit Verweis auf den Migrationspakt - wie bei den Dieselveboten mit Verweis auf die Klimaziele des IPCC - Musterurteile fällen und damit Rechtskonventionen stiften.

Man bedenke: Die ebenfalls "nicht bindende" Gender-Resolution der UN-Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 wurde innerhalb von zwei Wochen (!) von der EU-Kommission übernommen und eine entsprechende Arbeitsgruppe eingerichtet, die dieses Soft Law dann in allen Mitgliedsländern durchsetzte. Das droht auch bei der Massenmigration.

Trumps Mahnung

In einer Rede vor der UN-Vollversammlung im September 2017 erinnerte der damalige US-Präsident an die ursprünglichen Prinzipien der Weltorganisation:

"Wenn ihr Freiheit wollt, seid stolz auf euer Land - wenn ihr Frieden wollt, liebt eure Nation. ... Die Zukunft gehört nicht den Globalisten, die Zukunft gehört Patrioten. ... Wenn unsere Nationen besser sind, dann ist unsere Zukunft heller, alle Menschen werden glücklicher sein."<<

Der deutsche Publizist und Autor Horst Koch berichtete im Juni 2021 (x1.098/...): >>Das neue Grundgesetz

Von Alexander Seibel

Von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen ist unser altes Grundgesetz ausgehebelt worden. Dieses beste Gesetz, das sich das deutsche Volk jemals gegeben hat, begann mit "in der Verantwortung vor Gott und den Menschen". Einmalig. Gott hat es beglaubigt, es hat sich, wie ein führender Politiker zurecht bemerkte, bewährt. Wir hatten jahrzehntelang Frieden, Freiheit

und Wohlstand. Wir konnten reisen und man kannte auch keine Zensurbehörde. Kaum jemand fürchtete sich, frei und offen seine Meinung zu sagen.

Es war tatsächlich ein Land, in dem wir "gut und gerne leben."

Diese Zeiten dürften vorbei sein. Am 19. April dieses Jahres wurde fast sang- und klanglos dieses einmalige Grundgesetz vom Verfassungsschutz unter Klima-Vorbehalt gestellt. Gemäß Bundesverfassungsgericht lautet das Urteil: Künftig können selbst gravierende Freiheitseinbußen zum Schutz des Klimas verhältnismäßig und verfassungsrechtlich gerechtfertigt sein; gerade deshalb droht dann die Gefahr, erhebliche Freiheitseinbußen hinnehmen zu müssen.

Meiner Meinung nach ist dies das Schlimmste, was die Politkaste unter der Ägide Merkel ihrem Volk angetan hat. Bei der Konferenz von Marrakesch Dezember 2018 wurde mit dem Migrationspakt im Prinzip die Souveränität Deutschlands preisgegeben, im Zuge der Euro-Rettung die Ersparnisse in Rauch aufgelöst, doch nun ist uns das beste Grundgesetz außer Kraft gesetzt und eigentlich weggenommen worden.

Statt "in der Verantwortung vor Gott und den Menschen" heißt es nun im Prinzip mit anderen Worten "in der Verantwortung vor Klima und Kohlendioxid". Zurück zur Gottlosigkeit, so als wäre die DDR, die Sowjetunion oder das heutige Nordkorea ein Erfolgs- und Vorzeigemodell gewesen.

Ein lebenswichtiges Spurengas gilt auf einmal als Hauptbedrohung. Ohne Kohlendioxid gäbe es keine Photosynthese. Je mehr Kohlendioxid, desto grüner würde unser Planet. Ausgerechnet die Grünen wollen nun "tapfer" dagegen angehen.

Dieses Urteil wird ohnehin als eine herausragende Phantasterei, um nicht zu sagen Dummheit, in die Kulturgeschichte der Menschheit eingehen. Die Termiten produzieren zehnmal mehr Kohlendioxid als die gesamte Menschheit zusammen. Wenn diese "Verantwortung" ernst gemeint wäre, müßte man also diesen Insekten bald einen "gnadenlosen" Krieg erklären.

<https://www.youtube.com/watch?v=DIucNnxKick&feature=youtu.be&fbclid=IwAR0foe-13qH69VPZQS8P414tC7BsC-WcuU75Ja0ZzbDorBQSbdbv4sEKpdXs>

Wer meint, das Klima über Jahre hinaus bestimmen oder beeinflussen zu können, leidet meiner Meinung nach an Größenwahn. Es genügt ein Vulkanausbruch, man denke z.B. an den Ausbruch des indonesischen Vulkans Tambora im Jahre 1815, und statt Erwärmung droht eher Eiszeit. Doch diese geschürten irrationalen Ängste sind ein ideologisches Programm, finanziert von "Milliardärssozialisten", um den ganzen Erdkreis mit einem planwirtschaftlichen Sozialismus zu "beglücken".

Der Aufschrei blieb aus und unsere gleichgeschalteten Mainstream-Medien berichten weiterhin, wie zur Zeit der schönsten Hofberichtserstattung des Ostberliner Politbüros, wohlwollend von diesen Maßnahmen, alle angeblich nur zu unserem Schutz und unserem Besten.

Klimawandel soll nicht in Abrede gestellt werden, die Frage ist nur, ob er menschengemacht ist. Denn entscheidend für die Wärmeentwicklung ist die Sonnenaktivität und -intensität. Menschengemachte Umwelt- und Luftverschmutzung allerdings ist eine mehr als aktuelle Tragödie. Inzwischen sammeln sich auch jede Menge Schutzmasken als Wegwerfprodukte auf dem Meeresboden an.

Gab es früher unveräußerliche Grundrechte, so stehen diese nun unter Klimavorbehalt. Wenn deine Werte nicht Klima-kompatibel sind, ist es mit dem Reisen eben vorbei. Das schöne neue Auto kann auch konfisziert werden, weil es eben angeblich zu viel Kohlendioxid produziert. Freiheit, wie wir sie kannten, dank alternativer EU, ade. Wie ein Journalist konstatierte: "Ausgangssperren, Reiseuntersagungen, Betätigungsverbote, Eigentumsentziehungen". Eine Verschleuderung von Milliarden für die globale neue Weltordnung, eine buchstäbliche Luftnummer in höchster Potenz.

Klima-Neurotiker diktieren uns heute die Gesetze. Man wird an G. K. Chesterton erinnert: "Der Atheist glaubt nicht etwa nichts, sondern letztlich alles."

Nun hat man manchmal den Eindruck, Politiker, die früher in der ehemaligen DDR dem Sozialismus ergeben waren, haben offenbar von der Pike auf gelernt, wie man Leute manipuliert, einschränkt, enteignet und vor allem, man denke an die Berliner Mauer, einsperrt. Auch war die DDR ein Anschauungsunterricht, wie man durch Angst und Unfreiheit ein Volk einschüchtern und kontrollieren kann.

Mit der gegenwärtigen Krise dürften im Osten "trainierte" Gestalten womöglich in ihrem Element sein. Einschränkungen, Beschneidungen, zunehmende Kontrollen und zum Teil herbe Strafen. Unliebsame Meinungen werden zensiert, beschnitten, ausgegrenzt usw. Zentralismus pur macht sich breit. Regierungsstil nach Gutsherrenart. Weg von der sozialen Marktwirtschaft hin zur Kommando-Wirtschaft einer rot-grünen Ökodiktatur. Fast könnte man sagen, zurück in die Steinzeit.

Der Panikmodus soll aufrecht erhalten werden. Wenn es mit der Covid-Pandemie vorbei sein sollte, geht es mit Klimaängsten weiter.

Eigentlich ist es bekannt, daß Angela Merkel keine Freundin des Grundgesetzes ist. So ließ die Kanzlerin im Februar 2017 in einer von Reuters aufgezeichneten Rede einen denkwürdigen Satz fallen: "Das Volk ist jeder, der in diesem Land lebt." Damit hebelte sie das Grundgesetz aus. Der damalige Focus-Redakteur Alexander Wendt kommentierte ihre Aussage wie folgt: ... Mit diesem Satz hat Angela Merkel eine rote Linie überschritten. Sie ist eine offene Feindin des Grundgesetzes. ...

Man hat das Volk neu definiert, die Ehe für alle erfunden, auch die Geschlechter um mindestens eines, divers, erweitert. Ein Hybris, die es zuvor noch nie gab. Furcht vor dem Gericht Gottes? Fehlanzeige.

Noch eine Assoziation drängt sich auf. Es ist noch keine hundert Jahre her, da hieß es, "am deutschen Wesen, soll die Welt genesen". Nun, so hat man den Eindruck, soll am "deutschen Klimawesen, die Welt genesen." Offenbar hat man nichts aus der Geschichte gelernt. Die braunen Allmachtsphantasien sind nun in rot-grüner Melange wiedergekehrt.

Mehr als deutlich sind mir die Worte von Wilhelm Busch im Ohr, dieser begnadeten und prophetischen Stimme, wie er sagte: Wir Deutschen sind das dümmste Volk geworden. Sie haben Angst vor Arbeitslosigkeit, vor Krebs, vor der Atombombe. Diese Narren! Sie sollen lieber Angst haben vor dem, der Macht hat, Leib und Seele zu verderben in der Hölle. Diese wenig schmeichelhaften Sätze kulminieren in unseren Tagen zu einer unglaublichen Aktualität. Das Wesen des abgeänderten Grundgesetzes kann man mit Psalm 53,6 zusammenfassen: Die Gottlosen fürchten sich da, wo nichts zu fürchten ist.

Alexander Seibel, Juni 2021<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Juni 2021 im COMPACT-Spezial Nr. 30 (x363/56-59): >>Neuschwabenwelt

_ von Daniell Pföhringer

Die Corona-Krise ist nicht der Grund, sondern der Anlaß, die Neue Weltordnung zu installieren. Die Blaupause dazu liefert ein Deutscher mit seiner Einflußorganisation.

"Alles, was ich tue, denke und träume, wird irgendwo aufgezeichnet."

WEF-Utopie

Es klingt wie aus einem Zukunftsroman: "Willkommen in meiner Stadt - oder sollte ich sagen: "in unserer Stadt". Ich besitze nichts. Ich besitze kein Auto. Ich besitze kein Haus. Ich besitze keine Geräte oder Kleidung. ... Nacheinander wurden all diese Dinge kostenlos verfügbar, so daß es für uns keinen Sinn ergibt, viel zu besitzen."

Schließlich benötigt man gar kein Geld mehr, sogar die Miete entfällt, "weil jemand anderes unseren freien Platz nutzt, wenn wir ihn nicht brauchen. Mein Wohnzimmer wird für Geschäftstreffen genutzt, wenn ich nicht da bin."

Die Entscheidung über den persönlichen Bedarf übernimmt der "Algorithmus", eine Künstli-

che Intelligenz (KI), die auch gleich die Bestellung auslöst. Geliefert wird per Drohne. Bedauernd sind alle, "die wir unterwegs verloren haben", jene, "die sich über das politische System aufregten und sich dagegen wandten". Die "leben ein anderes Leben außerhalb der Stadt" - in "selbstversorgenden Gemeinschaften" oder "in kleinen Dörfern in leeren und verlassenen Häusern" aus vergangenen Zeiten.

"Hin und wieder ärgere ich mich darüber, daß ich keine wirkliche Privatsphäre habe. Daß ich nirgendwo hingehen kann, ohne registriert zu werden. Ich weiß, daß alles, was ich tue, denke und träume, irgendwo aufgezeichnet wird. Ich hoffe nur, daß es niemand gegen mich einsetzen wird." Und doch ist es "ein gutes Leben. Viel besser als der Weg, auf dem wir waren, als klar wurde, daß wir nicht mit demselben Wachstumsmodell weitermachen konnten."

Bei dieser Utopie handelt es sich nicht um einen Prosatext, sondern um einen Artikel, der 2019 auf der Website des World Economic Forum (WEF) erschienen ist. Geschrieben hat ihn Ida Auken, Jahrgang 1978, eine linksliberale Politikerin aus Dänemark, zeitweise Umweltministerin und vor ein paar Jahren - wie Jens Spahn und Annalena Baerbock - zum Young Global Leader gekürt. Damit zeichnet das Weltwirtschaftsforum unter 40-Jährige aus, die es für besonders hoffnungsvolle Führungspersönlichkeiten hält.

In ihrem Text beschreibt die Dänin das Leben in einer sogenannten Smart City, in der es, um es im Neusprech der Globalisten auszudrücken, effizienter, technologisch fortschrittlicher, grüner und sozial inklusiver zugehen soll. Besitz und persönliche Daten sind in einer solchen "intelligenten Stadt" zum Allgemeingut geworden, Individualität zum Fremdwort.

Kissingers Lehrling

Solche dystopischen Szenarien sind inzwischen in greifbare Nähe gerückt. Für den Gründer und geschäftsführenden Vorsitzenden des WEF, Klaus Schwab, hat die Corona-Krise deutlich gemacht, "daß ein Zurücksetzen unserer wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen" möglich und notwendig ist. Dafür hat er auch gleich den passenden Begriff in die Welt gesetzt: Great Reset. Doch was der Top-Globalist darunter versteht, geht weit über digitalisierte Städte hinaus - und ist erschreckend.

Geboren wurde der heutige WEF-Chef 1938 im schwäbischen Ravensburg. Sein Vater Eugen leitete dort die Niederlassung der Zürcher Maschinenfabrik Escher Wyss, in der während des Zweiten Weltkriegs Zwangsarbeiter zur Produktion von Rüstungsgütern eingesetzt wurden. Jahrzehnte später sollte Sohn Klaus selbst im Vorstand der Firma sitzen - und war unter anderem an der Entscheidung beteiligt, das Apartheid-Regime in Südafrika mit der notwendigen Technik zu versorgen, um in den Klub der Atommächte aufzusteigen.

Zuvor hatte er, wie sein Vater, die Ingenieurslaufbahn eingeschlagen, studierte Maschinenbau und wurde 1965 zum Doktor der technischen Wissenschaften an der ETH Zürich promoviert. Davor absolvierte Schwab ein Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Universität Freiburg, das er ebenfalls mit einem Dokortitel abschloß. 1966 ging er zudem für ein Jahr an die Harvard Business School in den USA, wo er den Master of Public Administration erwarb. Unterrichtet wurde Schwab dort unter anderem von Henry Kissinger - eine Bekanntschaft, die ihn nachhaltig prägte.

"Die heutigen externen Geräte ... werden ... in unseren Körper und unser Gehirn implantiert werden."

Klaus Schwab

Der Schwab-Lehrer zählt zu den absoluten Top-Insidern der Weltpolitik. Geboren wurde er 1923 in Fürth als Heinrich Alfred Kissinger. Er emigrierte 1938 mit seiner jüdischen Familie in die USA, aus denen er nach dem Zweiten Weltkrieg zeitweilig als US-Geheimdienstoffizier zurückkehrte.

In Amerika wurde er ein enger Weggefährte des Politikers Nelson Rockefeller. Durch die enge Bindung an die Milliardärsfamilie sollte Kissinger zu Spitzenpositionen in Hintergrundor-

ganisationen gelangen, die von dieser dominiert wurden: Council on Foreign Relations, Trilaterale Kommission (siehe Seite 35 f.) und Bilderberger (siehe Seite 32 ff.). In den 1960er Jahren gehörte Kissinger dem Beraterstab der Präsidenten Kennedy und Johnson an, von 1969 bis 1973 war er Sicherheitsberater Nixons, von 1973 bis 1977 Außenminister unter Nixon und Ford.

Mit dem geistigen Rüstzeug Kissingers im Gepäck gründete Schwab 1971 das European Management Forum, das sich - 1987 in Weltwirtschaftsforum umbenannt - seitdem einmal im Jahr im Schweizer Nobelort Davos trifft. Natürlich durfte auch sein früherer Harvard-Lehrer schon öfter am WEF-Tisch Platz nehmen.

Der Transhumanist

Bevor Schwab für den Great Reset warb, rief er die Vierte Industrielle Revolution aus. In seinem Buch *The Fourth Industrial Revolution* (2016) schreibt er: "Denken Sie an das erschütternde Zusammentreffen neu aufkommender technologischer Durchbrüche, die sich auf so unterschiedliche Bereiche wie Künstliche Intelligenz (KI), Robotik, das Internet der Dinge, autonome Fahrzeuge, 3-D-Druck, Nanotechnologie, Biotechnologie, Materialwissenschaft, Energiespeicherung und Quantencomputer, um nur einige zu nennen, erstrecken."

Doch damit nicht genug, denn Mensch und Maschine dürfen nicht länger voneinander getrennt sein. Dazu heißt es in seinem Buch *Shaping the Future of the Fourth Industrial Revolution* (2018): "Die Zukunft wird unser Verständnis dessen, was es bedeutet, Mensch zu sein, sowohl in biologischer als auch in sozialer Hinsicht, herausfordern." Schwab präzisiert: "Die Technologien der Vierten Industriellen Revolution werden nicht aufhören, Teil der physischen Welt um uns herum zu werden - sie werden Teil von uns werden."

"Dr. Mabuse der Postmoderne"

Aya Velazquez über Schwab

Und weiter: "In der Tat haben einige von uns bereits das Gefühl, daß unsere Smartphones zu einer Erweiterung unserer selbst geworden sind. Die heutigen externen Geräte - von tragbaren Computern bis hin zu Virtual-Reality-Headsets - werden mit ziemlicher Sicherheit in unseren Körper und unser Gehirn implantiert werden. Exoskelette und Prothesen werden unsere körperliche Leistungsfähigkeit erhöhen, während Fortschritte in der Neurotechnologie unsere kognitiven Fähigkeiten verbessern werden." Seine Vision: "Wir werden besser in der Lage sein, unsere eigenen Gene und die unserer Kinder zu manipulieren."

Schwab skizziert eine Art Cyborg-Zukunft mit "merkwürdigen Mischungen aus digitalem und analogem Leben, die unsere Natur neu definieren werden". Begeistert führt er in *Shaping the Future* aus: "Diese Technologien werden innerhalb unserer eigenen Biologie operieren und die Art und Weise verändern, wie wir mit der Welt in Kontakt treten. Sie sind in der Lage, die Grenzen von Körper und Geist zu überschreiten, unsere körperlichen Fähigkeiten zu verbessern und sogar einen dauerhaften Einfluß auf das Leben selbst zu haben."

Doch was soll die Menschheit dazu bringen, eine solche Frankenstein-Welt zu akzeptieren? Die Corona-Krise! Und natürlich hat Schwab darauf eine Antwort. Die ersten Schreckensbilder aus Wuhan waren im Frühjahr 2020 gerade um die Welt gegangen, da veröffentlichte er sein gemeinsam mit dem Ökonomen Thierry Malleret verfaßtes Buch *COVID-19: The Great Reset*. Die Autoren konstatieren bereits zu Beginn:

"Die Welt, wie wir sie bis zu den ersten Monaten des Jahres 2020 kannten, hat sich mit der Pandemie aufgelöst." Und sie geben klar zu verstehen: "In der einen oder anderen Form werden Maßnahmen zur sozialen und physischen Distanzierung wahrscheinlich bestehen bleiben, nachdem die Pandemie selbst abgeklungen ist, was die Entscheidung vieler Unternehmen aus verschiedenen Branchen rechtfertigt, die Automatisierung zu beschleunigen."

Der "Dr. Mabuse der Postmoderne" breitet auch in *COVID-19: The Great Reset* seine transhumanistische Agenda genüßlich aus, wie die Kulturanthropologin Aya Velazquez in der Zei-

tung Demokratischer Widerstand schreibt. Er "fantasiert über das bevorstehende Zeitalter Künstlicher Intelligenz: Die Verschmelzung von Mensch und Maschine, Designer-Babys, Designer-Organismen, Geo-Engineering, Digital-Homeschooling, Smart-Homes und -Citys, in denen jedes Ding an eine allwissende Super-KI angeschlossen wird - eine vollkommen sichere Welt dank totaler Überwachung." Ihr Fazit: "Für Schwab, der Sätze sagt wie: "Eine Welt voller Drohnen bietet eine Welt voller Möglichkeiten", stellen Menschen eine gesichtslose Verwaltungsmasse dar."

Small Reset

Der Neustart, den Schwab nun angeblich wegen Corona für angebracht hält, steht in Wirklichkeit schon länger auf der Agenda der Eliten. So hatte die heutige Präsidentin der Europäischen Zentralbank, Christine Lagarde, schon 2014 - damals war sie Direktorin des Internationalen Währungsfonds - in Davos einen "Reset" der Geldpolitik und eine Strukturreform der Weltwirtschaft gefordert, da das jetzige System nicht mehr stabil sei. Die sogenannte Agenda 2030 der Vereinten Nationen (siehe Seite 53 ff.) und das Pariser Klimaschutzabkommen, beides Ende 2015 verabschiedet, sollten den Wandel der Weltwirtschaft im Sinne der Hochfinanz forcieren - freilich verhüllt in der Sprache des Sozialen und Ökologischen.

Die Umsetzung der Agenda 2030 wurde 2016 vom Deutschen Bundestag beschlossen - und nur ein Jahr später veröffentlichte das Bundesumweltministerium eine Broschüre, die vor dem Hintergrund der eingangs beschriebenen WEF-Utopie in einem ganz neuen Licht erscheint. In der 108 Seiten starken "Smart City Charta" werden Leitlinien für die "nachhaltige und integrierte Stadtentwicklung" formuliert. Besonders entlarvend ist der Beitrag von Roope Mokka, Gründer des finnischen Thinktanks Demos Helsinki, der sich über das "Ineinandergreifen von materieller und digitaler Welt" ausläßt und sechs "Visionen eines hypervernetzten Planeten" präsentiert, wie sie sich Schwab kaum besser hätte ausmalen können.

- Mokka beschreibt unter Punkt 1 ("Super resource-efficient society") "eine Gesellschaft, in der kein Gebäude leer steht, sondern die ganze Zeit optimal genutzt wird. Auch fahren keine Autos mehr leer."

- In Punkt 2 ("Post-choice society") heißt es: "Künstliche Intelligenz ersetzt Wahl: Wir müssen uns nie entscheiden, einen bestimmten Bus oder Zug zu nehmen, sondern bekommen den schnellsten Weg von A nach B."

- Die "Post-ownership society" stellt sich Mokka unter Punkt 3 wie folgt vor: "Dank der Information über verfügbare geteilte Waren und Ressourcen macht es weniger Sinn, etwas zu besitzen: Vielleicht wird Privateigentum in der Tat ein Luxus. Daten könnten Geld als Währung ergänzen oder ersetzen."

- Auch der Markt soll aus den Händen der Menschen in das Kalkül einer KI wandern. In Punkt 4 ("Post-market society") heißt es: "Im Grunde genommen sind Märkte Informationssysteme, die Ressourcen zuteilen. Als Informationssystem funktioniert ein Markt jedoch sehr einfach. Er übermittelt nur, daß eine Person dies oder das gekauft hat; wir wissen aber nicht, warum. Künftig können Sensoren uns bessere Daten als Märkte liefern."

- In Punkt 5 wird eine "Post-energy society" beschrieben, die eine "Datenrevolution" voraussetzt, in der "Energy Harvesting - die Fähigkeit, Energie auf Makro-, Mikro- oder Nanoskala zu generieren und zu speichern - Alltag" wird.

- Besonders bezeichnend ist jedoch Punkt 6 ("Postvoting society"), in dem die Abschaffung der Demokratie offen propagiert wird: "Da wir genau wissen, was Leute tun und möchten", meint Mokka, "gibt es weniger Bedarf an Wahlen, Mehrheitsfindungen oder Abstimmungen." Daraus folgt: "Verhaltensbezogene Daten können Demokratie als das gesellschaftliche Feedbacksystem ersetzen."

"Kapitalisten und Leninisten"

Im Mainstream wird der Great Reset als Verschwörungstheorie abgetan, mitunter sogar als

antisemitisch gebrandmarkt. Diesen Vorwurf handelte sich etwa der frühere Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen, ein, als er im Mai 2021 in einem Interview mit der Internetzeitung Epoch Times davon sprach, daß beim Great Reset "Kapitalisten aus Davos mit den Leninisten" zusammenfänden - "in der gemeinsamen Verachtung des einfachen, des gewöhnlichen Menschen". Dabei sind weder Schwab noch andere führende Akteure des WEF Juden - und sie baldowern ihre Pläne nicht im Verborgenen aus, sondern präsentieren sie, sogar unter der vermeintlich inkriminierten Bezeichnung, vor aller Welt.

Die Pläne des Bundesumweltministeriums belegen zum einen, daß die vermeintliche Verschwörungstheorie schon ziemlich praktische Formen angenommen hat. Zum anderen wird deutlich, daß Corona nicht der Grund, sondern nur Anlaß dafür ist, den Sack jetzt zuzumachen - und den alten Traum der globalen Eliten von der Neuen Weltordnung zu verwirklichen.

Der dritte Weltkrieg

Die virtuelle Jahrestagung des Weltwirtschaftsforums Ende Januar 2021 nutzte Wladimir Putin für Widerworte, indem er die "Pandemie" eben nicht als Ursache, sondern nur als einen Faktor der Verschärfung "der Probleme und Ungleichgewichte " sah, die sich schon "zuvor auf der Welt gebildet haben": "Es besteht die Gefahr, daß wir vor einem gewaltigen Zusammenbruch der globalen Entwicklung stehen werden, der mit einem Krieg aller gegen alle und dem Versuch verbunden sein wird, die eigenen Widersprüche durch die Benennung von internen und externen Feinden zu kaschieren."

Es drohe, so Putin, "nicht nur die Zerstörung traditioneller Werte, wie etwa der Familie, die wir in Rußland hochhalten, sondern auch von fundamentalen Freiheiten wie des Rechts zu wählen und des Rechts auf Privatsphäre". Für den Kreml-Chef gebe es zwar "keine direkten Parallelen in der Geschichte". Aber man könne "die aktuelle Situation mit den 1930er Jahren " vergleichen.<<

Der deutsche Publizist und Autor Horst Koch berichtete im Juni 2021 (x1.099/...): >>**Was eine "aufgeklärte" Generation nicht wissen möchte!**

Von Alexander Seibel

Wenn wir eine Nation vernichten wollen, so müssen wir zuerst ihre Moral vernichten. Interessiert die Jugend am Sex und ihr bekommt sie in die Hand. Lenin

Peking hat rund eine Milliarde Dollar in den subversiven Rauschgift-Export nach Europa investiert. Es hofft, Europa auf diese Weise in etwa fünfzehn Jahren fertiggemacht zu haben ... KP-Chef in' Hongkong (Intern- Information 9/71)

Die kommunistischen Weltmächte wenden eine Taktik an, die der chinesische Militärschriftsteller Sun Tsu um das Jahr 500 vor Chr. In 13 Thesen forderte:

1. Zersetzt alles, was im Lande eurer Gegner gut ist.
2. Verwickelt die Vertreter der führenden Schichten eurer Gegner in verbrecherische Unternehmungen.
3. Unterhöhl ihr Ansehen und gebt sie im gegebenen Augenblick der Schande ihrer Mitbürger preis.
4. Nützt auch die Mitarbeit der niedrigsten und abscheulichsten Kreaturen.
5. Stört mit allen Mitteln die Tätigkeit der Regierungen.
6. Verbreitet Streit und Uneinigkeit unter den Bürgern des feindlichen Landes.
7. Stachelt die Jugend' gegen die Alten auf.
8. Entwertet die 'Überlieferung' eurer Feinde.
9. Stört mit allen Mitteln die Ausrüstung und Versorgung der feindlichen Streitkräfte.
10. Beeinträchtigt den Willen der Krieger des Feindes durch sinnliche Musik und Lieder.
11. Sendet Huren aus, um das Werk des Verfalls zu vollenden.
12. Seid großzügig mit Versprechungen und Geschenken, um Nachrichten zu kaufen. Spart überhaupt nicht mit Geld, denn so ausgegebenes Geld bringt reiche Zinsen.

13. Bringt überall geheime Kundschafter unter.

Erkennen sie im Westen denn nicht, daß die Kräfte, die uns hier im Osten mit Gewalt unterdrücken, genau dieselben sind, die ihre Jugend im Westen im Namen der Freiheit durch gelenkte Propagierung von Rauschgift und Pornographie, freier Sexualität und Gewalttätigkeit demoralisieren und zur Unterdrückung vorbereiten wollen? Mit anderen Mitteln will man mit ihnen dasselbe erreichen wie mit uns. - Medizinprofessor in Prag 1970 (Die gegenwärtige Freiheit in der CSSR erlaubt uns leider nicht, den Namen zu nennen).

"Denn mit hochfahrenden, nichtigen Reden locken sie mit grober, sinnlicher Lust die Menschen an sich. Sie versprechen ihnen nämlich Freiheit, obwohl sie in Wirklichkeit Sklaven des Verderbens sind; denn wem man sich ergeben hat, dessen Sklave ist man." 2. Petrusbrief 2, Vers 18-19

"Wir werden unsere Ideologie durch die moralischen Schwächen des Gegners einschleusen."

Mao Tse-tung

Die erste Sowjetbotschafterin, Frau Kolontai, hatte die Anweisung, nicht über Kommunismus zu sprechen, dafür aber um so mehr die freie Liebe unter der akademischen Jugend zu propagieren. - Ein Kommunist hat vor seinem Tode bekannt, 27 Jahre lang pornographische Literatur verbreitet zu haben, um die amerikanische Jugend zu ruinieren.- Dr. Kurt Koch "Untergang der freien Welt".

Daß Pornographie zur Persönlichkeitsentfaltung beitragen soll, dürfte eine privilegierte Sonderkenntnis des naiven Westens sein.

Da sie sich für weise hielten, sind sie zu Narren geworden - daher, hat Gott sie durch Begierden ihrer Herzen in dem Schmutz ihrer Unsittlichkeit versinken lassen. Römer 1, Vers 22 und 24

"Verdirb die Jugend, verschließe sie für das Evangelium, wecke ihr Interesse für den Sexus, zerstöre ihren jugendlichen Schwung, mache sie oberflächlich, mache sie weich, verursache mit allen Mitteln den Zusammenbruch aller moralischen Tugenden von Ehrlichkeit, Sauberkeit, Mäßigung und das Vertrauen auf ein gegebenes Wort." Anweisung der KP in Florida 1970

"Ihr Vergnügen ist die Wollust; als Schmutz- und Schandflecken schwelgen sie in ihren verführerischen Lehren. Sie sind voll ehebrecherischer Gier, und im Sündigen unersättlich. Ziehen an sich labile Menschen und sind durchtrieben von Gewinnsucht." 2. Petrusbrief 2, Vers 13-14

Interessanterweise wird die Bibel immer wieder als veraltet bezeichnet. Es gibt allerdings kaum eine treffendere Schilderung jener Gattung Mensch, die sich heute immer lauter bemerkbar macht. Man hat Bomben in den Händen und Friedensphrasen auf den Lippen.

"Das sollst du aber wissen, daß in den letzten Tagen greuliche Zeiten kommen werden: Denn es werden die Menschen viel von sich halten, geldgierig sein, ruhmredig, hoffärtig, Lästerer, den Eltern ungehorsam, undankbar, gottlos, lieblos, unversöhnlich, Verleumder, zuchtlos, wild, ungütig, Verräter, Frevler, aufgeblasen sein ... Denn zu diesen gehören auch solche, die sich Eingang in die Häuser zu verschaffen wissen, und die losen Weiber umgarnen, die mit Sünden beladen und von Lüsten umhergetrieben sind. Außerdem lernen sie immerdar und kommen niemals zur Erkenntnis der Wahrheit. Sie haben zerrüttete Sinne, widerstehen der Wahrheit und sind untüchtig zum Glauben." 2. Timotheus 3, Vers 1-8

"Keiner der Erfinder des Atheismus war Naturwissenschaftler. Alle waren sie eher mittelmäßige Philosophen." Der Physiker und Astronom Stanley Eddington

KOMMUNISMUS IST DAS OPIUM DER INTELLEKTUELLEN und Pseudogebildeten. Die Antwort ist weder Faschismus, Kapitalismus, Sozialismus noch Rechtsextremismus. Religion hat jämmerlich versagt. Sie ist Opium fürs Volk. Die Antwort ist eine Person - JESUS CHRISTUS.

Wie brutal unterdrückend das politische und ökonomische Establishment auch sein möge und zweifellos auch ist, Jesus wußte, daß das wahre Problem des Menschen, das ihn in Streit, Krieg, Haß und Revolution wirft, in ihm selbst liegt.

"Da ist keiner, der gerecht ist, auch nicht einer, Ihr Mund ist voll Fluchens und Bitterkeit. Ihre Füße sind eilend, Blut zu vergießen; auf ihren Wegen ist Vernichtung und Zerstörung und den Weg des Friedens wissen sie nicht." Römer 3, Vers 14-18

Die Verblendung in der heutigen Zeit ist tatsächlich schon so weit fortgeschritten, daß man meint und sogar versucht, mit Maschinengewehren Frieden zu schaffen. Kein Wunder also, daß das Wort "Revolution" so großen Anklang findet. Die Bibel sagt uns als einziges Buch schonungslos die Wahrheit - dazu gehört freilich Mut. Es fällt uns jedenfalls viel leichter zu behaupten, dies sei alles Unsinn, die Bibel sei veraltet und voller Fehler.

"Wer die Wahrheit hören möchte, der vernimmt meine Stimme", sagt deshalb Jesus Christus. Johannes 8, Vers 37

Völlig freiwillig ließ sich Jesus gefangen nehmen und töten. Zusammengenommen in Raum und Zeit wurden alle Sünden dieser Welt auf ihn gelegt. "Er selbst trug unsere Sünde an seinem Leibe auf das Kreuz." Sein Tod ist für uns die Quelle unserer ganz persönlichen. Befreiung. Drei Tage später war er LEBENDIG.

Niemand konnte bis jetzt eine entsprechende Antwort finden, die den Durchschlag dieses revolutionären Ereignisses in der Geschichte erklärt. Warum wagen wir es nicht, Jesus beim Wort zu nehmen? Hat er jemals Menschen angelogen? "Wer unter euch kann mir eine Sünde nachweisen? Wenn ich aber die Wahrheit sage, warum glaubet ihr mir nicht?" Deswegen sagt Jesus auch: "Ich aber, weil ich die Wahrheit sage, darum glaubet ihr mir nicht."

Johannes 8, Vers 45 und 46

Jesus verspricht: "Siehe ich stehe vor der Tür und klopfe an. Wenn jemand meine Stimme hört und mir die Tür öffnet, bei dem werde ich einkehren." Offenbarung 3, Vers 20

Warum haben wir so viele Ausreden und Entschuldigungen, nur um diesen Schritt nicht zu wagen? Solche Wahrheiten werden nicht durch Diskussion, sondern durch die Kornsequenz der persönlichen, Entscheidung erfahren.

Als ich bereit war, im Lichte meiner Schuld und Rebellion zu sagen: "Her Jesus, wenn du das für mich getan hast, daß du für mich gestorben bist, dein Blut für meine Sünde und Aggression vergossen hast, dann möchte ich dir gehören. Bitte nimm mein Leben, sei von nun an mein Herr." Seither weiß ich, daß Jesus lebt. Ich weiß es 100 %. Er ist die Antwort, die einzige Antwort.

Verfasser und für den Inhalt verantwortlich: Dipl. Ing. *Alexander Seibel* <<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Juni 2021 im COMPACT-Spezial Nr. 30 (x363/78-81): >> **Alte Mächte, neue Mächte**

_ von Jürgen Elsässer

Haben die Internet-Giganten das Finanzkapital als Weltbeherrscher abgelöst? Kann der sogenannte Plattform-Kapitalismus das System retten - oder schleicht sich darüber der Kommunismus ein?

Die Tech-Giganten verhalten sich wie die Öl-Barone und Eisenbahn-Magnaten der Vergangenheit.

"Diese Firmen haben zu viel Macht", heißt es in einem Bericht des US-Repräsentantenhauses, den der Wettbewerbs-Unterausschuß im Oktober 2020 zur Marktbeherrschung der Internet-Giganten vorgelegt hat. Unternehmen, die als kleine Garagen-Klitschen angefangen hätten, "haben sich in die Art von Monopolen verwandelt, wie wir sie zuletzt in der Ära der Öl-Barone und Eisenbahn-Magnaten gesehen haben".

Insbesondere geht es um den Aufstieg der Großen Vier - Amazon, Apple, Alphabet (Google) und Facebook -, die in der Corona-Krise auf Kosten der analogen Wirtschaft märchenhafte

Gewinne gemacht haben. Die US-Abgeordneten bringen sogar deren teilweise Zerschlagung ins Gespräch.

Auch die chinesische Führung ist alarmiert, sie hat mit ihren eigenen digitalen Riesen zu kämpfen. Ihr Pendant zu Amazon heißt Alibaba, und statt über Whatsapp kommunizieren die Asiaten mit WeChat. Alibaba-Chef Jack Ma verschwand im Herbst 2020 für einige Wochen aus der Öffentlichkeit, sein Konzern mußte umgerechnet 2,2 Milliarden Euro Strafe zahlen. Im Mai 2021 wurde bekannt, daß Peking auch den WeChat-Betreiber Pony Ma beziehungsweise seine Firma Tencent zu einer Buße verdonnert hat, und zwar in Höhe von 1,3 Milliarden Euro.

Pony Ma und Jack Ma waren ursprünglich von der KP gefördert worden, ihre westlichen Konkurrenten mußten die Volksrepublik verlassen. Doch daß der eine jetzt an der staatlichen Bankenaufsicht vorbei ein eigenes digitales Kreditsystem plante und sich der andere insgeheim in immer mehr Branchen einkaufte, bedrohte das Machtmonopol von Maos Nachfolgern. Aber können die Kommunisten überhaupt noch auf die Innovationen verzichten, die ihre Kapitalistenfreunde entwickelt haben?

Das Gespenst des Plattform-Kapitalismus

Der Aufstieg der Tech-Barone hat in der linken und linksliberalen Debatte zu einer neuen Begriffsbildung geführt. "Plattform-Kapitalismus (auch Digitaler Kapitalismus oder Digitale Ökonomie) ist ein sozialwissenschaftlicher Begriff, der einen neuen Typus des Kapitalismus kennzeichnet, in dem Plattform-Unternehmen dominante Wirtschaftsakteure sind. ... Der Plattform-Kapitalismus bezeichnet eine neue digitale Wirtschaftsordnung, in der Plattformen als Mittelsmänner ("Intermediäre") Angebot und Nachfrage am Markt zusammenführen. Sie kontrollieren den Zugang zu Gütern und die Prozesse des jeweiligen Geschäftsmodells", faßt Wikipedia zusammen.

Eine detaillierte Erklärung des "Plattform-Kapitalismus " verspricht das gleichnamige Buch von Nick Srnicek, das 2016 zuerst auf Englisch und 2018 auf Deutsch erschien. Richtig weist der Autor in seinem Eingangskapitel auf den "langen Abschwung" seit 1945 hin, im Zuge dessen das Kapital fallende Profitraten durch höhere Stückzahlen und durch die Zerschlagung unflexibler Industriekolosse kompensieren wollte - was letztlich nicht gelang. Ein Kollaps konnte nur vermieden werden durch das Aufpumpen immer neuer und immer größerer Kreditblasen zur Stimulierung der Nachfrage: Der Dotcom-Kollaps 2000, der Immo-Crash 2008 und aktuell der Corona-Zusammenbruch trieben die Staatsverschuldung in immer schwindelerregendere Höhen.

Doch Srniceks Prognose, der Internet-Boom könne das System in eine neue Phase überführen und damit retten, führt in die Irre, weil die genannten Branchengrößen zwar allesamt traumhafte Renditen einfahren - aber nur auf Kosten der Gesamtwirtschaft. Sie sind nicht die Lokomotive einer profitableren Produktionsweise, sondern nur die Parasiten der bestehenden. Amazon und Alibaba beispielsweise stellen nichts her, sondern sind reine Vertriebsplattformen, die von den eigentlichen Herstellern eine Gebühr verlangen.

Facebook, WeChat und Google sind ebenfalls unproduktiv - sie kassieren nur ihre Werbekunden ab. Allesamt ist ihnen gemeinsam, daß sie lediglich an der Wertschöpfung anderer partizipieren - und damit an deren Einnahmen und Profiten. Die Monopolstellung, die sie in der Distribution erreicht haben, macht sie zu Big Playern - aber die mangelnde Profitabilität des produzierenden Gewerbes beheben sie nicht.

Schnelle Profite, lange Wellen

Beispiel Amazon: Der Boom des Versandhandels während des Lockdowns verdankte sich der steigenden Nachfrage von Kunden, die zu Hause herumsaßen und nicht mehr analog einkaufen konnten. Millionen waren arbeitslos geworden oder auf Kurzarbeit gesetzt - konnten Jeff Bezos aber trotzdem Geld in den Rachen werfen, weil der Staat sie mit Überbrückungshilfen

oder Kurzarbeitergeld alimentierte. Diese Staatsknete war von der Regierung aus dem Nichts geschaffen worden - und entsprach gerade nicht wirtschaftlicher Leistung, denn diese war ja seit Corona-Beginn dramatisch eingebrochen.

Das Geschäftsmodell des neureichen Jeff Bezos funktioniert nur mit Hilfe der alten Finanzmächte.

Wie aber könnten Staaten immer mehr nicht wertgedecktes Konfetti-Geld drucken (besser: im Computer erzeugen), wenn sie nicht die Unterstützung des internationalen Finanzkapitals hätten? Das heißt: Das Geschäftsmodell des neureichen Jeff Bezos kann nur funktionieren, sofern und solange die alten Finanzmächte - J. P. Morgan, Goldman Sachs, Blackrock, Rothschild - mitspielen. Ein George Soros hat schon in den 1990er Jahren bewiesen, daß er überschuldete Volkswirtschaften in Grund und Boden spekulieren kann (siehe Seite 40 ff.).

Daß er im Augenblick darauf verzichtet, seine "finanziellen Massenvernichtungswaffen" etwa gegen marode Euroländer in Anschlag zu bringen, hat nur damit zu tun, daß er Regime stützen will, die den Great Reset und die Neue Weltordnung vorantreiben.

Was Srnicek in Plattform-Kapitalismus beobachtet, ist das Auslaufen einer "langen Welle": Mit diesem Ausdruck bezeichneten der sowjetische Ökonom Nikolai Kondratjew und sein österreichischer Kollege Joseph Schumpeter einen etwa 50 Jahre umfassenden Zyklus, der jeweils von einer Leittechnologie stimuliert wird, etwa dem Eisenbahnbau (1840 bis 1890), der Elektronik (1890 bis 1940) oder der von Henry Ford erfundenen Fließbandproduktion mittels gewaltiger Stromerzeugung durch fossile Energien (1940 bis 1990). Soll nun im Wellental ein Wiederaufschwung erfolgen, kann das nicht durch eine Revolutionierung im tertiären Sektor erfolgen, also bei Vertrieb, Marketing und Verwaltung.

Vielmehr bräuchte es eine neue Leittechnologie im produzierenden Gewerbe. Die aber haben Amazon, Alibaba, Facebook und Google nicht zu bieten.

Der medizinisch-digitale Komplex

Daran arbeiten andere, nämlich das Finanzkapital und Bill Gates: Der Eingriff in den menschlichen Körper und in unser Erbgut - euphemistisch als Gesundheitspolitik umschrieben - soll die Profite bringen, die in den traditionellen Industrien nicht mehr zu erzielen sind. Eine "Armee von Digital Health Startups" sei zum Angriff auf die traditionellen Branchen angetreten, berichtete das Fachportal Smarter Service im November 2020. Hinter den Newcomern "stehen Dutzende Risikokapitalisten ... mit sehr viel Geld. Laut CB Insights haben in diesem Jahr 150 Digital-Health-Startups insgesamt über 20 Milliarden Dollar an Finanzmitteln von mehr als 900 Einzelinvestoren erhalten."

Man darf annehmen, daß zu den Geldgebern der neuen Wachstumsbranchen auch die großen Kapitalsammelstellen wie Blackrock oder der billionenschwere Council for Inclusive Capitalism gehört, den eine Rothschild-Gattin zusammen mit dem Vatikan geschmiedet hat (siehe Seite 71 f.). Die Startups arbeiten laut Smarter Service an Lösungen für "Telemedizin, digitale Prävention und Digitalisierung der Pflege". Bill Gates liefert dann die mRNA-Impfstoffe, die selbstständig entsprechende Wirkstoffe ausschütten, wenn unsere in einer Cloud erfaßten Meßwerte vom Mittelwert abweichen, den die Künstliche Intelligenz errechnet hat.

Das von Henry Ford eingeleitete Zeitalter des Massenkonsums ist vorbei.

Transhumanismus ist der nächste Boom: der Einbau von Mikrochips in unsere Hirne, wovon Elon Musk träumt. Oder Eingriffe in unser Erbgut, die die physischen und kognitiven Fähigkeiten unserer Nachkommen erhöhen: größer, stärker, schneller, klüger. Auch die Lüge der Transgender-Ideologen kann dann wahr gemacht werden: Zwitterwesen mit männlichen und weiblichen Geschlechtsorganen, im Labor zurechtgeschnippelt - die Crispr-Genschere macht's möglich. Entscheidender Fürsprecher dieser Überwindung des Homo sapiens ist übrigens Klaus Schwab, der Chef des Weltwirtschaftsforums (siehe Seite 56 bis 59).

Doch diese Körperoptimierung wird nur für wenige bezahlbar sein - und auch die Elektroau-

tos, die die Verbrenner ersetzen sollen, wird sich nur noch eine Minderheit leisten können. Der Rückgang der Stückzahlen wird kompensiert durch einen viel höheren Einzelverkaufspreis - und durch viel geringeren Arbeitskräfteeinsatz in der Produktion. Die neuen Wachstumsbranchen zielen auf reiche Kundschaft - das von Henry Ford eingeleitete Zeitalter des Massenkonsums ist vorbei.

Kommunismus fürs gemeine Volk

Für das gemeine Volk sieht Klaus Schwabs Great Reset eine Art Armutskommunismus vor. "Du wirst nichts besitzen und glücklich sein", wie es in einer Werbebotschaft des Weltwirtschaftsforums über die Welt der Zukunft heißt. Das neue Modell wird schon von den Plattformbetreibern Airbnb und Uber eingeübt: Man gibt die Souveränität über die eigene Wohnung und das eigene Auto auf und stellt diese anderen zur Verfügung. Wir sollen uns daran gewöhnen, daß wir alles mit allen teilen müssen - Sharing Economy heißt das.

Die Beispiele zeigen, daß man, anders als Srnicek und die Linken, nicht von Plattform-Kapitalismus, sondern eher von Plattform-Kommunismus sprechen sollte. Aber auch das ist nicht ganz richtig. Der Kapitalismus wird zwar abgeschafft. Aber nicht zugunsten eines Kommunismus, denn der bedeutet ja staatliche Planwirtschaft ohne Privateigentum an Produktionsmitteln. Statt dessen droht die Wiederkehr einer Sklavenhaltergesellschaft, die vom Staat kommandiert wird, aber ohne Enteignung der großen Privatvermögen.

Das ist die einzige Lösung für die Superreichen, denn die beiden Wege, den Kapitalismus zu retten, sind gescheitert: Die Arbeitskraft zu verbilligen, wie es die Monetaristen vorschlugen, führte zu unverkäuflicher Überproduktion. Geld in die Märkte zu pumpen, um Nachfrage für die Überproduktion zu schaffen - das Rezept der Keynesianer - führte zu hoffnungsloser Überschuldung.

An die Stelle des marktbasierten Kapitalismus tritt folgerichtig ein Pharao-System ohne Marktkonkurrenz, in dem der Staat die Produktion planwirtschaftlich lenkt und seine Untertanen alimentiert - die einen mehr und die anderen weniger, natürlich immer zum Vorteil der Finanzaristokratie. Die Regierung verteilt in diesem System an alle Geld, so wie sie bisher Hartz-IV verteilt hat - aber künftig nicht mehr als Bargeld, sondern elektronisch. Im Grunde handelt es sich dabei nur noch um Bezugsscheine.

"Du wirst nichts besitzen und glücklich sein."

Weltwirtschaftsforum

Diese Entwicklung wollten die Eliten bisher mit der Klima-Demagogie durchsetzen, doch der Erfolg war bescheiden - zu viele Menschen hatten ihre fünf Sinne noch beisammen und glaubten den Schwindel nicht. Mit der Corona-Hysterie wurde der Widerstand gebrochen: Man hat Todesangst verbreitet und damit aus selbstbewußten Bürgern zitternde Untertanen gemacht, denen man jedes Opfer abverlangen kann.

Kriegsgefahr

Am Ende einer langen Welle kam es in der Vergangenheit immer zu dramatischen politischen Umbrüchen: Dem Auslaufen des Eisenbahn-Zyklus folgte der Erste Weltkrieg, der Zweite stand am Ende des Elektronik-Zyklus, und in der Götterdämmerung der fordistischen Ära kollabierte der Ostblock.

Der Weltbrand 1914 wurde von Lenin aus der "Stagnation und Fäulnis" des imperialistischen Systems abgeleitet, die mit einem Zusammenbruch der Marktwirtschaft und des Parlamentarismus einhergehe. "Auf der Arbeit des Kleinproduzenten beruhendes Privateigentum, freie Konkurrenz, Demokratie - alle diese Schlagworte ... liegen weit zurück."

Tatsächlich beobachten wir Fäulnis auch im heutigen Deutschland: Die früher dynamische Wirtschaftsnation ist mittlerweile unfähig, Großprojekte wie den BER oder Stuttgart 21 zu stemmen, Infrastrukturen wie die Bahn oder Schnellstraßen verrotten. Wie am Anfang des 20. Jahrhunderts ist die industrielle Innovation verebbt, die Profitmaximierung erfolgt ersatzweise

durch finanzkapitalistische Hütchenspiele.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/19132" berichtete am 1. Juli 2021 (x1.251/...): >>**EINFACH WAHNSINN – Grüne Zukunftsvision 2050!**

Eine Reportage von *Thorsten Schulte*

Die Grünen erfreuen sich beeindruckender Wahl- und Umfrageerfolge. Doch was bedeutet eine grüne Klima- und Umweltpolitik für Deutschland? ...

Vom schwachen Abschneiden bei der Landtagswahl in Thüringen einmal abgesehen, erfreuen sich die Grünen seit März 2021 beeindruckender Wahl- und Umfrageerfolge. Laut dem Deutschlandtrend von Anfang Mai 2021 lagen sie mit 26 % sogar 3 % vor der CDU/CSU. Ursache dafür ist, daß es den Grünen aktuell leicht fällt, breite Bevölkerungsschichten anzusprechen und bei Wahlen zu mobilisieren, da die Themenbereiche Klima und Energiewende vielen Menschen wichtig sind.

Doch was bedeutet eine grüne Klima- und Umweltpolitik für Deutschland und wie ist sie einzuordnen? Dieser Frage hat sich Thorsten Schulte angenommen. Der ehemalige Investmentbanker ist inzwischen Bestsellerautor und startete 2017 eine eigene Videoreihe, in der er sich wichtigen Zeitfragen widmet.

Unter dem Titel "EINFACH WAHNSINN - Grüne Zukunftsvision 2050" analysiert er eine Studie der Parteistiftung der Grünen mit Zukunftsvisionen für das Jahr 2050. ...

"Lieber mit der Wahrheit fallen, als mit der Lüge siegen." *Thorsten Schulte*

"Gehen wir den Weg von der Fremdbestimmung zur Selbstbestimmung!" www.fremdbestimmt.com

"Friede ist nur durch Freiheit, Freiheit nur durch Wahrheit möglich." *Karl Jaspers*

Thorsten Schulte: "Bevor ich Euch eine Studie der Parteistiftung der Grünen mit - für mich jedenfalls Horror-Zukunftsszenarien zeige, hören wir mal kurz bei Dieter Nuhr rein. Ein wenig Humor tut uns allen gut."

Nuhr im Ersten, 6. Mai 2021, Minute 26:29 bis 27:06:

"Über das Klima wird nämlich nicht bei der Bundestagswahl entschieden, wie viele glauben – sondern im Wesentlichen in Washington, Moskau und Beijing. Und die Chinesen bauen bis 2035 216 neue Flughäfen. Und wir hier glauben, das Verkehrsmittel des 21. Jahrhunderts wäre das Fahrrad. Da kommt der Chinese aus dem Lachen gar nicht mehr heraus. Ja – aber das ist ja gut so. Wir erfüllen für die Welt vielleicht nicht die Funktion des Vorbildes, wie wir oft glauben – aber die Funktion von Komikern."

Thorsten Schulte: "Ja – recht hat er, der Dieter Nuhr. Bis 2030 muß China seine Kohlekraft-Kapazität um mehr als 40 % von derzeit 1.027 Gigawatt auf 600 Gigawatt reduzieren, wenn es sich an das Pariser Klimaschutzabkommen halten sollte. Und tatsächlich erhöhte China in den ersten acht Monaten des Jahres 2019 seine Kapazität um 42,9 Gigawatt. Hört sich komisch an, ist aber so. Und in der gleichen Zeit hat der Rest der Welt 8,1 Gigawatt abgebaut. Aber was bringt das?

Neben mir ein Schaubild – dazu heraus kommt am Ende ein Plus von 34,8 Gigawatt in der Welt. Wir blenden das mal eben ein – und ich verlinke die Quelle dazu, damit das jeder ... bisherige Wähler der Grünen überprüfen kann, daß 2019 der Anteil Deutschlands am CO₂-Ausstoß bei 2 Prozent lag, während China auf 28,8 Prozent kam.

Und 2009 – zehn Jahre zuvor, kam Deutschland auf 2,5 Prozent und China gerade mal auf 25,9 Prozent. Deutschland kann gar nicht soviel sparen, wie China mehr ausstößt. Und wie gesagt, China scheint sich wohl nicht an die Zusagen zu halten. Eigentlich müßten unsere Politiker doch wissen, wie sich das anfühlt, wenn man Versprechen – äh Wahlversprechen – nicht einhält.

Ab 2030 sollen deshalb nur noch emissionsfreie Autos neu zugelassen werden, zum Beispiel durch eine ansteigende nationale Quote für emissionsfreie Autos. Das steht im Wahlpro-

gramm der Grünen für die Bundestagswahl 2021 – könnt Ihr auf S. 34 nachlesen. Also ab 2030 dürfen keine Verbrennungsmotoren mehr zugelassen werden in Deutschland – wenn es nach den Grünen geht. Und kennt Ihr den Winfried Kretschmann? Das ist der Ministerpräsident in Baden-Württemberg – und zwar für die Grünen. Und was sagte der, als er sich – zugegeben – unbeobachtet fühlte? Wir zeigen das gleich. Am Anfang kommen noch ein paar Sekunden mit Anton Hofreiter, dem Vorsitzenden der Bundestagsfraktion. Und dann der erwähnte Hr. Kretschmann. Sehr erhellend! Hört mal selbst:

'Jouwwatch': Anton Hofreiter, Grüne, Bundestags-Fraktionsvorsitzender: "... irgendeiner – nur weil diese unverantwortliche Bundesregierung versucht, einen Schutzzaun zu bauen – einen Schutzzaun zu bauen um unsere Autoindustrie, daß Tesla plötzlich aufhört, Autos zu produzieren."

Im Bild Winfried Kretschmann, Ministerpräsident Baden-Württemberg im Gespräch mit Matthias Gastel (MdB): "Jetzt kommt der Hofreiter immer mit seiner tollen Story vom Tesla.

So - jetzt überleg Dir mal, es fahren fünf Millionen Elektroautos rum. Wo tanken die? Jetzt erzählt er dann, wie er tankt und daß er dem sagt, wie er tanken soll... Jetzt nehmen wir mal eine ganz normale Tankstelle, wie wir sie heute haben. Wir haben an großen Tankstellen vielleicht Platz für zehn Autos, die da auf einmal tanken. So, jetzt dauert das aber bei denen zwanzig Minuten. Jetzt – wie soll das funktionieren? Ihr habt keine Ahnung!

Aber die Leute sagen, ab 2030 kann man das alles machen. Das sind doch Schwachsinnstermine! Wenn mich einer fragt: Erklären Sie mir mal, wie Sie das machen zu diesem Termin. Das kann ich nicht ansatzweise. Wie kann man denn so ein Zeug verzapfen? Vielleicht kommt es sogar noch schneller – keine Ahnung. Aber wir müssen uns doch darum kümmern, daß es überhaupt funktioniert – und nicht radikale Sprüche ablassen. Ihr könnt das machen. Macht das! Es ist mir egal! Dann seid aber mit sechs Prozent oder acht einfach zufrieden. Ich war im Parteirat. Da habe ich zehn Mal gesagt: Ist o.k. – ihr könnt es so beschließen. Seid mit acht Prozent zufrieden. Dann jammert nicht rum und laßt mich in Ruhe."

Thorsten Schulte: "Die deutsche Automobil-Wirtschaft ist die Schlüsselbranche in unserer Wirtschaft. Und zwar von 2007 bis 2018 stieg die Beschäftigung auf eine Spitze von 833.837 und 2020 waren es schon nur noch 808.935. George Soros – der Milliardär – hat irgendwas gegen Deutschland. Er unternimmt alles, um unser Land zu schwächen. Schon 2013 begann ein Artikel der Frankfurter Allgemeinen Zeitung mit den beiden Sätzen: "Großinvestor George Soros setzt Deutschland die Pistole auf die Brust. Es solle entweder Eurobonds zustimmen oder den Euro verlassen." So George Soros.

Auf S. 46 und 47 des Bundestagswahl-Programms der Grünen 2021 wird eine Schulden- und Banken-Union angepriesen – genau das will die Elite, genau das will George Soros. Schulden-Vergemeinschaftung zu Lasten Deutschlands. Sie wollen eine Banken-Union, damit Deutschlands Sparer bei Pleiten europäischer Banken mithaften. Leute – denkt nach! George Soros ist ein Milliardär, der mit seiner "Open Society Foundation" für offene Grenzen rücksichtslos sorgt.

Versteht mich nicht falsch – Menschen in Not – ich sag das immer wieder – helfe ich gern. Aber so eine Politik wird unsere Lebensgrundlage zerstören. Und die (Tageszeitung "Die Welt" schrieb bereits im Februar 2019: "Doch Soros hat eine Hoffnung: Die Grünen!" Ja – klar! Dieser George Soros trifft sich - hier auf dem Foto neben mir zusammen mit seinem Sohn - mit Österreichs Bundeskanzler Sebastian Kurz und auf dem zweiten Foto sieht man ihn mit Annalena Baerbock. Das ist ja die grüne Kanzlerkandidatin, die jetzt so hochgelobt wird in den Medien. Dieser Mann zieht überall seine Fäden.

Denkt an die Worte von Coudenhove-Kalergi, dem ersten Karlspreis-Träger, der seit 1950 jedes Jahr in Aachen vergeben wird. Im letzten Video las ich es Euch aus seinem Buch vor. Ein Mann der Elite für die Elite! Und was sagte er? "Die Staatsmänner sind die Marionetten,

die Kapitalisten die Drahtzieher." Er sprach über die Plutokratie. Über die Herrschaft der Reichsten. Und "DCLeaks" – eine amerikanische Webseite ähnlich wie Wikileaks – hat gehackte E-mails der "Open Society Foundation" von George Soros veröffentlicht.

Und demnach sprach sich ein Memorandum der George Soros-Stiftung vom 10. Mai 2016 dafür aus, die europäische Flüchtlingskrise als was? – Ja, als neue Normalität zu sehen. Denn: "Die Krise eröffne den Soros-Stiftungen neue Chancen, die Einwanderungspolitik zu beeinflussen". Besser gesagt: Sie eröffnet neue Chancen viel mehr Einwanderung zu ermöglichen - und was steckt dahinter?

Das alte Herrschaftsprinzip "spalte und herrsche" kann in multikulturellen Gesellschaften viel besser angewandt werden. Linke und Rechte, Schwarze und Weiße, Christen und Muslime streiten sich und die Elite kann ihre Pläne durchsetzen - ohne daß wir es merken. Deshalb müssen wir Menschen einen gegen die Plutokratie, gegen die Elite!

Soros will mehr und mehr Integration und Baerbock fordert genau das. Soros will Eurobonds und Schulden-Vergemeinschaftung – und Baerbock fordert genau das. Und glaubt Ihr, das Verbot von Verbrennungsmotoren - von den Grünen für 2030 gefordert – hilft uns, unserer Wirtschaft? Nein – es schadet ausgerechnet in Europa der deutschen Volkswirtschaft am meisten. Deren Automobilwirtschaft ist nämlich die erfolgreichste – bislang. Und diese Elite hat nicht unser Wohl zum Ziel.

Sie höhlen die National-Staaten aus, um ihre Macht auszubauen und unwiderruflich zu zementieren. Mehr dazu kommende Woche. Aber schon jetzt das Zitat des großen Liberalen Ralf Dahrendorf, das bereits im Klappentext meines Buches "Fremdbestimmt" abgedruckt ist: "Wer den Nationalstaat aufgibt, verliert damit die bisher einzige effektive Garantie seiner Grundrechte. – Seiner Grundrechte! – Wer heute den Nationalstaat für entbehrlich hält, erklärt damit – sei es auch noch so unabsichtlich – die Bürgerrechte für entbehrlich." Große Worte eines großen liberalen Vordenkers, der leider inzwischen tot ist.

Ich habe Euch Fakten zu China gezeigt und Dieter Nuhr Recht gegeben. Wenn Ihr bei Verstand seid und unser Land regieren würdet, würdet Ihr es so regieren, wie es die Grünen wollen und Angela Merkel ja bereits seit langem auch macht? Diese Politik sägt auf dem Ast, auf dem wir alle sitzen. Wir alle! Und diese Politik schwächt unser Land. Die Grünen fordern all das, was der ‚Meister‘ Soros will. Unsere National-Staaten sollen aufhören, zu existieren, damit wir den Plutokraten, den Reichsten der Reichen, schutzlos ausgeliefert sind. Ich meine das sehr, sehr ernst.

Und jetzt noch zu der Studie der Parteistiftung der Grünen. Diese ist selbst nach fünf Monaten nicht ins Deutsche übersetzt. Die englische Fassung verlinke ich Euch. Vermutlich will man gar nicht, daß allzu viele Deutsche diese Studie lesen. Ich will Euch mal die grünen Zukunftsszenarien für das Jahr 2050 hier beschreiben. Auf S. 33 und 34 findet ihr eine schöne Übersicht in dieser Studie. Der Autoverkehr muß um 81 Prozent sinken. Nur noch alle drei Jahre sollen wir 2050 fliegen, statt einem Flug pro Person im Jahr 2025. Der Wohnraum pro Einwohner muß um 25 Prozent schrumpfen. Die Zahl von elektrischen Geräten, also Waschmaschinen, Geschirrspüler etc., wird halbiert. Der Fleischkonsum muß um 60 Prozent gesenkt werden. Das sind nur ein paar Beispiele.

Ihr seht es angesichts der Corona-Pandemie. Sie erzeugt Angst und die Menschen lassen anscheinend alles mit sich machen. Ich – ich nicht! Und mit der Angst vor einer weltweiten Klimakatastrophe verhält es sich genauso. Und mit der CO2-Steuer kann man bei uns allen abkassieren – weil Ihr alle über die Angst gesteuert werdet und Euch besteuern laßt. Und – könnt Ihr Euch noch an den "Club of Rome" erinnern? Ich hab hier noch die Bücher vorliegen – aus den 70er Jahren. Über die Grenzen des Wachstums. Und danach hätten wir heute keine Rohstoffe mehr.

Oder denkt an das Waldsterben. Daß der deutsche Wald sterben würde – Mitte der 80er Jahre. An all diese Berichte. Die Rockefeller-Foundation hatte die Gründung dieses "Club of Rome" damals unterstützt. David Rockefeller war bei allen Bilderberg-Treffen dabei. Und dieser David Rockefeller, der am 10. August 1973 (in der New York Times), die Chinesische Revolution unter Chinas Diktator Mao mit rund 65 Mio. Toten laut dem Schwarzbuch des Kommunismus hochleben ließ – dieser Mann steckt natürlich auch hinter dem "Club of Rome". Und auch heute zeichnen sich auch Leute wie Klaus Schwab vom Welt-Wirtschaftsforum aus durch ausgezeichnete Kontakte zu China. China kann schalten und walten wie es will – das zeigt sich ja grade. Weil die Elite es gerade will.

Aber wir sollen über Schulden-Vergemeinschaftung in Europa, CO2-Steuer und die Grünen-Verbote in Schach gehalten werden. Denkt doch mal drüber nach. Und um Euch die Angst vor der CO2-Katastrophe mindestens so ein bißchen zu nehmen, habe ich am 10. Dezember 2020 ein Video hochgeladen mit einem Interview mit Professor Dr. Kirstein – toller Mann – mit Inhalten seines tollen Buches – schaut es Euch an – und kommende Woche mehr zu den Plänen der Elite. Ich wünsche Euch Gottes Segen und ich bitte Euch alle: Geht in Euch, hinterfragt, denkt selbst! In diesem Sinne nochmals Gottes Segen!"<<

Willy Klages (1953*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schrieb am 1. Juli 2021 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Politiker und Journalisten: >>**Betreff: "15jährige Laufzeitverlängerung für alle noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke in Deutschland"**

Sehr geehrte Damen und Herren!

In 6 Monaten sollen 3 weitere Kernkraftwerke ersatzlos abgeschaltet werden.

Die letzten noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke in Deutschland sind derzeit:

Kernkraftwerk Gundremmingen C (Bayern), Laufzeit: 1985 bis zum 31. Dezember 2021.

Kernkraftwerk Grohnde (Niedersachsen), Laufzeit: 1985 bis zum 31. Dezember 2021.

Kernkraftwerk Brokdorf (Schleswig Holstein), Laufzeit: 1986 bis zum 31. Dezember 2021.

Kernkraftwerk Emsland (Niedersachsen), Laufzeit: 1988 bis zum 31. Dezember 2022.

Kernkraftwerk Neckarwestheim 2 (Baden Württemberg), Laufzeit: 1989 bis zum 31. Dezember 2022.

Kernkraftwerk Isar 2 (Bayern), Laufzeit: 1988 bis zum 31. Dezember 2022.

Wenn man bis zum 31. Dezember 2022 diese 6 Kernkraftwerke ersatzlos abschaltet, werden in Deutschland 6 strategisch ungemein wichtige Grundlastkraftwerke (die praktisch rund um die Uhr liefen) und indirekte (stets zur Verfügung stehende und sofort einsatzbereite) Energiespeicher mit einer Nettoleistung von 8.113 Megawatt fehlen.

Nach der Abschaltung der Kernkraftwerke müssen die Brennelemente ein bis fünf Jahre in einem Abklingbecken außerhalb des Kernkraftwerkes gekühlt werden, um eine drohende Kernschmelze der Brennelemente zu vermeiden.

Angesichts der dramatischen Folgen von längeren Stromausfällen sollte die deutsche Bundesregierung die angestrebte Energiewende unverzüglich reformieren und nach dem Vorbild Spaniens handeln.

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 29. Januar 2014 z.B. über die Energiewende in Spanien: >>**20 Jahre Laufzeitverlängerung: Spanische Energiewende zurück zur Atomkraft**

Die spanische Regierung will die Kernkraftwerke zwanzig Jahre länger am Netz lassen als bisher geplant. Ursprünglich sollte die gesamte Nuklearindustrie in diesem Jahr abgeschaltet werden.

In einer drastischen Kehrtwende bei der Atomenergie erwägt die spanische Regierung nun eine Verlängerung der Laufzeit für Kernkraftwerke von gegenwärtig 40 auf "50 oder 60 Jahre" oder sogar noch darüber hinaus. ... Das Industrieministerium dringt schon seit einiger Zeit auf

einen solchen Schritt "im wirtschaftlichen Interesse" des Landes.

Die Stromversorgung gehört zu den wichtigen staatlichen Aufgaben der Daseinsvorsorge

Die Elektrifizierung zählt zu den wichtigsten Innovationen des 20. Jahrhunderts, denn ohne Strom kommen die gesamte moderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft sowie das private Leben schlagartig zum Stillstand. Die Energie- und Wasserversorgung gelten in einem Sozialstaat nicht umsonst zu den wesentlichen staatlichen Aufgaben der Daseinsvorsorge. Es gehört zu den Haupttätigkeiten des Staates, die zivilisatorische Grundversorgung der Bevölkerung bereitzustellen und zu gewährleisten.

Die staatliche Daseinsvorsorge ist nach Artikel 20 und Artikel 28 des deutschen Grundgesetzes fester und wesentlicher Bestandteil der Sozialstaatlichkeit. Danach müssen u.a. lebenswichtige Güter und Dienstleistungen dem Gemeinwesen diskriminierungsfrei zur Verfügung stehen und eine gewisse Lebensqualität garantiert werden.

Jeder demokratische Staat hat die Pflicht, seinen Staatsbürgern ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit und Sicherheit zu gewährleisten. Es kann niemals zu den Aufgaben und Pflichten von gewählten deutschen Abgeordneten gehören, die nationale Stromversorgung und damit zwangsläufig die Lebensgrundlagen des deutschen Volkes zu gefährden.

Schutz des Lebens, der Gesundheit und der Freiheit sowie Gewährleistung der Sicherheit

Das Leben, die Gesundheit, Freiheit und Sicherheit der Menschen zu schützen, zählt zu den wesentlichsten Aufgaben eines Staates und der gewählten Repräsentanten des Volkes

Die Pflichten des Abgeordneten ergeben sich aus der moralischen Verpflichtung, das Mandat nach bestem Wissen und Gewissen zum Wohle des gesamten Volkes auszuüben. Die demokratisch legitimierten Volksvertreter sind niemandem untergeordnet, sondern als Repräsentanten des gesamten Volkes nicht an Aufträge und Weisungen gebunden und nur dem eigenen Gewissen unterworfen (Artikel 38 Grundgesetz).

Die aus Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland folgende Schutzpflicht des Staates (Abs. 2 Satz 1: *Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.* ...) umfaßt auch die Verpflichtung, das Leben und die Gesundheit der Bevölkerung vor den Gefahren der sog "Energiewende", wie zum Beispiel vor den extremen Ereignissen während eines längeren flächendeckenden Stromausfalls, zu schützen.

Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes begründet auch eine objektivrechtliche Schutzverpflichtung in Bezug auf künftige Generationen und unsere Nachbarstaaten, denn in den Abklingbecken von 7 stillgelegten Kernkraftwerken, die in den Jahren 2019 bis 2022 vom Netz genommen werden sollen, droht bei einem längeren Blackout die gefürchtete Kernschmelze der Brennelemente und die Freisetzung von tödlicher Radioaktivität.

Die staatlich angeordnete ideologische "Energiewende" diene nachweislich nie dem Wohle des deutschen Volkes, sondern fügte den Bürgern der Bundesrepublik Deutschland bereits gigantische Schäden zu. Bisher wurde jedoch kein Mitglied der deutschen Bundesregierung angeklagt oder gar zur Rechenschaft gezogen.

In einem demokratischen Rechtsstaat, der vor allem die Lebensgrundlagen der Deutschen schützen muß, sind alle Politiker, die zweifelsfrei gegen geltendes deutsches Recht verstoßen haben, wegen ihrer Rechtsbrüche zur Verantwortung zu ziehen.

Gemäß § 81 Strafgesetzbuch begeht zum Beispiel Hochverrat,

"(1) Wer es unternimmt, mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt

1. den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen oder

2. die auf dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beruhende verfassungsmäßige Ordnung zu ändern ...".

Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe ist für Staatsschutzstrafsachen zuständig, die die innere

und äußere Sicherheit Deutschlands berühren. Nach den Grundsätzen des Rechtsstaates darf die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe die lebensbedrohlichen Folgen der staatlich angeordneten Energiewende nicht weiterhin ignorieren, sondern ist von Amts wegen verpflichtet, zu prüfen, ob die angeordneten Maßnahmen der Bundesregierung tatsächlich mit dem Grundgesetz vereinbar sind und ob diese staatlichen Maßnahmen der sog. "Energiewende" das Leben, die Gesundheit, Freiheit und Sicherheit der Menschen gefährden sowie den Bestand der Bundesrepublik Deutschland und der Nachbarländer bedrohen können.

Falls es zu einer Kernschmelze der Brennelemente in den Abklingbecken und der Freisetzung von tödlichen radioaktiven Strahlen kommen sollte, würden schließlich große Teile der deutschen Bundesländer sowie große Gebiete der Nachbarländer unbewohnbar und zu verseuchten Todeszonen. ...<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 27/21" berichtete am 2. Juli 2021 (x1.387/...):

>>**Vertrieben in den Kontext**

Das Dokumentationszentrum zu Flucht und Vertreibung ist in der Bundeshauptstadt eröffnet worden: Das lange umstrittene "sichtbare Zeichen" präsentiert sich im internationalisierten Gewand

Christian Rudolf

Staatliche Museen anderer europäischer Länder würdigen nationale Großtaten oder kollektives Leiden der eigenen Gemeinschaft. Die Gedenkpolitik in den vormaligen "Bloodlands" (Timothy Snyder) trägt eindeutig nationale Züge.

So ist das Museum des Warschauer Aufstandes in der polnischen Hauptstadt eine bildgewaltige Heiligsprechung der Widerstandsbewegung und eine Anklage gegen die Besatzer; das Museum der Opfer des Genozids in Wilna sowie das Lettische Okkupationsmuseum in Riga dokumentieren und betrauern die Verbrechen, die Litauer und Letten durch Fremdherrschaft im Umfeld des Zweiten Weltkriegs erlitten; das Nationale Museum des Holodomor in Kiew ... zeigt und vermittelt den Stalinschen Hunger-Genozid am ukrainischen Volk mit sieben Millionen Opfern und dessen Ablehnung durch die kommunistisch-russischen Täter.

Die triumphalen Zentralmuseen des "Großen Vaterländischen Krieges" in Moskau und Minsk verherrlichen Rote Armee und Partisanenkampf, strahlen ungebrochen sowjetischen Geist aus, inklusive Geschichtsklitterung. Gemeinsam ist allen Ansätzen: Sie stärken und stabilisieren nach innen und tragen zu einem guten kollektiven Selbstbild bei.

Der Fellmantel eines deutschen Jungen, das Fahrrad eines Syrrers

Führe mich also durch deine Museen, und ich sage dir, wie dein Staat es mit der eigenen Nationalgeschichte hält. Mitten in der deutschen Hauptstadt ist nun eine Dauerausstellung der Öffentlichkeit übergeben worden, die geschichtspolitisch so umstritten und von Querelen überschattet war wie kein anderes Projekt der zurückliegenden zwanzig Jahre: das lang erwartete neue Dokumentationszentrum der 2008 gegründeten Bundesstiftung "Flucht, Vertreibung, Versöhnung", populär geworden unter dem Begriff des "sichtbaren Zeichens".

Doch mit der ursprünglichen Idee des Bundes der Vertriebenen unter Erika Steinbach sowie dem SPD-Politiker Peter Glotz, einen nationalen Erinnerungs- und Trauerort an Flucht, Vertreibung und gewaltsames Ende der 700jährigen Geschichte deutscher Ostsiedlung zu schaffen, hat der Inhalt nur mehr rudimentär etwas gemein. Wie auch, es sollte ja ein Gegenmodell werden; "daß es nicht um ein nationales, sondern um ein europäisch orientiertes Projekt geht", faßte Wolfgang Thierse, zur Zeit der Stiftungsgründung Bundestagspräsident, dieser Tage den politischen Auftrag zusammen.

Nur der Ort, das ehemalige "Deutschlandhaus" am Anhalter Bahnhof, ist noch derselbe. Die mächtigen Großbuchstaben des Schriftzugs über dem Haupteingang sind verschwunden, das Gebäude völlig entkernt und feinsinnig neugestaltet --- einschließlich Unisextoiletten.

Zwei Etagen für zwei Schauen: Das weite, helle erste Obergeschoß präsentiert in sechs locker

gruppierten Themeninseln die Geschichte und Gegenwart von Zwangsmigration in und Einwanderung nach Europa, verursacht durch Krieg, Bürgerkrieg, ethnischen Haß, ökonomische Not - unabgeschlossen, auf die Zukunft hin zu ergänzen. Die Nation wird als ein Konstrukt der Zeit nach der Französischen Revolution eingeführt und sogleich begrifflich mit Nationalismus verknüpft. Weitere Stationen thematisieren hier "Wege und Lager", "Krieg und Gewalt", dort "Verlust und Neuanfang", da "Erinnerung und Kontroversen".

An Objekten steht das Bullauge der versenkten "Wilhelm Gustloff" neben einem Iris-Scanner-Bezahlssystem in einem jordanischen Flüchtlingslager; ausgestellt ist der lebenslang aufbewahrte Fellmantel, der einen Siebenjährigen auf der Flucht aus Ostpreußen im bitterkalten Januar 1945 vor dem Erfrieren bewahrte genauso wie eins der Klappräder, die syrische Wirtschaftsmigranten 2015 auf der arktischen Route von Rußland nach Norwegen verwendeten und sich ihrer gleich nach Grenzübertritt entledigten; auf Videoleinwänden sprechen neben drei deutschen Vertriebenen drei Kriegsflüchtlinge aus Ex-Jugoslawien sowie drei ehemalige vietnamesische "Boatpeople" über ihre höchst unterschiedlichen Neuanfänge in der Bundesrepublik.

Das sowjetische Massaker von Nemmersdorf bekommt als Kriegsverbrechen genauso ein Schrankfach wie die Ukraine als aktuelles Beispiel für einen Staat mit einer großen Zahl von Binnenkriegsflüchtlingen. Doch selbst bei Nemmersdorf durfte der volkspädagogisch wesentliche Hinweis nicht fehlen, daß das NS-Regime die Morde "propagandistisch inszenierte" und "instrumentalisierte".

Mit Rücksicht auf Sensibilitäten der Vertreiberstaaten

Die eigentliche Vertriebenenausstellung liegt, erreichbar über eine Wendeltreppe, versteckt im zweiten Obergeschoß - tageslichtlos, düsterer beleuchtet, streng angeordnet, in ihrer Kühle beinahe aseptisch. Auf die zusammenhängende Darstellung von Flucht, Vertreibung und Ausmordung der Deutschen in Ostmittel- und Südosteuropa ab 1944 und deren Eingliederung in Restdeutschland trifft der Besucher dort nur eingebettet, erwünscht heftig "kontextualisiert". Die Absicht der Besucherführung ist so durchsichtig wie BRD-volkspädagogisch.

Auch visuell haben die Ausstellungsmacher das Kapitel B über "Neuordnung durch Vertreibungen" verborgen hinter einem epischen Kapitel A mit Behandlung der deutschen Expansionspolitik nach Beginn des Zweiten Weltkriegs; eines Krieges, dessen Ausbruch und Grausamkeiten selbstverständlich allein dem Reich angelastet werden. Eine Feststellung wie beispielsweise die, Edward Benesch habe 1938 die Idee entwickelt, die Zahl der Deutschen im Land "zu verringern", wird sogleich dadurch abgemildert, der tschechoslowakische Staatspräsident reagiere hiermit nur auf Hitlers Forderung nach Abtrennung des Sudetenlands.

"Natürlich haben wir uns auch die jeweiligen nationalen Perspektiven unserer Nachbarn angesehen", so Stiftungschefin Gundula Bavendamm in der Preußischen Allgemeinen Zeitung, "wir haben geschaut, wo es besondere Sensibilitäten gibt und dies auch in unserer Konzeption berücksichtigt." Deshalb: Kein Wort vom polnischen "Westgedanken", der schon im 19. Jahrhundert Gebietsansprüche bis kurz vor Hamburg entwickelte, kein Wort über den antigermanischen Panslawismus, und Schwamm über das polnische Enteignungsgesetz von 1920.

Die systematisch verübte, vieltausendfache sexuelle Gewalt an deutschen Frauen und Kindern ab 1944 - sie wird erwähnt. Und auch in diesem Vertreibungskapitel, im konzeptionellen Kern der Ausstellung, ringen die bewegenden Familien- und Einzelschicksale unserer deutschen Vertriebenen nach dem Willen der Kuratoren gleichsam um Platz und Gehör mit den Geschichten der Zwangsumsiedlung von Polen, Ukrainern, Slowaken und Ungarn nach Kriegsende. Das ist alles interessant und menschlich rührend, keine Frage. Doch man bemerkt die erzieherische Absicht - und ist verstimmt. ...<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 27/21" berichtete am 2. Juli 2021 (x1.387/...):

>>Die Abschaffung des Ehegattensplittings soll die Wirtschaft ankurbeln

Angriff auf die Familien

Ulrich van Suntum

Das Ehegattensplitting ist ein Dauerzankapfel im deutschen Steuerrecht. Jetzt ist es durch die Studie dreier RWI-Ökonomen erneut unter Beschuß geraten. Demnach soll seine Abschaffung mehr Beschäftigung schaffen und das Bruttoinlandsprodukt (BIP) erhöhen - und das bei insgesamt unveränderter Steuerbelastung. So könnten gut 580.000 Vollzeitjobs mehr besetzt werden, hauptsächlich mit Frauen, die durch den Splittingvorteil derzeit zu wenig Arbeitsanreize hätten. Grüne, SPD und Linke griffen die Vorlage gerne auf und forderten erneut die Abschaffung des Ehegattensplittings.

Dabei hatte das RWI schon 2013 im Auftrag der Grünen die ökonomischen Folgen untersucht und war zu überwiegend negativen Ergebnissen gekommen: Die Beschäftigungseffekte seien "relativ gering", und es komme überdies zu "erheblichen zusätzlichen Steuerzahlungen". Die aktuelle Arbeit (RWI Materialien, 144/21) ist daher nur ein Diskussionspapier des Düsseldorfer Wirtschaftsprofessors Ronald Bachmann sowie der Mitarbeiter Philipp Jäger und Robin Jessen.

Allerdings verwenden sie ebenfalls das RWI-Simulationsmodell, nur mit optimistischeren Ergebnissen. Denn sie schlagen vor, zum Ausgleich für den Wegfall des Splittingvorteils den Grundfreibetrag für Ehepaare zu erhöhen, und zwar von 8.472 Euro (2015) auf künftig 12.222 Euro. Dadurch komme es in der Summe nicht zu Steuer mehrbelastungen und zugleich zu weiteren Beschäftigungseffekten. Ein Drittel der erhofften Jobeffekte gehen allein auf diese Zusatzmaßnahme zurück.

Kommt das tatsächlich so? Denn errechnet wird nur die zusätzliche Arbeitsbereitschaft der Frauen. Gibt es überhaupt genügend passende Zusatzjobs? Auch die dann fehlende Zeit für die Hausarbeit bleibt unberücksichtigt. Sie zählt zwar nicht zum BIP, ist aber nicht weniger wohlstandsrelevant, worauf sonst zu Recht hingewiesen wird.

Die größten Arbeitsmarkteffekte werden zudem ausgerechnet in Familien mit Kindern erwartet. Da ist die Frau meist gar nicht erwerbstätig und der Splittingvorteil entsprechend groß. Sein Wegfall soll deshalb besonders starke Anreize zur Aufnahme einer Berufstätigkeit bieten. Doch wer betreut denn dann die Kinder? Das zugrundeliegende Modell ist eine Black Box, es wird nirgendwo detailliert dargestellt. Offensichtlich hat es erhebliche Schwächen.

Auch grundsätzlich wäre die Abschaffung des Ehegattensplittings falsch. Gleich hohe Familieneinkommen würden dann unterschiedlich hoch besteuert, je nachdem wie sich die Einkünfte der Ehegatten zusammensetzen. Das ist mit dem grundgesetzlichen Schutz der Familie unvereinbar, wie das Verfassungsgericht mehrfach festgestellt hat. Zudem würde der neue Vorschlag zu unterschiedlich hohen Grundfreibeträgen für Verheiratete und Singles führen, was vermutlich auch verfassungswidrig wäre.

Nicht zuletzt hätte die Reform negative Verteilungseffekte, wie die Autoren selbst schreiben. Vor allem Besserverdienende würden von der Senkung der Grenzsteuersätze profitieren. Große Familien würden damit schlechter fahren als kleine. Zudem würde das verfügbare Einkommen für die meisten Paare mit ungleichem Einkommen sinken - trotz Mehrarbeit. Hätten die linken Politiker die RWI-Untersuchung gründlicher gelesen, müßten sie für die Beibehaltung des Splittingvorteils sein.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum lehrte bis 2020 VWL an der Wilhelms-Universität Münster.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 27/21" berichtete am 2. Juli 2021 (x1.387/...):

>>Mehr Belastungen durch das Klimaschutzgesetz der Bundesregierung

Scheinheilige Abzocke

Marc Schmidt

Die Fakten hinter dem Klimaschutzgesetz der Bundesregierung machen sprachlos: Elf Milliarden Euro fließen an die Ökostromerzeuger. Das soll die Stromkunden bei der Umlage (der-

zeit 6,5 Cent pro Kilowattstunde) durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz entlasten. Die installierte, aber unzuverlässige Kapazität hinter diesen Subventionen beträgt inzwischen 54 Gigawatt (GW) Photovoltaik und 54,4 GW Windkraft an Land, errichtet seit 20 Jahren. Hinzu kommen 7,75 Gigawatt auf Nord- und Ostsee. Zur Erreichung der "Klimaziele" müssen in weniger als neun Jahren zusätzliche 100 GW Windkraft an Land und 150 GW Photovoltaik errichtet werden.

Selbst wenn alle geplanten und im Bau befindlichen Stromtrassen wider allen Erfahrungswerten in dieser Zeit fertiggestellt würden, wären weder das Netz noch die Steuerungstechniken in der Lage, mit diesen Mengen an Ökoenergie zurechtzukommen. Auch wenn neue Anlagen weniger EEG-Bonus beziehen und mit Ausschreibungen gearbeitet wird, wird sich das Volumen der Zwangsumlage weiter erhöhen.

Bereits heute zahlt der Bürger die explodierende Förderung für Biogas, Solar, Wind & Co. mit dem Strompreis. Steuermittel sollen nun verschleiern, daß der höchste Strompreis der Welt weiter nach oben klettert. Das Geld dafür soll die steigende "CO2-Bepreisung" (Brennstoffemissionshandelsgesetz/BEHG) bringen, für die Union und SPD gerade die Grünen scheinheilig kritisieren. Benzin und Diesel sind daher seit Januar deutlich teurer.

Die Heizkosten für eine 70-Quadratmeter-Wohnung steigen in den kommenden drei Jahren bei einer Ölheizung um 14 Prozent bzw. 100 Euro. Bei einer Gasheizung sind es zehn Prozent bzw. 70 Euro. Die Spritpreise werden zusätzlich um zehn bis zwölf Cent anziehen. Sollte sich die Umsetzung des Klimaschutzgesetzes verzögern, müßten die acht Milliarden Euro Steuermittel, die als Förderprogramm ebenfalls beschlossen sind, weiter erhöht werden.

Angesichts der Schuldenbremse wäre dies wohl nur über eine BEHG-Verschärfung realisierbar - sprich: Die Bürger müssen noch mehr zahlen. Die Überprüfung dieser Entwicklungen übernimmt das Wirtschaftsministerium, dem der Bundesrechnungshof beim bisherigen Monitoring der Energiewende ein "komplettes Versagen" (16/21) attestiert hat.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 27/21" berichtete am 2. Juli 2021 (x1.387/...):

>>Viele Deutsche besitzen wenig Vermögen

Global Wealth Report 2021: Die Hälfte der Haushalte ist ärmer als Italiener und Spanier / USA haben die meisten Millionäre

Elias Huber

Vor acht Jahren sorgte eine Studie der Europäischen Zentralbank (EZB) für Wirbel: Das deutsche Medianvermögen war damals wesentlich kleiner als das von "geretteten" Euro-Ländern wie Spanien und Italien. Der Median ist dabei das Vermögen, über und unter dem jeweils die Hälfte aller Haushalte liegt. Bei dieser Statistik stand Deutschland ganz unten im Euro-Raum - sogar hinter Griechenland. Mögliche Erklärungen waren damals höhere Vermögensungleichheiten, Nachwirkungen der Wiedervereinigung oder daß in den Südländern mehr Menschen in einem Haushalt zusammenlebten.

Doch letztere Unterschiede waren nicht sehr groß. Der deutsche Haushalt zählte im Schnitt 2,04 Personen, in Italien waren es 2,53 Personen und in Spanien 2,68 Personen. Deutschland ist aber der Hauptfinancier der EU und bewahrte die Südländer mit Bürgschaften und Krediten vor der Staatsinsolvenz. Nun hat die Zürcher Großbank Crédit Suisse in ihrem "Global Wealth Report 2021" die Zahlen von 2013 weitgehend bestätigt.

Die Deutschen (268.680 Dollar pro Haushalt) sind weiterhin nicht so reich wie Schweizer (673.960), Niederländer (377.090), Franzosen (299.360) oder Österreicher (290.350), aber immerhin vermögender als die Italiener (239.240), Spanier (227.122), Slowenen (120.173) oder Griechen (104.603).

Mit 65.374 Dollar Nettovermögen auf dem Niveau von Slowenien

Aber viele Haushalte sind weiter vergleichsweise arm, denn relativ wenige extrem hohe Vermögen heben den statistischen Durchschnitt. Die Hälfte besitzt umgerechnet weniger als

65.374 Dollar Nettovermögen, wenn man Realvermögen wie Immobilien und Finanzvermögen addiert und die Haushaltsschulden abzieht.

Deutschland liegt damit auf dem Niveau von Slowenien (67.961) und immerhin vor Portugal (61.306 Dollar), Griechenland (57.595) oder der Slowakei (45.853) - aber weit hinter Luxemburg (259.899), Belgien (230.550), Dänemark (165.620), der Schweiz (146.730), den Niederlanden (136.110), Frankreich (133.559), Großbritannien (131.520), Italien (118.880) und Spanien (105.830), Österreich (91.833), Schweden (89.846), Malta (84.390) oder den USA (79.274).

Erstaunlich ist zudem, daß die Vermögen seit dem Jahr 2000 - also ein Jahr nach Einführung des Euro als Verrechnungseinheit - in Italien und Spanien schneller gewachsen sind als in Deutschland. In Italien stiegen die Privatvermögen im Schnitt um 3,5 Prozent pro Jahr, in Spanien um 5,6 Prozent, in Deutschland aber nur um 2,8 Prozent.

Auch in den skandinavischen Ländern wuchsen die Haushaltsvermögen mit 5,9 Prozent deutlich kräftiger. Manche Euro-Länder liegen aber auch hinter Deutschland, etwa Österreich mit 2,6 Prozent. Laut dem Ökonomen Philipp Bagus ist unter anderem der Euro schuld. "Durch den Euro hat es eine Umverteilung hin zum Süden gegeben", sagt der VWL-Professor von der Universität Rey Juan Carlos in Madrid. Die Südländer machten viele Schulden, die die EZB mittels Geldschöpfung finanzierte.

Zahlen des Währungsfonds IWF zeigen, wie sehr sich die Südländer seit der Einführung des Euro verschuldet haben. Der Anteil der Staatsschulden am Bruttoinlandsprodukt explodierte von 1999 bis 2020 - etwa in Italien (113 auf 156 Prozent), Griechenland (100 auf 213 Prozent), Spanien (61 auf 117 Prozent) und Portugal (51 auf 132 Prozent). Dagegen erhöhte sich die deutsche Staatsschuldenquote lediglich von 60 auf knapp 69 Prozent.

Ein Grund dürften die Zinsen für Staatsanleihen sein, die aufgrund des Euro für die Südländer sanken. Die EZB galt als Nachfolgerin der Bundesbank und hatte den Ruf, für Geldwertstabilität zu stehen. Südstaaten wie Italien waren hingegen Inflationsländer gewesen, die hohe Zinsen auf ihre Schulden bezahlen mußten. Unter dem Euro konnten sie sich günstiger am Markt verschulden und die Staatsausgaben ausweiten. Das dürfte die Renten und Sozialleistungen nach oben getrieben haben, was vielen wiederum half, Vermögen aufzubauen.

Bagus argumentiert in seinem Buch "Die Tragödie des Euro - Ein System zerstört sich selbst", daß der Euro der "Tragödie der Allmende" unterliegt. Laut dieser wirtschaftlichen Theorie kommt es zu der Übernutzung einer Ressource, wenn diese frei verfügbar und unbegrenzt ist. Ein Beispiel: die Überfischung der Meere, wenn jeder Fischer beliebig viele Fische fangen darf. Diese Theorie gelte auch für den Euro: Die europäischen Banken schöpften Geld aus dem Nichts und kauften damit Staatsanleihen, um sich bei der EZB zu refinanzieren. Der Grund: Die EZB akzeptierte die Staatsschulden als bevorzugte Sicherheit.

Laut Bagus gewinnen in dem Prozeß die Staaten, die besonders viele Schulden machen. Sie können mit den neugeschöpften Euros zu den alten Preisen einkaufen und heizen die Inflation an - und zwar nicht nur im eigenen Land, sondern in der gesamten Währungszone. Die Südländer können also die Kosten ihrer Schuldenpolitik - ein Verlust von Kaufkraft - teilweise auf Deutschland abwälzen. Ohne Euro würde die Währung nur im eigenen Land entwertet. Verlierer sind die sparsamen Länder, die sich zu höheren Zinsen refinanzieren müssen oder zu gestiegenen Preisen einkaufen müssen. Dazu kommt mittlerweile, daß auch die EZB viele Anleihen kauft.

Den Vermögensaufbau erschweren in Deutschland zudem vergleichsweise niedrige Einkommen verbunden mit hoher Steuer- und Abgabenlast. Und: Nur etwa 46 Prozent der Haushalte sind Haus- oder Wohnungseigentümer - aber Immobilien sind mit 64 Prozent das wichtigste Vermögensgut der Deutschen, so eine Studie der Fondsgesellschaft Flossbach von Storch. Und "die Preisrallye auf den Immobilienmärkten wurde bislang von der Covid-19-Pandemie

nicht ausgebremst", so der Finanzmathematiker und Studienautor Philipp Immenkötter. Das und die stark gestiegenen Aktienkurse erklären, warum der "Global Wealth Report 2021" in Deutschland trotz der Corona-Krise nun 2,95 Millionen Dollar-Millionäre registriert - etwa 633.000 mehr als ein Jahr zuvor.

Trotz Corona-Krise in den USA 1,73 Millionen Millionäre mehr

Die Einwohner Deutschlands verfügten Ende 2020 über ein Gesamtvermögen von umgerechnet 18,3 Billionen Dollar. 2019 waren es nur 14,8 Billionen Dollar gewesen. Und die anhaltenden Niedrigzinsen befeuern die Aktienkurse sowie Haus- und Wohnungspreise weiter: Das Durchschnittsvermögen pro Erwachsenen wuchs im Corona-Jahr 2020 um 40.450 auf 268.680 Dollar. Dennoch ist das deutsche Vermögen noch weit von den USA entfernt: Hier gibt es Ende 2020 bei 331 Millionen Einwohnern trotz Corona-Krise 22 Millionen Dollar-Millionäre - 1,73 Millionen mehr als 2019.

Das US-Durchschnittsvermögen lag Ende 2020 bei 505.420 Dollar und damit 41.870 Dollar höher als ein Jahr zuvor. Auch in Relation zur Zahl der erwachsenen Einwohner liegen die USA mit einer Millionärsquote von 8,8 Prozent klar vor Deutschland mit nur 4,3 Prozent. Die Schweiz liegt mit 14,9 Prozent weiterhin unangefochten an der Weltspitze - hier zahlt sich auch der hohe Franken-Kurs aus. Dahinter folgt Australien mit 9,4 Prozent, die Niederlande haben mit 7,7 Prozent die höchste Millionärsquote in der EU. Selbst Großbritannien liegt mit 4,7 Prozent vor Deutschland.

Und wie sieht es mit der Vermögensverteilung zwischen Arm und Reich aus? Hier sieht es in Deutschland gerechter als in God's Own Country aus: Der Gini-Index (je höher, desto ungleicher) liegt hierzulande bei 77,9 - in den USA sind es 85, in Rußland sogar 87,8. In Italien (66,5) oder Japan (64,4) ist das Vermögen hingegen viel gleichmäßiger verteilt. Das zeigt sich auch an den "oberen ein Prozent": Diese besitzen in Rußland 58,2 Prozent des dortigen Privatvermögens. In den USA sind es 35,3 Prozent, in Deutschland 29,1 Prozent, in Großbritannien 23,1 Prozent, in Italien 22,2 Prozent und in Japan nur 18,2 Prozent.

Die von der Kommunistischen Partei beherrschte Volksrepublik China ist diesbezüglich auf deutschem Niveau angekommen: Im Reich der Mitte besitzen die ein Prozent Superreichen 30,6 Prozent des Privatvermögens - im Jahr 2000 waren es nur 20,9 Prozent gewesen. Nur beim Gini-Index gibt es mit 70,4 noch britisches Niveau (71,7). Beim Durchschnittsvermögen (67.771 Dollar) und dem Medianvermögen (24.067 Dollar) hat das 1,4 Milliarden Einwohner zählende Reich der Mitte allerdings noch viel Aufholbedarf.

Bei der Zahl der Dollar-Millionäre liegt China mit 5,3 Millionen (257.000 mehr als 2019) weltweit schon auf Rang zwei. Das nur 126 Millionen Einwohner zählende Japan liegt mit 3,7 Millionen (+390.000) seit einigen Jahren hingegen nur noch auf Rang drei.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 27/21" berichtete am 2. Juli 2021 (x1.387/...):

>>Die Öffentlich-Rechtlichen zwischen Markt und Gemeinwohl

Mehr Klimaerziehung im Fernsehen

Realisieren sich die Visionen des Spitzenpersonals von ARD und ZDF, verwandeln sich beide Säulen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR) bis 2030 in digitale Plattformen. Und da alle bisherigen Aussagen, die Programmverantwortliche zu diesem "Reformprozeß" treffen, primär die Organisation und kaum Inhalte thematisieren, dürfe niemand hoffen, in zehn Jahren noch ein "gemeinwohlorientiertes Kommunikationsnetzwerk" vorzufinden, das die MDR-Intendantin Karola Wille ihren Zwangsgebührenzahlern verspricht.

Statt dessen, so fürchtet Robert Krieg, Soziologe und Mitglied des WDR-Rundfunkrats, erwarte sie ein Angebot, das sich an der "marktradikalen Logik von Unternehmensberatern" orientiere, die mediale Inhalte letztlich als beliebige Produkte begreifen, die auf dem medialen Markt um die Zeit und Aufmerksamkeit der Nutzer buhlen (Blätter für deutsche und internationale Politik, 6/2021). Dieser längst eingeschlagene Kurs führe zu weiterer Verflachung des

Programms, beschleunige die "Fragmentierung der Gesellschaft" und widerspreche dem volkspädagogischen Auftrag des ÖRR.

Um den Bildungsanspruch an den ÖRR zu erfüllen, seien Nutzer nicht auf dem Niveau "abzuholen", auf dem sie sich gerade befinden. Vielmehr sollte man sie "ins Unbekannte mitnehmen", um sie aus der Vereinzelung zu befreien. Für Robert Krieg bedeutet diese gegen den "Markt" und für das "Gemeinwohl" optierende Entscheidung noch mehr Erziehungs- und Hal-tungs-TV, da die "wohl wichtigste gesellschaftspolitische Debatte unserer Zeit, die Klimafrage", im "Live-Programm täglicher Klimasendungen" Stetigkeit erfahren soll.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 27/21" berichtete am 2. Juli 2021 (x1.387/...):

>>**Gezielter Abschluß**

Vor den Wahlen lenkt die CDU in der Lex Wolf ein / Schutz von Menschen und Nutztie-ren

Ralf Meese

Der Nationalpark Große Fatra, gelegen zwischen den einst ungarischen Komitaten Turz und Liptau mit seiner berühmten Burg, ist eines der schönsten Urlaubsziele der Slowakei: urtümliche Wälder, malerische Täler und eine reiche Flora und Fauna. Doch am 14. Juni wurde unweit der Gemeinde Lúzsna (Liptovská Lúzsna) die Leiche eines Wanderers gefunden - der 57jährige war Bärenbissen zum Opfer gefallen.

Seither tobt eine Debatte um die Aufhebung des Jagdverbots: "Wir haben alles getan, um die Bären zu schützen. Jetzt ist es höchste Zeit, die Menschen zu schützen", heißt es vom slowa-kischen Jagdverband. 2020 hatte es fünf Bärenangriffe auf Menschen gegeben, die allerdings nicht tödlich waren. Innerhalb von 20 Jahren hat sich die Zahl der Bären von 900 auf 2.760 erhöht. In Rumänien sind es 6.000, aber das Land ist fünfmal größer.

In Südtirol gab es voriges Jahr Bärenattacken auf zwei Wanderer und einen Polizisten, die aber glimpflich ausgingen. Doch das Bären-Opfer in der Niederen Tatra hat die Debatte dort erneut befeuert. "Wer bestäubt die Blüten, wenn Bären immer häufiger Bienenstöcke plün-dern? Die Bärenpopulation nimmt stetig zu", klagt Stefan Haspinger, Obmann des Imkerbun-des. Zudem wachse die Gefahr für die Imker selbst.

Der Südtiroler Bauernbund (SBB) verweist auf eine weitere Problematik: "Auch die Wölfe vermehren sich stark und werden in Zukunft erwartungsgemäß mehr Nutztiere reißen. Wenn es so weitergeht, werden viele Tierhalter ihre Tätigkeit aufgeben und ihre Tiere nicht mehr auf die Almen treiben", warnt SBB-Chef Bernhard Burger. "Es kann nicht sein, daß wir unsere Tiere in den Ställen einsperren oder im Wald und auf den Wiesen und Weiden einzäunen müssen, damit Bär und Wolf sich frei bewegen können."

Ein auch nach EU-Recht streng geschütztes Raubtier

In Deutschland sind Bärensichtungen bislang Einzelereignisse: Problembär "Bruno" wurde 2006 in Oberbayern erlegt. Der 2019 in eine Fotofalle getappte Braunbär wurde nicht wieder-gesehen. Der Wolf ist hingegen heimisch geworden - und das nach EU-Recht streng geschütz-te Raubtier ist sogar zum gezielten Abschluß freigegeben. Die Voraussetzung: In einer Region müssen bereits viele Tiere leben. In Niedersachsen sei ein "guter Erhaltungszustand beim Wolf erreicht", sagt nun Bundesagrarministerin Julia Klöckner.

Mit dieser überraschenden Kehrtwende erhört die CDU-Politikerin kurz vor der Bundestags-wahl die berechtigten Ängste vieler Menschen vor dem grauen Räuber, der aus dem Osten immer tiefer nach Deutschland vordringt. Sie könne sehr gut nachvollziehen, daß Eltern um ihre Kinder besorgt seien, und wirft der SPD eine "Blockadehaltung" vor: Bundesumweltmi-nisterin Svenja Schulze sei "weltfremd". Dabei bezieht sich Klöckner auf die "Lex Wolf" ge-nannte Verschärfung des Bundesnaturschutzgesetzes von 2019.

Und es gibt noch eine überraschende Entscheidung: In Potsdam hat das Amtsgericht einen Jäger freigesprochen, der wegen des Abschusses eines Wolfes angeklagt worden war. Dem

61jährigen Niederländer wurde zur Last gelegt, im Frühjahr 2019 im Fläming südwestlich von Berlin einen Isegrim abgeschossen zu haben, allerdings nur, weil dieser die Jagdhunde angegriffen und sich nicht durch einen Warningschuß von seinem Angriff abhalten ließ. Der Richter sah einen Notstand. Von einem "positiven Signal für alle Jäger" sprach Torsten Reinwald, Sprecher des Deutschen Jagdverbandes (DJV).

Auch die Freien Bauern, die Interessenvertretung der bäuerlichen Familienbetriebe, begrüßten den Freispruch. Schon lange fordern sie eine generelle Bestandsreglung des Wolfes und mehr Rechtssicherheit für Fälle, in denen sich Wölfe alles andere als scheu zeigen. Reinwald verweist auf Schweden, wo ein Wolf erlegt werden darf, wenn er andere Tiere angreife und auf Rufen, Klatschen und Warningschüsse nicht reagiere. Ähnliche Regeln für Deutschland verlangen Rinderallianz, der Deutsche Bauernverband und der Schaf- und Ziegenzuchtverband.

Waren es am Anfang Truppenübungsplätze, auf denen sich Wolfsrudel ansiedelten, so gibt es inzwischen einen breiten Gebietsstreifen, der sich von Brandenburg und Sachsen-Anhalt über Mecklenburg-Vorpommern bis nach Niedersachsen zieht. Insgesamt lebten 2020 in Deutschland 128 Rudel, 23 mehr als im Vorjahr. Einzelne Tiere erkunden längst dichtbesiedelte Regionen.

In Köln-Ehrenfeld zeigten jetzt Überwachungskameras einen Wolf, der nachts durch den Stadtteil lief. Zwei Tage später waren vier Schafe gerissen. Vor einem Jahr streifte eine Wölfin durch den Wald zwischen Schmöckwitz und Grünau und entlang des Adlergestells im Berliner Südosten. Seitdem ist die dortige Bezirksverordnetenversammlung alarmiert. Schutzmaßnahmen fordern die Grünen - nicht für den Menschen und seine Nutztiere, sondern für den Räuber.

In Berlin-Pankow soll mit Blick auf die Weidetierhaltung im Norden gemeinsam mit Naturschutzverbänden ein "Wolfsmanagement" geschaffen werden, damit man sich "optimal auf die Präsenz von Wölfen im Bezirk" durch "Beratung, Information und Aufklärung, Monitoring, Prävention sowie Schadensausgleich" vorbereiten könne. In Hünxe am Niederrhein registrierte ein Bauer sechs Angriffe auf seine Herde, bei denen insgesamt 14 Schafe gerissen wurden.

Während der dortige Gemeinderat einen Abschluß der zu einem in den Wäldern bei Schermbach lebenden Rudel gehörenden Wölfin fordert, haben viele Nutztierhalter in der sächsischen Oberlausitz längst aufgegeben, derartiges zu verlangen. Angesichts der verfestigten Strukturen der staatlich bezahlten Wolfsschützer sind sie schon zufrieden, wenn der Freistaat Sachsen ihnen einen Teil der durch den staatlich geschützten Wolf aufgetretenen Schäden ersetzt.

Das Fast Food auf der Wiese ist für Isegrim sehr verlockend

Nach Angaben der Bundesagrarministerin wurden 2019 deutschlandweit fast 3.000 Nutztiere von Wölfen getötet und verletzt: "Wo soll das enden, wenn man es einfach ließe?" Klöckner räumt ein, daß sie sehr gut nachvollziehen könne, daß sich Eltern um ihre Kinder sorgen. Gerade das war aber noch vor kurzem von der Politik bestritten worden.

Niemand müsse sich sorgen, Wölfe hätten gegenüber dem Menschen einen Fluchtinstinkt. Alle historischen Berichte über hungrige Rudel oder Einzeltiere, die Menschen angreifen, wurden ins Reich der Märchen verwiesen. Selbst über den Abschluß von verhaltensauffälligen Wölfen - der schon jetzt rechtlich erlaubt ist - wurde bisher gestritten.

"Der Wolf muß lernen, daß das Fast Food auf der Wiese zwar sehr verlockend ist, aber daß es dann doch tödlich für ihn enden könnte", forderte DJF-Sprecher Reinwald in der Bild-Zeitung. Tatsächlich wurden Wölfe bisher von den Behörden nur in den seltensten Fällen zum Abschluß freigegeben, und nicht selten waren sie bereits weitergezogen, als die Bürokratie endlich einlenkte.

Da bei Menschen, in deren Siedlungsgebieten Wölfe wildern, diese als Bedrohung wahrgenommen werden, die Unterstützung für den Artenschutz sinkt, wird jeder überfahrene Wolf

als auch illegal abgeschossene Tiere nach dem Motto "Schießen, Schippen, Schweigen" eher positiv gewertet. Geradezu verzweifelt klingt Ralf Unna vom Landestierschutzverband NRW, wenn er sich nach jahrelanger erfolgreicher Lobbyarbeit jetzt gezwungen sieht, mit Klöckner eine Bundesministerin daran zu erinnern, daß Wölfe seit mehr als 20 Jahren wieder in Deutschland leben würden, ohne daß es einen einzigen Angriff auf Menschen gegeben habe: "Der Wolf gehört in unsere Naturlandschaft."<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 28/21" berichtete am 9. Juli 2021 (x1.387/...):

>>Die Euro- und Corona-Krise sowie die Ideen zur "Klimaneutralität" lassen bürokratische Lenkungsphantasien sprießen

Kleiner Staat ganz groß

Reiner Osbild

Zugegeben, die Anforderungen an den Staat in der Sozialen Marktwirtschaft sind hoch. Er muß durch geeignete Rahmenbedingungen den Marktprozeß überhaupt erst ermöglichen. Dazu gehören vor allem die Sicherung privater Eigentumsrechte, die Durchsetzung freier Verträge im Rahmen eines funktionierenden Rechtssystems, eine stabile Währung. Dann muß der Staat idealerweise den Marktprozeß gestalten, um Machtpositionen zu Lasten der Bürger und Konsumenten zu neutralisieren.

Das leistet die Wettbewerbspolitik, die auf die Vereitelung von Monopolen und Kartellen abzielt; hinzu kommt eine Vielzahl von Eingriffen in die Vertragsfreiheit, um Informationsasymmetrien entgegenzuwirken, etwa im Versicherungswesen.

Schließlich wird in den Lehrbüchern darauf abgestellt, daß der Staat den Marktprozeß korrigiert, indem er zugunsten der schwächeren Wirtschaftsteilnehmer in die Verteilung von Einkommen und Vermögen eingreift, Marktversagen wie Umweltverschmutzung korrigiert, das konjunkturelle Auf und Ab stabilisiert und für die Versorgung mit öffentlichen Gütern sorgt, die allein durch private Initiative nicht zustande kommen.

Klassisches Beispiel ist hier der Deich, bei dem auch diejenigen Anlieger über Steuern und Abgaben an der Finanzierung beteiligt werden, die ansonsten eine Trittbrettfahrerposition eingenommen hätten. Was der Staat nicht kann, ist eine umfassende Kontrolle der Produktion im Sinne von Fünfjahresplänen à la DDR.

Diese sprengten die Planungskapazitäten der Behörden. Im real existierenden Sozialismus konnte man gut beobachten, was diese Anmaßung von Wissen bewirkte: Überschußproduktion oft minderwertiger Güter auf der einen, Mangelwirtschaft und leere Regale auf der anderen Seite. Wenn der Staat Autos baut, kommt für drei Jahrzehnte der Trabi dabei heraus.

Wo stehen wir zur Zeit? Wir ermächtigen den Staat zu immer mehr. Immer mehr Krisen sollen vom Staat bewältigt werden. In der Finanz- und Eurokrise erfolgte das im Prinzip dreiste Versprechen, die Guthaben aller Bürger zu schützen; mit zig Milliarden wurden Banken und ganze Staaten "gerettet", der Kollaps des Finanzsystems gerade noch vermieden.

Das machte Appetit auf mehr. Jetzt will der deutsche Staat auch noch das Klima "retten", die Not der Welt durch vermehrte Einwanderung lösen und Europa vor den Folgen der Corona-krise retten.

Bei alldem assistiert von einer Notenbank, die Geld druckt, als gäbe es kein Morgen. Andererseits erleben wir aber den Staat, dessen Grenzen uns tagtäglich vor Augen gestellt werden: nicht genügend Impfstoff besorgt und sich dabei, wie auch an anderer Stelle, im bürokratischen Zuständigkeitsgerangel verheddert; Korruption und Selbstbereicherung im Zuge der Maskenkäufe; Bildungssystem im Sturzflug, No-go-Areas, Rentenlücke, Mietpreisexplosionen und so weiter.

Wie kann es sein, daß ein Staat, der uns vor wirklichen und vermeintlichen Mega-Krisen zu schützen vorgibt, nicht einmal elementarste Dinge zustande bekommt? Nun, weil in Regierung, Parlament und Bürokratie niemand über "höheres" Wissen verfügt, wie wir bereits beim

Plädoyer für eine CO₂-Steuer von Null (JF 24/21) darlegten. Statt an das Gemeinwohl zu denken, bestehen verwaltungsintern oft Anreize, nur ja keine Fehler zu machen. Die Verschwendung von Steuermitteln wird so gut wie nie geahndet. Viele Beamte sind ja gerade zum Staat gegangen, weil sie nicht mit den Risiken der freien Wirtschaft klarkommen.

Trotzdem die Rettungssorgie: Euro, Klima, Corona. Statt die Marktkräfte zu ertüchtigen, werden schwindelerregende Summen ins Spiel gebracht. Allein die Corona-Hilfen der EU belaufen sich auf fast 830 Milliarden Euro zu heutigen Preisen, teils als Kredit, teils als Geschenk. Die EZB kauft im Rahmen ihres Corona-Notstandsprogramms PEPP rund 1,8 Billionen Euro an öffentlichen Anleihen auf, die die notorisch klammen Südeuropäer zu solch geringen Zinsen nie auf dem privaten Kapitalmarkt hätten unterbringen können.

Die mühelos eingeschleusten Zentralbankbillionen haben die Staatslenker euphorisch werden lassen. Es ist leicht wie nie, in den Genuß gedruckter Kaufkraft zu kommen. Denn immer weniger entscheidet der Markt - sprich: Konsumenten und Unternehmer - darüber, was, wann für wen produziert werden soll, sondern eine aufgeblähte öffentliche Verwaltung, deren Ausgaben die Wirtschaftsstruktur maßgeblich gestalten.

Da können Milliarden und Billionen an Subventionen fließen zur Herstellung von Elektroautos oder CO₂-neutralem Stahl, deren Produktion und Verkauf ansonsten nie funktionieren würde. Da kostet die Energiewende grob gerechnet über eine Billion Euro und schöpft die Kaufkraft gerade dort ab, wo sie doch nach einhelliger Meinung hingehört: beim kleinen Mann, beim Mittelstand.

Auf EU-Ebene erfolgt eine faktische Investitionslenkung der 806,9 Milliarden aus dem "Next Generation EU-Pakt", weil die Ausgaben gesteuert werden in Richtung "Klimaneutralität" (JF 27/21). Die Wirtschaft wird so gebürstet, wie es die Bürokraten wollen. Während die Politbüros früherer Zeiten wenigstens noch verzweifelt versuchten, die Wünsche der eigenen Bürger zu antizipieren und planerisch umzusetzen, wird nunmehr der Bürger gar nicht erst gefragt. Wenn doch, wie der Schweizer kürzlich über die CO₂-Steuer, würde er vermutlich "Nein" sagen. Aber die Präferenzen des Konsumenten, Kompaß und Motor der Marktwirtschaft, werden "höherer" Ziele zuliebe außer Kraft gesetzt.

Wir bezeichneten das als fundamentalistische Wirtschaftspolitik (JF 12/21). Das von Klaus Schwab und anderen auf dem Weltwirtschaftsforum projizierte "New Normal" ist die Entmündigung des Bürgers zugunsten einer wissenanmaßenden Elite, die besser weiß, wie die Welt von morgen aussieht bzw. auszusehen hat.

Staatsversagen gibt auch es im Bereich der internationalen Abkommen, die für eine solche Reißbrett-Ökonomie wirksam abgeschlossen werden müßten. Das Weltklima ist ein öffentliches Gut, und nur wenn alle an einem Strang ziehen, kann das CO₂ - wir unterstellen mal seine Schädlichkeit - reduziert werden. Während jedoch Deutschland und einige andere meist europäische Länder berserkerhaft Billionen an Belastungen schultern, wird in China und anderswo ein Kohlekraftwerk nach dem anderen hochgezogen. Es gibt keine supranationale Instanz, die Verletzungen vertraglicher Vereinbarungen oder freiwilliger Selbstverpflichtungen sanktionieren könnte. Papier ist geduldig.

Es klappt ja nicht einmal auf EU-Ebene. Als Frankreich und Deutschland in den 2000er Jahren die Neuverschuldungsgrenze von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts ignorierten, wurden die fälligen Bußgelder einfach nicht verhängt. Kein einziges Mal wurden Verletzungen der Maastricht-Kriterien sanktioniert. So kam es schließlich zur Eurokrise 2009/10.

Der kraftmeiernde Staat schafft oft erst die Probleme, die er dann mit riesigem Tamtam und der Notenpresse im Rücken löst. Besonders evident ist das auch bei "Corona": Nicht der Virus an sich, sondern das zweifelhafte Hoch- und Runterfahren von Wirtschaft und Gesellschaft, neudeutsch Lockdown, verursachte die Schäden, die nun behoben werden (sollen).

In der neuen Normalität fällt auf, daß die Handlungsspielräume staatlicher Akteure, gedeckt

durch die künstliche Kaufkraft aus der Notenpresse, massiv ausgeweitet und die des privaten Sektors massiv beschnitten werden. Das betrifft die "klimagerechte" Investitionslenkung, aber auch unzählige Regulierungen im Preissystem bis hin zu Mietobergrenzen, die noch nie etwas Gutes bewirkt haben; es wird starker moralischer Druck in puncto Testen und Impfen ausgeübt, es betrifft immer komplexer und komplizierter werdende Vorschriften in allen Lebensbereichen. Es geht um die Ausweitung des Rest-Bürgers durch die beschlossenen und absehbaren Steuererhöhungen sowie die sich abzeichnende Inflation.

Der Gesundheits-, Euro- und Klimafundamentalismus setzt voll auf staatliche Lenkung. Die ausführenden Bürokratien maßen sich ein Wissen an, das sie nicht haben. Unerwünschte Nebenwirkungen werden auf den Bürger abgewälzt, da der Staat de facto nicht haftet für die Zerstörung von Existenzen und die Verarmung seiner Bürger.

Während Otto und Carola Normalverbraucher mit ihrem Einkommen sowohl für ihre eigenen Fehler als auch die des Staates zahlen, halten sich Politiker und Bürokraten schadlos durch gesetzlich abgesicherte Freistellung von Haftung bei unantastbaren Einkommensströmen in Form hoher Gehälter, Diäten und Pensionen, unabhängig von der Qualität ihrer Leistung.

Die Aufdeckung des Wissens im Wettbewerb wird ersetzt durch die Monopolisierung des Wissens wirtschaftsferner Eliten. Aus ihren rosaroten Projekten erwächst keine bunte Vielfalt, sondern verwaltungsgrauer Einheitsbrei. Für die Zerstörung der Wirtschaft braucht es kein Politbüro; sie ist auch im Rahmen pseudodemokratischer Hybris möglich. Denn das "New Normal" wird keiner Abstimmung unterzogen, sondern dem Bürger gleichsam als Sachzwang vorgesetzt. Auf dem Wahlzettel darf er dann entscheiden, wer ihn am angenehmsten enteignet.

Prof. Dr. Reiner Osbild, Jahrgang 1962, ist Ordinarius für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule Emden/Leer. Von 2012 bis 2015 lehrte er Volkswirtschaft an der privat geführten SRH-Hochschule Heidelberg. 2010/11 war er für ein Jahr Gastprofessor in Dalian (China). Zuvor arbeitete er im Kapitalmarktgeschäft großer Geldhäuser. 1993 wurde Osbild mit einer Arbeit zum Thema "Staatliche Eingriffe in den Arbeitsmarkt" promoviert.<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.11.2024

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x363/79) = Geheime Mächte. Great Reset und Neue Weltordnung. COMPACT-Spezial Nr. 30, Seite 79.

x363	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Geheime Mächte</u> . Great Reset und Neue Weltordnung. COMPACT-Spezial Nr. 30. Werder (Havel) 2021.
------	--

Internet

x1.013	https://coronafehlalarm.de/wp-content/uploads/2021/02/corona_unmasked_leseprobe.pdf - Mai 2021
x1.014	https://kenfm.de - Juni 2021
x1.016	https://afd-fraktion.nrw/2021/06/22/versorgungssicherheit-verbessern-kernkraftwerk-emsland-muss-weiterlaufen-duerfen/ - August 2021
x1.044	https://dserver.bundestag.de/btd/19/297/1929777.pdf - Januar 2022
x1.049	https://www.kla.tv - Februar 2022
x1.080	https://eike-klima-energie.eu/2021/06/17/falsches-covid-narrativ-von-fauci-ein-mikro-kosmos-von-klima-luegen/ - März 2022
x1.081	https://eike-klima-energie.eu/2021/06/23/flaute-ueber-deutschland-windkraft-ohne-wind-photovoltaik-ohne-sonne/ - März 2022
x1.098	https://horst-koch.de/das-neue-grundgesetz-a-seibel/ - April 2022
x1.099	https://horst-koch.de/hintergruende-a-seibel/ - April 2022
x1.117	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2021/06/01/erlosung-von-der-geschurten-angst-die-impfung-als-moderner-ablasshandel/#more-7425 - April 2022
x1.251	https://www.kla.tv - Januar 2023
x1.302	https://www.eva-herman.net/afrika-todesfaelle-hochrangiger-politiker-in-zeiten-von-corona/ - Oktober 2023
x1.387	https://jungefreiheit.de/archiv/ - Juli 2024